

**HTW** Chur

Hochschule für Technik und Wirtschaft  
University of Applied Sciences

## Churer Schriften zur Informationswissenschaft

Herausgegeben von  
Wolfgang Semar

---

Arbeitsbereich  
Informationswissenschaft

**Schrift 96**

„Für das Volk und durch das Volk?“

Bibliotheken als Gegenstand von Volksabstimmungen  
und Petitionen

Irina Morell

---

Chur 2018

# **Churer Schriften zur Informationswissenschaft**

Herausgegeben von Wolfgang Semar

Schrift 96

## „Für das Volk und durch das Volk?“

Bibliotheken als Gegenstand von Volksabstimmungen  
und Petitionen

Irina Morell

Diese Publikation entstand im Rahmen einer Thesis zum Master of Advanced Studies FHO  
in Information Science.

Referent: Prof. Dr. Robert Barth

Korreferent: Prof. Dr. Urs Dahinden

**Verlag:** Arbeitsbereich Informationswissenschaft

**ISSN:** 1660-945X

**Chur,** Oktober 2018

## Abstract

Angesichts des zunehmenden Spardrucks müssen Bibliotheken in der Schweiz ihre Interessen auf der politischen Bühne wirksam vertreten können, um auch in Zukunft über ausreichend finanzielle Mittel für die Erfüllung ihres gesellschaftlichen Auftrags zu verfügen. Die direkte Demokratie bietet Bibliotheken dafür zahlreiche Möglichkeiten. Doch nutzen Bibliotheken diese auch, und mit welchen Folgen? In der Schweiz fand dieses Forschungsthema im Gegensatz zu den USA bis heute wenig substantielle Beachtung.

Die Arbeit trägt zur Schaffung einer notwendigen Grundlage für weitere Forschungsarbeiten bei, indem sie alle schweizerischen Volksabstimmungen und Petitionen mit Bibliotheksbezug der letzten zehn Jahre erfasst und auswertet. Mehrere auf Experteninterviews basierende Fallstudien erlauben vertiefende Erkenntnisse zu ausgewählten Abstimmungsbeispielen. Im Zentrum der Untersuchung steht der Versuch, basierend auf diesen Daten einen Leitfaden für direktdemokratische Interessenvertretung zu erstellen, der praktische Handlungsempfehlungen für schweizerische Bibliotheken zur Verfügung stellt. Darüber hinaus untersucht die Masterarbeit den Einfluss direktdemokratischer Volksrechte auf die öffentliche Bibliotheklandschaft der USA und der Schweiz.

**Schlagwörter:** Abstimmungsforschung, Abstimmungskampf, Bibliothekspolitik, direkte Demokratie, Interessenpolitik, Interessenvertretung, Lobbyismus, öffentliche Bibliothek, Petition, Politikwissenschaft, politische Kommunikation, politische Kampagne, Schweiz, USA, Volksabstimmung

## **Danksagung**

Den Interviewpartnern aus Chur, Menzingen, Einsiedeln, Lachen, Rapperswil-Jona, Schwarzenburg, Landquart, Spiez und Othmarsingen möchte ich herzlich für ihre wertvolle Unterstützung danken, ebenso wie den Gemeindeschreiberinnen und übrigen Verwaltungsangestellten der besuchten Ortschaften für die Bereitstellung der Versammlungsprotokolle und Abstimmungsunterlagen. Die bereitwilligen Auskünfte der Bibliotheksvertreter der Kantone Uri und Wallis und des Initianten der Neuenburger Bibliobus-Petition von 2015 waren ebenfalls eine wertvolle Hilfe für mich.

Meine Fallrecherche in der kostenpflichtigen Mediendatenbank Swissdox ermöglichten die grosszügigen Serviceangebote des Schweizerischen Sozialarchivs und der Zentralbibliothek Zürich.

Des Weiteren danke ich meinen Referenten und Koreferenten Herrn Prof. Barth und Herrn Prof. Dahinden für die fachliche Betreuung und konstruktive Beratung während des Arbeitsprozesses.

## Inhaltsverzeichnis

Abstract.....	i
Danksagung.....	ii
Abbildungsverzeichnis.....	vi
Tabellenverzeichnis.....	vi
Abkürzungsverzeichnis.....	vi
1 Einleitung.....	1
1.1 Problemstellung und Erkenntnisziel.....	1
1.2 Begriffsdefinitionen.....	2
1.3 Gliederung der Arbeit.....	3
1.4 Forschungsstand und Literaturübersicht.....	4
1.5 Leitfrage, zentrale Forschungsfragen und Hypothesen.....	8
1.6 Vorgehen und Methodik.....	10
2 Direkte Demokratie und Bibliotheken.....	19
2.1 Institutionen und Praxis direkter Demokratie.....	19
2.2 Überprüfung der Hypothesen 1 und 2.....	24
3 Abstimmungen zu Finanzierungs- und Budgetanpassungen.....	33
3.1 Quantitative Auswertung.....	36
3.2 Kurzvorstellung der Abstimmungen.....	36
3.3 Fallstudie: Die Schul- und Gemeindebibliothek Schwarzenburg.....	46
3.4 Fallstudie: Die Stadtbibliothek Chur.....	57
3.5 Fallstudie: Der „Bibliobus neuchâtelois“.....	64
3.6 Zusammenfassung.....	73
4 Abstimmungen zu Bibliotheksschliessungen.....	75
4.1 Quantitative Auswertung.....	77
4.2 Kurzvorstellung der Abstimmungen.....	77
4.3 Fallstudie: Die Gemeindebibliothek Othmarsingen.....	85
4.4 Zusammenfassung.....	92
5 Abstimmungen zur Schaffung neuer Bibliotheken.....	95

5.1	Quantitative Auswertung .....	96
5.2	Kurzvorstellung der Abstimmungen.....	96
5.3	Fallstudie: Die Mediothek Lachen .....	102
5.4	Fallstudie: Die öffentliche Bibliothek Einsiedeln.....	110
5.5	Zusammenfassung .....	117
6	Abstimmungen zu Umzügen bestehender Bibliotheken .....	119
6.1	Quantitative Auswertung .....	123
6.2	Kurzvorstellung der Abstimmungen.....	124
6.3	Fallstudie: Die Bibliothek und Ludothek Spiez.....	135
6.4	Fallstudie: Die Stadtbibliothek Rapperswil-Jona.....	143
6.5	Fallstudie: Die Bibliothek Landquart & Umgebung .....	151
6.6	Zusammenfassung .....	156
7	Abstimmungen zu Bibliothekserweiterungen und Renovationen .....	157
7.1	Quantitative Auswertung .....	158
7.2	Kurzvorstellung der Abstimmungen.....	158
7.3	Fallstudie: Die Schul- und Gemeindebibliothek Menzingen .....	163
7.4	Zusammenfassung .....	169
8	Petitionen.....	171
8.1	Petitionen gegen Schliessungen .....	174
8.2	Petitionen für neue Bibliotheken.....	182
8.3	Petitionen für einen Angebotsausbau oder Angebotserhalt.....	184
8.4	Fallstudie: Die Bibliothek Ruopigen in Luzern .....	188
8.5	Fallstudie: Die Könizer Bibliotheken.....	191
8.6	Zusammenfassung und Empfehlungen.....	194
9	Themenfremde und sonstige Abstimmungen mit Bibliotheksbezug.....	197
10	Schlussbetrachtungen.....	201
10.1	Überprüfung der Hypothese 3.....	201
10.2	Kurzzusammenfassung der gewonnenen Erkenntnisse .....	202
10.3	Idealfall und Worst-Case-Szenario.....	204

---

10.4	Empfehlungen.....	207
10.4.1	Empfehlungen zur bibliothekarischen Interessenvertretung und Lobbying im Speziellen .....	207
10.4.2	Empfehlungen zur Planung, Abklärungen und ersten Massnahmen im Vorfeld einer Abstimmung.....	211
10.4.3	Empfehlungen zur Gestaltung der Vorlage und dem politischen Vorgehen .....	216
10.4.4	Empfehlungen zur Kampagnenführung während des Abstimmungskampfs .....	217
10.4.5	Die Zeit nach der Abstimmung .....	223
11	Ausblick für Forschung und Praxis .....	225
12	Anhang .....	229
12.1	Quellen und Sekundärliteratur.....	229
12.2	Gesamttabelle.....	236
12.3	Gesprächsprotokoll .....	246
12.4	Interviewleitfaden .....	247

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: US-Staaten mit den häufigsten Bibliotheksabstimmungen in Relation zur Bevölkerung.....	27
Abbildung 2: Pro-Kopf-Ausgaben für öffentliche Bibliotheken in den USA .....	30
Abbildung 3: Flyer "Ja zur Bibliothek Schwarzenburg" .....	50
Abbildung 4: Ausschnitt Gemeindemagazin Schwarzenburg .....	51
Abbildung 5: Abstimmungsplakat von Ligne graphique Sàrl .....	67
Abbildung 6: Argumentarium Mediothek Lachen .....	106
Abbildung 7: Informationsmaterial Mediothek Lachen .....	109
Abbildung 8: Kampagnenmaterial Spiez (Original in Farbe) .....	141
Abbildung 9: Karte mit eingetragenen Bibliothekspetitionen .....	171
Abbildung 10: Karte mit eingetragenen Abstimmungen und Petitionen.....	201
Abbildung 11: Kommunikation der Bibliothek.....	208
Abbildung 12: Abstimmungsplakat "Book Burning Party".....	223

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Bibliotheksabstimmungen USA 2007-2017 .....	20
Tabelle 2: US-Staaten mit den meisten Bibliotheksabstimmungen pro Einwohner .....	26
Tabelle 3: US-Staaten mit Gemeindeversammlungen als Legislative .....	28
Tabelle 4: Abstimmungen zu Finanzierungs- und Budgetanpassungen.....	35
Tabelle 5: Abstimmungen zu Bibliotheksschliessungen.....	76
Tabelle 6: Abstimmungen zur Schaffung neuer Bibliotheken.....	95
Tabelle 7: Abstimmungen zu Umzügen bestehender Bibliotheken .....	122
Tabelle 8: Abstimmungen zu Bibliothekserweiterungen und Renovationen .....	157
Tabelle 9: Petitionen.....	173

## Abkürzungsverzeichnis

BIS:	Bibliothek Information Schweiz
RPK:	Rechnungsprüfungskommission
SAB:	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken

# 1 Einleitung

## 1.1 Problemstellung und Erkenntnisziel

Schweizer Bibliotheken sehen sich seit Jahren im Zuge der Ökonomisierung von Kultur und Bildung einem wachsenden Legitimations- und Leistungsdruck ausgesetzt. Die Finanzierung der öffentlichen Bibliotheken ist noch immer nicht selbstverständlich und muss stets wieder aufs Neue erarbeitet und begründet werden. Auch heute noch greifen viele Gemeinderäte fast reflexartig auf Budgetkürzungen und Bibliotheksschliessungen zurück, um die Finanzen ihrer Gemeinden wieder ins Lot zu bringen – meist gegen den Willen der Stimmbevölkerung.

Aus diesem Grund ist es wichtiger denn je, dass Bibliotheken ihre Interessen auf der politischen Bühne selbst wirksam vertreten. Die direkte Demokratie gestattet bibliotheksaffinen Interessengruppen zahlreiche Möglichkeiten, selbst in den politischen Prozess einzugreifen, um etwa Bibliotheksbudgets zu erhöhen, Schliessungen zu verhindern oder bauliche Erweiterungen durchzuführen. Doch wie können Bibliotheken die Chancen und Möglichkeiten nutzen, die ihnen die Instrumente der direkten Demokratie bieten, um ihre Interessen durchzusetzen? Wie kann verhindert werden, dass Bibliotheksgegner dieselben Instrumente nutzen, um die rechtliche und finanzielle Situation der Schweizer Bibliotheken negativ zu beeinflussen?

Die vorliegende Arbeit geht diesen Fragen nach, indem sie alle schweizerischen bibliotheksbezogenen Volksabstimmungen und Petitionen der letzten zehn Jahre erfasst und auswertet.<sup>1</sup> Vertiefende Fallstudien zu besonders aussagekräftigen Beispielen erlauben die Identifikation von fallübergreifenden, abstimmungsrelevanten Erfolgsfaktoren. So lässt sich ebenfalls ein hypothetisches „Worst-Case-Szenario“ entwerfen, bei denen Bibliotheken bzw. Bibliotheksunterstützern davon abgeraten werden muss, Ressourcen für eine Volksabstimmung einzusetzen, da traditionelle bzw. nicht-direktdemokratische Mittel der Interessenvertretung erfolgversprechender wären. Das Erkenntnisinteresse ist somit sowohl deskriptiver als auch kausaler Art.

Das Hauptziel des vorliegenden Textes ist die Erstellung eines praktischen Leitfadens für die direktdemokratische Interessenvertretung der öffentlichen Bibliotheken. Die schweizweite Erfassung und Untersuchung vergangener direktdemokratischer Massnahmen kann Bibliotheken helfen, die Erfolgchancen eigener Abstimmungs- oder Petitionsanliegen besser abschätzen zu können. Auch ermöglicht sie den Austausch mit anderen Betroffenen, denn eine aktuelle und einfach zugängliche Übersicht bereits stattgefundener Volksentscheide und Petitionen zu Bibliotheksanliegen fehlte in der Schweiz bislang. Zwar teilen Schweizer

---

<sup>1</sup> Das Tessin ist aus sprachlichen Gründen von der Untersuchung ausgeschlossen.

BibliothekarInnen und Bibliotheksfreunde ihre Erfahrungen in informellen Gesprächen, spätestens wenn eine nahegelegene Bibliothek von Budgetkürzungen oder Schliessungsanträgen bedroht ist. Die Qualität und der Umfang der interbibliothekarischen Unterstützung im Abstimmungskampf, etwa durch kantonale Bibliothekskommissionen, variiert jedoch beträchtlich und weist Verbesserungspotential auf.

Neben praktischen Empfehlungen zur Verbesserung der direktdemokratischen bibliothekarischen Interessenvertretung liefert die Untersuchung eine erste Antwort auf die übergeordnete Frage, ob die direkte Demokratie die (finanzielle) Situation ihrer Bibliotheken verbessert, oder ihr vielmehr schadet. Hier bietet sich ein Vergleich mit den USA als dem einzigen Land an, in welchem öffentliche Bibliotheken ebenfalls gezwungen sind, ihren Aufbau, Betrieb und Ausbau permanent durch Volksabstimmungen zu legitimieren. Bisher liegt in der Wissenschaft kein systematischer komparativer Ansatz zu diesem Untersuchungsgegenstand vor.

Wissenschaftliche Bibliotheken waren im Untersuchungszeitraum äusserst selten Gegenstand von Volksabstimmungen, während ihr Anteil an Petitionsanliegen leicht höher lag. Der Fokus der Arbeit liegt somit zwangsläufig auf öffentlichen Bibliotheken.

## 1.2 Begriffsdefinitionen

**Direkte Demokratie:** Im Gegensatz zu rein repräsentativen Demokratien erlauben direkte Demokratien ihren Bürgern regelmässig, in rechtlich bindenden Volksabstimmungen über politische Sachverhalte zu entscheiden (Schiller, 2002, S. 13). In der Schweiz und den amerikanischen Bundesstaaten dienen direktdemokratische Elemente der Ergänzung eines mehrheitlich repräsentativen Regierungssystems. Die Schweiz und mehrere US-Gliedstaaten werden somit als **Hybriddemokratien** oder **halbdirekte Demokratien** kategorisiert (Linder/Mueller, S. 373).

**Public Affairs und PR:** Public Affairs kann als die Aussenpolitik einer Bibliothek bezeichnet werden. Nicht die einseitige Beeinflussung steht im Vordergrund, sondern ein zielorientierter Dialog mit politischen Institutionen und gesellschaftlichen Gruppierungen. Klassische PR fokussiert sich auf die Darstellung des Erfolgs bzw. des Images in der Öffentlichkeit während Public Affairs auch eine aktive und bewusste Involvierung eines Unternehmens in politische Prozesse, Strukturen und Themen beinhaltet (Langer, S. 57, 58).

**Lobbying** vertritt direkt diverse Anliegen gegenüber dem jeweils relevanten Entscheidungsfindungssystem und ist somit eine Massnahme des Public Affairs Managements, sowie eine seiner Kerntätigkeiten (Langer, S. 58, 62). „Lobbying ist die direkte Beeinflussung von politischen Entscheidungsträgern durch Personen, die nicht an diesen Entscheidungen beteiligt sind“ (Langer, S. 61). Lobbying ist in der deutschen Sprache negativ besetzt. Auch US-

amerikanische bibliothekarische Interessenvertreter benutzen heute bevorzugt den neutraleren Begriff „advocacy“.

**Grassroots Lobbying** wird dann angewandt, wenn das Lobbyingthema Zuspruch durch die Öffentlichkeit und die Medien erfährt und beide Gruppen deswegen miteinbezogen werden sollen, um die eigenen Ziele durch öffentliche Unterstützung zu erreichen (Speth 2013, S. 15).

**Interessengruppen** zielen primär auf Einfluss und nicht auf Machterwerb. Sie suchen zugunsten einer sozial bzw. funktional klar abgegrenzten Klientel, wie etwa Bibliothekskunden, auf politische Entscheidungen einzuwirken. Mögliche Mittel sind hier Proteste, die Einflussnahme auf die öffentliche Meinungsbildung, Lobbying, die Wahlkampfhilfe für bibliotheksfreundliche Parteien oder Bestechung (Jarren et al., S. 22).

**Bibliothekslobbying** ist ein systematisch geplantes, durchgeführtes und evaluiertes kommunikatives Einwirken von Bibliotheken und Bibliotheksverbänden auf politische Entscheidungsträger und Entscheidungsprozesse. Ziel ist es, im Dialog mit der Politik geeignete Rahmenbedingungen und einen grösseren Handlungsspielraum für Bibliotheken zu schaffen, damit diese ihre Aufgaben erfolgreich ausführen können. Es beschränkt sich nicht nur auf informelle Beziehungen mit Politikern, sondern umfasst auch öffentliche Begegnungen, wie Gremien oder Anhörungen (Langer, S. 68).

### 1.3 Gliederung der Arbeit

Die vorliegende Untersuchung ist in mehrere Abschnitte geteilt. Nach der Einleitung, in der die Problemstellung erläutert, der Forschungsbedarf dargestellt, der Untersuchungsgegenstand verortet, und das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse präsentiert wurde, soll an dieser Stelle die weitere Vorgehensweise skizziert werden.

Der Abschnitt „Forschungsstand und Literaturübersicht“ liefert eine Übersicht der aktuellen Publikationen zur bibliothekarischen Interessenvertretung in Europa, sowie zu direktdemokratischen Bibliotheksabstimmungen in den USA. Anschliessend erläutert das sechste Unterkapitel die Vorgehensweise der Arbeit betreffend der vorhandenen und untersuchten Materialbasis, der quantitativen Fallrecherche, der darauf folgenden Auswahl der Fallstudien, der korrespondierenden Experteninterviews und der darauf basierenden Inhaltsanalyse.

Das Kapitel „Bibliotheken und direkte Demokratie“ skizziert neben den rechtlichen Rahmenbedingungen und der Verfahrensgestaltung die aktuelle direktdemokratische Praxis in der Schweiz und den USA. Dargestellt werden sollen Benutzergruppen, Stimmbeteiligung und Stimmverhalten, die Rolle von Parteien, Politikern und Interessengruppen und gesellschaftliche Auswirkungen mit Bezug auf Bibliotheksanliegen. Basierend auf bereits vorliegendem statistischem Datenmaterial soll eine vorläufige Antwort auf die Frage gefunden

werden, ob und wie sich der Zugang zu direktdemokratischen Verfahren und die Stärke rechtskonservativer Überzeugungen auf die Situation öffentlicher Bibliotheken auswirkt.

Im Hauptteil der Arbeit finden sich mehrere thematisch gegliederte Kapitel zu Bibliotheksanliegen, welche in den letzten zehn Jahren Gegenstand einer Abstimmung waren, sowie ein ebenfalls nach Themen unterteilter Abschnitt zu Petitionen. Die einzelnen Kapitel setzen sich aus einem allgemeinen Teil zusammen, welcher die gefundenen Fälle quantitativ in Tabellenform auswertet und im Sinne einer Gesamtschau kurz vorstellt, sowie einem stärker in die Tiefe gehenden Fallstudienabschnitt zu ausgewählten Beispielen.

Anschliessend sollen die aus dieser Untersuchung gewonnenen empirischen Erkenntnisse in einem Fazit zusammengefasst und der Innovationsbeitrag der Arbeit nochmals herausgestellt werden. Auch erfolgen eine kritische Reflexion der Untersuchung und ein Ausblick auf zukünftige mögliche Forschungsfelder.

#### **1.4 Forschungsstand und Literaturübersicht**

Nach der skizzierten Problemstellung dieser Arbeit richtet das nachfolgende Kapitel den Fokus auf den aktuellen Stand der Forschung auf diesem Themengebiet und identifiziert Desiderata.

Studien zum Thema direkter Demokratie existieren, im Gegensatz zu Texten über bibliothekarische Interessenvertretung, in beinahe unüberblickbarer Menge, analysieren aber fast ausschliesslich Prozesse zu nationalen, kantonalen und, im Fall der USA, bundesstaatsweiten Abstimmungen. Der finanzielle Einfluss von Interessengruppen erfreut sich seit Jahren besonderer Beliebtheit bei Forschern, ebenso die Bedeutung institutioneller Hürden für die Qualifizierung von Volksinitiativen, die Determinanten der Abstimmungshäufigkeit, die Rolle der politischen Parteien, die Abstimmungskampagnenführung und die weiteren gesellschaftlichen Folgen, etwa für die Rechte von Minderheiten oder die öffentliche Verschuldung (Eder, S. 202). Auf bibliotheksbezogene Abstimmungen lassen sich die Forschungsergebnisse nur bedingt anwenden, denn Entscheide zu Bibliotheken sind grossmehrheitlich lokaler Natur und finden auf Stadt- oder Gemeindeebene statt.

Die Forschung zur bibliothekarischen Interessenvertretung fristet im Vergleich dazu ein Nischendasein. Die Beschäftigung mit dem Einfluss der politischen Organisationsform Demokratie auf ihre Bibliotheken ist neueren Datums und kann entsprechend weniger Forschungsmaterial vorweisen als die Forschung zur Bedeutung der Bibliotheken für die Demokratie. Die Auseinandersetzung mit dem Wert der Bibliotheken für das demokratische Zusammenleben reicht bis ins 19. Jahrhundert zurück und ist zumindest in den USA so alt wie die öffentlichen Bibliotheken selbst (Stielow, 2001, S. 12). Das bekannteste neuere Werk zur gesellschaftlichen Rolle der Bibliotheken ist „Libraries and Democracy. The Cornerstones

of Liberty“ (2001) der früheren Präsidentin der American Library Association Nancy Kranich. Obwohl die Autoren der Aufsatzsammlung die Bedeutung von Volksabstimmungen wiederholt andeuten, beschäftigt sich keines der zwanzig Kapitel mit dem Thema Abstimmungskampf an sich. Eine stärker theoriegeleitete und akademisch orientierte Studie zum Thema Demokratietheorie und Bibliotheken stellt Buschmans „Democratic Theory in Library Information Science“ (2007) dar.

Für Frankreich, Grossbritannien und Deutschland existieren mehrere praktische Anleitungen, wie Bibliotheken ihre Interessen auf politischem Weg durchsetzen können. Ihr Fokus liegt jedoch nicht auf direktdemokratischen Abstimmungen, sondern auf traditioneller Interessenvertretung wie Lobbyismus.

„Lobbyarbeit für Information Professionals“ (Ratzek, 2010) ist eine Aufsatzsammlung mit breiter Themenpalette und zahlreichen Beispielen aus der Praxis wissenschaftlicher und öffentlicher Bibliotheken. Der Schwerpunkt der untersuchten Fälle liegt auf Deutschland, es finden sich jedoch auch paneuropäische und US-amerikanische Beispiele.

Damit vergleichbar ist „Lobbyarbeit für Bibliotheken. Politisch denken – strategisch handeln“ (2000) des ehemaligen deutschen Bibliotheksinstituts. Die Publikation versucht auf 80 Seiten durch theoretische Ausführungen und praktische Beispiele, die LeserInnen für die Themen politische Aussendarstellung und Kooperationsverhalten zu sensibilisieren.

Für Bibliotheksvereine besonders wertvoll ist Petra Haukes „Freundeskreise und Fördervereine“, ein 2015 erschienener praxisnaher Text mit einem Vorwort des Weltbibliotheksverbandes IFLA zu den Schwerpunktthemen Lobbyarbeit, Fundraising, Veranstaltungen, Leseförderung und Voraussetzungen und Grundlagen. Er wendet sich explizit auch an Bibliotheken ohne Vereinsstrukturen und ist ein Nachfolgebild des 2005 publizierten „With a Little Help From My Friends“: Freundeskreise und Fördervereine für Bibliotheken. Auch hier stammen die meisten Praxisbeispiele aus Deutschland. Bedingt durch ihren Anspruch auf Praxisrelevanz besteht die Publikation beinahe ausschliesslich aus Fallstudien. Ob sich die daraus gewonnenen Erkenntnisse auch auf andere Bibliotheken übertragen lassen, bleibt offen.

Die École nationale supérieure des sciences de l'information et des bibliothèques verfolgt mit ihrem Band „Communiquer! Les bibliothécaires, les décideurs et les journalistes“ (2010) einen leicht anderen Ansatz und untersucht die bibliotheksspezifische Kommunikation mit politischen und finanziellen Stakeholdern sowie der regionalen Presse. Der Fokus ist somit sehr breit und umfasst auch die Interessenkommunikation auf europäischer Ebene. Die Kunden bzw. die Stimmbevölkerung bilden als relevante Stakeholder ebenfalls einen Untersuchungsgegenstand, stehen aber nicht im Vordergrund.

Dasselbe gilt für die britische Textsammlung „The Machiavellian Library. Winning Allies, Combating Budget Cuts, and Influencing Stakeholders“ (Aho/Bennett, 2013). Die Untersuchungsbeispiele umfassen trotz des allgemein gehaltenen Titels vornehmlich wissenschaftliche Bibliotheken.

Das bei allen Gemeinsamkeiten mit Frankreich, Grossbritannien und Deutschland doch einmalige politische System der Schweiz verunmöglicht eine direkte Übertragung dieser Anleitungen auf Schweizer Verhältnisse.

Der Verband der Bibliotheken und der Bibliothekarinnen/Bibliothekare der Schweiz publizierte 2000 mit dem „Handbuch für eine Lobby der Schweizer Bibliotheken“ eine gut 50 Seiten umfassende freie Adaption des „Library Advocate’s Handbook“ der American Library Association. Es behandelt die Gründung von Fördervereinen und Unterstützungskomitees, die Organisation von Sensibilisierungskampagnen, traditionellen Lobbyismus auf politischer Ebene, Ratschläge für das Sprechen in der Öffentlichkeit und eine Checkliste für Bibliothekssympathisanten. Eine Bezugnahme auf konkrete Beispiele aus dem Bibliotheksalltag fehlt, ebenso Tipps zu Volksabstimmungen und direktdemokratischen Massnahmen an sich.

Diese Lücke schliesst, zumindest ansatzweise, Rudolf Mumenthalers und Karsten Schuldts „Was macht erfolgreiche Bibliothekspolitik aus?“ (2015). Als Seminarbericht des Schweizerischen Instituts für Informationswissenschaft der HTW Chur fasst der Text die Arbeitsergebnisse von zwölf Studierenden zusammen und konzentriert sich hier vor allem auf Proteste und politische Aktivitäten zum Erhalt von Bibliotheken. Im Zentrum standen Proteste gegen Bibliotheksschliessungen in Berlin, Lausanne, Köniz und Luzern, sowie die Sanierung der ZHB Luzern und die St. Galler Bibliotheksinitiative.

Robert Barths Artikel „Sparsamkeit geht vor. Bibliotheken und direkte Demokratie in der Schweiz“ (2011) untersucht die Auswirkungen des politischen Systems der Schweiz auf ihr Bibliothekswesen und nennt ebenfalls mehrere Praxisfälle. Er ist insofern einmalig, als dass sein Interessenfokus eindeutig auf der Institution der direkten Demokratie an sich liegt.

Abgesehen von Rudolf Mumenthalers und Karsten Schuldts Seminarbericht umfassen die schweizbezogenen Texte jedoch generell keine eigenen empirischen Untersuchungen, sondern benutzen Beispiele aus der Praxis zur Illustration und Untermauerung ihrer Thesen. Bezüglich direkter Demokratie und Schweizer Bibliotheken ist der Forschungsstand somit als stark ausbaufähig zu bezeichnen. Dieser Mangel betrifft nicht nur wissenschaftliche Studien und praktische Anleitungen. Vielmehr liegen auch keine übersichtlichen Datensammlungen zu bibliothekarischen Volksabstimmungen und Petitionen vor.

Bedingt durch das Fehlen aussagekräftiger empirischer Studien zum Untersuchungsgegenstand in der Schweiz stützt sich die vorliegende Arbeit mehrheitlich auf US-amerikanische Forschungsliteratur.

Das „Referenda Roundup“ der American Library Association und die Artikelreihe „Library Referenda“ des Library Journals fassen die bibliotheksbezogenen Abstimmungsergebnisse der USA jedes Jahr übersichtlich zusammen und nehmen eine Lagebestimmung vor. Die Abstimmungsübersichten des Library Journals werden bereits seit den 80er Jahren publiziert und erlauben somit langjährige Vergleichsstudien. Sie variieren in Länge und thematischer Tiefe, suchen aber fast immer nach den Gründen für Erfolge und Misserfolge der untersuchten Abstimmungen.

Die USA verfügt zusätzlich über zahlreiche gedruckte Ratgeber zu Bibliotheksabstimmungen. Das Handbuch „Winning Library Referenda Campaigns“ von Richard Hall erschien bereits 1995 und äussert sich besorgt über die mangelnde Vorbereitung und Informiertheit vieler BibliothekarInnen betreffend des Abstimmungskampfs. Es verstand sich selbst als erste umfassende praktische Anleitung für Betroffene und greift entsprechend oft auf Beispiele aus der Praxis zurück, wertet aber auch selbst Quellenmaterial wie Statistiken und Abstimmungsmaterial aus. Letztere dienen jedoch meist eher zur Illustration der eigenen Empfehlungen.

„Lobbying for Public and School Libraries“ (Halsey, 2003) und „Getting Political. An Action Guide for Librarians and Library Supporters“ (Turner, 1997) bedienen sich eher traditioneller bzw. nicht-direkt-demokratischer Mittel der Interessenvertretung, während „Vote Yes For Libraries. A Guide to Winning Ballot Measure Campaigns for Library Funding“ (Turner, 2000) bezüglich Fokus, Themen und Struktur gut mit dem älteren „Winning Library Referenda Campaigns“ von Richard Hall verglichen werden kann. Das aktuellste gedruckte Werk zur Abstimmungskampagnenführung ist „Winning Elections and Influencing Politicians for Library Funding“ (2017) der American Library Association. Sein Verfasser arbeitet als politischer Direktor für EveryLibrary, einer gemeinnützigen Organisation, welche seit ihrer Gründung Bibliotheken unter dem Motto „Any library initiative anywhere matters to every library anywhere“ unentgeltlich im Abstimmungskampf unterstützt. Die frei zugängliche elektronische Zeitschrift „The Political Librarian“ ist Teil dieser Bemühungen.<sup>2</sup>

Daneben finden sich zahlreiche kürzere Studien zu einzelnen Bibliotheksabstimmungen, wie „Anatomy of an Election“ (Amdursky, 1995), sowie bundesstaatsbezogene Studien wie „California Library Referenda: The Determinants of Success and Failure“ (Cain et al., 1997) und „Selling a Public Good: The Case of Rechartering Public Libraries by Referendum in New York State“ (Andersen, 2003). Texte zu einzelnen Vorgehensschritten oder Methoden in Abstimmungskampagnen sind selten, wie z.B. „Door-to-Door Canvassing and Personal Contact in Library Referenda Campaigns“ (Hall, 1995).

---

<sup>2</sup> Im Internet unter <http://everylibrary.org/how-we-help-libraries/political-librarian/>

Der Artikel „Politics and Advocacy: The Role of Networking in Selling the Library to Your Community“ (McClure, 2006) untersucht Erfolgsfaktoren für das Bibliotheksnetworking, umfasst aber nur ca. 15 Seiten. Der ähnlich umfangreiche Artikel "Creating Advocates for Public Libraries" (Imhoff, 2006) bezieht sich auf die praktische Ausbildung von Bibliotheksfürsprechern. „Winning Your Library Referendum“ (Schmidt, 2005) betrachtet Abstimmungskampagnen aus einer Marketingperspektive, ebenso "Creating an Effective Marketing Campaign"(Armstrong, 2005). Bryce Allens „Public Opinion and the Funding of Public Libraries“ suchte 2003 weitgehend erfolglos nach einem statistischen Zusammenhang zwischen der öffentlichen Einstellung zu lokalen Bibliotheken und den ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen. "From Awareness to Funding. A Study of Library Support in America" wurde 2008 vom Bibliotheksdienstleister Online Computer Library Center publiziert und geht auf über 200 Seiten der Frage nach, welche Eigenschaften der Stimmbevölkerung sich negativ bzw. positiv auf das Stimmverhalten betreffend Bibliotheksanliegen auswirken. Die Studie wurde 2018 wiederholt.

Drei neuere Fallstudien mit allgemeinverbindlichem Anspruch sind "From the Campaign Trail to Your Library: Put Your Library Staff in the Spotlight and Win Library Support" (Findley/Lasky, 2016), "Waging a Successful Library Funding Campaign: A Case Study" (Brent/Hoover, 2014) und „How to Win at the Ballot Box“ (Witteveen, 2018).

Entsprechend können Bibliotheksfreunde auf umfassende Überblickswerke und viele lokale wie nationale Studien zu Abstimmungen zurückgreifen, um ihren eigenen Wahlkampf erfolgreich zu gestalten. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die American Library Association die existentielle Bedeutung der Interessenvertretung auf allen politischen Ebenen bereits früh erkannt hat, und die US-amerikanische Forschung somit über einen gewissen Informationsvorsprung verfügt.

Insgesamt wird deutlich, dass die Chancen und Risiken direktdemokratischer Interessenvertretung trotz ihrer zentralen Bedeutung für den Bibliothekserfolg in der Schweiz bislang nicht systematisch untersucht und thematisiert werden.

## **1.5 Leitfrage, zentrale Forschungsfragen und Hypothesen**

Die Untersuchung verfolgt das Ziel, aus Bibliothekssicht Erfolgsfaktoren für die systematisch geplante und durchgeführte Anliegen-Kommunikation mit politischen Stakeholdern zu bestimmen, um positiv auf politische Entscheidungsprozesse einzuwirken und somit Bibliotheksanliegen erfolgreich durchzusetzen. Um diese Frage zu beantworten, wird ein konzeptioneller Rahmen für die direktdemokratische Interessendurchsetzung erarbeitet, der die relevanten Erkenntnisse aus der Abstimmungsforschung und der bibliothekarischen Lobbying-Literatur vereint und Orientierung über Ziele, organisatorische Rahmenbedin-

gungen, Schlüsselakteure, Themen sowie Kommunikationsinstrumente des Bibliothekslobbyings gibt. Ziel ist es, einen spezifischen Kriterienkatalog für Bibliothekslobbyisten zu entwickeln, der Orientierung bei der Gestaltung ihrer Interessenvertretung gibt, insbesondere im Hinblick auf den Abstimmungskampf.

In der Untersuchung wird der empirische Fokus vor allem auf die Schweiz gerichtet und bibliothekarische Interessenvertretung in erster Linie auf städtischer und kommunaler Ebene diskutiert, wobei aber auch kantonale Abstimmungen und Petitionen nicht von der Untersuchung ausgeschlossen sind. Die Grundgesamtheit dieser Studie bilden alle Volksabstimmungen und Petitionen zu Bibliotheksanliegen, die zwischen 2007 und 2017 in der deutsch- und französischsprachigen Schweiz durchgeführt wurden.

Vor dem Hintergrund der erläuterten Zielsetzung wird die Untersuchung von folgenden Forschungsfragen dominiert:

- Zu welchen bibliothekarischen Themen finden in der Schweiz Volksabstimmungen statt bzw. werden Unterschriften gesammelt, und können sich diese Anliegen bei den politischen Stakeholdern durchsetzen?
- Welche Akteure brachten Bibliotheksanliegen vor und unterstützten diese im Abstimmungsprozess?
- Welche Akteure sprachen sich gegen diese Bibliotheksanliegen aus oder bekämpften sie aktiv?
- Welche Argumente benutzten Bibliotheksbefürworter und -Gegner in der Kommunikation mit der Politik und Bevölkerung?

Durch die Auswertung des vorhandenen Datenmaterials werden darüber hinaus folgende Hypothesen untersucht:

**Hypothese 1:** Je mehr Volksabstimmungen zu Bibliotheken ein Staat in Relation zu seiner Einwohnerzahl durchführt, desto stärker ist sein Bibliothekswesen. Viele Volksabstimmungen zu Bibliotheksanliegen gehen einher mit besser finanzierten, häufiger besuchten und intensiver genutzten Bibliotheken.

Bibliotheken gehören nachweislich zu den beliebtesten öffentlichen Einrichtungen. Somit müssten sich direktdemokratische Abstimmungen entsprechend positiv auf ihre Finanzierung auswirken, selbst wenn die Stimmbevölkerung die Gesamtbevölkerung nicht repräsentativ abbildet. Da die Daten zu öffentlichen Bibliotheken in Gemeinden mit weniger als 10'000 EinwohnerInnen von der Schweizer Bibliotheksstatistik lediglich in 12 Kantonen im Detail erhoben wurden, kann die Hypothese nur für die USA systematisch untersucht werden.

**Hypothese 2:** Je fiskalkonservativer eine Partei bzw. Stimmbevölkerung, desto wahrscheinlicher wird sie Bibliotheksanliegen ablehnen.

Da Bibliotheken ihren Unterhalt vollständig oder teilweise mittels öffentlicher Gelder finanzieren müssen, ist jede Abstimmung zu Bibliotheksfragen letztendlich finanzpolitischer Natur und beeinflusst über Kurz oder Lang die Steuerzahlungslast der Stimmberechtigten. Aus diesem Grund wird angenommen, dass FDP und SVP Bibliotheksanliegen dank ihrer konservativen Fiskalpolitik seltener unterstützen als die übrigen Parteien. Dies gilt auch für ihre Wähler. Eine Stimmgemeinde mit rechts-bürgerlicher politischer Ausrichtung wird Bibliotheksvorlagen weniger häufig unterstützen als rot-grün oder mitte-links dominierte Ortschaften. Gemessen an den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln und den bibliothekarischen Nutzungszahlen verfügen republikanische bzw. rechtskonservativ geprägte US-Staaten über schwächere Bibliotheken.

**Hypothese 3:** Die Bewohner der französischsprachigen Gebiete der Schweiz wählen überdurchschnittlich oft das politische Mittel der Petition, um ihre bibliothekarischen Anliegen durchzusetzen.

Volksabstimmungen sind dementsprechend seltener als im gesamtschweizerischen Durchschnitt, denn die Westschweiz bevorzugt ein Modell repräsentativer Demokratie mit geringeren Entscheidungskompetenzen der lokalen Stimmbürger (Linder/Mueller, S. 195).

## 1.6 Vorgehen und Methodik

Auch wenn qualitative Daten mangels Standardisierung im strengeren Sinne experimenteller Laborforschung nicht überprüfbar sind, so muss der Forschende den Prozess der Datenerhebung, der Analyse und der Interpretation dennoch soweit offenlegen, dass Dritte die einzelnen Schritte in der Vorgehensweise erkennen und bewerten können. Das umfasst die Kriterien der Expertenauswahl, die Offenlegung des Leitfadens, welcher im Anhang vollständig dokumentiert ist, die Beschreibung der Interviewsituation und die Darstellung der Auswertungsmethode (Kaiser, S. 6).

### Die quantitative Fallrecherche

Um einen ersten Überblick über die vorhandenen Fälle zu gewinnen, erfolgte zunächst eine Suche über Swissdox. Die Mediendatenbank umfasst Volltextversionen der meisten Schweizer Zeitungen und lässt den Benutzer Themen nach Erscheinungsdatum, Publikationsorgan, Länge und Relevanz recherchieren. Eine erste Suche mit den Worten „Bibliothek“ und „Abstimmung“ ergab ca. 1400 Treffer, weshalb nur die 200 Artikel mit den höchsten Relevanzwerten durchsucht und die Suche danach mit zusätzlichen Begriffen eingeschränkt wurde. Dieses Suchvorgehen ist nicht unproblematisch. Um überhaupt als Treffer ausgewählt zu werden, muss der entsprechende Artikel entweder mit dem Schlagwort „Abstimmung“ versehen worden sein, oder „Abstimmung“ muss im Artikel selbst bzw. in seiner unmittelbaren Nähe auftauchen. Eine informelle Nachfrage bei einer

Swissdox-Mitarbeiterin ergab, dass die Vergabe der Artikelschlagworte zu Beginn des Untersuchungszeitraums noch durch Mitarbeiter erfolgte, danach jedoch nur noch maschinell. So oder so sind die Vergabekriterien, ebenso wie diejenigen der Relevanzbewertung<sup>3</sup>, für Aussenstehende nicht transparent nachvollziehbar.

Auch können Journalisten auf zahllose Formulierungen zurückgreifen, um Abstimmungen zu beschreiben, ohne den Begriff selbst verwenden zu müssen. Meldungen wie „Die Stimmbürger entschieden sich gestern gegen eine Erneuerung des Bibliothekskredits“ oder „Die Bevölkerung hiess den Bibliotheksneubau gut“ waren mit der Suchstrategie folglich nicht auffindbar, solange kein zusätzliches Schlagwort „Abstimmung“ vergeben wurde. Swissdox erlaubt zwar auch nicht-exakte Suchanfragen, welche diese Einschränkungen möglicherweise umgehen können. Eine nicht-exakte Suche verundertfacht bis vertausendfacht jedoch die Treffermenge und ist somit keine realistisch bewältigbare Recherchealternative.

Um dieses Problem etwas zu entschärfen, erfolgte zusätzlich eine Suche mit „Bibliothek“ und Begriffen, welche häufig im Zusammenhang mit Abstimmungen Anwendung finden, wie „Stimmbeteiligung“, „Urne“, „Stimmbürger“ und „Gemeindeversammlung“.

### **Gesamtliste der verwendeten Suchbegriffe**

Bibliothek + Abstimmung (1400 Treffer, Recherche nach 200 Treffern abgebrochen)

Mediothek + Abstimmung (80 Artikel)

Mediathek + Abstimmung (37 Treffer)

Bibliothek + Volksabstimmung (350 Treffer)

Bibliothek + Petition (278 Treffer)

Bibliothek + Abstimmung + Umzug (56 Treffer)

Bibliothek + Abstimmung + Neubau (290 Treffer)

Bibliothek + Abstimmung + Schulhaus (107 Treffer)

Neue Bibliothek + Abstimmung (69 Treffer)

Gemeindebibliothek + Abstimmung (137 Treffer)

Stadtbibliothek + Abstimmung (183 Treffer)

Stadtbibliothek + Petition (29 Treffer)

Kantonsbibliothek + Abstimmung (101 Treffer)

Bibliothek + Franken + Abstimmung

Bibliothek + Budget + Abstimmung

Bibliothek + Stimmbeteiligung (66 Treffer)

Bibliothek + Stimmbürger (630 Treffer, Recherche nach 200 Treffern abgebrochen)

Bibliothek + Gemeindeversammlung (1440 Treffer, Recherche nach 200 Treffern abgebr.)

---

<sup>3</sup> Die Relevanzbewertung erfolgt unter Anderem basierend auf der Häufigkeit der im Text genannten Suchbegriffe und der Textlänge. Die für das Schweizerische Sozialarchiv angepasste Swissdox-Version zeigt dem Benutzer die Relevanzwerte jedes Treffers. Der Wert schwankt zwischen 0 und 1.

Bibliothek + Gemeindeversammlung + Abstimmung (226 Treffer)

Bibliothek + Urne

Bibliothek + Unterschriften (454 Treffer, Recherche nach 200 Treffern abgebrochen)

bibliothèque + voté (1000 Treffer, Recherche nach 200 Treffern abgebrochen)

bibliothèque + votation (341 Treffer)

bibliothèque + petition (209 Treffer)

mediathèque + votation (42 Treffer)

bibliothèque municipale + voté (29 Treffer)

bibliothèque municipale + petition (7 Treffer)

Da nicht alle Zeitungen der Schweiz bei Swissdox eingespeist sind, wurde die Liste der dort verfügbaren Titel mit einer Gesamtliste aller schweizerischen Tageszeitungen abgeglichen. Das fehlende Toggenburger Tagblatt, das Tagblatt für den Kanton Thurgau und die Appenzeller Zeitung konnten bei LexisNexis konsultiert werden, L'Impartial, das Bündner Tagblatt, der Bund und die Wiler Zeitung bei Factiva. Nicht oder nur teilweise online verfügbar waren die Luzerner Zeitung, der Anzeiger von Uster, das Badener Tagblatt, der Berner Oberländer, das Bieler Tagblatt, der Bote der Urschweiz, die Freiburger Nachrichten, das Höfner Volksblatt, der March-Anzeiger, der Rheintaler, die Rheinische Zeitung, der Sarganserländer, das Thuner Tagblatt, der Walliser Bote, der Werdenberger und Obertoggenburger, sowie der Zürcher Ober- und Unterländer.

Zusammenfassend ist davon auszugehen, dass trotz mehrerer fehlender Zeitungsquellen alle kantonalen Abstimmungen und Petitionen sowie die grosse Mehrheit der Urnenabstimmungen ausgewertet wurden. Bei Letzteren dürfte sich der Anteil der ausfindig gemachten Abstimmungen proportional zur Grösse und Bekanntheit der Gemeinde verhalten, denn bevölkerungsstarke Gemeinden sind tendenziell mehr medialer Aufmerksamkeit ausgesetzt.

Abstimmungen an Gemeindeversammlungen konnten nur untersucht werden, wenn sie genügend kontrovers waren, um mediale Beachtung zu finden, oder wenn die entsprechende Lokalzeitung ein spezifisches Interesse an Gemeindeversammlungsabstimmungen oder Bibliotheken zeigte. Dies dürfte häufig nicht der Fall gewesen sein. Ausserdem erfolgte die Kommunikation von Abstimmungsergebnissen oft durch Amtsblätter oder kleine Lokalzeitungen, welche über Swissdox, Factiva und LexisNexis nicht verfügbar sind. Um sicher zu gehen, dass die Gemeindeversammlungsergebnisse der vorliegenden Arbeit als repräsentativ für die gesamtschweizerische Situation gelten können, wäre eine Nachfrage bei sämtlichen bibliotheksbesitzenden Gemeinden oder eine Konsultation aller Abstimmungsergebnisse und Versammlungsbeschlüsse auf den Gemeindeforen nötig.

Der zehnjährige Untersuchungsradius von 2007 bis 2017 wurde nicht strikt eingehalten, um die Gemeindeversammlungsabstimmungen im November und Dezember des Jahres 2006 ebenfalls erfassen zu können. Die Volksentscheide in Menzingen (2009) und Spiez (2012) standen ausserdem in einem engen inhaltlichen Zusammenhang mit vorhergehenden Abstimmungen im Jahr 2006. Eine sinnvolle Untersuchung wäre ohne den Einbezug der Abstimmungen von 2006 nicht möglich gewesen. Ältere Petitionen wurden miteinbezogen, wenn die Umsetzung ihres Anliegens innerhalb des Untersuchungszeitraums stattfand.

Die mittels Swissdox vorgefundenen Fälle wurden in einer Exceltabelle aufgelistet. Gar nicht erst erfasst wurden Abstimmungen, in denen Bibliotheken nur eine vernachlässigbare Rolle spielten, über welche die Stimmbürger nicht gesondert abstimmen konnten. Ein Beispiel für eine derartige Auslassung ist etwa die Abstimmung über einen neuen Schulhauskredit mit einem Lehrerzimmer und Betreuungsangebot, Klassenzimmern, Nebenräumen und einer Bibliothek in Adliswil im Juni 2017. In derartigen Fällen ist nur schwer rekonstruierbar, ob und wie die Bibliothek den Abstimmungsausgang beeinflusste. Bezogen auf die Fragestellung ist die Aussagekraft derartiger Fälle somit sehr gering. Äusserte sich ein Journalist oder ein Stimmbürger im Zuge der Abstimmungsdebatte in einer Zeitung gesondert zur Bibliothek, wurden derartige Abstimmungspakete dennoch in die Tabelle aufgenommen und ausgewertet, wie etwa die kantonale Abstimmung zu einer Kantonsschulerweiterung mit Bibliothek und Mensa in Graubünden Anfang 2015. Diese Vorgehensweise stützt sich notgedrungen ausschliesslich auf die Relevanzwahrnehmung durch die Journalisten. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Einbezug der Bibliothek in manchen Fällen durchaus eine ausschlaggebende Rolle für die Abstimmungsentscheidung der Stimmbürger spielte.

Ebenso wenig in die Fallsammlung aufgenommen wurden Motionen und Anträge an Gemeindeversammlungen, welche nur das administrative Vorgehen im Zusammenhang mit einem Bibliotheksanliegen zum Gegenstand hatten, ohne den Inhalt des Anliegens an sich zu verändern. So empfahl die FDP Suhr, bezüglich des Umzugs der Schulbibliothek Ende 2014 noch abzuwarten, bis der geplante Schulhausbau fertig gestellt sei und eine finanzielle Abklärung durchgeführt wurde. Vergleichbare multiple Anträge zu einem Bibliotheksthema wurden in der Tabelle zu einem Anliegen zusammengefasst.

### **Die Auswahl der Fallstudien**

Die politikwissenschaftliche Fallstudie strebt nach der grösstmöglichen Durchdringung eines bestimmten Einzelfalls, nicht nach der Berücksichtigung aller existierenden Beispiele. Ziel ist nicht die Generalisierbarkeit der Forschungsergebnisse, sondern das Verständnis der ausgesuchten Fälle für die Entwicklung oder Modifikation von Theorien (Kaiser, S. 4).

Nach der Sichtung und Aussortierung der vorhandenen Abstimmungs- und Petitionsfälle erfolgte eine thematische Einteilung der verbliebenen Beispiele in die fünf Kategorien

Finanzierungs- und Budgetanliegen, Schliessungen, Neubauten, Umzüge und Erweiterungen/Renovationen. Ein Fall liess sich in keine der vorhandenen Kategorien einordnen und ist unter „Sonstige Abstimmungsthemen“ aufgeführt. Die Unterteilung nach Bauanliegen und Finanzierungs- bzw. Unterhaltsanliegen wurde aus der Artikelreihe „Library Referenda“ des Library Journals übernommen und weiter aufgegliedert. Die Ordnung nach Abstimmungsanliegen hatte ausserdem zum Ziel, fallübergreifende thematische Argumentationsmuster einfacher herausarbeiten zu können. Auch wird so deutlich, welche Abstimmungsthemen über die besten Erfolgschancen verfügen bzw. welche am häufigsten auf Widerwillen in der Stimmbevölkerung stossen.

Die Tabellenspalte „Erfolg“ zeigt auf, ob die Abstimmung oder Petition nach den Wünschen der Bibliotheksseite verlief.

### **Auswahlkriterien der Urnenabstimmungen**

Die definitive Festlegung der Untersuchungsfälle orientierte sich im Falle der Urnenabstimmungen am Abstimmungsausgang, ihrer medialen Beachtung und der Knappheit des Endresultats. Abgelehnte Anliegen wie in Spiez und Menzingen wurden stets prioritär behandelt, um etwaige ausschlaggebende Fehler der Bibliotheksbefürworter eruieren zu können. Problemfreie „Traumresultate“ mit über 70% Ja-Stimmenanteil kamen nicht in die engere Auswahl.<sup>4</sup> Ausgeschlossen wurden ebenso Abstimmungen in Verbindung mit weiteren Anliegen, wie der erwähnte Kantonsschulneubau mit Bibliothek und Mensa. Dasselbe gilt für alle Abstimmungsfälle, bei denen nicht eindeutig ermittelbar war, welchen Ausgang die Bibliotheksseite selbst bevorzugt hätte.

### **Auswahlkriterien der Abstimmungen an Gemeindeversammlungen**

Grundsätzlich galten dieselben Entscheidungskriterien wie bei Urnenabstimmungen. Da bereits die Anwesenheit einiger weniger zusätzlicher Bürger das Endresultat verändern kann, wurden Beispiele mit äusserst erfolgreicher Mobilisierung der Bibliotheksunterstützer jedoch bevorzugt ausgewählt (Schwarzenburg, Othmarsingen). Der Fall der Bibliothek Landquart steht stellvertretend für die zahlreichen anderen Gemeindeversammlungen, die mangels ihrer Kontroversität keine Beachtung in den untersuchten Printmedien fanden.

### **Auswahlkriterien der Petitionen**

Die Fallstudien umfassen nur erfolgreiche Petitionen.

Da die Auswahl bereits im September 2017 stattfand, konnten später durchgeführte Abstimmungen und Petitionen, welche die genannten Auswahlkriterien erfüllten, wie etwa die Beispiele Wiesendangen oder Aarburg, nicht berücksichtigt werden.

---

<sup>4</sup> Einsiedeln bildet durch die Einmaligkeit des Anliegens eine Ausnahme, da hier eine privat finanzierte, öffentlich zugängliche Bibliothek per Volksabstimmung in eine von öffentlicher Hand geführte Gemeindebibliothek umgewandelt wurde.

### **Das systematisierende leitfaden-gestützte Experteninterview**

Die Befragung von Experten aus der Verwaltung, Parteien und Nichtregierungsorganisationen ist besonders in anwendungsorientierten politikwissenschaftlichen Studien verbreitet, da sie die Rekonstruktion von Politikprozessen und ihren Ergebnissen und Wirkungen ermöglichen.

Da das qualitative Experteninterview – wie alle Analyseverfahren – über Potentiale und Begrenzungen verfügt, führt die sozialwissenschaftliche Analyse diese Form der Datenerhebung mehrheitlich als einen spezifischen Zugang im Rahmen eines methodenpluralistischen Ansatzes durch, da erst ein solcher Ansatz dazu in der Lage ist, die jeweiligen Defizite und Fehlerquellen der methodischen Zugänge wechselseitig zu neutralisieren. Experteninterviews leisten somit eine Erweiterung des analytischen Instrumentariums für die qualitative Politikanalyse (Kaiser, S. 26, 31, 32). Besonders für die Rekonstruktion von Prozessabläufen sind Experteninterviews sinnvoll und notwendig, doch sollten Forschende zur Erhebung von Wissen möglichst nicht auf Interviews zurückgreifen, solange es alternative Formen der Datenerhebung gibt, wie im vorliegenden Fall etwa die Konsultation von Versammlungsprotokollen und Urnenbotschaften. Diese Quellen sind in der Regel öffentlich zugänglich. Ferner kann zu einem gewissen Grad auch durch Presseartikel ermittelt werden, unter welchen Rahmenbedingungen politische Entscheide getroffen wurden.

Das Erkenntnisziel eines systematisierenden Experteninterviews liegt in der möglichst weitgehenden und umfassenden Erhebung des Sachwissens der Experten bezüglich des Forschungsthemas. Wir lernen in umfassender, analytischer Weise vom Experten und können dieses Wissen mehr oder weniger direkt abfragen (Bogner et al., 2014, S. 18, 22, 27). Um aus Interviews generierte Informationen wieder auf den theoretischen Kontext der Analyse beziehen zu können, bedarf es der Operationalisierung der Forschungsfragen, etwa in Form eines Leitfadens. Er ist das Erhebungsinstrument für qualitative Experteninterviews und steuert und strukturiert das Interview (Kaiser, S. 5).

### **Die inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse**

Für die Auswertung systematisierender Experteninterviews bietet sich die qualitative Inhaltsanalyse an. Diese analysiert zur Komplexitätsreduktion Quellenmaterial schrittweise und systematisch durch ein am Material entwickeltes Kategoriensystem (Bogner et al., 2014, S. 22, 23). Die inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse filtert bestimmte thematische Aspekte aus dem Text heraus. Die Kategorienbildung orientierte sich im vorliegenden Fall am Interviewleitfaden (siehe Anhang) und umfasste die Aspekte „Gründe/Auslöser für die Abstimmungsvorlage“, „Akteure (Bibliotheksseite)“, „Akteure (Gegnerschaft)“, „Argumente (Bibliotheksseite)“, „Argumente (Gegnerschaft)“, „Kampagnenführung“, „Empfehlungen“ und „die Abstimmung als Ereignis“. Die letzte Kategorie war in erster Linie auf Gemeinde-

versammlungen anwendbar. Die Kategorie „Kampagnenführung“ enthielt die Subkategorien „Rolle der Bibliothek“, „Planung“, „Face-to-Face-Kommunikation“ und „mediale Kommunikation“.

### **Das praktische Vorgehen bei der Interviewdurchführung**

Von zwei durch meinen Referenten vermittelten Gesprächen abgesehen, erfolgte die Kontaktaufnahme mit den jeweiligen Experten über die Mitarbeiter der entsprechenden Bibliotheken und, im Fall von Chur und Einsiedeln, über die kantonale Bibliotheksbeauftragte bzw. über den Kulturbeauftragten. Alle angefragten Experten erklärten sich bereit, für ein Gespräch zur Verfügung zu stehen.

Gespräche mit Experten sind gemeinhin mit einem Diktiergerät aufzuzeichnen und anschliessend wortwörtlich zu verschriftlichen. Dies bedarf vorab einer Genehmigung durch den Interviewpartner. Für die vorliegende Arbeit wurde aus mehreren Gründen auf dieses Vorgehen verzichtet. Der Umgang mit aufgezeichneten Interviewsituationen dürfte Mitarbeitern kleinerer Gemeindebibliotheken und Bibliotheksvereine nicht vertraut sein und hätte eine natürliche Gesprächssituation deswegen verunmöglicht. Es ist anzunehmen, dass ein Gesprächspartner durch den Verzicht auf eine Tonaufzeichnung weniger Informationen zurückhält und seltener versucht, sozial erwünschte Antworten zu geben. In mehreren Untersuchungsfällen war dies mit grosser Sicherheit der Fall.

Die Anfertigung eines Protokolls basierend auf Notizen anstelle einer Tonbandaufnahme ist stets problematisch. Jede Protokollierung von eigener Hand ist mit Informationsverlusten verbunden, da sie auf die korrekte, detailgetreue Rekonstruktion im Gedächtnis des Interviewers angewiesen ist, was Auslassungen und Umdeutungen begünstigt (Gläser/Laudel, S. 157). Eine schwerwiegende Beeinträchtigung der inhaltlichen Qualität der Interviewantworten ist jedoch unwahrscheinlich, da ich die vorliegenden Fallgespräche in Form einer elektronischen Mitschrift festhielt. Anstelle einer Tonaufzeichnung wurde für jedes Interview ein grammatikalisch stark vereinfachtes Skript ohne Satzzeichen, Grossschreibung und Artikeln verfasst.

Da bis auf einen alle Interviewpartner im Vorfeld einen Leitfaden erhalten hatten, folgten sie diesem während des Gesprächs bewusst oder unbewusst weitgehend selbstständig, was die elektronische Mitschrift stark vereinfachte. Diejenigen Experten, welche auf die Konsultation des Leitfadens verzichteten, offerierten ebenfalls selbstständig Informationen zu ihrem Untersuchungsfall und folgten ihrem eigenen roten Faden. Auch in diesen Fällen beantworteten die Experten die Mehrheit der geplanten Fragen ohne Aussenanleitung. Hier wurden die noch offenen Fragen aus dem Leitfaden gegen Ende des Gesprächs gestellt.

Die erstellten Rohfassungen wurden im Anschluss von Schreibfehlern gereinigt und gegebenenfalls grammatikalisch geglättet, ohne jedoch die inhaltliche Grundaussage des

Satzes zu verändern. Nach der inhaltsanalytischen Auswertung und Verarbeitung wurde allen Interviewpartnern ein Textentwurf mit ihren Aussagen zur Überprüfung zugesandt, an welchem sie, falls gewünscht, Streichungen und Formulierungsänderungen vornehmen konnten. Die meisten der Befragten nahmen diese Gelegenheit wahr. Da keiner der Experten eine Anonymisierung wünschte, die meisten von ihnen aber substantielle Kürzungen und Umformulierungen verlangten, wurde auf die Veröffentlichung der Protokolle verzichtet.

Durch das bestehende Informations-Ungleichgewicht zwischen den Experten und der Interviewerin konnte der Wahrheitsgehalt der Aussagen in vielen Fällen nicht durch weiteres Quellenmaterial überprüft werden.



## 2 Direkte Demokratie und Bibliotheken

*“Free libraries maintained by the people are cradles of democracy, and their spread can never fail to extend and strengthen the democratic idea, the equality of the citizen and the royalty of man.” (Andrew Carnegie, 1903<sup>5</sup>)*

### 2.1 Institutionen und Praxis direkter Demokratie

Die öffentlich-rechtliche Nachrichtenplattform SWI swissinfo.ch wählte im November 2017 unter dem Titel „Twins separated at birth?“ des Bild zweier getrennt aufgewachsener Zwillinge, um sich den US-amerikanischen und den schweizerischen Volksrechten anzunähern.<sup>6</sup> Allein zwischen 2014 und 2016 konnte sich die US-Bevölkerung nachweislich zu gut 400 Bibliotheksanliegen äussern, wobei die tatsächliche Anzahl deutlich höher liegen dürfte, da die jeweiligen Statistiken auf freiwilligen Selbstauskünften beruhen (Hall, S. 21). Für das Studium der direkten Demokratie drängt sich ein Vergleich zwischen der Schweiz und den USA wegen der vielen Gemeinsamkeiten geradezu auf (Linder/Mueller, S. 401). Als starke Föderalstaaten besitzen die Kantone und US-Bundesstaaten über verfassungsmässige Kompetenzen in zahlreichen Politikfeldern, weswegen subnationalen direktdemokratischen Entscheidungsprozessen grosse Bedeutung zukommt (Eder, S. 77).

Volksinitiativen auf Stadt- und Gemeindeebene sind zahlenmässig weitaus häufiger als solche auf Staatsebene, und beeinflussen die Situation der Bibliotheken sehr viel stärker. Die meisten Gemeinden, Distrikte und Bezirke der USA kennen direktdemokratische Instrumente. Über 70% der US-Amerikaner leben in Staaten oder Städten mit Zugang zu Volksinitiativen (Bowler/Glazer, S. 2). Von den zwanzig grössten US-Städten besitzen fünfzehn das Volksinitiativrecht, ebenso wie 80% der Städte mit mehr als 100'000 Einwohnern (Matsusaka, S. 8). Manche US-Staaten, wie etwa New Jersey, verweisen Entscheidungen zu Bibliotheksanliegen hingegen per Parlamentsbeschluss an die Urne, wie etwa eine 125 Millionen Dollar teure Bibliothekserweiterung im November 2017.<sup>7</sup>

In beiden Ländern reichen versammlungsdemokratische Elemente weit in die vormoderne Zeit zurück (Moeckli, S. 20). Die ältesten Hinweise auf direktdemokratische Beschlüsse der Schweizer „Landsgemeinden“ stammen aus dem 13. Jahrhundert. In Maine, Vermont, Rhode Island, Connecticut, Massachusetts und New Hampshire fungieren seit bald 400 Jahren Gemeindeversammlungen, sogenannte town meetings, als Legislative. Ihre Funktion, Kompetenzen und Organisation decken sich weitestgehend mit denjenigen ihrer Schweizer

---

<sup>5</sup> Carnegie's Gift to the Nation is Accepted, San Francisco Call, Volume 93, Nr. 39, 08.01.1903

<sup>6</sup> Kaufmann, Bruno: Swiss and US Democracy: Twins Separated at Birth? Swissinfo.ch, 03.11.2017,

<sup>7</sup> New Jersey Public Question 1, Bonds for Public Libraries Measure (2017), für einen Überblick: [https://ballotpedia.org/New\\_Jersey\\_Public\\_Question\\_1,\\_Bonds\\_for\\_Public\\_Libraries\\_Measure\\_\(2017\)](https://ballotpedia.org/New_Jersey_Public_Question_1,_Bonds_for_Public_Libraries_Measure_(2017))

Pendants. So bestimmen die town meetings über die Budgets ihrer Gemeinden und können Infrastrukturprojekte, wie Bibliotheksrenovationen, gegebenenfalls auch an die Urne verweisen (Zimmerman, S. 1, 2). Mehr als die Hälfte aller Schweizer leben in Ortschaften mit Gemeindeversammlungen (Eichenberger/Schelker, S. 387).

Die Schweiz führte die Volksrechte zuerst auf der Kantons- und Bundesebene ein, ehe sie sie auch auf die Gemeindeebene ausdehnte. Die Institutionalisierung der Volksinitiative lässt sich in beiden Ländern bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen und setzte sich in den USA zwischen 1898 und 1918 als Folge heftiger Kritik an ökonomisch-politischen Machtballungen durch (Schiller, 2002, S. 24). Volksinitiativen und Referenda etablierten sich in Schweizer Städten in den 1880er und 1890er Jahren. Auf Landesebene schälten sich die heutigen Formen der Volksinitiative gegen Ende des 19. Jahrhunderts heraus (Vatter, S. 75).

Alle Schweizer und US-Amerikaner, ausser den Einwohnern Delawares, dürfen sich heute regelmässig zu Referenda äussern (Donovan, S. 136). 22 US-Staaten kennen das obligatorische Referendum für die Ausgabe von Schuldverschreibungen (bonds), mit denen grössere Bibliotheksprojekte gemeinhin finanziert werden (Schiller, 2002, S. 121).

1995 bis 2004 schwankte der Anteil der gewonnenen Bibliotheksabstimmungen zu Finanzierungsfragen in den USA zwischen 67% und 92% (Gold, S. 41). Die Daten der letzten zehn Jahre zeichnen ein noch rosigeres Bild, auch wenn Bauprojekte noch immer mit weniger Unterstützung an der Urne rechnen können als allgemeine Finanzierungsanliegen. 2017 lag die Erfolgsrate bei 98% bzw. 72%.

YEAR	OPERATING REFERENDA			BUILDING REFERENDA		
	#	PERCENTAGE		#	PERCENTAGE	
		PASS	FAIL		PASS	FAIL
2017	85	98	2	39	72	28
2016	121	86	14	47	68	32
2015	123	94	6	21	43	57
2014	147	81	19	33	73	27
2013	146	88	12	30	63	37
2011	96	88	12	18	44	56
2010	220	87	13	29	55	45
2009	123	84	16	28	54	46
2008	42	74	26	27	67	33
2007	29	69	31	46	74	26
<b>AVG</b>	<b>113</b>	<b>85</b>	<b>15</b>	<b>32</b>	<b>61</b>	<b>39</b>

SOURCE: LJ PUBLIC LIBRARY REFERENDA 2017

The study was not conducted in 2012.

Tabelle 1: Bibliotheksabstimmungen USA 2007-2017

### **Benutzergruppen, Stimmbeteiligung und Stimmverhalten**

In beiden Ländern zeigt die abstimmende Bevölkerung kein repräsentatives Bild der Gesellschaft als Ganzes. Grundsätzlich steigt die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme mit dem Alter, der Bildung und dem Reichtum der betroffenen Person. Bildungsferne Schichten bleiben den Wahlurnen überdurchschnittlich oft fern. Diese Tendenz steigt mit zunehmender Komplexität der Sachvorlage und wird die Abstimmungschancen eines Bibliotheksumbaus somit weniger stark beeinflussen als diejenigen einer Unternehmenssteuerreform. In der Schweiz stimmen etwa 20% der Bevölkerung themenunabhängig regelmässig bis immer ab, mehr als die Hälfte gelegentlich und 20% nie (Serdült, S. 82). Schweizerische Abstimmungen zu Gemeindefragen erreichen eine durchschnittliche Stimmbeteiligung von 45%, wenn sie zeitlich mit nationalen und kantonalen Wahlen oder Abstimmungen zusammenfallen. Isoliert für sich stehend, oder nur in Kombination mit kantonalen Abstimmungen, fällt die Beteiligung auf 32% (Schiller, 2011, S. 22).

### **Politische, makrosoziologische und wirtschaftliche Auswirkungen der direkten Demokratie**

Abstimmungsvorlagen beeinflussen durch ihre bloße Existenz, welche Themengebiete die Bevölkerung für wichtig hält und somit auch die legislative Agenda ihrer politischen Vertreter. Diese reagieren auf die Stimmung in der Bevölkerung und greifen Themen eher auf, wenn bereits Volksinitiativen dazu lanciert wurden (Nicholson, S. 55). Ein Drittel aller Volksinitiativen hinterlässt Spuren in der späteren Gesetzgebung (Linder/Mueller, S. 322). Eine Bibliotheksinitiative muss somit nicht notwendigerweise an der Urne Erfolg haben, um eine positive Wirkung zu entfalten. Da gemeinhin keine thematischen Einschränkungen existieren, können Einwohner mittels Volksinitiativen die staatliche Gesetzgebung durch politische Repräsentanten umgehen und Themen auf die aktuelle politische Agenda setzen, die von Politikern bevorzugt vermieden werden (Panagopoulos/Weinschenk, S. 99). So wählten Waffengegner in Nevada, Kalifornien und Washington 2016 erfolgreich den Weg der Volksinitiative, nachdem ihre Bemühungen im Kongress jahrelang gescheitert waren.<sup>8</sup>

Die Stimmbevölkerung in der Schweiz und den USA ist im Vergleich zu den meisten Europäern staatskritisch (Linder/Mueller, S. 76) und bevorzugt im Vergleich mit ihren politischen Vertretern eine deutlich geringere Steuerbelastung und niedrigere öffentliche Ausgaben (Bowler/Donovan/Tolbert, S. 7). Häufige direktdemokratische Abstimmungen und insbesondere der Zugang zum Finanzreferendum gingen in den letzten Jahrzehnten einher mit einer geringeren öffentlichen Verschuldung und niedrigeren Einnahmen und Ausgaben durch die Gemeinden, Städte und Kantone bzw. Bundesstaaten (Feld/Kirchgässner, S. 96, Eichenberger/Schelker, S. 411). Dies kann Bibliotheken unter Umständen zum Verhängnis werden,

---

<sup>8</sup> Neuhauser, Alan: Death Penalty, Gun Control Win Big in Ballot Measures, <https://www.usnews.com>, 09.11.2016

da sich diese in beiden Fällen grossmehrheitlich durch Steuergelder und Abgaben ihrer Gemeinden finanzieren müssen und somit auf ein konstantes Wohlwollen der lokalen Bevölkerung angewiesen sind.

Im Falle der USA wünscht sich die Mehrheit der Bevölkerung, dass sich die öffentliche Hand vermehrt durch spezifische Abgaben, Spesen und Gebühren finanziert, anstatt auf breiter Basis Steuern zu erheben (Matsusaka, S. 68). Auch in stärker direktdemokratischen Gebietskörperschaften der Schweiz ist eine höhere Gebührenfinanzierung nachzuweisen (Feld/Kirchgässner, S. 96).

Neben diesen Auswirkungen findet auch eine Verschiebung der Ausgaben von der staatlichen bzw. kantonalen Ebene zur Gemeindeebene statt. Lokale Regierungen geben dank Volksinitiativen anteilmässig tendenziell mehr, staatliche weniger Gelder aus. Da sich öffentliche Bibliotheken fast ausschliesslich über lokale Einkommensquellen finanzieren müssen, würde ihnen diese Tatsache zugutekommen (Matsusaka, S. 3, Feld/Kirchgässner, S. 96).

Studien konnten übereinstimmend nachweisen, dass die US-Staaten mit einfachem Zugang zu direktdemokratischen Mechanismen im Schnitt über ein höheres Sozialkapitel, mehr gemeinnützige Interessengruppen und zufriedenerer Einwohner verfügen (Dalton, S. 166). Diese Befunde konnten auch für die Schweizer Kantone bestätigt werden (Eder, S. 70).

### **Der Einfluss von Interessengruppen auf direktdemokratische Abstimmungen**

Obwohl die Schweizer und US-Amerikaner der direkten Demokratie grossmehrheitlich positiv gegenüberstehen und diese Rechte als unantastbar betrachten (Smith/Tolbert, S. 146), kritisieren sie laut Meinungsumfragen die Vereinnahmung des Initiativprozesses durch finanzstarke Interessengruppen. Gerade an Gemeindeversammlungsabstimmungen setzen sich die Ansichten und Ziele der bestorganisierten und grössten Interessengruppe durch, da bereits einige wenige Stimmen das Abstimmungsergebnis entscheiden können (Panagopoulos/Weinschenk, S. 20). In den USA und wohl auch der Schweiz sind dies oft Aktivisten aus dem Bildungs- bzw. Schulbereich. Diese stehen Bibliotheksanliegen meist wohlwollend gegenüber.

Bibliotheksinteressen sind, wie Verbraucher-, Kinder- und Umweltinteressen, ressourcenschwächer und somit weniger einflussstark (Langer, S. 63). Können Volksabstimmungen zu Bibliotheksthemen somit durch Gegner „gekauft“ werden? Die Forschung tendiert dazu, diese Frage auch in Bezug auf Volksabstimmungen allgemein zu verneinen. Wirtschaftsverbände können unliebsame Initiativen bei einem genügend grossen Abstimmungsbudget in den allermeisten Fällen verhindern, jedoch keine eigenen Gesetzesinitiativen gewinnen. Anders ausgedrückt können sie den Status quo erhalten, aber nicht selbst verändern. Einflussreiche Interessenverbände bevorzugen es in beiden Ländern, Volksabstimmungen

zu vermeiden und stattdessen gewählte Repräsentanten zu beeinflussen, da Volksinitiativen für alle Beteiligten vergleichsweise zeit- und kostenintensiv sind. Auch die teuersten Bibliotheksanliegen rufen gemeinhin zu wenig Opposition hervor, um grössere finanzielle Ausgaben der Gegnerschaft nach sich zu ziehen. In der Schweiz und den USA greifen Bibliotheksgegner in diesen Fällen auf Plakat- und Flugblattaktionen zurück. In vielen Fällen investieren beide Seiten überhaupt kein Geld in den Abstimmungskampf, doch die durchschnittlichen Ausgaben für eine erfolgreiche Kampagne lagen 2011 bei 8000 Dollar für Bauprojekte, bzw. 4000 Dollar für reguläre Finanzierungsmassnahmen (Dempsey, 2012, S. 66). Die im Vergleich zu den USA höchst intransparente und nicht öffentlich einsehbare Kampagnenfinanzierung erschwert in der Schweiz genauere Aussagen (Serdült, S. 83), auch wenn die SVP zwischen 2005 und 2011 nachweislich doppelt so viel Geld in Abstimmungskampagnen investierte als die übrigen Parteien zusammen (Linder/Mueller, S. 113). Grundsätzlich beteiligen sich Wirtschaftsgruppen in der Schweiz jedoch nicht an Abstimmungen zu kulturellen Themen (Bernhard, S. 89).

### **Der Einfluss von politischen Parteien und Politikern auf das Abstimmungsergebnis**

Während die schweizerischen Parteien mitunter selbst Petitionen zu Bibliotheksthemen lancieren, verhalten sich die US-amerikanischen Parteien im direktdemokratischen Prozess vergleichsweise passiv (Eder, S. 166) und Volksinitiativen werden, mit steigender Tendenz, ungleich häufiger angenommen.<sup>9</sup>

Die Erfolgchancen einer Abstimmungsvorlage steigen mit der Breite und Intensität der Unterstützung durch die politischen Eliten. Die Parolen der bürgerlichen Schweizer Parteien, speziell der CVP und der FDP, weisen den stärksten Effekt auf das Stimmverhalten auf. Gerade bei Personen mit einer Parteiidentifikation ist die Gefolgschaft hoch. Zwei von drei Personen folgen bei Abstimmungen den Parolen ihrer Partei. Linke Stimmbürger beachten diese Empfehlungen bei Ja-Parolen häufiger als die rechten Wähler. Bürgerliche folgen hingegen Nein-Parolen besonders exakt (Wagschal, S. 323, 325).

Propagieren sowohl republikanische wie auch demokratische Politiker, bzw. die meisten Schweizer Parteien ein Anliegen, erhöht dies den resultierenden Ja-Stimmenanteil deutlich, und entscheidet meist über Erfolg oder Niederlage (Kriesi, 2005, S. 75), wobei abweichende Stimmen innerhalb der Partei während der Kampagne zu einem Einbruch des Ja-Stimmenanteils führen (Bernhard, S. 101). Die Position der bürgerlichen Mitte aus CVP und FDP hat den stärksten Einfluss auf das Endergebnis (Bernhard, S. 100). Möglicherweise ist dieser Effekt besonders deutlich auf der für Bibliotheken hochrelevanten Gemeinde- und Stadtebene ausgeprägt, da zumindest US-Amerikaner ihren Lokalpolitikern weitaus mehr

---

<sup>9</sup> Initiative and Referendum Institute: Initiative Use, Feb. 2017, im Internet unter [http://www.iandrinstitute.org/docs/IRI%20Initiative%20Use%20\(2017-1\).pdf](http://www.iandrinstitute.org/docs/IRI%20Initiative%20Use%20(2017-1).pdf)

vertrauen, als der zentral- und bundesstaatlichen Regierung (Panagopoulos/Weinschenk, S. 13). Seit den 90er Jahren liegt der Anteil der Bürger, die in Meinungsumfragen angeben, sich auf ihre Lokalregierung verlassen zu können, solide bei 70%.<sup>10</sup> In der Schweiz folgen die Stimmbürger Parteiparolen erwiesenermassen deutlich häufiger als Empfehlungen des Bundesrats. Letztere werden nur von gut 60% der Abstimmenden beachtet (Wagschal, S. 326).

Da die wichtigsten Argumente und Deutungen zu einer Abstimmungsvorlage in der medialen Berichterstattung durchgehend von Politikern geäussert werden, ist die Haltung der politischen Elite von entscheidender Bedeutung für das Endresultat. Sie steuert die Einbettung der politischen Ereignisse und Themen in Deutungsraaster („framing“) und dadurch den öffentlichen Diskurs (Hänggli, S. 140).

## 2.2 Überprüfung der Hypothesen 1 und 2

Da das vorhandene statistische Datenmaterial für die Schweiz zu gering ist, um die Hypothesen 1 und 2 in einem realistischen Zeitrahmen testen zu können, beschränkt sich der folgende Abschnitt auf die Untersuchung des Einflusses der direkten Demokratie und des fiskalpolitischen Konservatismus auf die US-amerikanische Bibliothekslandschaft.

### **Hypothese 1: Je mehr Volksabstimmungen zu Bibliotheken ein Staat relativ zu seiner Einwohnerzahl durchführt, desto stärker ist sein Bibliothekswesen.**

Prof. Robert Barth kommt in seinem Aufsatz „Sparsamkeit geht vor“ zum Schluss, dass die schweizerische direkte Demokratie keine stärkeren Bibliotheken hervorbringt, als es rein repräsentative Demokratien tun (Barth, S. 465). Obwohl diese Aussage unbestreitbar zutrifft, kann mangels direkter Vergleichsmöglichkeiten nicht untersucht werden, ob und wie der Zugang zu Volksabstimmungen die schweizerische Bibliothekslandschaft beeinflusst hat. Im Fall der USA ist dies eher möglich, da hier eine enorme intra-staatliche Heterogenität bezüglich der vorhandenen Volksrechte besteht. Um den Einfluss direktdemokratischer Rechte auf die Bibliothekslandschaft zu untersuchen, wurden die bibliotheksbezogenen Pro-Kopf-Ausgaben und die Höhe der Besucher-, und Ausleihzahlen in allen US-Staaten mit starker direktdemokratischer Tradition konsultiert, und mit denjenigen der übrigen Bundesstaaten verglichen.

Die Operationalisierung der Stärke der direktdemokratischen Praxis erfolgte über die Berechnung der Anzahl Bibliotheksabstimmungen pro Einwohner. Hierfür wurden die genannten Abstimmungen in der Artikelreihe „Library Referenda“ des Library Magazines für die Jahre 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2015 und

---

<sup>10</sup> McCarthy, Justin: Americans Still More Trusting in Local Over State Government, 19.09.2016, im Internet unter <http://news.gallup.com/poll/195656/americans-trusting-local-state-government.aspx>

2017 ausgewertet. Für das Jahr 2014 stützt sich die Arbeit auf das „Referenda Roundup“ des Office for Research and Statistics der American Library Association. Da sowohl die ALA als auch das Library Magazine eine Übersicht für das Jahr 2016 publizierten, deren Inhalte aber nicht deckungsgleich waren, wurden in diesem Fall beide Texte verwendet. Sämtliche statistischen Angaben zu den Finanzierungs- und Nutzungszahlen stammen aus dem „Public Libraries Survey“ des Jahres 2015.<sup>11</sup>

Die tatsächliche Menge der durchgeführten Abstimmungen ist, wie auf Seite 21 erläutert, mit Sicherheit weitaus grösser.

---

<sup>11</sup> Institute of Museum and Library Services: Supplementary Tables Public Libraries Survey Fiscal Year 2015  
[https://www.ims.gov/sites/default/files/fy2015\\_pls\\_tables.pdf](https://www.ims.gov/sites/default/files/fy2015_pls_tables.pdf)

	Anzahl Abstimmungen (mindestens)	Anzahl öff. Bibliotheken (2015)	Abstimmungen pro Einwohner in Mio. (Stand 2010)	Abstimmungen pro Bibliothek	Bibliotheks-Einnahmen pro Kopf (2015)	Ausleihen pro Kopf (2015)	Besuche pro Kopf (2015)	GDP pro Kopf (2015) <sup>12</sup>
<b>USA</b>		<b>9,068</b>			<b>\$39.94</b>	<b>7.30</b>	<b>4.48</b>	<b>\$ 50'708</b>
Ohio	337	251	29.2	1.34	\$ 69.30	15.85	6.8	\$ 47'146
Michigan	291	392	29.5	0.74	\$ 40.89	8.28	4.91	\$ 42'778
New York	251	756	12.9	0.33	\$ 70.35	6.91	5.4	\$ 64'573
Illinois	97	622	7.6	0.16	\$ 68.38	9.50	5.97	\$ 53'729
Massachusetts	65	368	9.9	0.18	\$ 43.91	9.20	6.10	\$ 64'592
Louisiana	56	68	12.3	0.82	\$ 50.73	4.50	4.33	\$ 44'503
Colorado	51	113	10.1	0.45	\$ 56.91	11.97	6.14	\$ 52'858
Washington	42	62	6.2	0.68	\$ 59.86	12.00	5.74	\$ 56'407
Oregon	35	131	9.1	0.27	\$ 57.04	15.01	5.5	\$ 50'058
West Virginia	36	97	19.4	0.37	\$ 19.99	3.39	2.94	\$ 36'461
Connecticut	36	182	10.1	0.2	\$ 56.13	8.26	6.11	\$ 63'464
Idaho	31	102	19.7	0.3	\$ 39.46	11.44	6.33	\$ 35'738
Iowa	26	534	8.7	0.05	\$ 40.23	8.94	5.90	\$ 51'305
Montana	14	82	14.1	0.17	\$ 28.36	6.14	4.3	\$ 39'725
Maine	13	228	9.8	0.06	\$ 39.23	7.75	5.8	\$ 38'415
New Hampshire	11	219	8.4	0.05	\$ 51.49	8.63	6.39	\$ 50'781
Vermont	11	159	17.7	0.07	\$ 39.99	7.39	6.2	\$ 43'571
Rhode Island	8	48	7.6	0.17	\$ 46.49	6.36	5.6	\$ 47'541
Alaska	7	80	9.9	0.09	\$ 55.55	6.92	4.81	\$ 67'302

Tabelle 2: US-Staaten mit den meisten Bibliotheksabstimmungen pro Einwohner

<sup>12</sup> U.S. Department of Commerce: Bureau of Economic Analysis: Per Capita Real GDP by State (chained 2009 dollars), [https://www.bea.gov/iTable/index\\_regional.cfm](https://www.bea.gov/iTable/index_regional.cfm)

Wie aus dieser Tabelle ersichtlich wird, korrelieren grosszügig finanzierte Bibliotheken sehr stark mit häufigen Volksabstimmungen zu Bibliotheksanliegen. Die mit Abstand meisten Bibliotheksabstimmungen finden in Ohio, Michigan und New York statt. Ohio und Michigan gehören im Gegensatz zu New York zu den ärmeren US-Staaten, was die Höhe ihrer Bibliotheksinvestitionen umso beeindruckender erscheinen lässt.

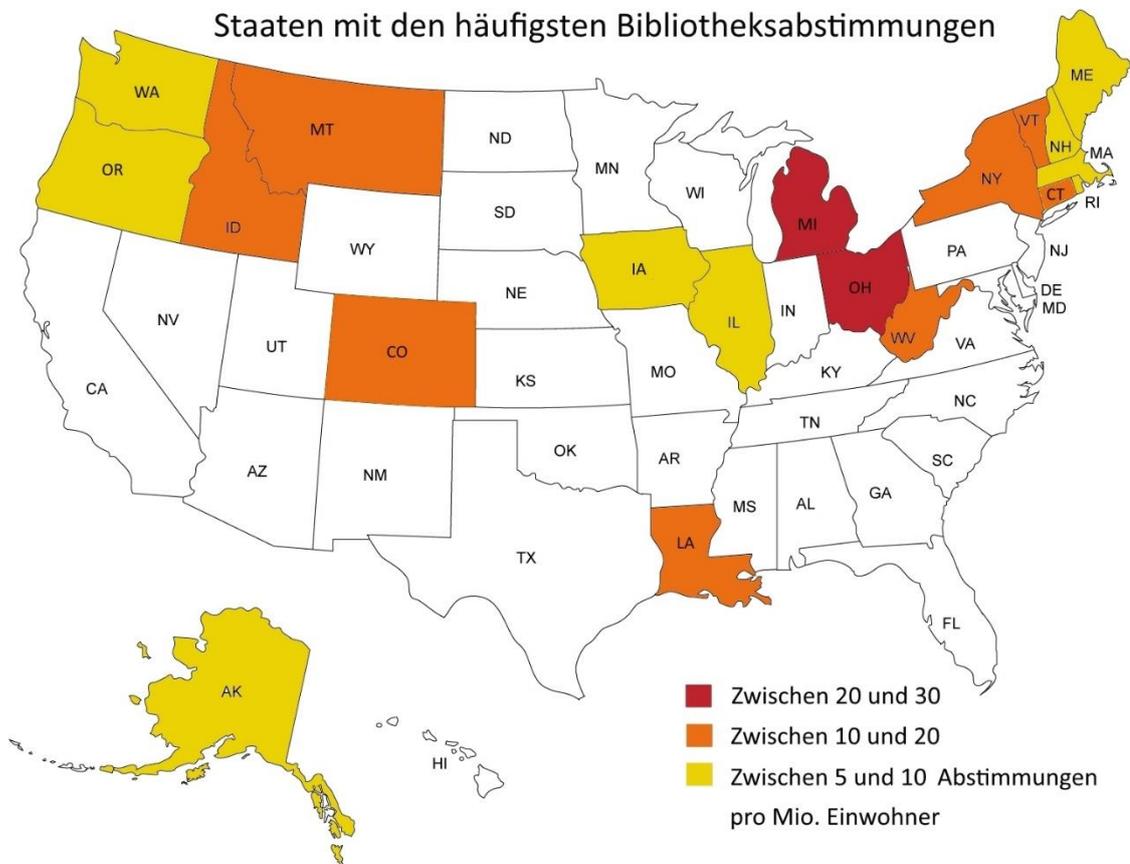


Abbildung 1: US-Staaten mit den häufigsten Bibliotheksabstimmungen in Relation zur Bevölkerung

Von den 19 US-Staaten mit den meisten Bibliotheksabstimmungen pro Einwohner investieren 15 überdurchschnittlich viel Geld in ihre öffentlichen Bibliotheken. Mit einem Bruttoinlandsprodukt zwischen \$35'738 und \$39'725 pro Kopf gehören die übrigen vier Staaten zu den ärmsten Gebieten der USA, weswegen ihre geringeren Ausgaben für Bibliotheken nicht überraschen. West Virginias Werte lassen sich dadurch jedoch nicht vollständig erklären. Der Staat gibt ausgesprochen wenig Geld für seine Bibliotheken aus und benutzt diese kaum.

Die Anzahl der Bibliotheksbesuche ist in 16 der 19 Staaten deutlich höher als im Landesdurchschnitt. Bei den getätigten Ausleihen ist der Befund weniger eindeutig.

### Der mögliche Einfluss von Gemeindeversammlungen

	Einnahmen/Kopf (2015) <sup>13</sup>	Besuche/Kopf (2015)	Ausleihen/Kopf (2015)	GDP/Kopf (2015) <sup>14</sup>
<b>USA</b>	<b>\$39.94</b>	<b>4.48</b>	<b>7.30</b>	<b>\$ 50,708</b>
Maine	\$39.23	5.76	7.75	\$ 38,415
Connecticut	\$56.13	6.11	8.26	\$ 63,464
Vermont	\$39.99	6.17	7.39	\$ 43,571
New Hampshire	\$51.49	6.39	8.63	\$ 50,781
Massachusetts	\$43.91	6.10	9.2	\$ 64,592
Rhode Island	\$46.49	5.57	6.36	\$ 47,541
<b>New England</b>	<b>\$46,21</b>	<b>6.02</b>	<b>7.93</b>	<b>\$ 51'394</b>

Tabelle 3: US-Staaten mit Gemeindeversammlungen als Legislative

Auffallend ist die gute Versorgung und Nutzung der Bibliotheken Neu Englands. In diesen sechs Bundesstaaten fungieren, wie bereits erwähnt, Gemeindeversammlungen als Legislative. Da die öffentlichen Bibliotheken in den USA, mit Ausnahme Ohios und Hawaii, praktisch ausschliesslich durch ihre Gemeinden und Bezirke finanziert werden, nehmen Gemeindeversammlungen wohl eine entscheidende Rolle in ihrer Finanzierung ein.

### Der mögliche Einfluss der Bildungsausgaben

Die Staaten Neu Englands verfügen über starke Bibliotheken, besitzen aber auch die höchsten Bildungsausgaben in den USA, was mit einer grösseren Wertschätzung für Bibliotheken einhergehen könnte. Mit Ohio, Michigan, Idaho, Colorado, Oregon, Washington, Iowa, Louisiana, Montana und West Virginia investieren jedoch mehr als die Hälfte der Staaten mit den meisten Volksentscheiden zu Bibliotheken pro Kopf weniger Mittel in die öffentliche Bildung als der Landesdurchschnitt. Die Bereitschaft, Schulbildung staatlich zu subventionieren ist somit kein geeigneter Indikator für hohe Bibliotheksausgaben, zumal acht dieser zehn genannten Staaten ihre Bibliotheken sehr grosszügig unterstützen.<sup>15</sup>

Eine aktive direktdemokratische Tradition führt somit nicht automatisch zu hohen Bibliotheksausgaben und einer intensiven Bibliotheksnutzung, scheint beides aber zu begünstigen. Die Abwesenheit direktdemokratischer Mitbestimmungsrechte korreliert im Fall der USA eindeutig mit einer Vernachlässigung des Bibliothekswesens, und ist vor allem bei den Verliererstaaten des Sezessionskriegs zu finden. Eine direkte Kausalitätsbeziehung ist hier

<sup>13</sup> Institute of Museum and Library Services: Supplementary Tables Public Libraries Survey Fiscal Year 2015 [https://www.ims.gov/sites/default/files/fy2015\\_pls\\_tables.pdf](https://www.ims.gov/sites/default/files/fy2015_pls_tables.pdf)

<sup>14</sup> U.S. Department of Commerce: Bureau of Economic Analysis: Per capita real GDP by state (chained 2009 dollars), [https://www.bea.gov/iTable/index\\_regional.cfm](https://www.bea.gov/iTable/index_regional.cfm)

<sup>15</sup> U.S. Census Bureau: 2015 Annual Survey of School System Finances, basierend auf: <http://www.governing.com/gov-data/education-data/state-education-spending-per-pupil-data.html>

eher unwahrscheinlich. Die vergleichsweise bescheidene Ausstattung und Nutzung der Südstaaten-Bibliotheken dürfte eher mit den soziokulturellen Eigenschaften und tiefergreifenden strukturellen und vor allem wirtschaftlichen Problemen dieser Region zusammenhängen. Dennoch fällt auf, dass der einzige Ex-Konföderierten-Staat mit grosszügiger Bibliotheksfinanzierung (Louisiana) auch der einzige Staat der Gruppe mit zahlreichen bibliotheksbezogene Volksabstimmungen ist.

Für den Vergleich der US-Staaten ist das Vorhandensein direktdemokratischer Instrumente somit eine mögliche Variabel zur Erklärung von Unterschieden in der Bibliotheksfinanzierung, aber sie ist nicht die einzige. Der Einfluss direktdemokratischer Abstimmungen ist nur schwer zu isolieren, da die direkte Demokratie in die Gesamtstruktur eines politischen Systems eingebettet ist. Um die Hypothese abschliessend beantworten zu können, müssten verschiedenste politische, kulturelle und sozioökonomische Faktoren einbezogen werden, deren Kontrolle sich schwierig bis unmöglich darstellt. Bei einer multivariaten Analyse würde sich schnell das Problem ergeben, dass die Anzahl der potentiell einflussreichen Variablen die Zahl der zu untersuchenden Einheiten übersteigt (Eder, S. 76).

**Hypothese 2: Je fiskalkonservativer eine Partei bzw. Stimmbevölkerung, desto wahrscheinlicher wird sie Bibliotheksanliegen ablehnen.**

Wie verhält es sich mit der Annahme, dass fiskalkonservative Parteien und ihre Wähler Bibliotheken in direkten Demokratien grundsätzlich kritischer gegenüber stehen als linke Politiker und Stimmbürger? Die beiden Autoren des Seminarberichts „Was macht erfolgreiche Bibliothekspolitik aus?“ argumentieren gar, dass rot-grüne Parteien grundsätzlich für Bibliotheken eintreten und stimmen würden (Mumenthaler/Schuldt, S. 4). Stellen wirtschaftsliberale, rechtskonservative Regierungen in den USA eine Gefahr für die Bibliotheksfinanzierung dar, während die demokratisch wählenden „blue states“ ihre Bibliotheken wertschätzen und grosszügig unterstützen?

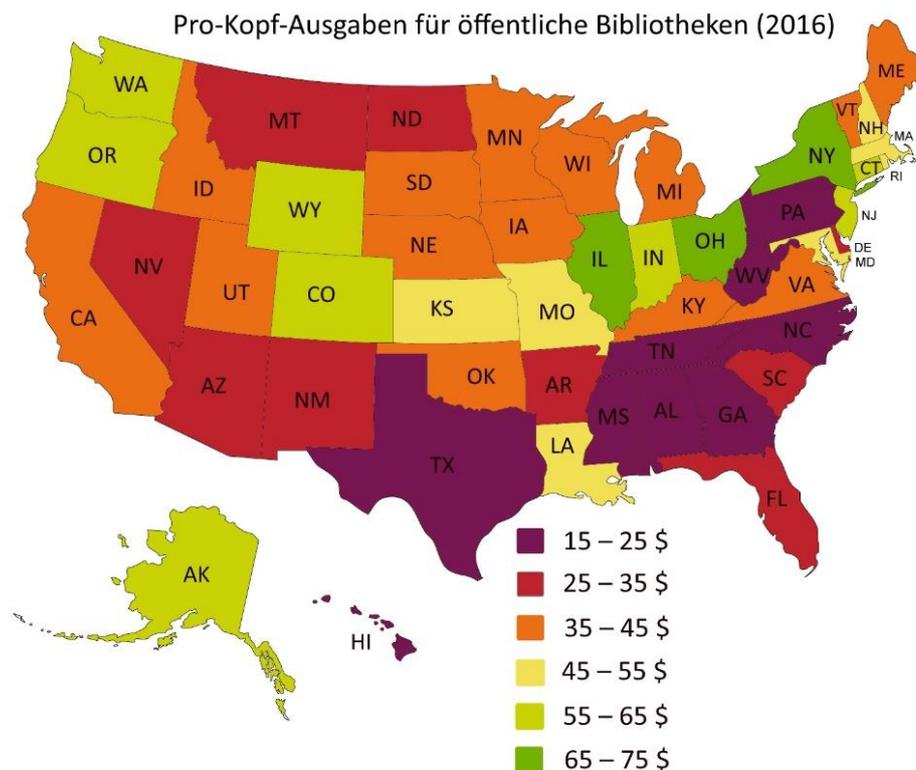


Abbildung 2: Pro-Kopf-Ausgaben für öffentliche Bibliotheken in den USA

Mit Blick auf die Südstaaten scheint diese These einleuchtend. Tennessee, Georgia und Mississippi investierten 2012 bis 2016 landesweit am wenigsten Geld in ihre Bibliotheken und nutzen diese kaum. Gleichzeitig stimmen die Einwohner dieser Staaten stets solide für republikanische Politiker.

Die Bibliotheken mit der grosszügigsten Unterstützung durch die öffentliche Hand befanden sich 2016 in New York, Ohio, Illinois, Washington, Wyoming, Oregon, Colorado, Connecticut, Alaska, New Jersey, Indiana, Maryland, Louisiana und Kansas.<sup>16</sup>

Diese Daten aus den USA legen nahe, dass linke Überzeugungen der finanziellen Gesundheit von Bibliotheken eher zuträglich sind als rechte, da sieben der vierzehn US-Staaten mit den höchsten Bibliotheksausgaben demokratisch geprägt sind (New York, Illinois, Washington, Oregon, Connecticut, New Jersey, Maryland), jedoch nur vier eindeutig republikanisch (Wyoming, Kansas, Indiana, Alaska). Ohio und Louisiana wählten seit 2011 fast ausschliesslich republikanische Politiker. Werden diese beiden Staaten dem rechten Spektrum zugeordnet, halten sich die republikanischen und demokratischen bibliotheksstarken Staaten etwa die Waage. Das langjährige Wahlverhalten und die Selbstidentifikation der Bewohner Colorados ermöglichen keine eindeutige parteipolitische Zuordnung.

<sup>16</sup> Institute of Museum and Library Services: Public Libraries Survey Fiscal Years 2012, 2014, 2015, 2016.

Gleichzeitig wäre es ein Fehler, hier von zwingenden Kausalzusammenhängen auszugehen. Kalifornien, New Mexiko und Hawaii sind klar demokratisch geprägt, unterstützen und besuchen ihre Bibliotheken aber unterdurchschnittlich. Gleichzeitig gehören die Bibliotheken in Wyoming zu den meistbesuchten und finanziell bestversorgten. Wyoming ist der „republikanischste“ aller US-Staaten, in welchem rechtskonservative Politiker regelmässig einen Wähleranteil von knapp 70% erreichen und sich nicht einmal jeder achte Einwohner als liberal bezeichnet.<sup>17</sup> Fast 70% der Einwohner Wyomings nahmen 2015 an einem der angebotenen Bibliotheksprogramme teil.

Linke politische Einstellungen sind somit weder eine notwendige noch eine hinreichende Bedingung für die Existenz starker Bibliotheken in einem Staat.

---

<sup>17</sup> Newport, Frank: Wyoming, North Dakota and Mississippi Most Conservative, 31.01.2017, <http://news.gallup.com/poll/203204/wyoming-north-dakota-mississippi-conservative.aspx>



### 3 Abstimmungen zu Finanzierungs- und Budgetanpassungen

Ort	Jahr	Anliegen	Erfolg	Stimmenverhältnis	Abstimmungsart
Dulliken, SO	2014	Budgetkürzungen im Umfang von fast 10'000 Fr.	ja	deutlich (30 Anwesende)	Gemeindeversammlung
Freienbach, SZ	2013	Verlängerung des Zusatzkredits an Mediothek, aber um ca. 10% gekürzt (neu 80'000 Fr.)	Eher nein	70.4% (3022 : 1268)	Urnenabstimmung
Konolfingen, BE	2006	Budgetverabschiedung mit Bibliotheks-Budgetkürzung um 20'000 Fr.	ja	wuchtig	Gemeindeversammlung
Richterswil, ZH	2013	Erhöhung des Beitrags an die Gemeindebibliothek von 86'500 Fr. auf neu 121'500 Fr.	ja	keine Probleme (272 Anwesende)	Gemeindeversammlung
Thalwil, ZH	2009	Verdoppelung des jährlichen Zuschusses an die Bibliothek, neu 300'000 Franken	ja	mit grossem Mehr (1.8% anwesend)	Gemeindeversammlung
Aarberg, BE	2009	Neues Bibliotheksreglement mit Kostenerhöhung von 20 Fr. auf 26 Fr. pro Einwohner	ja	einstimmig (160 Anwesende)	Gemeindeversammlung
Bern	2010	Finanzierung der Kornhausbibliotheken für 6 Jahre	ja	90,84%	Urnenabstimmung
Bern	2015	Finanzierung der Kornhausbibliotheken für 6 Jahre	ja	84.9%	Urnenabstimmung
Biel, BE	2015	Leistungsverträge der Stadt mit der Stadtbibliothek 2016-2019, Zahlungen von 1,99 Mio. Franken im Jahr	ja	78.3% (8719 : 2411 )	Urnenabstimmung
Chur, GR	2016	Erhöhung des jährlichen Betriebsbeitrags an die Stiftung Stadtbibliothek	ja	52,3% (5384 : 4920)	Urnenabstimmung
Dürnten, ZH	2011	Bibliotheksverbund mit Rüti, gemeinsame Finanzierung einer Bibliothek an neuem Ort	ja	?	Gemeindeversammlung
Ems, GR	2009	Budgetkürzung um 10'000 Franken	nein	78.6% Ja-Stimmen (910 : 248 )	Urnenabstimmung

Full-Reuenthal, AG	2014	Beitragskürzungen, Ausstieg aus Verbund	ja	Klar (44 : 20), 83 Anwesende	Gemeindeversammlung
Grünigen, ZH	2017	Erhöhung der jährlichen Gemeindebeiträge von 50'000 Franken auf 80'000 Franken	ja	einstimmig, ohne Wortmeldungen, 84 Anwesende	Gemeindeversammlung
Herzogenbuchsee BE	2013	Neuer Leistungsvertrag mit höheren Kosten für Gemeinde (statt 33'000 neu 109'000 Franken)	ja	keine Komplikationen erwähnt (6,5% anwesend)	Gemeindeversammlung
Kaisten, AG	2006	Gemeinde übernimmt Führung und Finanzierung der Bibliothek von einem Verein.	ja	mit überzeugendem Mehr, 113 Anwesende	Gemeindeversammlung
La Chaux-des-Breuleux, JU	2008	Gemeinde soll Bibliobus nicht mehr finanzieren.	nein	deutlich	Gemeindeversammlung
La Chaux-des-Breuleux, JU	2009	Gemeinde soll Bibliobus doch weiter finanzieren.	ja	deutlich	Gemeindeversammlung
Laufen, BL	2014	Kürzung der Zahlungen an die Bibliothek um 36'000 Fr. auf neu 24'000 Fr.	ja	nur 1 Stimme dafür	Gemeindeversammlung
Laufen, BL	2014	Leistungsvereinbarung mit der Stedtlbibliothek	ja	einstimmig (147 Anwesende)	Gemeindeversammlung
Lupfig/Birr, AG	2017	Neue Leistungsvereinbarung und eine Erhöhung des Stellenplans für die Bibliothek, neu 140'000 Fr. Aufwand	ja	?	Gemeindeversammlung
Neuchâtel (Kanton)	2016	Kanton muss Bibliobus weiterhin finanzieren.	ja	62,28%	Urnenabstimmung
Oberdorf, BL	2014	Pensum der Angestellten von 59% auf 54% kürzen	ja	47 nein gegen 40 ja	Gemeindeversammlung
Rüti, ZH	2011	Bibliotheksverbund mit Dürnten	ja	66%	Urnenabstimmung

Sarnen, OW	2013	Neue Leistungsvereinbarung betr. einer schrittweisen Erhöhung des jährlichen Beitrages an die Kantonsbibliothek	ja	keine Gegenanträge (135 Anwesende)	Gemeindeversammlung
Schwarzenburg, BE	2015	Führung der Bibliothek durch einen Verein, Beitragsreduktion auf 40'000 Fr./Jahr	ja	95.5% Nein-Stimmen (549 : 26)	Gemeindeversammlung
Seengen, AG	2011	Erhöhung der Stellenprozente von 55% auf 88%, Mitgliederbeiträge erhöht um 40%	ja	einstimmig (143 Anwesende)	Gemeindeversammlung
Stäfa, ZH	2009	Neue Leistungsvereinbarung mit der Bibliothek	ja	nicht umstritten	Gemeindeversammlung
Tavannes, BE	2015	Subventionszahlung an Bibliothek über vier Jahre	ja	90,9%	Urnenabstimmung
Untereingstringen, ZH	2012	Verlängerung der Öffnungszeiten, Pensumerhöhung von 92% auf 170%	ja	sehr deutlich	Gemeindeversammlung
Weisslingen, ZH	2013	Beitragserhöhung, insbesondere um Bibliothekarinnen zu bezahlen	ja	23 : 5	Gemeindeversammlung
Wila, ZH	2017	Erhöhung der Defizitgarantie an Bibliothek Wila um 4000 Fr. auf neu 58'600 Fr.	ja	86 : 52	Gemeindeversammlung
<b>Anzahl: 32</b>		<b>Erfolge: 29</b>			

Tabelle 4: Abstimmungen zu Finanzierungs- und Budgetanpassungen

### 3.1 Quantitative Auswertung

Volksentscheide, die sich mit ein- oder mehrjährigen finanziellen Zuschüssen an Bibliotheken auseinandersetzen, sind mit 32 Beispielen im Vergleich zu Umzugsanliegen deutlich seltener. Dies mag jedoch auch damit zusammenhängen, dass Budgets oftmals im Rahmen einer Gemeindeversammlungsabstimmung gesprochen werden, welche durch die Recherche in Mediendatenbanken nicht vollständig auffindbar waren.

Angenommene Finanzierungs- und Budgetabstimmungen konnten an der Urne im Schnitt einen Ja-Stimmenanteil von über 75% auf sich verbuchen. Werden die beiden abgelehnten bzw. ambivalenten Fälle in Ems und Freienbach mit eingerechnet, sinkt der Wert auf 64.1%. Ohne das Resultat aus Freienbach beträgt der Ja-Stimmenanteil der Finanzierungsabstimmungen 68.4%. Die übrigen Abstimmungsthemenblöcke erreichten durchschnittliche Zustimmungswerte um die 60%. Somit wird deutlich, dass Abstimmungen zu finanziellen Anliegen über eine weniger signifikante Gegnerschaft in der Bevölkerung verfügen als die übrigen Themengebiete.

90.63% der Anliegen wurden an Gemeindeversammlungen und an der Urne genehmigt. Einer der drei negativen Entscheide hatte keine Konsequenzen für das Bibliotheksangebot, da ihn die Stimmbürger wenige Monate später korrigierten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Kürzungsanträge im bibliothekarischen Bereich nur dann Gehör bei der Bevölkerung finden, wenn sie, wie in Ems, mit zahlreichen anderen Anträgen zu einem fixen Sparpaket verknüpft sind, oder wenn die Wahl nur zwischen gekürzten Zuschüssen und gar keinen Zuschüssen besteht (Freienbach).

### 3.2 Kurzvorstellung der Abstimmungen

Der Fall **Lupfig/Birr** wird im Kapitel „Abstimmungen zu Bibliotheksschliessungen“ dargestellt, da er, neben einer Aufwandserhöhung von knapp 50'000 Franken, auch die Aufgabe der Gemeindebibliothek Birr beinhaltet.

Details zur Abstimmung in **Kaisten** sind im Abschnitt zu neuen Bibliotheken zu finden. Hier wurde eine privat geführte Bibliothek durch die Gemeinde übernommen. Die angepasste Finanzierung war somit nur ein Teilaspekt einer grösseren organisatorischen Veränderung.

Die Erläuterungen zur Stellenprozentreduzierung in **Oberdorf** befinden sich bei der Petition zur Schliessung der Bibliothek im selben Jahr.

Die zwei Abstimmungen in **Dürnten** und **Rüti** wurden anlässlich einer Bibliothekserweiterung an einem neuen Standort abgehalten und sind somit unter „Umzüge“ aufgeführt.

In regelmässigen Abständen wiederkehrende Abstimmungsanliegen, wie etwa die Leistungsvereinbarung der Stadt **Bern** mit den Kornhausbibliotheken, ermöglichen den Bibliotheksbefürwortern längerfristige Planungsmöglichkeiten für ihren Abstimmungskampf, was möglicherweise einen Grund für die ausgesprochen hohen Zustimmungsraten darstellt. So erreichten die Zuschüsse an die Kornhausbibliotheken 2010 und 2015 Ja-Stimmenanteile zwischen 85% und 90.8%. Die Kulturinstitution Konzert Theater Bern wurde 2015 mit 78% unterstützt, das Historische Museum mit 85,5%.<sup>18</sup>

Die höchste Zustimmungsraten sämtlicher untersuchter Urnenabstimmungen findet sich mit 91% Ja-Stimmenanteil in **Tavannes** (3600 Einwohner) und ermöglichte 2015 die Weiterführung der Subventionszahlungen an die lokale Gemeindebibliothek im Rahmen von 539'000 Franken.<sup>19</sup>

Eine Urnenabstimmung im Jahr 2009 führte in der Gemeinde **Domat/Ems** (8000 Einwohner) zur Kürzung der Gemeindebeiträge an die Bibliothek um 10'000 Franken, einer Erhöhung der Benutzungsgebühren aller gemeindeeigener Anlagen, sowie diversen weiteren Kürzungen, etwa bei Beschäftigungsangeboten für Sozialhilfebezügler. Die Zustimmung war mit 910 Ja- zu 248 Nein-Stimmen deutlich. Die Stimmbeteiligung lag mit 26% vergleichsweise tief.<sup>20</sup> Ein früherer Voranschlag, bei dem das Defizit noch 3,7 Millionen Fr. betragen hätte, war Ende 2008 abgelehnt worden. Die gut 150 Kürzungsvorschläge ermöglichten 2009 eine Defizitreduktion um 1,1 Millionen Franken. Die Gemeindebeiträge an die Bibliothek hätten zusätzliche Öffnungszeiten an Samstagen finanzieren sollen.<sup>21</sup> Da die Sparmassnahmen verschiedenste Bereiche tangierten, ist nicht rekonstruierbar, welche Rolle der Bibliothek zukam.

Die 94 Einwohner der Ortschaft **La Chaux-des-Breuleux** beweisen, dass Bibliotheksunterstützer auch eine verlorene Abstimmung in einen Sieg verwandeln können, wenn sie Geduld beweisen. Die Gemeindeversammlung beschloss Ende 2008, pro Jahr zukünftig 800 Franken einzusparen und dafür ab 2010 aus dem Serviceverbund des Bibliobus auszusteigen, da er wenig benutzt werde. Die unterlegenen Gegner starteten eine Unterschriftensammlung mit der Bitte, an der Gemeindeversammlung 2009 nochmals über das Anliegen abstimmen zu dürfen.<sup>22</sup> Der neue Bürgermeister stand hinter diesem Wunsch und erinnerte an eine Zeit, in der die Einwohner seiner Gemeinde noch zu den fleissigsten Bibliobus-Nutzern gezählt hätten. Tatsächlich tätigten die eingeschriebenen Nutzer 2008 im Schnitt 38 Ausleihen. Das Dorf las insgesamt 417 Bibliobus-Bücher. Die Initianten konnten

---

<sup>18</sup> Messerli, Mirjam: Klares Ja zur städtischen Kultur, Berner Zeitung, 15.06.2015.

<sup>19</sup> Net oui au financement de la bibliothèque, Journal de Jura, 15.06.2015.

<sup>20</sup> Deutliche Zustimmung zum Emser Budget, Die Südostschweiz, 30.03.2009

<sup>21</sup> Das Emser Spar-Budget ist reif für die Volksabstimmung, Die Südostschweiz, 18.02.2009

<sup>22</sup> Le Bibliobus fera toujours le détour, L'Express, 02.07.2009.

20 Unterschriften sammeln und beriefen sich in ihrem Kampf auf einen Artikel der kantonalen Verfassung zur Förderung der französischen Sprache als Staats- und Gemeindeaufgabe. Die Gemeindeversammlung revidierte ihre Entscheidung und nahm die Bibliobusgebühren rechtzeitig wieder ins Budget auf.<sup>23</sup>

Als siegreiche Niederlage ist der Ausgang einer Abstimmung in **Freienbach** (16'200 Einwohner) einzuschätzen. 2013 befanden die Stimmbürger hier über die Verlängerung der Vereinbarung mit ihrer Mediothek. Der Vereinbarungsvorschlag forderte für 2014-2018 die Reduktion des wiederkehrenden Betrags um 10% auf 80'000 Franken, da die Steuereinnahmen überraschend tief ausgefallen waren und die Gemeinde deswegen auf eine Nettoverschuldung zusteuerte.<sup>24</sup> Zuvor hatte die Gemeindeversammlung eine Steuererhöhung abgelehnt.<sup>25</sup> Die Vorlage wurde in einer Urnenabstimmung mit 3022 Ja- zu 1268 Nein-Stimmen deutlich gutgeheissen,<sup>26</sup> was einer effektiven Budgetkürzung gleichkam, aber von den lokalen Obersee-Nachrichten als Beweis für die Beliebtheit der Bibliothek in der Bevölkerung ausgelegt wurde. Gleichzeitig sah die Zeitung die geringeren Kosten als zweiten ausschlaggebenden Grund für die Verlängerung der Vereinbarung.<sup>27</sup>

Die Durchsetzung einer jährlichen Defizitgarantie-Erhöhung in **Wila** (1900 Einwohner) war 2017 nur dem persönlichen Einschreiten der anwesenden Bibliothekarin zu verdanken. Die Gemeindeversammlung unter der Leitung des SVP-Gemeindepräsidenten stand von Anfang an unter einem schlechten Stern und endete für den Gemeinderat in einem Debakel, da die Bürger praktisch alle seine Vorschläge, inklusive des Budgets 2018, verweigerten. Die ungewöhnlich vielen Teilnehmer machten ihrem Ärger über die zunehmenden Gemeindeausgaben und Steuererhöhungen Luft («Ihr benehmt euch wie Enkeltrickbetrüger!»). Die Gemeinde hätte bei einer Annahme der Vorlagen neu den vierthöchsten Steuerfuss im Kanton Zürich aufgewiesen, weswegen sich die SVP Wila gegen ihren eigenen Gemeindepräsidenten wandte.

Die Bibliothek wäre beinahe zu einem Kollateralschaden geworden. Der Landbote sah einen Grund für die feindselige Stimmung in der ruhigen und sachlichen Präsentation von Grafiken und Zahlen durch den Finanzvorstand (BDP), welche die Anwesenden noch mehr verstimmt. Ein Votant schlug vor, dass die Gemeinde stattdessen aus der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) aussteigen solle. Laut des anwesenden Journalisten wurde „selbst die Erhöhung der Defizitgarantie für die Bibliothek um 4000 Franken leidenschaftlich bekämpft.“ Das Wort „selbst“ legt nahe, dass die Bevölkerung in Wila Bibliotheksanliegen

---

<sup>23</sup> Une pétition pour garder le Bibliobus, L'Express, 23.06.2009.

<sup>24</sup> Richter, Markus: Steinfabrik-Kompromiss kommt schlecht an, Zürichsee-Zeitung Obersee, 22.04.2013.

<sup>25</sup> 2,5 Mio. weniger Steuereinnahmen, Zürichsee-Zeitung Obersee, 27.03.2013.

<sup>26</sup> Zweiter Wahlgang wird nötig, Neue Luzerner Zeitung, 10.06.2013.

<sup>27</sup> Keine Schwerzi – Ja zur Bibliothek, Obersee Nachrichten, 13.06.2013.

normalerweise weniger kritisch betrachtet. Ein Stimmbürger stellte einen erfolglosen Rückweisungsantrag mit der Anmerkung, das bestehende Medienangebot der Bibliothek sei auch günstiger zu haben. Nur das beherzte Auftreten der Bibliothekarin habe die Defiziterhöhung retten können.<sup>28</sup> Wahrscheinlich war hier mitentscheidend, dass sich die Wut der Anwesenden vor allem gegen die Politik und ihre Vertreter richtete und die Bibliothekarin als Aussenstehende folglich davon ausgenommen war.

Die Bibliothek ist laut eigener Aussage gut im Dorf getragen und die Nutzungszahlen belegen dies. Zwischen 2014 und 2016 stiegen die Ausleihen von 13'704 auf 14'926, grösstenteils verursacht durch jugendliche Kunden.<sup>29</sup>

Deutlich erfolgreicher verlief im Oktober 2015 die Verlängerung der Leistungsvereinbarungen der Stiftung Stadtbibliothek Biel (54'400 Einwohner) für die Legislaturperiode 2016-2019, welche von 4/5 der Stimmbürger gutgeheissen wurde. Der Stadtrat hatte die 7.89 Millionen Franken im vergangenen Frühling bereits genehmigt. Durch die Höhe der Ausgaben für die Stadtbibliothek musste sich das Stimmvolk jedoch zwingend ebenfalls äussern. Gleichzeitig gelangte die Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Theater und Orchester Biel Solothurn (Tobs) zur Abstimmung. Während die SVP den Vertrag mit der Tobs ablehnte,<sup>30</sup> brachte sie keine Einwände gegen die Vereinbarung mit der Bibliothek vor. Von der EDU abgesehen unterstützten sämtliche Parteien die Verlängerung. Dies mag überraschen, denn wenige Monate zuvor hatten die bürgerlichen Parteien noch ein Postulat verfasst, welches die Möglichkeit einer Reduktion des Beitrags an die Bibliothek behandelte. Dieser Vorstoss lag dem Gemeinderat zum Zeitpunkt der Abstimmung vor.<sup>31</sup>

Der Direktor der Stadtbibliothek schrieb im Anschluss an die Abstimmung einen enthusiastischen Dankesbrief im Namen seiner 30 Mitarbeiter, welcher sich auch bewusst an die unterlegenen Gegner richtete.<sup>32</sup> Das Bieler Tagblatt, das den Brief abdruckte, wertete die klare Zustimmung zur Stadtbibliothek als Beweis für die Kulturliebe der Bieler. Die Bevölkerung toleriere keine Budgetkürzungen in diesem Bereich: „Kultur ist auch jene Instanz, die hinterfragt, weiterdenkt, provoziert, Innovationen und Identität schafft, Kultur tröstet und ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Deshalb gilt es, sie gerade in schwierigen Zeiten zu bewahren, sie zu fördern [...]“<sup>33</sup>

---

<sup>28</sup> Felix, Christian: Nein, nein und nochmals nein, Der Landbote, 09.12.2017 und Huber, Marco: Wilemer leisten Widerstand gegen Budget, Zürcher Oberländer, 09.12.2017.

<sup>29</sup> Jahresbericht Schul- und Gemeindebibliothek Wila 2016, <http://www.bibli-wila.ch/jahresbericht/Statistik.html>

<sup>30</sup> «Auch das Tobs soll seinen Sparbeitrag leisten. Von unzähligen Klein- und Kleinstvereinen wird dies ebenfalls verlangt.»

<sup>31</sup> Nieto, Didier: Leistungsverträge auf dem Prüfstand, Bieler Tagblatt, 10.10.2015.

<sup>32</sup> Leserbeiträge, Bieler Tagblatt, 23.10.2015.

<sup>33</sup> Tanner, Simone, Ressortleiterin Kultur: Nachhaltigkeit auch in der Kulturpolitik, 29.12.2015.

Die Darstellung der Bibliothek als existentielles Bedürfnis und schützenswertes Symbol der lokalen Identität und des gemeinschaftlichen Zusammenhalts ist in der Westschweizer Presse deutlich häufiger nachzuweisen als im Rest des Landes.

In **Konolfingen** (4700 Einwohner) konnte die Stimmbevölkerung gegen den Willen ihrer politischen Vertreter eine Budgetkürzung im Umfang von 20'000 Franken abwehren. Sie lehnte gleichzeitig auch das gesamte Sparbudget für 2007 ab und bewies hier ein sicheres Gefühl für die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Gemeinde. Die Regierung hatte mit einem Defizit von 386'000 Franken gerechnet. Durch unerwartet hohe Steuereinnahmen konnte der Finanzchef (FDP) seine Zahlen revidieren und stattdessen einen Gewinn von 15'000 Franken vorweisen. Die Bibliothek selbst erwirtschaftete 25'000 Franken.<sup>34</sup>

**Richterswil** (13'300 Einwohner) liefert ein Beispiel für eine erfolgreich umgesetzte Budgeterhöhung. Die Initiative ging hier einmal mehr von der lokalen Politik aus. So hatte der Gemeinderat 2013 eine Aufstockung des jährlichen Vereinsbeitrags von 86'500 Franken auf 121'500 Franken vorgeschlagen. Er berief sich dafür auf die Vorgaben der SAB. Diese seien mit den aktuellen finanziellen Möglichkeiten der Bibliothek schlicht nicht zu erfüllen. Ausserdem seien die Löhne der Angestellten dringend zu verbessern. Trotz der vielen ehrenamtlichen Einsätze werde der Betrieb professionell geführt und das gut ausgebildete Personal habe ein Anrecht auf eine angemessene Entschädigung. Die veraltete Einrichtung sei kurz- und mittelfristig zu ersetzen. Der Verein Gemeindebibliothek Richterswil leiste einen „wichtigen Beitrag im kulturellen Angebot der Gemeinde“.

Der Beitrag an den Verein war bereits 2003 und 2007 deutlich erhöht worden. Durch die erfolgreiche Abstimmung stieg er innerhalb von nur zehn Jahren von 74'000 Franken auf 121'500 Franken. Für den 1998 erfolgten Umzug hatte die Gemeinde zusätzliche 83'000 Franken gesprochen.<sup>35</sup> Die SVP lehnte die dritte Erhöhung ab und begründete dies mit der zunehmenden Bedeutung von Web-Angeboten.<sup>36</sup>

Auch in **Thalwil** (17'700 Einwohner) genehmigte eine mit 202 Personen gut besuchte Gemeindeversammlung eine Verdoppelung der Bibliothekszuschüsse von 150'000 Franken auf 300'000 Franken. Im Gegensatz zu einem Entscheid betreffend eines umstrittenen Mietwohnungsbauprojekts fiel die Zustimmung zum Bibliotheksanliegen sehr deutlich aus. Die Gemeinderätin begründete die Erhöhung damit, dass die Mitarbeitenden neu der Pensionskasse der Gemeinde angeschlossen seien. Auch müsse die Bibliothek aktuell bleiben, um attraktiv zu sein. Der Präsident der RPK zeigte kein Verständnis für die Verdoppelung und verwies auf die aktuelle Wirtschaftskrise und den somit denkbar

---

<sup>34</sup> Fehlmann, Laura: Jetzt sind die Zahlen schwarz, Berner Zeitung, 27.03.2007.

<sup>35</sup> Jäggli, Pascal: Bibliothek Richterswil braucht Geld, Zürichsee-Zeitung, Bezirk Horgen, 26.06.2013.

<sup>36</sup> SVP sagt Nein zum Projekt Glarnerstrasse, Zürichsee-Zeitung, Bezirk Horgen, 06.09.2013.

schlechten Zeitpunkt. Protestkundgebungen seitens der Anwesenden begleiteten seine Rede, gefolgt von diversen Voten für die Bibliothek. Lediglich die SVP stellte sich hinter die Rechnungsprüfungskommission.<sup>37</sup>

Die EVP hatte sich einige Tage zuvor in der Zürichsee-Zeitung für die Zuschüsse eingesetzt. Die Bevölkerung habe ein Bedürfnis nach einer attraktiven, vielseitigen Bibliothek und Mediothek. Auch müsse die Entlohnung der Mitarbeitenden heutigen Anforderungen angepasst werden. Da die Zustimmung erst nach intensiver Diskussion erfolgte, scheinen ursprünglich nicht alle Delegierten dieser Argumentationslinie gefolgt zu sein.<sup>38</sup>

Die Gemeindeversammlung in **Stäfa** (14'000 Einwohner) genehmigte 2009 250'000 Franken für die Leistungsvereinbarung mit der Bibliothek und deren Neueinrichtung. Ein umstrittenes Geschäft wurde mit Hinweis auf die düstere Finanzlage schon im Vorfeld von der Traktandenliste gestrichen und in die Zukunft verschoben. Die allermeisten der zahlreichen Anliegen fanden jedoch problemlos die Zustimmung der Anwesenden, sodass, wie im Fall Ems, schwer abzuklären ist, welchen Anteil die Bibliothek selbst an der Entscheidung hatte. Sparforderungen seitens der SVP wurden an der Gemeindeversammlung generell ignoriert.<sup>39</sup>

In **Dulliken** (4600 Einwohner) verteidigten die anwesenden Stimmbürger ihre Bibliothek an einer Gemeindeversammlung erfolgreich gegen Sparmassnahmen, welche den jährlichen Beitrag von 10'000 Franken komplett gestrichen hätten. Das Oltener Tagblatt wertet den Entscheid als Beweis, dass die Stimmbürger „trotz des budgetierten Defizits auch im nächsten Jahr bereit sind, mit der Spende an die Bibliothek einen Beitrag an das kulturelle Leben in der Gemeinde zu leisten.“<sup>40</sup> Der Gemeinderat setzte sich damals aus je zwei SP-, CVP- und FDP-Politikern sowie einem SVP-Vertreter zusammen.

In **Unterengstringen** (3700 Einwohner) konnten die wöchentlichen Öffnungszeiten dank einer erfolgreichen Gemeindeversammlungsabstimmung versuchsweise von 13 Stunden auf 30.5 Stunden erhöht werden. Dadurch steigerte sich das Teilpensum der vier Bibliothekarinnen von 92 Prozent auf neu 170 Prozent, was mit einer Zunahme des Betriebsaufwands von 95'000 Franken auf 157'000 Franken einherging. Als Gründe nannte man die grössere Kundenfreundlichkeit und das Bedürfnis, die Bibliothek besser als Dorftreffpunkt zu etablieren. Die Leiterin Karin Baeriswyl verwies auf eine Tagung mit Bibliotheksvertretern aus ganz Europa, welche sie zu dieser Idee inspiriert hatte. «In Finnland hat man eine Sauna in eine Bibliothek eingebaut», so Baeriswyl. Soweit wolle man in Unterengstringen nicht

---

<sup>37</sup> Urech-Brunner, Rahel: Ja zu Farb-Areal und Bibliothek, Zürichsee-Zeitung, Bezirk Horgen, 18.09.2009.

<sup>38</sup> EVP sagt nein zum Traktandum Färberei, Zürichsee-Zeitung, Bezirk Horgen, 15.09.2009.

<sup>39</sup> Töbeli, Petra: Abstimmung über Werkhof Töbeli abgeblasen, Tagesanzeiger, 09.12.2009.

<sup>40</sup> Kuster, Urs: Kies-Einnahmen lassen hoffen, Oltner Tagblatt, 31.12.2014.

gehen. «Wir haben jetzt schon eine Kaffee-Ecke in der Bibliothek. Es ist aber schade, dass wir nur wenig geöffnet haben». <sup>41</sup>

In **Grünigen** (2900 Einwohner) stand 2017 eine Erhöhung der jährlichen Gemeindebeiträge von 50'000 Franken auf neu 80'000 Franken an. Die seit 50 Jahren durch einen Verein geführte Mediothek schloss 2005 erstmals mit einem Defizit ab und musste deshalb zu diesem Schritt greifen. Zuvor waren die Jahresgebühren von 25 auf 50 Franken erhöht worden. Der zuständige FDP-Gemeinderat machte sich betreffend des Abstimmungsausgangs keine Sorgen, denn die Bevölkerung stünde hinter ihrer Mediothek. Mit den zusätzlichen Geldern könne die Mediothek wieder mehr neue Medien anschaffen, die Öffnungszeiten am Abend für die arbeitenden Kunden erweitern und ihre Mitarbeiterinnen weiterbilden. Die bibliothekarische Arbeit sei einem starken Wandel unterworfen und Bibliothekarinnen müssten sich folglich regelmässig weiterbilden. Durch den Betrag sollten endlich auch alle geleisteten Stunden vergütet werden: «Wenn das Budget in der Vergangenheit gegen Ende des Jahres erschöpft war, arbeiteten die Bibliothekarinnen ehrenamtlich weiter.»<sup>42</sup> Der Gemeinderat behielt Recht, denn die Versammlung bewilligte das Anliegen ohne Gegenstimmen. Grünigen ist eine bürgerliche Hochburg unter SVP- und FDP-Leitung.

Auch in **Sarnen** (10'160 Einwohner) haben Politiker der SP und der Grünen geringe Aussichten auf Wahlerfolge, allerdings dominieren mit der CSP und CVP hier religiös geprägte Parteien. Sarnen besitzt trotz seiner beachtlichen Grösse und seines Status als Hauptort des Kantons keine eigene öffentliche Bibliothek. Die Gemeinde beteiligt sich jedoch an den Kosten der Kantonsbibliothek. Die Gemeindeversammlung bestätigte 2013 die Erhöhung des Betrags um 50'000 Franken auf neu 135'000 Franken pro Jahr. Dies sei laut dem Gemeindepräsidenten (CSP) ein zeitgemässer und angemessener Betrag. <sup>43</sup> Ein Gemeinderat der CVP verwies auf die Richtlinien der SAB und die übrigen Gemeinden der Region. Die Kantonsbibliothek sei beliebt, stark genutzt und leiste einen wichtigen Beitrag zur Standortattraktivität. Die Ausleihen hätten sich mit 117'000 Verbuchungen seit 1993 verdoppelt und die Kantonsbibliothek sei gleichzeitig die Gemeinde- und Schulbibliothek Sarnens. Diese Erklärungen überzeugten die Anwesenden, denn auch nach zweimaligem Nachfragen wollte sich niemand gegen die Beitragserhöhung aussprechen.<sup>44</sup>

Mit keiner Gegenstimme gleichermassen widerstandslos verlief eine Gemeindeversammlung in **Seengen** (3300 Einwohner) zur Erhöhung der Stellenprozente von 55% auf 85% und der

---

<sup>41</sup> Zimmerli, Sandro: Kreis wird neu gestaltet. «Gemeind» genehmigt Kredit über 113'000 Franken, MLZ, 15.06.2012.

<sup>42</sup> Bernet, Fabia: „Grüniger stehen hinter Mediothek“, Zürcher Oberländer, 24.10.2017.

<sup>43</sup> Unterspülte Bachsperrren sind eine Gefahr, Neue Luzerner Zeitung, 11.10.2013.

<sup>44</sup> Protokoll der ausserordentlichen Einwohnergemeindeversammlung Sarnen, 05.11.2013, S. 10.

daraus resultierenden Steigerung der jährlichen Zuschüsse um 26'500 Fr. Die Gemeindepräsidentin argumentierte erfolgreich, dass sich die Bibliothek stark verändert habe und längere Öffnungszeiten, ein grösseres Angebot und mehr Veranstaltungen anbiete als früher. Das Einbinden, Katalogisieren, Reinigen und Registrieren der Medien sei für die Kunden unsichtbar, aber sehr zeitaufwändig. Die Bibliothek verzeichne bei steigender Tendenz 37'000 Ausleihen. Bereits heute leisteten die Angestellten deshalb 50 Überstunden pro Monat. Dies sei „nicht akzeptierbar“. Die 26'500 Franken seien auch deshalb gut eingesetztes Geld, weil die Bibliothek Jugendliche zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung motivieren könne, und sie sich deswegen seltener auf der Strasse aufhielten.<sup>45</sup>

2013 musste eine sehr gut besuchte Gemeindeversammlung in **Herzogenbuchsee** darüber entscheiden, ob die Gemeinde in Zukunft für die Bibliotheksbeiträge der Reformierten Kirche aufkommen soll. Die Bibliothek wurde bislang mit einer Leistungsvereinbarung durch die Stiftung Kornhaus geführt, deren einzige Mitglieder jedoch die Gemeinde und die Kirche waren.<sup>46</sup> Die 6800 Einwohner liehen 2010 74'000 Medien aus. 2500 aktive Nutzer waren in der Bibliothek eingeschrieben. Diese sehr hohen Werte mögen erklären, wieso die Schliessung für den Gemeinderat nie zur Diskussion stand. Die Frage, ob eine Stiftung als Trägerschaft noch zeitgemäss sei, wurde aber diskutiert. Der Präsident der Stiftung kam nach einem Vergleich mit anderen Dorfbibliotheken zum Schluss, dass diese mehr kosten, wenn sie direkt den Gemeinden unterstellt sind. Das starke finanzielle Engagement der Kirche sei in Herzogenbuchsee aussergewöhnlich. «Eine Bibliothek zu finanzieren ist aber nicht unsere Kernaufgabe», so der Kirchgemeindepräsident. Ohne die Hilfe der Reformierten Kirche hätte die Gemeinde pro Jahr neu 109'000 Franken statt 33'000 Franken investieren müssen. Grösster Kostentreiber waren die Stundenlöhne, die kürzlich von 22.50 Franken auf 30 Franken erhöht worden waren. Auch nach der Gelderbewilligung durch die Stimmbürger würde die Stiftung laut den Berechnungen der Gemeinde weiterhin ein Defizit von 20'000 Franken erwirtschaften. Es hätte in Zukunft über höhere Einnahmen aus Sponsoring, Events und Gebühren gedeckt werden müssen.

Einen möglichen Ausweg sah die Gemeinde in dem Versuch, die Institution auf die Liste der subventionierten Angebote gemäss des neuen Kulturförderungsgesetzes zu setzen. Die neue Leistungsvereinbarung orientierte sich laut dem Gemeinderat an den Richtlinien der SAB. Diese würden pro Gemeindemitglied etwa 30 Franken an jährlichen Bibliotheks-

---

<sup>45</sup> Protokoll Einwohnergemeindeversammlung vom Freitag, 18. November 2011, S. 7 sowie Eine Gemeindeversammlung im Zeichen von Kultur und Bildung, Aargauer Zeitung, 12.11.2011.

<sup>46</sup> Desbiolles, Chantal: Die Kreuz-Sanierung ist auf unbestimmte Zeit verschoben, Berner Zeitung, 06.12.2013.

ausgaben vorsehen. Für Herzogenbuchsee ergäbe dies 210'000 Franken an Jahreskosten, also deutlich mehr, als die Gemeinde laut der Leistungsvereinbarung zu zahlen bereit war.<sup>47</sup>

In **Laufen** (5200 Einwohner) musste sich ein CVP-Gemeinderat im Namen der Regierung mit einem sehr hartnäckigen Bibliotheksgegner auseinandersetzen, der die Diskussion zu einer veränderten Leistungsvereinbarung dazu nutzte, spontan eine Budgetkürzung um 36'000 Franken auf neu 24'000 Franken vorzuschlagen, denn es würden immer weniger Bücher gelesen. Er selbst lese nur noch zuhause auf seinem E-Book-Reader. Der Vorsitzende warf ein, dass gerade keine Budgetdebatte stattfände, was die Diskussion aber nicht beendete. Der Präsident des Vereins Stedtlibibliothek ging auf die Jahresbudgetzahlen ein und gab ein flammendes Plädoyer: „Eine kulturelle Institution rentiert nicht, sie kann nicht rentieren, aber sie ist notwendig.“ Die Eishalle und das Schwimmbad würden auch nicht rentieren, ausserdem arbeite der Verein mit vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern kostendeckend.

Der Bibliotheksgegner behauptete, nicht die Unterstützung der Bibliothek an sich zu hinterfragen, aber auch 24'000 Franken im Jahr seien noch viel Geld. Zwei weitere Anwesende stellten eigene Fragen zur Leistungsvereinbarung, doch letztendlich folgte keiner der Stimmbürger dem Kürzungsantrag, während die Versammlung die Leistungsvereinbarung im Umfang von 60'000 Franken einstimmig genehmigte.<sup>48</sup>

Die Gemeinde hatte schon seit Längerem geplant, die Stedtlibibliothek (Stebi) in einem grosszügigeren Bau unterzubringen, um das Altstadtzentrum aufzuwerten. Eine 200 Jahre alte Amtshaus Scheune wurde dafür für 2,68 Millionen Franken umgebaut. Die Bibliothek finanzierte die Inneneinrichtung mit 400'000 Fr. über Gönner und Sponsoren selbst. Auch der Lotteriefonds übernahm einen Teil des vorgesehenen Betrags. Der involvierte Architekt betonte, nur Holz und Ziegel aus Laufen für den Bau zu verwenden. Die Bibliothek werde laut dem Vereinspräsidenten durch den Umbau «sicher die schönste Gemeindebibliothek im Kanton».<sup>49</sup> Für die ehemalige Gemeindepräsidentin würde der neue Bau die Amtshausgasse optisch viel attraktiver machen. „Der Eingang ins Stedtli vom Parkplatz ist eine wichtige Visitenkarte für Laufen.“

Dass die Gemeinde somit offensichtlich grosse Pläne für die Bibliothek hatte, mag mitteilen, wieso der Antrag auf eine Budgetkürzung so resolut bekämpft wurde.

Der Gemeinderat in **Weisslingen** (3120 Einwohner) beschloss 2013, die jährlichen Bibliotheksinvestitionen von 12 Franken pro Einwohner auf 14 Franken zu erhöhen. Die Biblio-

---

<sup>47</sup> Die Bibliothek ist vorläufig abgesichert, Berner Zeitung, 17.09.2013 und Schneider, Stefan: Gemeinde geht über die Bücher, Berner Zeitung, 08.01.2010.

<sup>48</sup> Protokoll der Gemeindeversammlung vom 19. Juni 2014, S. 6 und S. 7.

theksarbeit sei früher aus ideellen Gründen meistens ehrenamtlich erfolgt, doch seien Bibliotheken aus dieser Tradition „herausgewachsen“. Die Bibliothekarinnen hätten denselben Stundenlohn von 37.50 Franken verdient wie die übrigen Behördenmitarbeiter. Ihre Tätigkeit erfordere umfassende Medienkenntnisse durch langjähriges Lesen und eine abgeschlossene Ausbildung. Heute sei die Bibliothek zugleich Unternehmen und Dienstleistungsbetrieb. In der Welt von Twitter und Facebook seien die um 4,2% gestiegenen Ausleihzahlen der Bibliothek keine Selbstverständlichkeit mehr. Angebote wie der alljährliche Bücherflohmarkt und das Bilderbuchkino seien eine Bereicherung für das Kulturangebot der Gemeinde.<sup>50</sup> Nach der unproblematischen Genehmigung der Vorlage erhöhte auch die Schule ihre Zahlungen an die Bibliothek, sodass diese neu 28 Fr. pro Einwohner erhielt. Mehrere Anwesende deuteten an, dass sich auch andere Gruppen eine Lohnerhöhung wünschten, doch der Gemeindepräsident (SVP) verwies sie auf die Gemeindeversammlung im Dezember.<sup>51</sup> Weisslingen war in jüngerer Zeit stets in der Hand der SVP.<sup>52</sup>

2009 beschloss die Gemeindeversammlung in **Aarberg** (4000 Einwohner), die Gemeindebibliothek neu in einem UBS-Gebäude unterzubringen. Die Regierung verband diesen Vorschlag mit der Abstimmung über ein neues Bibliotheksreglement, das die Kosten pro Einwohner von 20 Fr. auf neu jährlich 26 Fr. anheb. Dazu kamen Umzugs- und Einrichtungskosten von 50'000 Franken. Der neue Bibliotheksstandort sei im Gegensatz zur alten Unterbringung bei Bedarf ausbaubar sowie kinderwagen- und rollstuhlgängig. Die Bevölkerung bewilligte alles einstimmig. Aarberg ist traditionell bürgerlich geprägt, mit der SVP als wählerstärkster Partei.<sup>53</sup>

**Full Reuenthal** besitzt mit seinen 820 Einwohnern keine eigene Gemeindebibliothek, bezahlte aber 2013 über 5000 Franken an den Gemeindeverband Regionalbibliotheken Klingnau. Verursacht durch ihre schlechte finanzielle Lage stand die Gemeinde unter Beobachtung des Kantons und musste bei der Budgetausarbeitung viele Kürzungen vornehmen. Der Beitrag an die Regionalbibliothek sollte komplett gestrichen werden. Die Einwohner hätten die 10'000 Medien der Bibliothek weiterhin nutzen dürfen, doch für eine um 10 Franken erhöhte Jahresgebühr. Der Gemeinderat argumentierte, dass die Ausleihzahlen sinken und die Nachfrage in der Bevölkerung abnehmen würden.

Die Präsidentin des Regionalverbands konnte dem Vorschlag verständlicherweise nichts abgewinnen. Der Ausstieg sei „nicht wünschenswert“, unverhältnismässig, habe einen

---

<sup>49</sup> Immoos, Thomas: Grundstein für neue Bibliothek gelegt, Basler Zeitung, 20.05.2015 und Scheune wird ausgehöhlt und mit neuem Leben erfüllt, Basellandschaftliche Zeitung, 21.06.2014.

<sup>50</sup> Protokoll des Gemeinderats Weisslingen, Sitzung vom 16. April 2013, S. 13 und S. 14.

<sup>51</sup> Nur noch fünf Schulpfleger, Der Landbote, 19.06.2013.

<sup>52</sup> Ehrbar, Nadja: «Dass Weisslingen als SVP-Hochburg gilt, stört mich nicht», Der Landbote, 16.02.2016.

<sup>53</sup> Bibliothek zieht ins UBS-Haus, Berner Zeitung, 30.05.2009.

präjudizierenden Charakter und schwäche die Region und „den Wunsch, Gutes zu erhalten und zu pflegen“. Die Gebühren müssten entweder von den übrigen Gemeinden kompensiert, oder auf die Kunden übertragen werden. Die Ausleihzahlen nähmen tatsächlich ab, aber im normalen Rahmen. «Leider ist dieser Trend in fast allen Bibliotheken der Schweiz und auch im Büchermarkt allgemein zu beobachten.»<sup>54</sup>

Laut des Gemeinderats entspreche dies nicht den Tatsachen, denn der Rückgang der Kunden in Full-Reuenthal war mit -23% dreimal grösser als im Verbunddurchschnitt, wo er -6.8% betrug.

Dieses Argument konnte die Gemeindeversammlung nicht überzeugen. Obwohl die Stimmbürger allen anderen Geschäften zustimmten, lehnten sie den Verbundsaustritt mit 44 zu 20 Stimmen klar ab.<sup>55</sup>

### 3.3 Fallstudie: Die Schul- und Gemeindebibliothek Schwarzenburg

*„Die Abstimmung war die absolut beste PR-Aktion für uns.  
Wir hatten vorher nie so eine hohe Medienpräsenz.“*

**Gesprächspartnerin:** Melanie Flückiger (Bibliotheksleiterin)

#### Die Gründe für die Auswahl des Falls

Die Gemeindebibliothek Schwarzenburg hatte das Pech, trotz ihrer unproblematischen Beziehung mit der Lokalregierung und ihrer ausgesprochen hohen Nutzungszahlen völlig unvorbereitet mit einschneidenden Sparforderungen konfrontiert zu werden, welche die weitere Existenz der Institution wohl verunmöglicht hätten. Obwohl diese Situation im Untersuchungszeitraum nicht sehr häufig eintritt, ist es für Bibliotheken entscheidend, in vergleichbaren Fällen erfolgreich Widerstand leisten zu können. Eine genauere Betrachtung des Falls Schwarzenburg wurde somit zu einer Notwendigkeit. Auch beweist der direkt-demokratische Prozess in der Gemeinde einmal mehr die hohe Bedeutung hochrangiger und rednerisch begabter politischer Fürsprecher für die bibliothekarische Interessendurchsetzung.

#### Portrait der Bibliothek und ihrer Gemeinde

Schwarzenburg ist eine ländliche Gemeinde im Berner Mittelland mit 7000 Einwohnern. Das Dorf liegt an der Grenze zum Kanton Freiburg und ist von Bern aus in ca. 30 Minuten mit dem Auto und dem Zug erreichbar.

---

<sup>54</sup> Zambelli, Angelo: Rigider Sparkurs: Kein Geld mehr für die Bibliothek, Aargauer Zeitung, 04.06.2014.

<sup>55</sup> Bürger gegen Austritt aus Bibliotheksverband, Aargauer Zeitung, 07.06.2014.

Obwohl die SVP mit fast 40% Wähleranteil stärkste Partei ist, liegt auch die Unterstützung für die SP mit fast 21% über dem landesweiten Durchschnitt. Der Gemeinderat besteht aus drei SVP-Parteipolitikern, zwei linken Gemeinderäten und je einem EVP- und einem FDP-Mitglied. Der Gemeindepräsident gehörte zum Abstimmungszeitpunkt der SP an.

Die Gemeindebibliothek bildet eine Einheit mit der Schulbibliothek und ist in einem Schulhaus untergebracht. Sie konnte zum Abstimmungszeitpunkt ca. 86'580 jährliche Ausleihen durch 1654 Nutzer vorweisen. 44'000 entfielen auf Kinder und Jugendliche. Somit beanspruchte jeder Einwohner Schwarzenburgs durchschnittlich 12.5 Medien. Die Bibliothek erwirtschaftete 2014 Einnahmen von 44'517 Fr.<sup>56</sup>

Für die Bibliotheksleiterin Melanie Flückiger setzt die demographische Zusammensetzung der Gemeinde den Bemühungen der Bibliothek gewisse Grenzen, denn Schwarzenburg ist bis heute bäuerlich geprägt. In diesen Kreisen wird der Bibliothek eher weniger Bedeutung beigemessen. Gleichzeitig ziehen viele Neuzuzüger aus der Stadt Bern nach Schwarzenburg, für die eine öffentliche Bibliothek ein notwendiger Teil der Infrastruktur ist.

### **Der Antrag an der 1. Gemeindeversammlung und seine Folgen**

Die Bibliothek und der Gemeinderat wurden an der Gemeindeversammlung vom Dezember 2014 von einem Antrag überrascht, der aus Spargründen die organisatorische Umwandlung der Bibliothek in einen privat finanzierten Verein forderte und den jährlichen Gemeindebeitrag auf 40'000 Fr. festsetzen wollte. Der Initiator Herr G. hatte sein Anliegen nicht im Voraus auf die Traktandenliste setzen lassen und durfte es unter „Verschiedenes“ einbringen. Er hatte sich bereits länger auf seinen Auftritt vorbereitet und eigenständig Recherchearbeit zur Bibliothek betrieben, was der Bibliotheksleiterin Frau Flückiger und den anwesenden Politikern damals jedoch nicht bewusst war. Herr G. sprach etwa mit Juristen des Amtes für Gemeinden und Raumordnung (AGR), die alle Gemeinden bei Rechtsfragen beraten. Diese Juristen bestätigten, dass eine Gemeinde keine öffentliche Bibliothek unterhalten müsse.

Der Vorschlag passte gut zum breiteren Themenkreis der vom engen Kern der Parteigänger besuchten Gemeindeversammlung. Diese beschäftigte sich mit grundsätzlichen Finanzierungs- und Investitionsfragen und sprach das noch vorhandene Einsparungspotential an. Die Gemeinde ging damals von einem prognostizierten Defizit von 1,5 Millionen Franken aus und war laut des Finanzchefs nun bereit, den Gürtel enger zu schnallen „und das auch an Orten, wo es uns weht“<sup>57</sup>. Der für die Versammlungsleitung zuständige Gemeinderat rief die Anwesenden dazu auf, selbstständig Sparvorschläge vorzubringen: „Manchmal ist es nicht

---

<sup>56</sup> Auszug aus dem Protokoll der Gemeindeversammlung vom 15. Juni 2015, S. 1.

<sup>57</sup> Strasser, Ueli: Schwarzenburg geht über die Bücher, Freiburger Nachrichten, 11.12.2014.

schlecht, Ausgaben und Einnahmen zu hinterfragen und Sätze wie ‚es war immer so‘ oder ‚das wurde immer bezahlt‘ abzuschaffen.“

Herr G. erkundigte sich zuerst nach den Kosten für die öffentliche Kinderbetreuung und die Jugendarbeit und argumentierte dann, dass die Unterhaltskosten der Bibliothek im Vergleich zu anderen Gemeinden sehr hoch seien und keine rechtliche Verpflichtung dazu bestehe. Ausserdem nehme die Nachfrage nach Büchern aufgrund des technischen Fortschritts laufend ab. Die Bibliothek verursache ein „Riesendefizit“ und ihr Selbstfinanzierungsgrad sei mit 15% „fast nichts“. „Wir haben Aufwände für etwas, das durch die heutigen elektronischen Geräte und Medien, mit welchen Filme und alles Mögliche heruntergeladen werden kann, zum Tode verurteilt ist.“<sup>58</sup> Die Diskussion entwickelte eine gewisse Eigendynamik. Der mit der Leitung der Versammlung betraute Gemeinderat hatte offensichtlich nicht mit derartigen Fragen gerechnet und gab an, erst bei der Finanzverwalterin nachfragen zu müssen.<sup>59</sup> Er kritisierte die Idee des Initianten nicht grundsätzlich und versprach, die Ausgaben der Bibliothek und die Umsetzbarkeit des Anliegens in einer Arbeitsgruppe zu behandeln und die Resultate der Gemeinde vorzulegen. Die Bibliotheksleiterin war zu überrascht, um in die Diskussion eingreifen zu können und nimmt an, dass sie durch ihre emotionale Betroffenheit auch nicht in der Lage gewesen wäre, selbst überzeugend zu argumentieren. Sie kannte Herrn G. und hätte deswegen erwartet, vor der Gemeindeversammlung durch ein persönliches Gespräch über die Pläne informiert zu werden. Mit 66 zu 49 Stimmen erklärten die Anwesenden den Antrag schliesslich für erheblich.

Die Bibliotheksseite reagierte schockiert. Sie war bislang noch nie gezwungen gewesen, selbst einen Abstimmungskampf zu führen und hatte dementsprechend keine Kenntnisse bezüglich empfohlener Vorgehensweisen oder etwaiger anderer Bibliotheksabstimmungen. Allerdings besass Frau Flückiger als Mitglied der kantonalen Bibliothekskommission Bern einen guten Überblick über die relevanten Richtlinien und Gesetze.

Frau Flückiger wandte sich als erstes an die SAB, die jedoch ebenfalls nicht weiter wusste und angab, sich im Moment auf andere zentrale Themen zu konzentrieren. Als zweite mögliche Informationsquelle kontaktierte die Bibliotheksleiterin die nächstgelegene Regionalbibliothek. Diese wünschte viel Glück, offerierte aber ebenfalls keine Auskünfte oder praktische Unterstützung. Alle Ansprechpartner reagierten etwas ratlos auf die ungewohnte Situation. Der Kanton Bern besitzt seit 2014 eine eigene, durch die Erziehungsdirektion ausgearbeitete Bibliotheksstrategie zur Unterstützung von Schul- und Gemeindebibliotheken als vorrangigem Ziel der Bibliotheksförderung. Die Umsetzung befand sich damals aber noch in der Anfangsphase.

---

<sup>58</sup> Auszug aus dem Protokoll der Gemeindeversammlung vom 08. Dezember 2014, S. 3 und S. 5.

<sup>59</sup> Auszug aus dem Protokoll der Gemeindeversammlung vom 08. Dezember 2014, S. 4.

Die Bibliotheksleiterin begann notgedrungen, selbst Recherche zur direktdemokratischen Interessenvertretung im Bibliotheksbereich zu betreiben.

Frau Flückiger arbeitete vor der entscheidenden zweiten Gemeindeversammlung mit den Könizer Bibliotheken zusammen, um alle mit einer Vereinslösung verbundenen Konsequenzen durchzuspielen und mögliche Budgetposten zu berechnen. Diese Abklärungen waren, wie an der Gemeindeversammlung versprochen, durch den Gemeinderat in Auftrag gegeben worden. Die Federführung lag bei der Bibliothekskommission.

Der Botschaftstext wurde vom Departement Bildung in Zusammenarbeit mit der Bibliotheksleiterin verfasst. Laut US-amerikanischen Untersuchungen können diese Formulierungen mitunter über die Annahme oder die Ablehnung einer Vorlage entscheiden (Sweeney/Chrastka, S. 89).

Die Bibliothek hatte ein halbes Jahr Zeit, sich gewissenhaft auf die nächste Gemeindeversammlung vorzubereiten. Sie beschränkte sich erst darauf, ihre Sympathisanten sachlich zu informieren und verstärkte ihre Mobilisierungsbemühungen dann in den Wochen vor der Gemeindeversammlung. Als Gemeindebetrieb durften die Mitarbeitenden laut dem Gemeinderat nicht selbst auf der Strasse Plakate aufhängen und Flyer verteilen. Das offensive Ansprechen der Kunden in den Bibliotheksräumlichkeiten war jedoch erlaubt und wurde von Frau Flückiger und ihrem Team auch stark praktiziert. Da die meisten Bibliothekskunden die besagte Gemeindeversammlung nicht selbst besucht und sich auch nicht über die Beschlüsse informiert hatten, wurden sie von der anstehenden organisatorischen Auflösung der Bibliothek überrascht und reagierten in den Gesprächen entsprechend geschockt.

Frau Flückiger ist Mitglied der SP Schwarzenburg und konnte die Kontaktdaten und Adressen der Partei nutzen, um mögliche linke Bibliothekssympathisanten zu mobilisieren. Ein Grafiker erklärte sich bereit, unentgeltlich Plakate und Flyer zu entwerfen, deren Druckkosten vollständig von den Sozialdemokraten übernommen wurden. Die Bibliotheksmitarbeiter platzierten ein grosses Plakat beim Eingang der Bibliothek und legten Flyer im Claro-Weltladen und der Buchhandlung im Dorf auf. Einige der angefragten Ladeninhaber verweigerten die Zusammenarbeit jedoch aus Gründen der politischen Neutralität. Frau Flückiger führte alle mit dieser Mobilisierungsarbeit verbundenen Gespräche persönlich und empfiehlt, vergleichbare Arbeiten nur von hochrangigen Bibliotheksvertretern erledigen zu lassen.

Eine Mitarbeiterin stand jeweils beim Bibliotheksausgang und verteilte Flyer an alle Kunden. Nach den Worten der Bibliotheksleiterin verliess absolut niemand die Bibliothek, ohne zu wissen, was die Vorlage für die Bibliothek bedeutete und wie er für den Erhalt des Status Quo abstimmen musste.

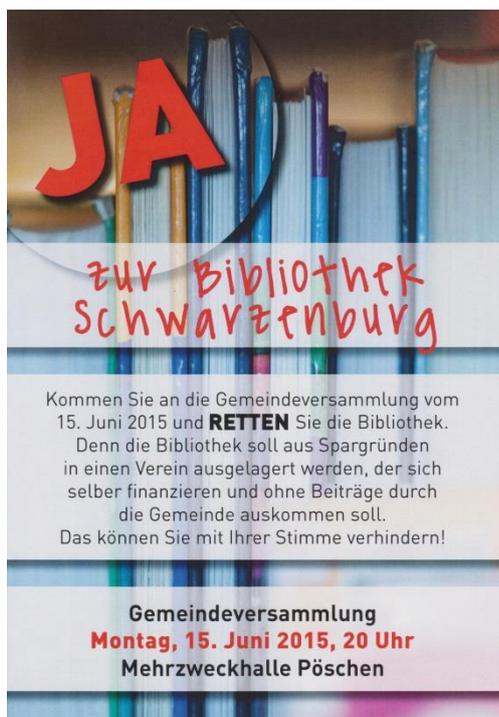


Abbildung 3: Flyer "Ja zur Bibliothek Schwarzenburg"

Auf diese Weise konnten fast 12% der Stimmbevölkerung davon überzeugt werden, die Gemeindeversammlung zu besuchen und für die Bibliothek zu stimmen.

### **Die mediale Kommunikation der Abstimmungskampagne**

Da die Gemeindebibliothek in ihrer heutigen Form von Frau Flückiger aufgebaut und geprägt wurde, war die Einrichtung sehr personenbehaftet. Die Bibliothekarin zog es deswegen vor, die mediale Kommunikation anderen Leuten zu überlassen und sich, von einem Radio-interview abgesehen, nicht öffentlich zu exponieren. Frau Flückiger kannte einige Journalisten jedoch persönlich und suchte den Kontakt mit den lokalen Medien. Durch die Nähe des Nachbarkantons gehörten dazu auch die Freiburger Nachrichten, die bereits früher regelmässig Nachrichten zur Bibliothek publiziert hatten. Einer der Journalisten ist selbst Kunde der Gemeindebibliothek, genauso wie viele Einwohner der Freiburger Grenzregion.

Auch die Berner Zeitung war an beiden Gemeindeversammlungen präsent und schrieb längere Artikel zur Bibliotheksvorlage. Der Bund war ebenfalls regelmässig an den Gemeindeversammlungen zu Gast.

Die Bibliotheksleiterin gab ausserdem ein Radio-Interview, auf das Passanten sie im Anschluss oft ansprachen. Obwohl keiner der übrigen befragten Bibliotheksvertreter auf dieses Kommunikationsmittel zurückgriff, erfreut es sich in den Kampagnen US-amerikanischer Bibliotheken einiger Beliebtheit, denn der Nutzerkreis von lokalen Radiosendern ist zwar stark beschränkt, die Zuhörer sind für Bibliotheksvertreter aber oftmals nur über diesen Kanal erreichbar (Sweeney/Chrastka, S. 169).

Da Inserate in den Freiburger Nachrichten und anderen überregionalen Zeitungen das Kampagnenbudget der Bibliotheksseite überstiegen hätte, beschränkte man sich auf Texte im Magazin der Gemeinde. Diese Zeitschrift erscheint sechs Mal im Jahr, besitzt eine Auflage von 3500 Exemplaren und dient dem Ortsmarketing. Es informiert die Einwohner ausserdem über die Tätigkeiten von Vereinen und andere für das Gemeindeleben relevante Themen. Die Bibliotheksleiterin beschloss, das Gemeindemagazin für eine Kampagne zu nutzen, die mittels Personenfotos und kurzen Statements von Kunden in erster Linie die Emotionen der Leser ansprechen sollte. Hierzu fotografierte sie an drei Nachmittagen Bibliothekskunden und bat sie, Gründe für ihre Bibliotheksbesuche zu nennen.



Abbildung 4: Ausschnitt Gemeindemagazin Schwarzenburg

Frau Flückiger achtete bei der Auswahl der befragten Kunden darauf, einen möglichst breiten Nutzerkreis abzubilden. Sie legte etwa Wert darauf, den ehemaligen Präsidenten der SVP Schwarzenburg für die äusserst erfolgreiche Aktion zu gewinnen.

Die Bibliotheksgegner kritisierten, dass dieses Vorgehen unfair sei. Sie selbst verschickten am 12.06.2015 ein Flugblatt mit dem Titel „Die Bibliothek Schwarzenburg ist nicht in Gefahr!“ an alle Haushalte (inklusive Frau Flückigers), mit dem sie auf die gleichbleibend tiefen Nutzergebühren bei angeblich gleichzeitig steigenden Kosten aufmerksam machten. „So kann das nicht weitergehen. Wir wollen eine Bibliothek, die finanzierbar ist, die nicht jedes Jahr höhere Kosten verursacht, die attraktive und sinnvolle Öffnungszeiten und Sortimente anbietet.“ Köniz besitze bereits erfolgreiche durch einen Verein geführte Bibliotheken und die Bibliothek Schwarzenburg erhalte auch als Verein weiterhin einen fixen Unterstützungsbeitrag durch die öffentliche Hand: „Kommen Sie an die Gemeindeversammlung und überzeugen Sie sich von den Vorteilen dieser attraktiven Lösung!“

Die Frau und die Kinder des Flugblatt-Verfassers waren selbst gute Bibliothekskunden. Der Vergleich mit den Könizer Bibliotheken hinkte, da die dortige Gemeinde für alle durch

den Verein verursachten Kosten aufkommt und der private Verein nur eine Organisations-, aber keine Finanzierungsform darstellt.

Die von Herrn G. geplante Trennung der Schulbibliothek von der Gemeindebibliothek bot ebenfalls keine realistische Alternative zu den bestehenden Verhältnissen. Weder der Standort noch der Medienbestand konnte ohne grossen Aufwand aufgeteilt werden. Auch liess der für die Bibliothek jährlich geplante Betrag keine Bezahlung der Mitarbeiter zu, sodass die Bibliothek nur über ehrenamtliche Mitarbeiter verfügt hätte. Da die Gemeinde rechtlich dazu verpflichtet ist, eine Schulbibliothek zu führen, hätte sie weiterhin 140'000 Fr. für die Führung derselben aufwenden müssen.

Auch die Bibliotheksgegner sprachen mit Journalisten. Herr G. gab in einem Artikel zu, dass es sich bei seinem Antrag auch um eine Art Trotzreaktion gehandelt habe. Der schlechte Zustand der Gemeindestrassen habe ihn dazu bewogen: „Da wird gespart und gleichzeitig für die Bibliothek viel Geld gezahlt [...] Ich habe nichts gegen die Bibliothek.“<sup>60</sup>

Die Bibliotheksleiterin wollte das private Gespräch mit Herrn G. suchen, doch der Präsident der SVP hielt sie davon ab, um sich selbst um das Problem kümmern zu können. Ausserdem sei es keine gute Idee, Herrn G. bereits vor der Versammlung mit den Argumenten der Bibliotheksseite zu konfrontieren und ihm so einen Informationsvorsprung zu verschaffen. Der Antragssteller war ebenso wie der für die Bibliothek (Departement Bildung) zuständige Gemeinderat Mitglied der SVP. Da sich die Ortspartei zuvor nie gegen die Bibliothek ausgesprochen hatte, stellte die Antragsidee in einem gewissen Sinne einen Angriff auf die Politik der Parteileitung dar. Auch hatte Herr G. im Vorfeld der ersten Abstimmung nie das Gespräch mit ihr gesucht und sie über seine Pläne im Dunkeln gelassen.

Diese Tatsache war möglicherweise mitentscheidend für den letztlichen Erfolg der Bibliotheksseite: Die SVP musste den Vorschlag ablehnen, um sich nicht in interne Widersprüche zu verstricken und hatte so einen Anreiz, die Pläne selbst zu verhindern.

Herr G. hatte mehrmals erfolglos für das Amt als Gemeinderat kandidiert. Auch bestand eine gewisse Animosität zwischen ihm und dem Ehemann von Frau Flückiger, der damals als Gemeindepräsident tätig war.

### **Die entscheidende 2. Abstimmung**

Obwohl viele Schwarzenburger in Gesprächen versicherten, ganz sicher an die Gemeindeversammlung zu kommen, waren die Bibliotheksbefürworter sehr nervös. Im Dezember sind viele Einwohner bereits mit Weihnachtsvorbereitungen beschäftigt und finden entsprechend selten Zeit, die Gemeindeversammlung zu besuchen, sodass gewöhnlich 80 bis 120 alteingesessene Parteimitglieder über die Abstimmungsvorlagen entscheiden. Die Zusammen-

---

<sup>60</sup> „Sparmassnahmen werden sowieso geprüft“, Berner Zeitung, 26.05.2015.

setzung der zweiten Gemeindeversammlung war deutlich jünger als sonst. Viele junge Mütter nahmen daran teil. Der Pöschensaal war schnell überfüllt, weshalb viele Stimmberechtigte auf die Galerie ausweichen mussten.

Die Bibliotheksleiterin erachtet die Hilfe durch den SVP-Präsidenten und zuständigen Gemeinderat für Bildung im Vorfeld der Abstimmung und an der Gemeindeversammlung als entscheidend. Mit einem linksgrünen Fürsprecher wäre es viel schwieriger gewesen, die Abstimmung zu gewinnen. Der Politiker war durch seine Position dazu gezwungen, die Haltung der Exekutive wiederzugeben und den Antrag zu bekämpfen, tat dies aber sehr engagiert und überzeugend. Das Gemeindeprotokoll legt nahe, dass er sich vertieft mit der Bibliothekslandschaft des Kantons auseinandergesetzt hatte und sein detailliertes Fachwissen auch in die Diskussion einbringen konnte, um Falschaussagen zu widerlegen.<sup>61</sup>

Die Bibliotheksleiterin bat darum, an der Versammlung nicht selbst öffentlich Partei für die Bibliothek ergreifen zu müssen. Der Präsident der SVP versicherte ihr, sich persönlich um alles zu kümmern. Seine Vorgehensweise bestand nicht darin, die vorgebrachten Sparforderungen oder die Vereinslösung abzulehnen, sondern im Detail aufzuzeigen, wieso die vorgebrachte Lösung schlecht durchdacht, praktisch nicht umsetzbar und somit mehrheitlich sinnlos sei. Zwar biete eine Vereinslösung durchaus Vorteile, und man könne sehr wohl beim Medieneinkauf sparen und die Nutzergebühren erhöhen, doch diese Massnahmen schadeten bei unsachgemässer Anwendung der Attraktivität der Bibliothek: „Die Bibliothek Schwarzenburg ist eine der meistbesuchten Bibliotheken mit den meisten Ausleihen [proportional zur Bevölkerung] weit und breit im Kanton Bern. [...] Wie soll das Personal mit dem reduzierten Angebot auf dem Markt, wo Angebot und Nachfrage herrschen, eine Finanzierung möglich machen?“<sup>62</sup>

Diese Taktik hatte der SVP-Politiker auch in Presseinterviews zum Thema angewandt.<sup>63</sup> Er betonte auch den Wert der Bibliothek für die Bildung, Unterhaltung, Leseförderung und kulturelle Identität. Auch ermögliche sie den Austausch zwischen den Generationen und biete eine sinnvolle Freizeitgestaltung. „Leseförderung ist die Grundlage unserer Zukunft und somit unserer Kinder.“ Da Gemeindebibliotheken als öffentliche Aufgabe verstanden werden, sei es für die Bevölkerung nicht einsichtig, wieso sie Vereinsmitglieder oder Sponsoren werden sollen.

Die Anwesenden pflichteten seinen Ansichten weitgehend bei. Der Schulleiter betonte die grosse Professionalität der Kundenberatung gerade auch im Umgang mit Schulkindern. Informationskompetenz könne nicht durch ungelernete Freiwillige unterrichtet werden. Er

---

<sup>61</sup> Als Beispiel: Auszug aus dem Protokoll der Gemeindeversammlung vom 15. Juni 2015, S. 13.

<sup>62</sup> Auszug aus dem Protokoll der Gemeindeversammlung vom 15. Juni 2015, S. 7.

<sup>63</sup> „Sparmassnahmen werden sowieso geprüft“, Berner Zeitung, 26.05.2015.

spreche hier im Namen aller Lehrpersonen. Eine Lehrerin unterstützte diese Aussage. Jeder 10. Schweizer sei von Illettrismus betroffen. Lesefähigkeiten müsse man trainieren und die Bibliothek biete hierfür die beste Umgebung und den besten Übungsstoff.<sup>64</sup> Andere Votanten nannten das durch einen Bibliotheksbesuch ausgelöste Familienzusammengehörigkeitsgefühl, das gute Angebot für Neuzuzüger und die schönen mit der Bibliothek verbundenen Kindheitserinnerungen. Der Präsident des Eishockeyvereins merkte an, dass es aus eigener Erfahrung fast unmöglich sei, Leute für die Gründung eines neuen Vereins zu finden.

Ein bekennder Nichtkunde fasste den Konsens wohl am treffendsten zusammen: „Mit dem anderen Antrag sind die Kosten fast gleich teuer. Es gibt keinen Grund etwas was gut ist, zu ändern.“

Herr Gs. Unterstützerkreis hatte sich in den Monaten zwischen den beiden Abstimmungen nicht vergrößert. Er betonte, die Institution nicht gefährden zu wollen und korrigierte den jährlich vorgesehenen Gemeindebeitrag auf 150'000 Fr. Er sei aber weiterhin über den Schuldenberg der Gemeinde besorgt, weswegen er auch den Antrag gestellt habe.<sup>65</sup> Die Bibliotheksgegner führten in der Diskussion an, dass es vor allem darum gehe, die steigenden Kosten zu fixieren. Auch sei es nicht unrealistisch, mit den 1654 bereits bestehenden Bibliothekskunden einen Verein kostendeckend führen zu können. Dass die Bürger nur für die Bibliothek eine Defizitgarantie übernehmen müssten, aber nicht für andere Gemeindeeinrichtungen, sei unsolidarisch.

Die Vertreterin der Ludothek sprach sich auch im Fall einer Ablehnung des Antrags für Budgetkürzungen aus. Die 140 Vereine im Dorf arbeiteten mit ehrenamtlichen Mitarbeitern. Man könne sicher auch einige für die Bibliothek finden.

Letztlich entschieden sich die Anwesenden mit 549 zu 26 Stimmen für den Status quo. Einige der Stimmbürger, die den Antrag an der ersten Versammlung noch unterstützt hatten, enthielten sich nun.<sup>66</sup>

Nach der erfolgreichen Ablehnung der Bibliotheksumwandlung setzte wohl zum ersten Mal in der Gemeindegeschichte eine Standing Ovation ein. Viele der Anwesenden warteten die übrigen Geschäfte nicht mehr ab und verliessen den Raum.

### **Die Folgen der Abstimmung**

Die Bibliothek konnte durch die Abstimmung neue Kunden gewinnen und wurde so plötzlich zu einem Gesprächsthema in der Gemeinde.

---

<sup>64</sup> Auszug aus dem Protokoll der Gemeindeversammlung vom 15. Juni 2015, S. 1, S. 5. und S. 10.

<sup>65</sup> Auszug aus dem Protokoll der Gemeindeversammlung vom 15. Juni 2015, S. 7, S. 8, S. 11 und S. 12.

<sup>66</sup> Auszug aus dem Protokoll der Gemeindeversammlung vom 15. Juni 2015, S. 9, S. 10, S. 12 und S. 14.

Frau Flückiger informierte die kantonale Bibliothekskommission über das Endresultat und sprach an regionalen Konferenzen darüber. BiblioBE erwähnte die Abstimmung in seinem Newsletter. Andere Bibliothekarinnen und Bibliotheksvertreter hatten sich durch persönliche Kontakte bei Frau Flückiger über ihren Abstimmungskampf informiert.

Heute wird die Existenz der Bibliothek als öffentliche Einrichtung nicht mehr in Frage gestellt und die finanziellen Rahmenbedingungen bleiben mehr oder weniger stabil. Der Gemeinderat hielt jedoch sein Versprechen, im Rahmen seines Sparprogramms die Bibliothekskosten zu senken. Die Bibliothek bleibt aus diesem Grund während vier Ferienwochen geschlossen und kann weniger Veranstaltungen anbieten.

### **Empfehlungen**

Frau Flückiger betrachtet die Abstimmung als eine positive Erfahrung für die Bibliothek und die Gemeinde, denn sie habe zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über den Wert der Institution geführt. Sie sieht es als eine Grundaufgabe jeder Bibliothek an, sich auf vergleichbare Situationen vorzubereiten, denn jede kann irgendwann davon betroffen sein. Hier ist es hilfreich, die Organisationsleitung einer konsensfähigen, aber durchsetzungsstarken, engagierten und kontaktfreudigen Person anzuvertrauen. Öffentlichkeitsarbeit verlange Herzblut, Überzeugung und zig Stunden an Freiwilligenarbeit. Letzteres bedeutet nicht, dass ehrenamtliche Mitarbeiter angestellt werden sollen, sondern, dass alle Bibliotheksangestellten auch ausserhalb ihrer fixen Arbeitszeiten persönlich im Dorf präsent sind und Veranstaltungen besuchen. Jede Ausgabe des Gemeindemagazins enthält in Schwarzenburg einen Beitrag der Bibliothek.

Ein Dorf bietet hier gewisse Vorteile gegenüber der Stadt. Die Wahrnehmung der Bibliothek ist auf dem Land personengebundener und so leichter beeinflussbar. Eine Profilierung gelingt dadurch einfacher.

Die in Schwarzenburg vorhandene räumliche Distanz zwischen der Gemeindeverwaltung und der Bibliothek erlaubt auch mehr Freiheiten. Kundenfreundliche Angebote, wie die Anschaffung einer Kaffeemaschine, waren eine Eigeninitiative der Bibliothekarinnen. Anderes, wie die Neugestaltung des Aufenthaltsbereichs (neues Sofa), verdankt die Bibliothek der grosszügigen Spende im Umfang von Fr. 1'000.00 durch einen Kunden. Frauenvereine seien bei Sponsorenanfragen besonders geberfreudig, doch auch das lokale Gewerbe, Banken, Migros, Coop und Denner unterstützen die Bibliothek.

Das im Abstimmungskampf durchaus präsente Argument, dass heute alles im Internet stehe und 20 Minuten als Informationsquelle ausreiche, könne durch die Konzentration auf Serviceleistungen und Veranstaltungen entkräftet werden. Während etwa in den USA die Ausleihzahlen seit einigen Jahren sinken, steigt die Anzahl der Veranstaltungsbesucher stark an. Im Schnitt nahm 2015 mehr als jeder dritte US-Amerikaner an einem Bibliotheks-

programm teil. In 14 US-Staaten besuchten 2016 zwischen 50% und 74% der Bevölkerung eine solche Veranstaltung.<sup>67</sup>

Frau Flückiger sieht die Gründe für den Abstimmungserfolg auch in der jahrelangen professionellen Arbeit der Bibliothek. Der persönliche Kontakt sowie die individuelle Kundenbetreuung unterscheiden Dorfbibliotheken von anonymeren Grossbibliotheken. Der Informationsdienst der Bibliotheksmitarbeitenden umfasst in Schwarzenburg nicht nur die Beratung bei der Medienausleihe. Vielmehr unterstützen sie die Kundinnen und Kunden auch bei der speziellen Informationssuche und empfehlen auch Bestände in den nahegelegenen Kornhausbibliotheken, der Universitätsbibliothek oder der Schweizerischen Nationalbibliothek. Das Ziel der Bibliothek bestehe nicht (nur) darin, ihre Ausleihzahlen zu erhöhen, sondern die individuellen Bedürfnisse ihrer Besucher zu befriedigen.

Die Bibliothek Schwarzenburg sucht Kooperationen und arbeitet immer wieder mit andern Organisationen zusammen, wie etwa dem Altersheim, Spielgruppen, der Volkshochschule, dem SAC oder einer lokalen Gärtnerei. Sie bietet eine digitale Sprechstunde an und bezieht ihre Kunden in Buchpräsentationen mit ein. Eine begeisterte Krimileserin wurde beispielsweise eingeladen, Krimineuheiten am Büchervorstellabend vorzustellen. Beim anschliessenden Apéro entstanden anregende Gespräche über die Neuheiten.

---

<sup>67</sup> Institute of Museum and Library Services: Supplementary Tables Public Libraries Survey Fiscal Year 2016 [https://www.ims.gov/sites/default/files/fy2016\\_pls\\_tables.pdf](https://www.ims.gov/sites/default/files/fy2016_pls_tables.pdf), S. 39, 40

### 3.4 Fallstudie: Die Stadtbibliothek Chur

*„Bibliotheken haben ein Grundwohlwollen.*

*Sie tun niemandem weh, ausser bei den Kosten.“*

**Gesprächspartner:** Peter A. Wyss (Vizepräsident der Stiftung Stadtbibliothek Chur)

#### Die Gründe für die Auswahl des Falls

Abstimmungen zu Bibliotheken in kantonalen Hauptstädten sind, im Gegensatz zu Petitionen, im Untersuchungszeitraum selten und resultierten in Zustimmungsraten zwischen 75,7% (Luzern) und 90.84% (Bern). Auch wenn Chur durch seine geringere Grösse nur bedingt mit diesen beiden Städten vergleichbar ist, fällt auf, dass zwischen 2007 und 2017, vom Fall Wiesendangen abgesehen, kein Bibliotheksprojekt mit einem ähnlich geringen Ja-Stimmenanteil an der Urne bewilligt wurde.<sup>68</sup>

Diese Tatsache rechtfertigt die Betrachtung der Urnenabstimmung im Rahmen einer Fallstudie ebenso wie der Status Churs als Kantonshauptstadt. Die übrigen untersuchten Abstimmungsbeispiele fanden, mit Ausnahme Rapperswil-Jonas, in kleinen ländlichen Gemeinden oder Städten mit Dorfcharakter statt. Der Einbezug einer Kantonshauptstadt schafft ein repräsentativeres Bild der schweizerischen Bibliothekslandschaft.<sup>69</sup>

Die an die Stimmbürger verschickten Abstimmungsunterlagen behandelten die Vorlage unter dem Titel „Erhöhung des jährlichen Betriebsbeitrags an die Stadtbibliothek“, weswegen die Abstimmung im Kapitel zu Finanzierungs- und Budgetanpassungen untersucht wird. Die öffentliche Diskussion drehte sich jedoch mehrheitlich um den damit verbundenen Umzug und die Zusammenlegung bestehender Bibliotheksbestände an einem neuen Standort, sodass auch eine Behandlung im Kapitel Bibliotheksumzüge möglich gewesen wäre.

#### Portrait der Bibliothek und ihrer Stadt

Chur ist der Hauptort des Kantons Graubünden und war bis vor kurzem eine der wenigen Schweizer Städte mit abnehmender Einwohnerzahl. Die SP ist Churs wählerstärkste Partei. Der Stadtpräsident gehörte im Abstimmungszeitraum der FDP an. Zwei der drei Stadträte waren links ausgerichtet. Die rot-grünen Parteien verfügen im Parlament über keine absolute Mehrheit, bilden aber die mitgliederstärkste parteiliche Gruppierung.

Chur investierte bis zur 2016 genehmigten Beitragserhöhung vergleichsweise wenig öffentliche Gelder in sein Bibliothekswesen. Die Stadtbibliothek wurde bereits vor ihrem Umzug intensiv genutzt. Die rund 37'000 Churer bezogen 2015 zusammen 313'036 Medien (8.4

---

<sup>68</sup> Rüti (2011) liegt mit einer Zustimmungsrate von 54% am nächsten bei Chur.

<sup>69</sup> Die Fallstudie Neuchâtel behandelt einen ganzen Kanton, das Abstimmungsanliegen betraf jedoch effektiv nur seine ländlichen Kleingemeinden.

Ausleihen/ Kopf).<sup>70</sup> Jede Medieneinheit wurde im Schnitt 4,3-mal ausgeliehen. 2016 konnten die Ausleihzahlen auf 377'960 gesteigert werden.<sup>71</sup>

### **Vorgehen und Voraussetzungen des Abstimmungserfolgs**

Chur besass mit der Aspermont-Bibliothek, der interkulturellen Bibliothek und der Volksbibliothek lange Zeit gleich drei Bibliothekseinrichtungen, ehe sich die Stiftung der Aspermont-Bibliothek 2014 mit derjenigen der Volksbibliothek zusammenschloss, um die Stadtbibliothek Chur zu gründen.

Der heutige Vizepräsident der Stiftung Stadtbibliothek Chur war bereits in dieses Fusionsprojekt involviert gewesen und spielte auch im Abstimmungskampf 2016 eine prominente Rolle. Herr Wyss hatte zuvor für die Kulturkommission gearbeitet und hier den Fachbereich Literatur betreut. Dadurch entwickelten sich Kontakte zur Stiftung Aspermont, die ihn zum Stiftungsrat und später zum Präsidenten ernannte. Die Stadtregierung regte damals die Prüfung einer engeren Zusammenarbeit an, da die beiden Institutionen abwechslungsweise zusätzliche Gelder für den Bibliotheksbetrieb forderten. Die letztliche Fusion beider Institutionen war nicht von Anfang an vorgesehen, ergab sich aber schon bald aus den Umständen. Diese Fusion bot einen willkommenen Anlass zur konzeptionellen Neuausrichtung. Damit verbunden war auch die Hoffnung auf einen neuen Standort im Stadtzentrum, wo sich die Ludothek und die interkulturelle Bibliothek ihre Räumlichkeiten in Zukunft mit der Stadtbibliothek teilen sollten.

In diesem Zusammenhang sollte die Stadt ihren jährlichen Betriebsbeitrag an die Stiftung der Stadtbibliothek von Fr. 490'000 auf maximal Fr. 1'089'000 erhöhen. Jährliche Beiträge von über 500'000 Franken sind in Chur zwingend dem Stimmvolk vorzulegen. So kam es im Sommer 2016 zu einer ersten Urnenabstimmung, nachdem die Beitragserhöhungen früher in der Kompetenz des Stadt- bzw. Gemeinderats gelegen hatten. Letzterer hatte die Sprechung zusätzlicher Gelder trotz der prominenten Unterstützung durch den Stadtrat 2013 abgelehnt.<sup>72</sup>

Diese erste Niederlage hatte die Stiftung für die Bedeutung von Lobbyismus-Arbeit sensibilisiert. Herr Wyss beschloss damals, die Fraktionssitzungen aller Parteien zu besuchen und dort über die Bibliothek zu informieren, wobei darauf geachtet wurde, dass parteinahe oder anderweitig parteiintern gut bekannte Mitglieder die Gespräche übernahmen. Herr Wyss empfiehlt, Fraktionsgespräche nie von weniger als zwei Bibliotheksvertretern besuchen zu lassen. Eine Einzelperson befindet sich automatisch in einer

---

<sup>70</sup> Mehr Ausleihen bei der Stadtbibliothek, Bündner Tagblatt, 29.07.2016.

<sup>71</sup> Jahresbericht 2016, S. 13.

<sup>72</sup> Jaun, Tatjana: Bibliotheken sind über Ratsentscheid enttäuscht, Südostschweiz, 16.11.2013.

Minderheitsposition und kann ihr Anliegen gegenüber einer Personengruppe somit weniger überzeugend vertreten.

Er betont ausserdem den Wert adressatengerechter Umgangsformen. Wer Wirtschaftsvertreter oder wirtschaftsnahe Politiker trifft, sollte die Sprache von Unternehmern und Treuhändlern sprechen, um effektiv kommunizieren zu können.

Die breite Verankerung der Bibliothek musste sich auch in der Zusammensetzung ihres Stiftungsrats widerspiegeln. So legte Herr Wyss Wert darauf, Vertreter der Wirtschaft, des Bildungsbereichs und des Rechtswesens für die Stiftung zu gewinnen.

Als wichtige Rechtfertigung für eine Beitragserhöhung nannte die Bibliotheksseite das Fehlen von Schulbibliotheken. Da die Stadtbibliothek für Chur auch gleichzeitig als Schulbibliothek fungiert, muss die Stadt keine Gelder in den Unterhalt zusätzlicher Bibliotheken investieren.

Um die Effizienz und Sparsamkeit der Bibliothek zu beweisen, arbeitete die Stiftung mit zahlreichen Quervergleichen. Sie wandte sich hierfür an die SAB und fragte nach Budget- und Nutzungszahlen anderer Bibliotheken in ähnlich grossen Schweizer Städten.

Die Stiftung schulte ausserdem ihre Vertreter, um Gegenargumente kontern zu können. Da Gespräche an kleinen Tischen im Allgemeinen sachorientierter verlaufen als an öffentlichen Anlässen, verzichtete man auf Podiumsdiskussionen.<sup>73</sup> Bei Unterhaltungen unter vier Augen sei es laut Herrn Wyss einfacher, auf kritische Fragen einzugehen und individuelle Bedenken auszuräumen. Ein bürgerlicher Politiker schlug etwa vor, 50 Rappen mehr für jede Ausleihe zu verlangen und so die hohen Kosten zu decken. Herr Wyss wandte ein, dass 97% der Benutzer ein Jahresabonnement gekauft hätten. Ausserdem seien die Jahresgebühren im nationalen Schnitt bereits sehr hoch. Das Gespräch bewies, wie wenig bei den Entscheidungsträgern bekannt war, wie eine Bibliothek organisiert und finanziert wird.

Einige der Parlamentarier besaßen ein veraltetes Bibliotheksbild und hinterfragten den Wert der Institution im digitalen Zeitalter. Wie auch in anderen Abstimmungsfällen fand diese grundsätzliche Bibliothekskritik jedoch nie den Weg in die Medien und blieb Gesprächen unter vier Augen vorbehalten.

Zwei Jahre später hatte sich der Informationsstand der Parlamentarier im Gemeinderat durch die Kommunikationsbemühungen der Stiftung soweit verbessert, dass sie eine Beitragserhöhung genehmigten. Die Bibliotheksvertreter mussten nicht mehr länger erklären, wie die Bibliothek funktionierte und sie sich finanzierte, und die Zusammenarbeit zwischen Bibliothek und Politik verlief konstruktiv und problemfrei.

---

<sup>73</sup> Dass die Qualität des politischen Diskurses in nicht öffentlichen Verhandlungen höher liegt als in öffentlichen Debatten, ist auch empirisch erwiesen (Linder/Mueller, S. 271).

Der Stadtrat befürwortete eine Beitragserhöhung ebenfalls, und dies weitgehend mit denselben Argumenten, die er auch bald in der Volksabstimmung verwenden würde: Die Stadt Chur investiere mit Fr. 8.50 pro Einwohner im nationalen Vergleich sehr wenig in sein Bibliothekswesen. Die SAB würde 30 Franken pro Kopf vorsehen. Als Vergleichsgrößen nannte die Regierung die Bibliotheken in Schaffhausen mit einem Jahresbudget von 1,7 Millionen Franken, Köniz (880'000 Fr.) und Baden (1,31 Millionen Franken). Auch sei die Betriebsfläche mit 735 Quadratmetern sehr gering. Baden besass bei einer halb so grossen Einwohnerzahl eine Bibliothek mit einer Fläche von 1058 Quadratmetern. Die Stadtbibliothek arbeite günstig, effizient und, dank ihrer Nutzergebühren, mit einem ausgesprochen hohen Selbstfinanzierungsanteil. Mit den vorhandenen Mitteln sei jedoch nur eine Weiterführung des Betriebs auf sehr tiefem Niveau möglich, was notwendige Innovationen verhindere. Die Bibliothek könne so nicht auf Trends und gesellschaftliche Entwicklungen reagieren. Das langfristige Ziel Churs müsse in einer Annäherung an den gesamtschweizerischen Aufwandsdurchschnitt bestehen.<sup>74</sup>

Die Stadt konnte bald darauf ein geeignetes Gebäude für den Bibliotheksumzug ausfindig machen und wandte sich mit ihrem Vorschlag an die Bibliotheksstiftung. Die Initiative ging somit von der Regierung aus, was die Bibliotheksseite sehr begrüßte. Die jahrelange Lobbyarbeit hatte sich somit ausgezahlt. Herr Wyss glaubt, dass die hohe öffentliche Präsenz der Bibliothek dem Interesse der Stadtregierung ebenfalls sehr zuträglich war.

Das für die Bibliothek vorgesehene historische Gebäude befand sich im Besitz einer Anlagestiftung der Credit Suisse, und tut dies noch heute. Die Stadt war zum Abstimmungszeitpunkt in intensive Verhandlungen mit der CS verstrickt, um ein langfristiges Mietverhältnis abzuschliessen. Die Regierung war an dem zentral gelegenen und historisch wertvollen Gebäude stark interessiert, aber nicht bereit, für den Standort jeden Preis zu bezahlen.

Der Gemeinderat stand mit vierzehn Ja-Stimmen gegen sechs Nein-Stimmen auch keinesfalls geschlossen hinter dem Projekt. Niemand lehnte den Umzug und die Neuorganisation der Bibliothek grundsätzlich ab, doch nicht alle Politiker konnten sich mit dem vorgesehenen Standort und den damit verbundenen Unsicherheiten abfinden. Das Gebäude verfügte etwa über kein eigenes Parkhaus. Andere Politiker hätten eine Unterbringung an der ausserhalb der Altstadt gelegenen Ringstrasse bevorzugt. Generell hielten sich die BDP, SVP und FDP im Gemeinderat aber mit negativen Äusserungen zurück. Die sozialdemokratische Stadträtin Doris Caviezel-Hidber und der FDP-Stadtpäsident Urs Marti

---

<sup>74</sup> Botschaft des Stadtrats an den Gemeinderat, 28.10.2014, S. 8, S. 9 und S. 10.

[http://www.chur.ch/dl.php/de/5458d1f5a4a19/B\\_Beitrags erhoe hung\\_Stiftung\\_Stadtbibliothek\\_Chur\\_28.10.2014.pdf](http://www.chur.ch/dl.php/de/5458d1f5a4a19/B_Beitrags erhoe hung_Stiftung_Stadtbibliothek_Chur_28.10.2014.pdf)

setzten sich sehr engagiert für die Bibliothek ein. Die CVP sprach von einem „kulturellen Leuchtturm“, die SP von einem „Muss“.<sup>75</sup>

Das Informationsmaterial der Urnenbotschaft umfasste elf Seiten und beschrieb die Bibliothekslandschaft Churs und ihre Zukunftspläne. Die vorgeschlagene Lösung sei „keine kostengünstige“, der Gemeinderat sei aber davon überzeugt, dass die neue Stadtbibliothek eine „tragbare und für die Zukunft wertvolle Investition in die Sprach- und Lesekompetenz breiter Bevölkerungsteile“ bedeute.<sup>76</sup> Die neue Bibliothek sollte als 3. Ort und Kulturmeile keinesfalls nur buchliebenden Lesegrüppchen dienen, sondern dank ihrer massiv ausgeweiteten Öffnungszeiten allen Churern als Begegnungsort zur Verfügung stehen.

Die Bibliotheksangestellten selbst wurden von der Stiftungsleitung mit einem Argumentarium ausgestattet, um Kunden bei Bedarf Rede und Antwort stehen zu können. Diese suchten das Gespräch oft von sich aus.

Die Bibliothek legte ausserdem Flyer auf. Von ihrem Informationswert für die Kunden abgesehen haben Flyer den Vorteil, dass sich die MitarbeiterInnen an ihnen orientieren können. Die Bibliotheksvertreter sprachen dadurch dieselbe Sprache und vermittelten so eine einheitliche Botschaft.

Das Motto der medienwirksamen öffentlichen Kampagne lautete „Bibliothek für alle“. An zwei Samstagen fand eine Ballonaktion statt. Dieser Wochentag eignet sich laut Herrn Wyss besonders gut für derartige Veranstaltungen, da überdurchschnittlich viele Eltern mit ihren Kindern auf der Strasse anzutreffen sind. Nicht alle Rückmeldungen der Passanten waren positiv. Einige ChurerInnen fragten, wieso ausgerechnet die Bibliothek mehr öffentliche Gelder erhalten solle, solange bei anderen Einrichtungen weiterhin Kürzungen vorgenommen werden würden. Obwohl die Bibliotheksseite in solchen Fällen den Dialog suchte, rät Herr Wyss dazu, in erster Linie Bibliotheksunterstützer und unentschlossene Wähler zu mobilisieren, anstatt Menschen mit bereits gefestigten anti-bibliothekarischen Einstellungen von einem Anliegen zu überzeugen.

Da sich der Stiftungsrat aus wenigen Mitgliedern zusammensetzte, verfügte er nicht über genügend hohe Kapazitäten, um breite Bevölkerungsgruppen auf der Strasse ansprechen zu können. Davon abgesehen sollte der Eindruck vermieden werden, dass die Bibliothek auf umfassende Werbemassnahmen angewiesen sei.

Die Stadtbibliothek arbeitete auch mit der Ludothek und der interkulturellen Bibliothek Vossa Lingua zusammen. Bei Informationsanlässen der Regierung in Gemeindesälen oder anderen

---

<sup>75</sup> Marjanovic, Petar: Stadtbibliothek-Projekt – der Ball liegt bei der Credit Suisse, Südostschweiz, 11.03.2016.

<sup>76</sup> Stadt Chur: Volksabstimmung vom 5. Juni 2016, S. 15.

öffentlich zugänglichen Orten markierte die Bibliotheksseite Präsenz, indem sie möglichst viele ihrer Unterstützer zu einem Besuch motivierte.

Die Stiftung verfasste keine eigenen Leserbriefe, da diese laut Herrn Wyss weniger Wirkung entfalten, sobald die Zeitungsläser wissen, dass sie den Eigeninteressen einer bestimmten Vereinigung oder Gruppe dienen. Zwar bestanden Kontakte zwischen den Medien und der Bibliothek, doch durch den kleinstädtischen Charakter Churs bedurften die Zeitungen nur weniger Anreize, um sich mit dem Bibliotheksanliegen zu beschäftigen. Die Medien berichten im Allgemeinen automatisch über alle anstehenden politischen Geschäfte und Abstimmungen.

Der Zeitpunkt der Abstimmung war gut, da sich Chur über die Jahre ein striktes Sparprogramm verschrieben hatte und nun über genügend finanzielle Mittel verfügte, um wieder Investition in die öffentliche Infrastruktur zu tätigen. Herr Wyss bezweifelt, dass der unvorhergesehene Jahresüberschuss von 11,5 Millionen Franken für die Stimmbürger entscheidungsrelevant war. Der Stadtpräsident kommunizierte die überraschend guten Zahlen in einer Videobotschaft und auf der städtischen Webseite.<sup>77</sup>

Nach der Annahme der Vorlage im Juni 2016 zeigte sich die Bibliotheksseite erleichtert.

Durch das hohe Alter des vorgesehenen Gebäudes musste die Stadt Zeit und Geld in umfassende Renovations- und Umbauarbeiten investieren, damit die Bibliothek modernen denkmalpflegerischen und brandschutztechnischen Vorschriften gerecht werden konnte. Der neue Bibliotheksstandort steht nach mehrmonatigen Umbauarbeiten nun kurz vor der Eröffnung.

### **Mögliche Gründe für den knappen Ausgang**

Die Churer Stimmbevölkerung steht Mehrausgaben im Kulturbereich keinesfalls immer kritisch gegenüber. Sie bewilligte den fünf Millionen Franken teuren Ausbau ihres Stadtarchivs 2017 etwa mit einem Ja-Stimmenanteil von 66%.<sup>78</sup> Betrachtungen der übrigen Abstimmungen im Untersuchungszeitraum legen nahe, dass Unklarheiten bezüglich des Bibliotheksstandorts und der Kosten den Nein-Stimmenanteil stark erhöhen. Unkalkulierbare Risiken und langfristige finanzielle Verpflichtungen verunsichern die Stimmbevölkerung. Zum Abstimmungszeitpunkt konnten sich die Churer nicht sicher sein, ob das Mietverhältnis am vorgesehenen Standort überhaupt zustande kommen würde. Wären die Verhandlungen fehlgeschlagen, hätte ein neuer Standort gesucht und somit auch die jährlichen Mietkosten angepasst werden müssen.

---

<sup>77</sup> Waser, Norbert: Chur ist finanziell über den Berg, Bündner Tagblatt, 17.03.2016.

<sup>78</sup> Churer wollen „Gedächtnis“ bewahren, Südostschweiz, 24.09.2017.

Der Jahresbeitrag an die Stiftung war bereits 2014 von 310'000 Fr. auf 490'000 Fr. erhöht worden, was möglicherweise ebenfalls eine Rolle spielte. Diese Anpassung wurde in der Urnenbotschaft erwähnt<sup>79</sup> und muss der Stimmbevölkerung somit bewusst gewesen sein, da die Abstimmungsunterlagen der Regierung für die Stimmenden eine wichtige Rolle in der Informationsgewinnung und dem Entscheidungsprozess spielen.<sup>80</sup>

Basierend auf den Resultaten der anderen Bibliotheksabstimmungen dürfte auch die Uneinigkeit des Gemeinderats einen Einfluss gehabt haben. Ein Stimmenverhältnis von 14:6 mag für Bibliotheksvertreter auf den ersten Blick beruhigend wirken, deutet aber auf eine breite Ablehnung durch die rechtsbürgerlichen Parteien hin – für Bibliotheken kein sicherer Indikator einer kommenden Abstimmungsniederlage, aber ein Warnzeichen. Besonders gefährlich sind derartige Situationen, wenn die bibliotheksunterstützenden Parteien selbst nicht aktiv in den Abstimmungskampf eingreifen und die Gegenseite so den Diskurs dominieren kann. Dies war in Chur nicht der Fall, doch auch die Stadträtin Doris Caviezel-Hidber gab im Bündner Tagblatt zu, dass die Bibliotheksvorlage aufgrund der zahlreichen Abstimmungsvorlagen und der Wahlen „etwas untergegangen“ sei. Man habe den Stimmbürgern die Hintergründe und Zusammenhänge deswegen nicht ausreichend erklären können.<sup>81</sup>

Für Herrn Wyss mag auch der Abstimmungszeitpunkt zu Beginn der Sommerferien zur Knappheit des Ausgangs beigetragen haben. Familien mit Kindern, die traditionell zu den besten Bibliotheksnutzern zählen, waren vielleicht mit Urlaubsvorbereitungen beschäftigt, oder bereits abgereist.

Mehrere andere Abstimmungsbeispiele legen ausserdem nahe, dass gerade links-grüne Parteien und ihre Wähler Umzüge deutlich weniger enthusiastisch unterstützen, wenn die Bibliothek aus einem gemeindeeigenen Gebäude auszieht und danach hohe Mietkosten an einen privaten Liegenschaftsbesitzer bezahlen muss. Auch dies war in Chur der Fall.

### **Empfehlungen**

Herr Wyss betrachtet die erste verlorene Abstimmung im Gemeinderat als eine wichtige Voraussetzung für den letztendlichen Erfolg der Beitragserhöhung. Erst dieser Rückschlag weckte die Bibliotheksvertreter auf und zwang sie dazu, intensive Lobbyarbeit zu betreiben und sich besser mit der Politik zu vernetzen. Ohne diese Eigeninitiative der Bibliotheksseite hätte sie ihre folgenden Abstimmungen wohl verloren. Niederlagen können den Boden für

---

<sup>79</sup> Stadt Chur: Volksabstimmung vom 5. Juni 2016, S. 6.

<sup>80</sup> VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 21. Mai 2017, [http://www.voto.swiss/wp-content/uploads/2017/07/VOTO\\_Bericht\\_21.05.2017\\_DE.pdf](http://www.voto.swiss/wp-content/uploads/2017/07/VOTO_Bericht_21.05.2017_DE.pdf), S. 12

<sup>81</sup> Bürkli, Luzi: Knappes Ja zur neuen Stadtbibliothek plus, Bündner Tagblatt, 08.06.2016.

einen späteren Sieg bereiten. Diese Erkenntnis findet sich auch in anderen Fallstudien zu abgelehnten Bibliotheksanliegen in der Schweiz und den USA.

Eine Bibliothek dürfe sich nicht erst für ihre politischen Vorgesetzten interessieren, wenn sie zusätzliche Gelder benötigt. Vielmehr ist die Zusammenarbeit mit Behörden und Politik eine Daueraufgabe jedes Bibliotheksvertreters. Alle Churer Gemeinderäte erhalten beispielsweise häufig Bericht über die Aktivitäten und die Situation der Bibliothek. Politiker müssen regelmässig an Veranstaltungen, wie etwa Prominentenlesungen, eingeladen und hier entsprechend zuvorkommend behandelt und persönlich betreut werden. Ein Stiftungsrat muss detaillierte Informationen über alle seine politischen Vorgesetzten besitzen: „Man kann so vieles einfacher erledigen, wenn man weiss, wie sie ticken.“ Hier empfiehlt sich der Unterhalt einer mindestens jährlich aktualisierten Datenbank mit Angaben zu allen einflussreichen Persönlichkeiten der Stadt, wie etwa Schulleiter und Gemeinderäte.

Derartige Beziehungspflege ist jedoch keine Einbahnstrasse. Bibliotheksvertreter müssen auch selbst auf die Politiker zugehen und ihre jeweiligen öffentlichen und privaten Veranstaltungen und Anlässe besuchen, um ihr Interesse zu bekunden. Die Grundhaltung müsse aus einem Geben und Nehmen bestehen.

Dieselbe Richtlinie gelte auch für den Umgang mit der Presse. Die Bibliothek sollte hier versuchen, mit ihren Aktionen möglichst medienwirksame Bilder zu erzeugen. Im Fall eines Umzugs bietet sich etwa eine Menschenkette aus vielen Kindern und Erwachsenen an, welche den bestehenden Medienbestand von Hand zu Hand in die neue Bibliothek transportieren. Im besten Fall ist auch der Stadtpräsident Teil der Menschenkette und darf das letzte Buch in Empfang nehmen.

### 3.5 Fallstudie: Der „Bibliobus neuchâtelois“

*„C'est un objet culturel défendu par les villages qui sont touchés principalement.*

*Il y a un attachement des Neuchâtelois aux bibliothèques, à la lecture publique.“*

**Gesprächspartner (E-Mail-Verkehr):** Fabien Fivaz (grüner Abgeordneter des Grossen Rats)

#### **Die Gründe für die Auswahl des Falls**

Der Bibliobus-Fall ist insofern einmalig, als dass die Bibliotheksvertreter ursprünglich keine Volksabstimmung anstrebten, sondern mittels einer regulären Petition Druck auf die Politiker ausüben wollten, um ein Umdenken auszulösen. Erst als dieses bevorzugte Mittel der westschweizerischen Interessendurchsetzung keinerlei Wirkung entfaltete, griffen die Bibliotheksfreunde auf das Referendum zurück, um eine Volksabstimmung zu erzwingen. Der Präsident der Vereinigung bezeichnete die Urnenabstimmung in einem Fernsehinterview als

„Sicherheitsnetz“, sollte die Petition fehlschlagen.<sup>82</sup> Die Bibliobusvereinigung konnte 2015 über 20'000 Unterschriften sammeln, nur um 2016 mit der Arbeit wieder von vorne beginnen zu müssen. Gemessen an der Anzahl der Signaturen ist die Rettung des Bibliobus im Untersuchungszeitraum die mit Abstand erfolgreichste Unterschriftensammlung zu einem Bibliotheksanliegen. Zu keinem anderen Thema konnten in der Geschichte Neuchâtel je so viele Unterschriften gesammelt werden.<sup>83</sup> Radio- und Fernsehsender, Newsportale und Zeitungen in der gesamten Romandie griffen die Auseinandersetzung auf.

Auch die Abstimmungsfinanzierung ist ungewöhnlich, da sie über ein Crowdfunding-Projekt erfolgte. Im Gegensatz zu allen anderen näher untersuchten Fällen nutzte der Bibliotheksverein die sozialen Medien für seine Kampagne. Zahlreiche Stimmbürger beteiligten sich online an Diskussionen in den Kommentarspalten der Zeitungen.

Das Beispiel des Bibliobus steht stellvertretend für die übrigen Petitions- und Abstimmungsfälle in der Romandie. Der Abstimmungskampf in der welschen Schweiz weist einige Unterschiede zu demjenigen in den deutschsprachigen Gebieten auf. Öffentliche Unterstützung erhalten Bibliotheksthemen hier fast ausschliesslich durch Gewerkschaftsvereinigungen sowie durch linke bis linksrevolutionäre Parteien. Obwohl finanzielle Überlegungen durchaus auch eine prominente Rolle spielen, argumentieren französischsprachige Bibliotheksfreunde noch stärker auf einer ideologischen Ebene. Sparbeschlüsse enden hier öfter in einer Grundsatzdiskussion über soziale Gerechtigkeit und die Rolle des Staates in der Bildungsvermittlung. Omnipräsent ist der Ausdruck der „lecture publique“. Bei diesem schwierig zu übersetzenden Begriff handelt es sich um ein politisches Konzept zur Leseförderung.<sup>84</sup>

### **Portrait des Bibliobus und seines Kantons**

Trotz seines Namens unterhält der Bibliobus nicht nur einen Buchlieferdienst auf vier Rädern, sondern finanziert darüber hinaus sieben reguläre bzw. nicht-mobile öffentliche Bibliotheken in ländlichen Gemeinden. Das Serviceangebot besteht seit 1974 und konnte bereits über sieben Millionen Ausleihen verzeichnen. Aktuell beziehen die 13'000 aktiven Bibliobus-Kunden jährlich zwischen 260'000 und 300'000 Medien an 52 Haltestellen. Die Vereinigung verfügt über ein Jahresbudget von 1,2 Millionen Franken, wovon 480'000 Franken durch den Kanton übernommen werden. Insgesamt dreissig Gemeinden beteiligen

---

<sup>82</sup> Un référendum pour sauver le Bibliobus: Canal Alpha, 26.01.2016, <http://www.canalalpha.ch/actu/un-referendum-pour-sauver-le-bibliobus>

<sup>83</sup> Giroud, Virginie: Un soutien historique au Bibliobus, L'Express, 24.10.2015.

<sup>84</sup> Definition des PONS Online-Wörterbuchs (<https://de.pons.com/>)

sich am Unterhalt des Angebots. Über 150 Klassen besuchen den Bibliobus als Teil ihres Unterrichts. Drei Viertel der Kunden sind Kinder.<sup>85</sup>

Der Kanton Neuchâtel besitzt 178'500 Einwohner. 4500 Unterschriften von Stimmberechtigten reichen aus, um eine Urnenabstimmung zu einer Volksinitiative oder einem fakultativen Referendum zu erzwingen. Der Staatsrat (Conseil d'État) wurde zum Abstimmungszeitpunkt vollständig durch die SP und die FDP geführt. Je drei Mitglieder gehörten der SP an, zwei der FDP.

Das gesetzgebende Organ des Kantons ist der Grosse Rat bzw. das Kantonsparlament, welches sich aus 115 Mitgliedern zusammensetzt. Auch hier dominierten die SP und die FDP mit 33 bzw. 35 Vertretern (2013-2016). Die Grünen, die SVP und die Partei der Arbeit verfügten zusammen über 41 Parlamentarier.<sup>86</sup>

### **Zusammenfassung der Geschehnisse**

Der Kanton beschloss im Juni 2015, sich künftig nicht mehr an den Kosten des Bibliobus zu beteiligen. Die Bibliotheksfreunde gruppieren sich daraufhin in einem Abstimmungskomitee namens „Sauvez le Bibliobus“. Die Anhänger des Bibliotheksangebots konnten in nur vier Wochen über 9800 Unterschriften sammeln und bis im Oktober weitere 10'200 Einwohner davon überzeugen, sich an der Petition zu beteiligen. Unter dem Slogan "Vous pensez que la lecture coûte cher? Essayez l'ignorance!" übergab die Bibliotheksseite auf dem Château de Neuchâtel vor den Augen der Presse 20'100 Unterschriften an den Grossen Rat. Das Parlament liess sich davon nicht beeindrucken und bestätigte den Beschluss der Exekutive im Dezember. Es offerierte aber das Zugeständnis, die Beiträge nicht sofort komplett zu streichen, sondern 2016 eine schrittweise Kürzung vorzunehmen.

Innerhalb von drei Monaten gelang es dem Bibliothekskomitee nicht nur, die notwendigen 4500 Unterschriften für ein Referendum zu sammeln, sondern bis Mitte März 7358 Signaturen einzureichen.<sup>87</sup> Diese wurden nach der Einreichung offiziell beglaubigt und resultierten im September 2016 in einer kantonalen Volksabstimmung, die das Unterstützungskomitee bei einer durchschnittlichen Stimmbeteiligung von 38% mit 62,3% Ja-Stimmenanteil gewann. Die kantonalen Förderungsgelder sind somit weiterhin im Gesetz festgeschrieben.

---

<sup>85</sup> Fracasso, Antonella: Le Bibliobus, un service qui a eu chaud et qui roule, L'Impartial, 02.07.2013.

<sup>86</sup> Tableau de la répartition des sièges durant les cinq dernières législatures, <http://www.ne.ch/autorites/GC/historique/Pages/Repartition-sieges.aspx>

<sup>87</sup> ATS: Les Neuchâtelois refusent que le canton lâche leur Bibliobus, La Liberté, 25.09.2016.

## Die Abstimmungskampagne

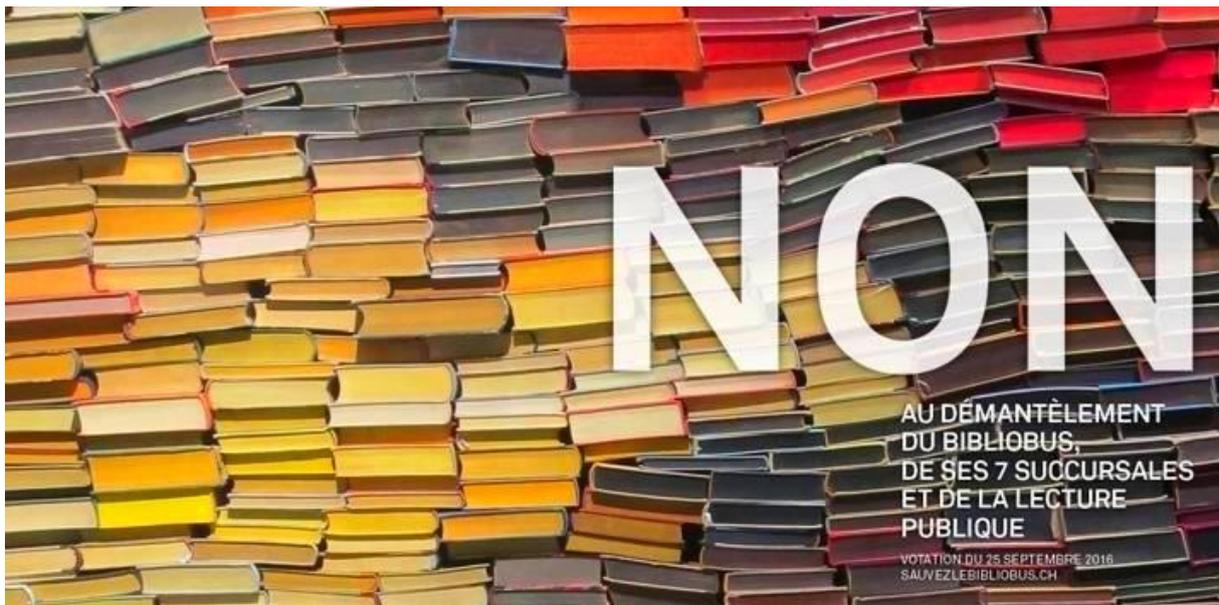


Abbildung 5: Abstimmungsplakat von Ligne graphique Sàrl

Der Abstimmungskampf der Bibliobus-Vereinigung teilt vorgehenstechnisch mehr Gemeinsamkeiten mit US-amerikanischen Kampagnen als mit den Fallbeispielen der Deutschschweiz, wie etwa die Finanzierung über ein Crowdfunding-Projekt, die Kommunikation über diverse Social Media Plattformen, die Erstellung einer Kampagnen-Webseite, die kommunikative und personelle Vernetzung mit anderen Bibliotheken und die bewusste Fokussierung auf Emotionen in der medialen Kommunikation. Letzteres ist jedoch kein Alleinstellungsmerkmal, da auch einige Kampagnen in der Deutschschweiz für die Mobilisierung ihrer Zielgruppen bewusst auf Gefühle setzten. Die Bibliotheksseite nutzte die Emotionalität ihres Themas mehrmals erfolgreich. So erklärte etwa in einem Video ein kleiner Junge mit tränenerstickter Stimme, wie traurig ihn das Verschwinden des Bibliobus machen würde.<sup>88</sup> Eine Schulklasse drehte einen kurzen Film über ihre Verbundenheit mit dem Bibliobus und seinen Büchern.<sup>89</sup> Zwei Bibliothekarinnen berichteten über ihre Erfahrungen im Umgang mit Kunden:

„Tous les jours, nous voyons des enfants tristes qui nous disent avec leurs mots le désir de continuer à venir à la bibliothèque. Un enfant nous a même fait un bricolage avec tout son argent pour la sauver. Quotidiennement nous entendons les mêmes phrases des lecteurs qui se disent ahuris, choqués, scandalisés et très déçus.“<sup>90</sup>

<sup>88</sup> Un référendum pour sauver le Bibliobus, Canal Alpha, 26.01.2016, <http://www.canalalpha.ch/actu/un-referendum-pour-sauver-le-bibliobus/>

<sup>89</sup> FRK: Presque 10'000 signatures récoltées, L'Impartial, 19.09.2015.

<sup>90</sup> Stierli, Fabienne/Della Rover, Luciana: Pour sauver le droit à la lecture, L'Express, 03.10.2015.

Das Komitee erhielt nach eigenen Angaben täglich zahlreiche Reaktionen aus der gesamten Schweiz: „Des messages d'incompréhension, d'indignation et surtout de soutien. Bref, personne n'est insensible à la disparition possible de bibliothèques.“<sup>91</sup>

Die offizielle, gut einjährige Kampagne des Komitees „Sauvez le Bibliobus“ wurde vor einem grossen Abstimmungsplakat und im Beisein der eingeladenen Pressevertreter begonnen. Fabien Fivaz nutzte die Gelegenheit, die Argumente der Bibliotheksseite zu wiederholen. Im Verlauf des Abstimmungskampfs informierte die Bibliotheksseite regelmässig und häufig mittels Medienmitteilungen und Pressekonferenzen über die eigenen Fortschritte. Da das Interesse der Medien sehr gross war, mussten Fabien Fivaz und die übrigen Bibliotheksunterstützer ansonsten wenig Eigeninitiative zeigen, um ihr Anliegen prominent in den Medien platzieren zu können.

Für den Entwurf des Informationsmaterials und der Plakate griff man auf eine professionelle Designagentur zurück, welche ein Werk einer niederländischen Künstlerin in die Gestaltung miteinbezog.<sup>92</sup> 63 individuelle Spender beteiligten sich mit 5029 Franken an den Kosten, sodass das anvisierte Crowdfunding-Ziel auf <https://wemakeit.com> um gut 1500 Franken übertroffen wurde.

Drei Parteien schlossen sich Anfang 2016 dem Kampf der Bibliotheksvereinigung an. In ihrer gemeinsamen Stellungnahme ist der Bibliobus „ein essentielles Werkzeug gegen den Illettrismus und ein Bindemittel, das die Gemeinden vereint.“<sup>93</sup> Die antikapitalistisch-revolutionäre „Parti Ouvrier et Populaire neuchâtelois“ und die kommunistisch geprägte „solidaritéS“ arbeiten auch im Parlament regelmässig mit den Grünen zusammen und bilden hier die „groupe POP-Verts-SolidaritéS“, welche von Fabien Fivaz geleitet wird. Dieser war im Abstimmungskampf als Hauptinitiant einer der prominentesten Vertreter der Bibliotheksseite und entsprechend oft auf Fotos und in Radio- und Fernsehinterviews zu sehen bzw. zu hören. Kurz nach der Lancierung des Referendums beschloss auch die SP mit 40 zu 10 Stimmen, die Rettung des Bibliobusangebots zu unterstützen.<sup>94</sup> Die Grünen, die solidaritéS und die Parti Ouvrier hatten wenige Monate zuvor bereits das von der Kantonsregierung vorgelegte Jahresbudget 2016 bekämpft.<sup>95</sup>

Obwohl die Vereinigung Bibliobus auf ihrer Webseite mindestens einen längeren Text der solidaritéS veröffentlichte, bedienten sich die Bibliotheksvertreter in ihrer öffentlichen

---

<sup>91</sup> FRK: Presque 10'000 signatures récoltées, L'Impartial, 19.09.2015.

<sup>92</sup> <http://lignegraphique.ch/projets/sauvez-le-bibliobus/15.html>

<sup>93</sup> Henry, Anouk/Pauchard, Coraline: Référendum de la gauche neuchâteloise pour sauver le Bibliobus, RTS, 12.01.2016.

<sup>94</sup> Les socialistes neuchâtelois soutiennent le référendum sur le Bibliobus, 16.01.2016, Arcinfo.

<sup>95</sup> Kuenzi, Françoise: Une solution pour le Bibliobus, mais un budget amendé qui fâche à gauche, 25.11.2015.

Kommunikation keiner radikalen Sprache.<sup>96</sup> Ihre Argumentation war einfach nachzuvollziehen: Der durch die Regierung vorgelegte Zeitplan lässt der Bibliotheksvereinigung nicht genügend Zeit, ihre finanziellen Lücken durch Sponsoren oder andere Geldgeber zu decken. Die neue gesetzliche Regelung verunmöglicht somit die Existenz des Bibliobus-Angebots und vernichtet seine sieben öffentlichen Bibliotheken. Dies könne weitreichende Folgen haben: „la mort d’une bonne partie de la lecture publique“<sup>97</sup> Der Zugang zu Lektüre sei ein Grundrecht jedes Bürgers („un droit élémentaire pour tout citoyen“) und der Bibliobus ein essentieller Teil des kulturellen Lebens der Region.<sup>98</sup>

Der Leiter der Bibliothek in La Chaux-de-Fonds und Vizepräsident der Bibliobus-Vereinigung nannte die Subventionskürzung „totalement vide“. Laut einer Umfrage des Bundesamts für Statistik nutze die Bevölkerung ihre Bibliotheken hauptsächlich zur (Aus)bildung. Diese läge eindeutig im Kompetenz- und Verantwortungsbereich des Kantons. Ein Gemeindepräsident pflichtete dem bei: „La lecture est un outil pédagogique qui figure désormais dans le plan d’études romand. Tous les élèves doivent se rendre une fois par mois à la bibliothèque.“ Diese Vorgaben seien ohne die Existenz des Bibliobusangebots gar nicht umsetzbar.

Auch werde der Bibliobus intensiv genutzt und könne sogar mehr Ausleihen vorweisen als die Bibliothèque publique et universitaire de Neuchâtel.

Für Fabien Fivaz förderte die Gelderkürzung die Ungleichheit zwischen den Gemeinden. Die Verbreitung des Illittrismus sei gerade in Neuchâtel alarmierend hoch. Darüber hinaus erhöhe der Bibliobus die Integration und den sozialen Zusammenhalt: „Organiser au mieux l’apprentissage de la langue reste l’un des meilleurs moyens d’intégration sociale.“<sup>99</sup>

In den Augen des Präsidenten der Bibliobus-Vereinigung verstärke das Bibliotheksangebot die Chancengleichheit in der Gesellschaft. „La lecture publique fait partie des tâches fondamentales d’une collectivité. Ce n’est pas juste un loisir.“<sup>100</sup>

Auch sei der Bibliobus ein Symbol der kantonalen Einheit. In einer Zeit, wo der Staatsrat laut und offen die Botschaft eines vereinten Kantons propagiere („un canton, un espace“) sei die Entscheidung, den Bibliobus aufzugeben, ganz besonders widersinnig. Auch der „Impartial“ nutzte die Gelegenheit, den offiziellen Slogan des Kantons aufzugreifen und betitelte einen seiner Artikel „Un canton, un espace ... un Bibliobus“.<sup>101</sup>

---

<sup>96</sup> Norgeot, Ninon: Le Bibliobus: un service menacé!, 10.09.2015, <http://www.bibliobus-ne.ch>

<sup>97</sup> Ats: Branle-bas de combat pour le Bibliobus, Le temps, 23.10.2015.

<sup>98</sup> Pétition lancée contre la suppression de la subvention au Bibliobus neuchâtelois, [www.arcinfo.ch](http://www.arcinfo.ch), 25.08.2015,

<sup>99</sup> „Un symbole d’unité cantonale“, in: Un canton, un espace ... un Bibliobus, L’Impartial. 13.01.2016.

<sup>100</sup> Kuenzi, Françoise: Pétition lancée pour sauver le Bibliobus, L’impartial, 26.08.2015.

<sup>101</sup> VCO: Un canton, un espace ... un Bibliobus, L’Impartial, 13.01.2016.

Eine Lehrgewerkschaft kritisierte die Entscheidung der Regierung am deutlichsten: Lehrpersonen seien besonders sensibel, was derartige Beschlüsse angehe. Der Zugang zu Bildung sei ein elementares Grundrecht jedes Einwohners unabhängig von seinem Alter, Geschlecht, Religion oder Wohnort. Dürfe sich jemand Staatsmann (*homme d'État*) nennen, der nicht in der Lage ist, Serviceleistungen zum Wohle der Bevölkerung zu fördern und es stattdessen bevorzugt, die Interessen der Privilegierten zu schützen?<sup>102</sup>

Im Vergleich zur deutschschweizerischen Berichterstattung über Bibliotheksanliegen fällt die Verwendung dramatisierender und emotionalisierender Formulierungen auf. So sind die Beteiligten wütend, besorgt, traurig, schockiert, stolz oder vergnügt, die Bevölkerung stöhnt und schreit auf, der Bibliobus erstickt und stirbt. Auch sind einige Titel mit Kriegsmetaphorik gespickt, welche sich in Deutschschweizer Medien nicht nachweisen lässt („*Les citoyens neuchâtelois montent au front*“, „*Branle-bas de combat pour le Bibliobus*“).<sup>103</sup>

Obwohl die meisten Signaturen durch Bibliothekspersonen und, in diskretem Rahmen, durch die betroffenen Gemeinden gesammelt wurden, spielten in der medialen Darstellung der ersten Unterschriftensammlung Lehrpersonen und insbesondere Kinder im Schulalter eine entscheidende Rolle. Zehn besonders motivierte Schüler aus Marin konnten in vielbesuchten Einkaufsmeilen zusammen mehr als 1000 Unterschriften sammeln. Diese Form kindlicher Interessenvertretung scheint jedoch nicht die Norm zu sein, da sie der für die obligatorische Schulbildung verantwortliche Chef des „*service de l'enseignement obligatoire*“ in den Medien scharf kritisierte. Die Legitimität der gesamten Petition sei fragwürdig und ein Kind nicht dazu in der Lage, die Problematik einer solchen finanzpolitischen Entscheidung abzuschätzen.

Auch die Lehrpersonen seien in ihrem Verhalten bestimmten Gesetzen unterworfen. So hätten sie sich neutral zu verhalten und sich jeglicher parteiischer Propaganda zu enthalten („*s'abstenir de toute propagande partisane*“). Die Zirkulation einer derartigen Petition in den Schulklassen sei „unter keinen Umständen“ zulässig. Die Zeitung *L'Express* fasste diese Haltung unter dem Titel „*une participation qui fâche l'Etat*“ zusammen.

Die an der Führung des Bibliobus beteiligte Gemeinderätin und Schulrätin Isabelle Weber widersprach dieser Darstellung: Kinder besäßen vielleicht keine detaillierten Kenntnisse über die kantonalen Budgetmechanismen, könnten aber sehr wohl verstehen, dass der Bibliobus ohne die Hilfe des Kantons höchstwahrscheinlich verschwinden würde. In den Augen des Präsidenten der Bibliobusvereinigung Armand Blaser hätten Kinder jedes Recht, sich gegen das Verschwinden ihres Bibliobus auszusprechen („*pousser un cri du coeur s'ils ne veulent pas voir disparaître leur Bibliobus*“). Eine Hilfsbibliothekarin versicherte, dass die

---

<sup>102</sup> Syndicat Autonome des Enseignants Neuchâtelois: *Bibliobus menacé*, 25.08.2015.

<sup>103</sup> Pauchard, Coraline: *Des milliers de Neuchâtelois se mobilisent pour sauver leur Bibliobus*, RTS, 23.10.2015 und *Branle-bas de combat pour le Bibliobus*, *Le temps*, 23.10.2015.

Kinder die Petition von sich aus unterschreiben wollten. Die Angestellten hätten sich die Zeit genommen, jedem einzelnen die Folgen der Subventionskürzung zu erklären und viele Kinder seien von diesen Ausführungen emotional sehr berührt gewesen.<sup>104</sup>

### **Die Argumente der Gegnerschaft**

Der Staatsrat rechtfertigte seine Kürzungsmassnahme mit zwei Hauptargumenten: Zum einen sei der Kanton hoch verschuldet und müsse bei zahlreichen öffentlichen Posten Einsparungen vornehmen. Zwar seien die Reaktionen der Bibliotheksseite „menschlich und verständlich“, doch habe der Kanton keine andere Wahl.<sup>105</sup>

Das zweite Argument ist schweizweit einmalig: Die Bibliotheksfinanzierung gehöre nicht in den Kompetenzbereich des Kantons. Zwar habe der Kanton früher den öffentlichen Zugang zur Lektüre sichergestellt, doch durch die vielen Gemeindefusionen habe sich diese Situation geändert. Man dürfe den heute viel grösseren Gemeinden durchaus zutrauen, diese Leistungen selber zu erbringen. Eine Finanzierung durch den Kanton schwäche die Gemeinden: "C'est important pour la vie même des communes qu'il y ait un grand nombre de compétences qui restent de proximité. Le canton ne veut pas tout centraliser, et ça c'est typiquement une prestation de proximité."<sup>106</sup>

Die „lecture publique“ in der Kantonshauptstadt und in La Chaux-de-Fonds erhalte keinerlei kantonale Subventionen. Wieso sollte der Kanton die übrigen Gemeinden in diesem Punkt bevorzugt behandeln?<sup>107</sup> Auch sei der Kanton natürlich bereit, verschwundene Leistungen der „lecture publique“ durch andere Massnahmen zu ersetzen. Selbstverständlich sei der öffentliche Zugang zu Büchern zentral für die Ausbildung und werde durch den Kanton heute stärker gefördert denn je.<sup>108</sup>

Dass das Argument der stärkeren Gemeindeautonomie bei den Wählern keinen Anklang fand, lag möglicherweise auch an der ausgesprochen starken Zentralisierung der Westschweizer Kantone, welche viele Leistungen traditionell auf kantonaler und nicht auf der kommunalen Ebene erbringen (Linder/Mueller, S. 198).

### **Die Abstimmung und ihre Folgen**

Die Bibliotheksseite war im Vorfeld der Abstimmung nervös und ging von einem knapperen Resultat aus, da die Stimmbürger „nein“ ankreuzen mussten, um den Bibliobus weiterhin zu unterstützen. Ein Leserbrief in einer Zeitung rief die Bevölkerung deswegen dazu auf, sich von der Formulierung der Regierung nicht verwirren zu lassen („Pour dire oui au Bibliobus, il

---

<sup>104</sup> Giroud, Virginie: Un soutien historique au Bibliobus, L'Express, 24.10.2015.

<sup>105</sup> Kuenzi, Françoise: Pétition lancée pour sauver le Bibliobus, L'impartial, 26.08.2015.

<sup>106</sup> Pauchard, Coraline: Des milliers de Neuchâtelois se mobilisent pour sauver leur Bibliobus, RTS, 23.10.2015.

<sup>107</sup> FRK: Presque 10'000 signatures récoltées, L'Impartial, 19.09.2015.

<sup>108</sup> Giroud, Virginie: Un soutien historique au Bibliobus, L'Express, 24.10.2015.

faut dire non à la loi“).<sup>109</sup> Die Kampagnenplakate platzierten die Nein-Botschaft überaus prominent, sodass keinerlei Zweifel an der korrekten Abstimmungsempfehlung aufkommen konnten.

Von Neuchâtel, la Chaux-de-Fonds, Le Locle, Peseux, Hauterive und Corcelles-Cormondrèche abgesehen waren sämtliche Gemeinden des Kantons Mitglieder des Bibliobus.<sup>110</sup> Der Nein-Stimmenanteil lag kantonsweit bei 62.3%, betrug in Neuchâtel, Hauterive, Peseux und Corcelles-Cormondrèche aber nur zwischen 54% und 58.2%. In den beiden verbleibenden bibliobus-losen Gemeinden lag die Ablehnung mit 63.7% und 64.9% knapp über dem Schnitt. Die Region um die Kantonshauptstadt unterstützte die Kürzung mit 40.4% Ja-Stimmenanteil am häufigsten. Wer bereits selbst über eine Bibliothek verfügte, oder zumindest über eine nahe gelegene Stadtbibliothek, stimmte der Subventionsstreichung für Bibliotheken anderer Gemeinden tendenziell häufiger zu, obwohl diese Haltung nirgends mehr als 49% erreichte. In zehn Gemeinden lehnten mehr als 70% der Stimmbürger das Vorhaben ab.

Die Regierung reagierte zurückhaltend auf das Resultat („un bel exercice de démocratie“). Für den Kulturbeauftragten Alain Ribaux war das Resultat keine Überraschung. Die Zurückhaltung der Regierungsparteien während der Abstimmungskampagne habe dazu beigetragen. Man müsse sich aber darüber im Klaren sein, dass das Geld nicht auf Bäumen wachse. In den Augen der Regierung gehöre die „lecture publique“ weiterhin in den Verantwortungsbereich der Gemeinden.

Auch die Bibliotheksseite äusserte sich im Anschluss an die Abstimmung. Ein öffentliches Angebot für Kinder und ältere Menschen anzugreifen, sei bei der Bevölkerung nun mal „nicht sehr beliebt“. Das Abstimmungsergebnis beweise die Notwendigkeit einer besseren gesetzlichen Verankerung der „lecture publique“ nach dem Vorbild der Kantone Wallis, Freiburg und Waadt. Es sei ebenfalls eine Antwort an alle, die dem Buch keine Zukunft bescheinigen.<sup>111</sup>

### **Die Gründe für den Abstimmungserfolg**

Neben der intensiven und vergleichsweise langen Abstimmungskampagne trugen weitere Faktoren zum Erfolg der Bibliobusvereinigung bei. Die bürgerlichen Parteien griffen nicht in die öffentliche Debatte ein und überliessen es ihrem Kulturbeauftragten, den Beschluss der Regierung zu erklären und zu verteidigen. Die linken Parteien standen hingegen geschlossen hinter der Ergreifung des Referendums und kommunizierten dies auch über ihre Webseiten und in Zeitungsberichten.

---

<sup>109</sup> Bysaeth, Léo: Pour dire oui au Bibliobus, il faut dire non à la loi, L'Express, 08.09.2016.

<sup>110</sup> Giroud, Virginie: Non aux économies sur la lecture, L'Express, 09.09.2016.

<sup>111</sup> Droz, Daniel: L'Etat devra financer le Bibliobus, L'Impartial, 26.09.2016.

Die mediale Präsenz der Abstimmungsvorlage war ausgesprochen hoch und umfasste lokale wie überregionale private und öffentliche Fernsehsender, Zeitungen sowie das Radio. Die Bibliobusvereinigung profitierte davon, dass die Medien ihre Deutung der Geschehnisse kritiklos übernahm. Der Widerstand gegen die Kürzung der Subventionsgelder wurde in der öffentlichen Darstellung zu einem Kampf des gesamten Volkes gegen seine Regierung. Die durchaus vorhandenen Differenzen zwischen den bibliothekarisch gut versorgten, städtisch geprägten Gemeinden und den ländlichen Gebieten verschwanden, sodass der Bibliobus seine Funktion als kantonales Symbol erfüllen konnte. Abweichende Stimmen aus der Bevölkerung fanden kein Gehör und liessen sich nur vereinzelt in Online-Kommentarspalten nachweisen.

Die Frage, ob und wie sich der Kanton den Bibliobus weiterhin leisten könne, wurde zwar von der Gegnerschaft gestellt, von den Bibliotheksvertretern aber weitgehend ignoriert: Die „lecture publique“ und der öffentliche Medienzugang gehören in ihren Ausführungen zu den Grundrechten der Neuenburger Bevölkerung und müssen somit durch die öffentliche Hand sichergestellt werden. Die Bibliotheksseite konnte die Diskussion so erfolgreich von einer sachlichen auf eine ideologische Ebene verlagern.

Gehen wir davon aus, dass bei der Neuenburger Bevölkerung tatsächlich eine stabile pro-bibliothekarische Prädisposition vorherrschte, war die Wirkung der Abstimmungskampagne trotz ihrer Intensität wohl eher gering, denn die öffentliche Meinung zu Referendumsanliegen zeigt unter diesen Umständen laut Forschungsdaten des GfS-Instituts praktisch keine zeitlichen Schwankungen (Longchamp, S. 300). Grundsätzlich ist die Wahl einer aufwändigen, aggressiven und negativen Abstimmungskampagne bei Referendumsanliegen für Regierungsgegner aber die einzige Taktik mit guten Erfolgsaussichten (Kriesi, 2005, S. 74).

### **3.6 Zusammenfassung**

Den in diesem Kapitel untersuchten Finanzierungs- und Budgetabstimmungen liegen keine konkreten Anlässe, wie etwa ein Neubau oder ein Umzug, zugrunde, welche eine plötzliche Erhöhung des Bibliotheksbudgets rechtfertigen könnten. Die Argumente der Befürworter konzentrieren sich somit notwendigerweise auf die Qualität und den Umfang des Bibliotheksservices, den es zu verbessern oder vor Kürzungen zu schützen gilt. Auch Lohnanpassungen, personelle Weiterbildungen und neue bibliothekarische Aufgaben dienen als Rechtfertigung für Beitragserhöhungen.

Gegner schlagen bibliothekarische Budgetkürzungen gehäuft vor, wenn sich die Gemeinde in einer schwierigen finanziellen Lage befindet. Ein hohes prognostiziertes Defizit bei den Gemeindefinanzen ist aber alleine noch keine Garantie für die Umsetzbarkeit von bibliothekarischen Sparmassnahmen an der Urne oder an einer Gemeindeversammlung.

Anträge für einen Ausbau des bestehenden Angebots, als auch für Kürzungen desselben, stammen beiderseits vor allem aus den Reihen der Politik. Zwar existieren bei den bürgerlichen Parteien oftmals Vorbehalte gegenüber grosszügigen Kultursubventionen, diese gehen jedoch zumindest bei Bibliotheksfragen meistens nicht weit genug, um im Ernstfall öffentlich gegen die Bibliothek Stellung zu beziehen.

Die Abstimmungsbefunde decken sich mit US-amerikanischen Ergebnissen. Die Bevölkerung hält an bereits bestehenden Kulturangeboten fest und ist bereit, sich diese einiges kosten zu lassen. Das Festhalten am Bewährten und Erprobten lässt sich deutlich einfacher verkaufen, als kostenintensive Neubauten oder aufwändige Erweiterungen.

#### 4 Abstimmungen zu Bibliotheksschliessungen

Ort	Jahr	Anliegen	Erfolg	Stimmenverhältnis	Abstimmungsart
Birr/Lupfig, AG	2017	Zusammenlegung der beiden Bibliotheken im Zuge einer Gemeindefusion ab 2018	ja	?	Gemeindeversammlung
Aarburg, AG	2017	Schliessung der Stadtbibliothek Ende 2017	ja	ohne Gegenstimme	Gemeindeversammlung
Biberist, SO	2008	Kürzung des Budgets auf einen symbolischen Franken, Schliessung als Folge	ja	eine Gegenstimme (197 anwesend)	Gemeindeversammlung
Elgg, ZH	2007	Nur noch eine Schulbibliothek, dafür grösser. An Stelle der Gemeindebibliothek neu Gruppenräume	? (siehe S. 79)	recht deutlich	Urnenabstimmung
Hitzkirch, LU	2015	Zusammenlegung der Schul- und Gemeindebibliothek in neuem Schulhaus	nein	48.5% Ja-Stimmen (859 : 810), Stimmbeteiligung 50%	Urnenabstimmung
Kiesen, BE	2007	Schliessung der Dorfbibliothek, da nicht mehr durch Spenden finanzierbar	ja	einstimmig (64 Anwesende)	Gemeindeversammlung
Kleinandelfingen ZH	2009	Fusion der Schul- und Gemeindebibliothek mit der Bibliothek Andelfingen	ja	66.7% (34 : 17)	Gemeindeversammlung
Magden, AG	2006	Zusammenlegung der Gemeinde- und Schulbibliothek, Umzug, Ausbau	ja	einstimmig (85 Personen anwesend)	Gemeindeversammlung
Neftenbach, ZH	2018	Zusammenlegung der Gemeinde- und Schulbibliothek, Umzug	Noch unklar	Findet im Herbst 2018 statt.	Urnenabstimmung geplant
Othmarsingen, AG	2014	Schliessung der Dorfbibliothek	ja	mit grossem Mehr bei vier Enthaltungen, 8,6% anwesend	Gemeindeversammlung
Rapperswil-Jona, SG	2011	Schliessung der Bibliothek Jona für Zusammenschluss mit der Rapperswiler Bibliothek	Ja	Knapp (Widerstand gegen Schliessung in Jona)	Bürgerversammlung
Reconvilier, BE	2014	Schliessung der Gemeindebibliothek	ja	wohl deutlich	wahrscheinlich Gemeindeversammlung

Rheinfelden, AG	2013	Umzug, dort Zusammenlegung der Stadt- und Schulbibliothek	Unklar, wohl eher ja	mit grossem Mehr	Gemeindeversammlung
<b>Anzahl: 13</b>		<b>Erfolge: 9</b>			

Tabelle 5: Abstimmungen zu Bibliotheksschliessungen

## 4.1 Quantitative Auswertung

*«Die Bibliothek gehört einfach ins Städtli, sonst können wir das Städtli auch gleichzumachen!»<sup>112</sup>*

Da sich eine Abstimmung zum Untersuchungszeitpunkt erst in der Planungsphase befand, und die Haltung zweier Bibliotheken nicht eruiert werden konnte, ist eine genaue Berechnung der Erfolgsquote unmöglich. 69,2% der Abstimmungen resultierten in einem eindeutigen Sieg für die Bibliotheksseite, 7,7% in einer Niederlage.

Grundsätzlich lassen sich bei diesem Abstimmungsthema zwei unterschiedliche Arten von Anliegen unterscheiden, welche beide etwa gleich häufig vorkommen: Abstimmungen über die ersatzlose Schliessung einer Bibliothek zu Sparzwecken und solche über die Aufgabe eines Bibliotheksstandorts als Folge des Zusammenschlusses bestehender Bibliotheken. Erstere stiessen stets auf Unverständnis seitens der Bibliotheksunterstützer und fanden kein Gehör bei der Stimmbevölkerung. An Gemeindeversammlungen entschied sich nie mehr als ein Stimmbürger zur Unterstützung eines solchen Vorhabens. Allerdings fehlen im Fall Reconvilier genauere Zahlen.

Die Aufgabe eines Standorts zur Stärkung eines anderen ruft ebenfalls manchmal Widerstand hervor, doch die Reaktionen variieren je nach Inhalt zwischen Enttäuschung, Apathie und Enthusiasmus. Das folgende Teilkapitel untersucht zuerst Zusammenlegungen bestehender Bibliotheken und in einem zweiten Teil ersatzlose Schliessungen zu Sparzwecken.

Bibliotheksschliessungen, die keine Urnen- oder Gemeindeversammlungsabstimmung erforderten, weil sie widerstandslos akzeptiert wurden, konnten nicht in die folgende Untersuchung einbezogen werden, stellen aber einen interessanten möglichen Untersuchungsgegenstand dar.

## 4.2 Kurzvorstellung der Abstimmungen

In **Magden** (3500 Einwohner) schaffte es ein Bibliotheksfusionsanliegen erst auf die Traktandenliste, als diese schon gedruckt war. Der Gemeinderat beantragte spontan den 215'000 Franken teuren Ausbau eines Dachstocks im neuen Gemeindehaus, um dort die beiden Bibliotheken der Gemeinde unterzubringen, was widerstandslos bewilligt wurde. Die beiden Dorf- und Schulbibliotheken litten unter Platznot. In Gesprächen zwischen der Bibliotheksleitung und dem Gemeinderat konnte das Gemeindehaus als neuer Standort ausgemacht werden, um dort Synergieeffekte zu nutzen. Die Initiative für die Bibliotheks-

---

<sup>112</sup> Eine Votantin an der Gemeindeversammlung in Aarburg, 24.11.2017.

fusion an einem neuen Standort scheint von der Bibliotheksseite ausgegangen zu sein.<sup>113</sup> Die offenbar guten und unkomplizierten Beziehungen zwischen der Politik und der Bibliothek ermöglichten eine schnelle und für alle akzeptable Lösung des Platzproblems.

Im Falle der im Kapitel „Erweiterungen und Renovationen“ näher beschriebenen Schliessung bzw. Erweiterung der Schul- und Gemeindebibliotheken **Kleinandelfingen** und **Andelfingen** nannte die zuständige Schulpflegerin die längeren Öffnungszeiten, das breitere Medienangebot und die höhere Betriebseffizienz als Argumente für die Bibliothekszusammenlegung.

Die Gemeinden **Birr** (4480 Einwohner) und **Lupfig** (3000 Einwohner) entschieden sich nach der Fusion Lupfigs mit der Nachbargemeinde Scherz, künftig nur noch eine Bibliothek zu führen. In der Schule Birr war die ansässige Bibliothek bereits länger durch den zunehmenden Platzbedarf unter Druck geraten und die Bibliotheken Birr und Lupfig trennten nur gerade 500 Meter Luftlinie. Eine gemeinsame Bibliothek sei laut des verantwortlichen Gemeinderats eine Bereicherung für beide Gemeinden, denn durch die Zusammenführung des erfahrenen Personals könnten die Öffnungszeiten massiv ausgebaut werden, ohne die Kosten zu strapazieren. Die Räumlichkeiten in Lupfig seien optimal dafür geeignet, die Medien der Bibliothek Birr zu übernehmen. Die Institution erhielt den neuen Namen „Bibliothek Eigenmatt“. Der Aufwand verdoppelte sich von 93'000 Franken auf knapp 140'000 Franken, und wurde an der Versammlung problemlos gutgeheissen.<sup>114</sup>

Die Einrichtung einer kombinierten Stadt- und Schulbibliothek an einem neuen Standort in **Rheinfelden** (13'300 Einwohner) stiess nur seitens der SVP auf Widerstand und wurde auch von den deutschen Medien der nahen Grenzregion wahrgenommen. Die Gemeinde hatte ihre Augen schon länger auf die entsprechende Liegenschaft geworfen, um diese für die öffentliche Nutzung durch die Bibliothek zu sichern, was auf einen hohen Stellenwert der Bibliothek in den Augen des Stadtrats hindeutet. In diesem Fall sollten die Fusion und der Umzug jedoch nicht der Bibliothek helfen, sondern die Bibliothek sollte umgekehrt ihren neuen Standort unterstützen. Durch ihre hohe Beliebtheit konnte sie einen wichtigen Beitrag zur Belebung und Erhaltung der Innenstadt leisten. Synergieeffekte und bedarfsgerechtere Räumlichkeiten waren auch hier weitere ausschlaggebende Argumente. Dank ihrer Bedeutung als Regionalbibliothek des Kantons Aargau bildete die Stadtbibliothek bereits vor ihrer Fusion mit der Schulbibliothek eine Drehscheibe im regionalen Bibliotheksnetz.

---

<sup>113</sup> Bibliothek will ins Dach, Mittelland Zeitung, 18.11.2006.

<sup>114</sup> Jetzt gibt es neue Reglemente, Aargauer Zeitung, 22.11.2017.

Die Stadt Rheinfelden befand sich damals finanziell in einer komfortablen Lage und verfügte über 17 Millionen Franken an Eigenkapital.<sup>115</sup>

Die Schliessung der Gemeindebibliothek in **Jona** verlief weniger harmonisch und ist Teil der Fallstudie zu Rapperswil-Jona.

In **Hitzkirch** (5200 Einwohner) erhielten die Einwohner die Chance, über ein 6 Millionen Franken teures neues Schulhaus mit integrierter Schul- und Gemeindebibliothek abzustimmen. Auch hier erhoffte man sich als positive Folgen verlängerte Öffnungszeiten, ein grösseres Medienangebot und Synergieeffekte. Eine Bibliothekarin plädierte in einem Leserbrief für die Fusion, denn die Bibliothek in Hitzkirch sei mehr als eine Sammelstätte für Medien, sondern darüber hinaus ein Ort der Begegnung und der Kultur. Ein Ja für die Bibliothek sei somit ein Ja für das Hitzkirchertal.<sup>116</sup>

Mit 51.5% siegte das Neinlager denkbar knapp. Es ist aber davon auszugehen, dass sich die Ablehnung auf die hohen Kosten des neuen Schulhausbaus und weniger auf die Bibliotheksfusion bezog. Die Opposition durch die SVP, sowie einige kritische Leserbriefschreiber, reichten aus, um das als „Luxusprojekt“ kritisierte Anliegen zu versenken. Die FDP und CVP hatten sich für das neue Schulhaus ausgesprochen, während die SP kurz vor der Abstimmung für keine Stellungnahme zu erreichen war. Interessanterweise hatte die Gemeindeversammlung den Vorschlag noch mit grosser Mehrheit unterstützt, während ihn die Stimmbürger an der folgenden Urnenabstimmung dann bei einer hohen Stimmbeteiligung von 50% ablehnten.<sup>117</sup> Der Gemeinderat war über die Niederlage nach eigenen Worten besonders wütend, weil er die Gründe für die Ablehnung nicht rekonstruieren konnte. Offenbar gingen unterschiedliche Menschen an Gemeindeversammlungen und Urnenabstimmungen.<sup>118</sup>

Die Gemeindebibliothek in **Elgg** (4800 Einwohner) litt unter der offenbar suboptimalen bildungspolitischen Kommunikation ihres Gemeinderats mit den Stimmberechtigten. Letztere lehnten 2007 sämtliche seiner Vorschläge für Umbau- und Erweiterungsmassnahmen an der Schulanlage „Am See“ ab. Eine abgespeckte Version hatte vorgesehen, nur noch eine Schulbibliothek zu führen und die Gemeindebibliothek mit Gruppenräumen und einem Informatikraum zu ersetzen.<sup>119</sup>

---

<sup>115</sup> Bibliothek kommt in den «Salmen», Aargauer Zeitung, 20.06.2013 und Mosera: Rheinfelden leistet sich Investitionen von 7,5 Millionen Franken, srf.ch, 12.12.2013.

<sup>116</sup> Schmid, Claudia: Mehr als nur Bücher, Seetaler Bote, 26.02.2015.

<sup>117</sup> Sechs Millionen für neues Schulhaus, Neue Luzerner Zeitung, 21.02.2015.

<sup>118</sup> Evelyne Fischer: Hitzkirch steht vor einem Scherbenhaufen, Neue Luzerner Zeitung, 09.03.2015.

<sup>119</sup> Elmer, Ruedi: Raumplanung neu angepackt, Der Landbote, 11.12.2007.

Unterstützung erhielt die Bevölkerung durch die RPK. Diese hatte sich im Vorfeld ebenfalls gegen alle vorgelegten Varianten ausgesprochen. Allerdings konnte sie sich nach eigener Aussage am ehesten für denjenigen Vorschlag erwärmen, welcher die Gemeindebibliothek aufgelöst hätte. Diese Anmerkung ist allerdings nur bedingt mit einer grundsätzlichen Hinterfragung der Bibliothek gleichzusetzen, denn die Gemeindebibliothek hätte im Fall einer Schliessung laut der RPK wohl in Zukunft auf Kosten der Gemeinde neu erstellt werden müssen.<sup>120</sup>

Die Bibliothekarin hatte den Ausbauplan an einer Informationsveranstaltung Seite an Seite mit der Schulpflege verteidigt, da sie sich durch die vom Gemeinderat gewünschte Version des Anliegens mehr Platz für ihre Bibliothek erhoffen konnte. Die SP und der partei-unabhängige Verein Soso unterstützen alle Versionen des Ausbaus. Die Ablehnung aller Vorschläge an der Urne entsprach folglich nicht den Wünschen der Bibliotheksseite, rettete jedoch die Gemeindebibliothek vor der (wahrscheinlich temporären) Schliessung.

Vier Jahre später bewilligte dieselbe Gemeinde ohne Gegenstimme einen Kredit von 2,2 Millionen Franken für eine neue Bibliothek mit Mittagstisch, sowie 140'000 Franken für den Umbau der ehemaligen Bibliothek. Der Neubau der Bibliothek wurde vorgezogen, um am Standort räumlichen Ersatz für die aus energetischer und baulicher Sicht nicht mehr tolerierbaren Pavillons zu schaffen.<sup>121</sup>

In **Neftenbach** (5560 Einwohner) soll ab 2019 ein markanter, vier Millionen Franken teurer Pavillon die zusammengelegten Gemeinde- und Schulbibliotheken beherbergen. Durch frühere Niederlagen und Kritik an seiner Kommunikationspolitik sensibilisiert, stellte sich der Gemeinderat bereits ein Jahr vor der geplanten Abstimmung auf kritische Fragen aus der Bevölkerung ein, die ihm vorgeworfen hatte, er agiere „im stillen Kämmerlein“. Die Gemeindebibliothek war vor einigen Jahren dank eines Beschlusses der Gemeindeversammlung für 332'900 Franken saniert worden.<sup>122</sup>

Die Gemeindebibliothekarin im französischsprachigen **Reconvilier** (2350 Einwohner) erhielt im November 2014 einen Brief, der sie über ihre anstehende Entlassung und die Schliessung ihrer Gemeindebibliothek im Sommer 2015 informierte. Die Gemeinde verfüge über zu wenig finanzielle Mittel, die Bibliothek sei mit 28'000 Franken pro Jahr zu teuer und die Nutzung gering.<sup>123</sup> Die Gemeindeversammlung lehnte im folgenden Monat nicht nur die ersatzlose Schliessung der Gemeindebibliothek, sondern auch das gesamte Budget für 2015

---

<sup>120</sup> Elmer, Ruedi: Schulpflege belegt akute Raumnot, Der Landbote, 26.05.2007.

<sup>121</sup> Elmer, Ruedi: Der Pionier-Kindergarten kann wachsen, Der Landbote, 23.03.2011.

<sup>122</sup> Appelt, Dagmar: Kleiner Kindergarten soll Neubau weichen, Der Landbote, 28.09.2017.

<sup>123</sup> La bibliothèque de Reconvilier, c'est fini!, TJB.ch, 12.11.2014.

ab. Der Gemeinderat akzeptierte den demokratischen Entscheid seiner Bevölkerung eher widerwillig.

Der Anfang 2015 neu eingesetzte Gemeinderat bezweifelte weiterhin den Nutzen der Bibliothek. 2017 bat ein mittlerweile weggezogener junger Bürger und EDU-Politiker den Gemeinderat darum, sich nochmals mit der Gemeindebibliothek auseinander zu setzen, denn eine einfache Schulbibliothek sei eine günstige mögliche Lösung. Die restliche Bevölkerung könne den Bibliobus benutzen. Die zuständige EVP-Gemeinderätin bezeichnete diese Intervention als inopportun. Allerdings könne man sich diese Frage durchaus stellen und der Bibliobus sei tatsächlich eine gute Idee. In Reconviliers schwieriger finanzieller Lage „könne man nicht alles haben“.

Das Journal de Jura spricht von einem Luxus, den man sich nicht leisten könne, setzt allerdings ein Fragezeichen hinter diese Aussage. Auch fragt sich der Journalist, ob es in den Strassen Reconviliers bald zu einer Bücherverbrennung kommen könnte. Hier wird deutlich, dass die Gemeindebibliothek weder in den untersuchten Medien noch in der Politik Freunde besitzt, die ihren Wert öffentlich verteidigen wollen, während die Notwendigkeit einer Schulbibliothek ausser Frage steht. Rot-grüne Parteien verfügen in Reconvilier über einen Wähleranteil von ca. 26%. Die mit Abstand wählerstärkste Partei ist die SVP.

Der Fall **Aarburg** (7800 Einwohner) belegt eindrücklich die These, dass ersatzlose Bibliotheksschliessungen einen Indikator für eine generell nicht mehr optimal funktionierende Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und ihren Vertretern darstellen. Vier Wochen vor der Abstimmung über die Schliessung der Stadtbibliothek erschien ein Interview mit dem abtretenden CVP-Finanzgemeinderat, welcher den Einwohnern vorwarf, hinter dem Rücken der Gemeinderäte über diese zu lästern, statt sie, wie noch vor 25 Jahren, zu achten. „Heute ist man auf gut Deutsch gesagt der Anseichpfosten und macht alles falsch.“ Die Bevölkerung solle die Entscheide des Gemeinderats mittragen, „auch wenn es ihr nicht passt.“

Der Gemeinderat nannte den 27,4 Millionen Franken hohen Schuldenberg Aarburgs als Argument, wieso „der Fünfer und das Weggli“ keine realistisch vertretbare Alternative mehr sei. „Wenn wir langfristig finanziell gesund und als Wohngemeinde steuertechnisch attraktiv bleiben wollen, müssen wir auch Themen anpacken, die keine Freudensprünge auslösen.“ Bei der Sozialhilfe könne nicht gespart werden, da hier ein gesetzlicher Auftrag bestehe. „Man kann natürlich sagen, dass man die Bibliothek, um nochmals dieses Beispiel zu nehmen, auch günstiger betreiben könnte. Dann wären wir in drei, vier Jahren aber wieder am selben Punkt. Der Gemeinderat sagt: Wenn wir es machen, dann richtig.“<sup>124</sup>

---

<sup>124</sup> Furrer, Patrick: Als Gemeinderat ist man heute auf gut Deutsch gesagt der Anseichpfosten“, Zofinger Tagblatt, 12.10.2017.

Die FDP nannte den Vorschlag in der vorgelegten Form „schlicht unbegreiflich“, denn „alle wollen die Bibliothek erhalten.“ Da es offenbar an der FDP läge, die Arbeit des Gemeinderats zu machen, habe sie die Zahlen von vier anderen Bibliotheken zusammengetragen und verglichen („Alle gaben gerne Auskunft, nur die Schulpflege Aarburg weigerte sich“). Daraus resultiere, dass die Bibliothek Aarburg gut geführt und nicht teuer sei.<sup>125</sup> Laut der SP sei die Bibliothek ein kultureller Leuchtturm, dessen Zerstörung dem Image und der Attraktivität der Gemeinde grossen Schaden zufügen würde.<sup>126</sup>

In den Wochen vor der Abstimmung erschienen ausführliche Leserbriefe im Zofinger Tagblatt, die die bedrohte Bibliothek und Badi in Schutz nahmen: „Am 24. November betrifft es die Badi und die Bibliothek und in einem Jahr das Museum, die Sportanlagen und so weiter... Erst wenn der letzte Baum umgesägt ist, merken wir, dass dies ein Fehler war – leider zu spät.“<sup>127</sup>

Eine andere Einwohnerin weist auf die steigenden Besucherzahlen, den persönlichen Einsatz und das Herzblut der Mitarbeiter und die Belebung des Stadtzentrums durch die Bibliothek, sowie die damit verbundenen positiven Folgen für das Gewerbe hin. „Damit [mit der Schliessung] soll im Budget 2018 ein Betrag von 60'000 Franken eingespart werden. Soll das helfen, 27 Millionen Schulden abzubauen?“<sup>128</sup>

Der Vorschlag des Gemeinderats, die Räume der Bibliothek für die Verwaltung zu benutzen, stiess ebenfalls auf Kritik: „Als Summe dieser einzelnen Sparmassnahmen sinkt die Lebensqualität jedoch für alle: nicht nur für Leser, sondern für praktisch alle, denen der gesellschaftliche Zusammenhalt – wie er beispielsweise in der Bibliothek zustande kommt – wichtiger ist, als Büroräume für die Verwaltung.“<sup>129</sup> „Betrachtet man es rein finanziell, müsste man wohl Bibliothek und Freibad schliessen. [...] Vergesst aber nicht die gute Zeit, die viele von uns dank dieser Dinge hatten.“<sup>130</sup>

Das deutlichste Votum nannte die Pläne des Gemeinderats „nicht nur eine Ohrfeige für alle Engagierten und direkt Betroffenen, sondern auch ein Armutszeugnis für ganz Aarburg. Zum Glück rumort es. Denn mit einem stillschweigenden Kopfschütteln ist es diesmal nicht getan.“<sup>131</sup>

---

<sup>125</sup> Mitteilungen der FDP Aarburg, Schweiz am Sonntag, 18.11.2017.

<sup>126</sup> Mitteilungen der SP Aarburg, Zofinger Tagblatt, 24.11.2017.

<sup>127</sup> Mosimann, Jürg: Ja zur Badi und zur Bibliothek, Nein zum Budget 2018, Zofinger Tagblatt, 03.11.2017.

<sup>128</sup> Frey-Barrelet, Beatrice: Die Bibliothek in Aarburg, Schweiz am Wochenende, 07.10.2017.

<sup>129</sup> Hertig, Hans-Ruedi: Leserbriefe, Zofinger Tagblatt, 04.10.2017.

<sup>130</sup> Furrer, Patrick: SVP kündigt Widerstand an, Schweiz am Wochenende, 11.11.2017.

<sup>131</sup> Egger Andermatt, Marlise: Aarburg spart sich arm, Zofinger Tagblatt, 11.10.2017.

Das Zofinger Tagblatt selbst liess die Gegner der Bibliothek ausführlich zu Wort kommen, wies aber auch selbstständig auf das bibliothekarische Leseförderungsprojekt für fremdsprachige Mütter und Kinder sowie den mit 45% hohen Ausländeranteil in Aarburg hin. Die seitens der Zeitung explizit erwähnte fehlende Stellungnahme der betroffenen Bibliothekarinnen hatte einen Grund: Der Gemeinderat hatte diesen verboten, sich in den Medien zu äussern.

Der verantwortliche Journalist machte sich die Mühe, sechs andere Gemeinden in der Region zur politischen Situation ihrer Bibliotheken zu befragen. Die Recherche machte deutlich, dass Aarburg mit seiner Haltung allein war.<sup>132</sup> Die Zeitung gab an, dass das Vorhaben „auf keinen positiven Tentor“ treffe: „Zahlreiche Leserbriefe und Online-Kommentare gingen dazu beim Zofinger Tagblatt ein. Auch Kultur- und Tourismusvertreter sowie Vereine sind dem Vorschlag der Gemeinde nicht wohlgesinnt.“ Einige brachten jedoch auch Sparvorschläge an, wie verkürzte Öffnungszeiten, mehr Freiwilligenarbeit, die Zusammenarbeit mit Rothrist und Oftringen oder die Zusammenlegung der Schul- und Stadtbibliothek. Diese Sparvorschläge stammten allesamt von ansässigen Kulturvereinen.<sup>133</sup>

Die Stimmbürger verweigerten die von der Regierung gewünschte Kooperationsbereitschaft, lehnten die Schliessung mit aller Deutlichkeit ab und legten fest, dass das Thema sechs Jahre lang nicht mehr aufgegriffen werden dürfe. Der parteilose Gemeindeammann hatte zu Beginn der Veranstaltung „trotz emotionsgeladener Geschäfte“ um eine sachliche Auseinandersetzung gebeten. Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission und die Gruppe „Gesunde Finanzen Aarburg“ empfahlen das Anliegen an der Versammlung zur Rückweisung. Die Anwesenden beklatschten die Wortmeldungen der Bibliotheksunterstützer. Der SVP-Ortspräsident Hans Kündig wurde für seinen Einsatz für die Bibliothek mit tosendem Applaus und Glückspfeifen belohnt. Er hatte schon vor Wochen versprochen, das Anliegen an der Versammlung zu versenken.<sup>134</sup>

Der Protokollschreiber ging im Gegensatz zu den anwesenden Journalisten nicht im Detail auf die emotionale Diskussion ein ("Die Detailberatung wird läbig geführt").<sup>135</sup>

Für Aufruhr sorgte an der Gemeindeversammlung auch das Sprech- und Stimmverbot der Bibliotheksmitarbeiterinnen und ihrer Familien. Der Gemeinderat hatte zur rechtlichen Absicherung zuvor eine Abklärung in Auftrag gegeben, gab den wütenden Anwesenden an der Versammlung dann aber nach und erlaubte die Wortmeldungen. Dieses Vorgehen verärgerte wiederum das kantonale Departement für Volkswirtschaft und Inneres, welches

---

<sup>132</sup> Verliert das Städtli seine Bibliothek? Zofinger Tagblatt, 29.09.2017.

<sup>133</sup> Wirz, Rahel: «Das ist ein Sparen am falschen Ende», Oltner Tagblatt, 09.10.2017.

<sup>134</sup> Gemeind will nicht um jeden Preis sparen, Zofinger Tagblatt, 27.11.2017.

<sup>135</sup> Protokoll der Gemeindeversammlung vom Freitag, 24. November 2017, S. 16.

aber versprach, nicht nachträglich zu intervenieren, denn durch die Deutlichkeit des Ergebnisses hätte auch die Beachtung der Ausstandspflicht nichts am Resultat geändert.<sup>136</sup>

In **Biberist** (8370 Einwohner) lag es trotz eines durchaus vorhandenen rot-grünen Wähleranteils an den Bibliotheksangestellten selbst, einzugreifen und die Schliessung ihrer Bibliothek zu verhindern. Der von einem FDP-Politiker geführte Gemeinderat hatte vor, die weitere Existenz der Bibliothek zu verunmöglichen, indem er die 10'000 Franken an jährlichen Gemeindegeldzuschüssen für die Einrichtung auf einen Franken reduzierte. Der bürgerliche Gemeinderat bestritt nicht das Bedürfnis der Bewohner nach Büchern, behauptete aber, dass dieses auch in der Zentralbibliothek in Solothurn befriedigt werden könne.

Die Volksbibliothekarin beantragte an der Gemeindeversammlung hingegen, den Kredit für Neuanschaffungen zu erhöhen. Viele der Benutzer seien älter und nicht mehr gut zu Fuss. Sie verfügten nicht über die nötige Mobilität, um nach Solothurn in die Zentralbibliothek zu fahren: «Die Schliessung würde einmal mehr die sozial Schwächeren treffen.» Gerade Hausfrauen und Senioren würden ohne die nahegelegene Bibliothek gar nicht mehr lesen. Die Vorgängerin der Bibliotheksleiterin war ebenfalls anwesend.

Möglicherweise hatte auch ein ausführlicher bibliotheksfreundlicher Bericht der Berner Zeitung einen Einfluss auf das deutliche Abstimmungsergebnis. Er beschrieb den Alltag in der bedrohten Volksbibliothek und stellt die Mitarbeiter und Kunden vor. Aus dem Artikel wurde ersichtlich, welche wichtige Rolle die individuelle persönliche Betreuung und Beratung der Bibliotheksnutzer spielte. Die Bibliothekarin selbst betonte, nicht für den Erhalt ihrer eigenen Stelle zu kämpfen, vielmehr gehe es ihr um die sozial Schwächeren der Gemeinde. Die Ausgaben für die Bibliothek seien „Peanuts“ im Vergleich mit anderen Kostenpunkten. Gleichzeitig würde sie den demokratisch ausgedrückten Volkswillen diskussionslos akzeptieren, sollte die Gemeindeversammlung die Schliessung verlangen. «Wenn das Angebot nicht mehr gewünscht ist, muss ich mich fügen.»<sup>137</sup>

Sparanträgen erging es an der folgenden Gemeindeversammlung generell schlecht, denn die Anwesenden erhöhten stattdessen den Steuerfuss.<sup>138</sup> Nach der mit nur einer Gegenstimme gewonnenen Gemeindeversammlung machte ein Einwohner seinem Ärger in einem Leserbrief Luft: „Es dürfte ihm [dem Gemeinderat] eine Lehre sein, dass tief greifende Strukturänderungen nicht einfach bei einer Beratungsfirma gekauft werden können. [...] Mangelnde Einfühlsamkeit gepaart mit fehlender Bereitschaft zur Kommunikation ist einer

---

<sup>136</sup> Heikler „Maulkorb“ bei Stadtbibliothek, Oltner Tagblatt, 30.11.2017.

<sup>137</sup> Witmer, Sandra: Kampf für die Volksbibliothek, Berner Zeitung, 07.11.2008.

<sup>138</sup> Einsatz für Bibliothek, Berner Zeitung, 07.11.2008 und Sandra, Witmer: Die Volksbibliothek ist gerettet, Berner Zeitung, 13.12.2008.

der Gründe, dass man im Dorf hört: Die machen ja doch was sie wollen!“<sup>139</sup> Später erinnerte ein zweiter Bürger an den Versuch, die Bibliothek zu beseitigen: „Es ist noch kein Jahr vorüber, da haben wir an einer Gemeindeversammlung über einen Betrag von Fr. 12 000 betreffend Schliessung der Bibliothek im Dorf, die hauptsächlich von der älteren Generation benutzt wird, abgestimmt. Damals wurde uns weisgemacht, man müsse dringend sparen. Werden in der Gemeinde bei sportlichen oder kulturellen Interessen verschiedene Massstäbe verwendet?“<sup>140</sup> Vier der insgesamt elf Gemeinderäte in Biberist gehören momentan der SP an. Die SP und die SVP sind die wählerstärksten Parteien.

Mit einer persönlichen Tragödie verbunden war 2008 die Diskussion um die Schliessung der öffentlichen Bibliothek in **Kiesen** (790 Einwohner). Diese war 15 Jahre zuvor dank der grosszügigen Spende einer wohlhabenden Bürgerin eröffnet worden. Die Bibliothek konnte nur dank einer alljährlichen Zahlung aus dieser Schenkung überleben, welche 2007 jedoch ohne Begründung und Vorankündigung ausblieb. Alle Kontaktversuche seitens der Gemeinde blieben erfolglos. Ende Jahr wurde bekannt, dass die Spenderin einen Herzinfarkt erlitten hatte und deswegen nicht mehr in der Lage war, die Zahlung vorzunehmen.

Ein ortsansässiges Kieswerk erklärte sich bereit, einzuspringen und einen jährlichen Betrag von 9000 Franken beizusteuern. Den Stimmbürgern an der Gemeindeversammlung war dies aber langfristig zu unsicher. Sie schlugen vor, die Bibliothek mit Steuergeldern zu unterstützen, damit diese auch ohne private Gelder betrieben werden könne: «Wir brauchen eine Bibliothek, zumindest die Kinder. Sie benutzen sie rege.» Ein Anwesender, der den Raum lieber für andere Zwecke nutzen wollte, stimmte letztendlich trotzdem nicht für eine Schliessung. Der Beschluss zur Weiterführung fiel trotz mehrerer abweichender Wortmeldungen einstimmig.<sup>141</sup>

### 4.3 Fallstudie: Die Gemeindebibliothek Othmarsingen

*„Wir sind für den Gemeinderat ein notwendiges Übel, ein Kostenfaktor“*

**Gesprächspartnerin:** Denise Widmer (Bibliotheksleiterin)

#### **Die Gründe für die Auswahl des Falls**

Volksabstimmungen zu ersatzlosen Bibliotheksschliessungen sind vergleichsweise selten. Die übrigen Beispiele lagen entweder bereits zehn Jahre zurück (Kiesen, Biberist), hatten zum Zeitpunkt der Fallauswahl noch nicht stattgefunden (Aarburg) oder waren mangels Informationsmaterial nur mit grösserem zeitlichen Aufwand recherchierbar (Reconvilier).

---

<sup>139</sup> Hansruedi Gfeller: Leserbrief, Solothurner Zeitung, 19.12.2008.

<sup>140</sup> Hans Blaser: Leserbrief, Solothurner Zeitung, 22.09.2009.

<sup>141</sup> Kummer, Christoph: Debatte um Dorfbibliothek, Berner Zeitung, 19.11.2007.

Othmarsingen ist ein interessanter Fall, da der betroffene Gemeinderat einen Volksentscheid zur Bibliothek klar vermeiden wollte. Es ist davon auszugehen, dass im Untersuchungszeitraum mehrere Bibliotheksschliessungen stattgefunden haben, bei denen die betroffenen Bibliotheksmitarbeiter nicht die Geistesgegenwart hatten, die Pläne des Gemeinderats rechtzeitig zu erkennen und an der Gemeindeversammlung einen Antrag auf eine Abstimmung zu stellen. Das Beispiel Othmarsingen verdeutlicht die für Bibliotheksvertreter existenzielle Notwendigkeit, den aktuellen politischen Geschehnissen zu folgen und persönlich an Gemeindeversammlungen präsent zu sein, da die Schliessung wohl nur durch einen taktisch ungeschickten Schachzug des Gemeinderats und die Handlungsbereitschaft der betroffenen Angestellten verhindert wurde.

### **Portrait der Bibliothek und ihrer Gemeinde**

Othmarsingen ist eine kleine ländliche Einwohnergemeinde, die zwischen den Städten Aarau und Baden liegt. 2016 besass Othmarsingen 2'779 Einwohner, die in der heute fast 70-jährigen Gemeindebibliothek zusammen 13'900 Ausleihen tätigten (5 Ausleihen/Einwohner). Die Bibliothek umfasst 82 Quadratmeter, 4100 Medien und 455 eingeschriebene Kunden. Sie gewann 2016 59 neue Mitglieder. An die Finanzierung leistet die Gemeinde einen Jahresbeitrag von ca. 12'000 Franken, 1500 Franken stammen von einer Stiftung.<sup>142</sup> Der Kanton beteiligt sich an den Kosten für das beliebte Leseförderungsprogramm „Buchstart“.

Von einem SVP-Politiker und einem Parteilosen abgesehen besteht der Gemeinderat aus FDP-PolitikerInnen. Die Fahrt in den nahegelegenen Bezirkshauptort Lenzburg dauert per Fahrrad und Bus etwa 20 Minuten.

### **Vorgehen und Voraussetzungen des Abstimmungserfolgs**

Der Gemeinderat pflegte trotz persönlicher bibliothekarischer Einladungen zu den Tagen der offenen Tür wenig Kontakt zu seiner Gemeindebibliothek. Keiner der Politiker war in der Bibliothek eingeschrieben und nur zwei nahmen je eine Einladung wahr.

Der für das Ressort Bibliothek zuständige parteilose Gemeinderat teilte den Bibliothekarinnen an einer Mitarbeitersitzung Ende 2013 mit, dass die Bibliothek nächstes Jahr geschlossen werde. Die Bibliotheksleiterin ist sich bis heute nicht sicher, ob dieses Vorgehen rechtlich zulässig war, oder ob eine Veränderung dieser Grössenordnung nicht automatisch als Traktandum an einer Gemeindeversammlung hätte aufscheinen müssen.

Frau Widmer glaubt, dass der Gemeinderat die Bibliothekarinnen nur deshalb über die anstehende Schliessung informierte, weil er nicht damit rechnete, dass sie Widerstand leisten würden. Seine Einschätzung war zunächst auch korrekt: «Anfänglich glaubten wir, dass es

---

<sup>142</sup> Kindermedien werden von der Schule finanziert und sind deswegen nicht Teil des Budgets. Steiner, Ruth: Bibliothekarin erfuhr aus der Zeitung, dass ihre Bibliothek geschlossen werden soll, Aargauer Zeitung, 20.12.2013.

an diesem Entscheid nichts mehr zu rütteln gäbe.» Die Angestellten waren erst zu überrascht, um zu widersprechen, beschlossen aber dann, an der bald anstehenden Gemeindeversammlung einen Antrag zu stellen, um die Bevölkerung entscheiden zu lassen.

Frau Widmer konnte auch ohne vorhergehende Mobilisierung ihrer Bibliothekskunden viele Bibliotheksfreunde an der Gemeindeversammlung wissen, obwohl den Versammlungen tendenziell vor allem sparsame ältere Einwohner beiwohnen. Sie bezog sich bei ihrem Auftritt auf den offiziellen Briefbogen der Gemeinde, der Othmarsingen als „das lebendige Dorf an der Bünz“ anpreist. Ohne die gut etablierte Gemeindebibliothek könne von dieser Lebendigkeit jedoch keine Rede mehr sein, da das Dorf, von einigen Vereinen und der Bibliothek abgesehen, über keine nennenswerten Freizeitangebote verfügt. Gerade Kinder und ältere Menschen würden für die Medienausleihe nicht in die Regionalbibliothek nach Lenzburg reisen. Die Anwesenden applaudierten spontan und bestärkten die Bibliotheksleiterin in ihrer Überzeugung, dass die Bibliothek über grossen Rückhalt in der Bevölkerung verfügte. Manche Bewohner sprachen Frau Widmer auf ihren Antrag an und äusserten ihren Ärger. Das Vorgehen des Gemeinderats sei eine „Frechheit“.

Journalisten der Aargauer Zeitung besuchten die Gemeindeversammlung im Rahmen ihrer regulären lokalpolitischen Rechercharbeit und kontaktierten im Anschluss Frau Widmer, um einen Besuchstermin auszumachen und mehr Informationen über die geplante Bibliotheksschliessung zu erhalten. Diese Gespräche resultierten unter anderem im Artikel „Bibliothekarin erfuhr aus der Zeitung, dass ihre Bibliothek geschlossen werden soll“. Auf Anfrage der AZ behauptete der zuständige Gemeinderat, dass die Behörden aus „diversen Gründen“ zu ihrem Entschluss gekommen seien.<sup>143</sup> Eine Kontaktaufnahme mit anderen Zeitungen, lokalen Vereinen oder Radiosendern fand nicht statt.

Die Aargauer Bibliothekskommission wurde ebenfalls auf die Gemeindebibliothek aufmerksam und bot moralische Unterstützung an. Die SAB publizierte nach der Bibliotheksrettung einen kurzen Artikel über die Bibliotheksrettung auf ihrer Webseite. Konkrete Hilfsmassnahmen, wie die Zustellung von Informationsmaterial, blieben jedoch wie in allen anderen untersuchten Kantonen aus. Letztendlich besteht hierfür auch keine gesetzliche Grundlage, da der Kanton über kein eigenes Bibliotheksgesetz verfügt.

Die Aargauer Bibliotheksbeauftragte Jasmin Leuze konnte die Erfahrung in Othmarsingen nutzen, indem sie der bald ebenfalls von der Schliessung bedrohten Aarburger Bibliothek die Telefonnummer der Othmisinger Bibliotheksleiterin zukommen liess.

---

<sup>143</sup> Steiner, Ruth: Bibliothekarin erfuhr aus der Zeitung, dass ihre Bibliothek geschlossen werden soll, Aargauer Zeitung, 20.12.2013.

Im Gegensatz zur ersten Gemeindeversammlung bereitete sich die Bibliotheksseite nun intensiv auf die anstehende Abstimmung vor und schrieb ihre Kunden über die bibliothekseigene Datenbank an. Diese ist Eigentum der Gemeinde, doch die Politiker versuchten nie, die Bibliothekarinnen von der Nutzung ihrer Kundendaten abzuhalten.

Der verschickte Rundbrief nannte folgende Vorteile einer eigenen Gemeindebibliothek:

- Ort der Begegnung und des Austausches für Jung und Alt wie auch für Neuzuzüger
- Praktische Erreichbarkeit da im Dorf
- Persönliche Beratung, Bücherwünsche können berücksichtigt werden
- Gratis Reservationen (gegenüber 2.Fr. pro Medium in Lenzburg)
- Gratis 1. Mahnung (gegenüber 2.Fr. pro Medium ab dem 1. Tag in Lenzburg)
- Keine maximale Ausleihzahl pro Ausweis
- Sehr viel günstiger
- Primarschüler können weiterhin Hörbücher und DVDs ausleihen

Die Bibliothek sei ein wichtiger Teil des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens eines Dorfes und könne dem Leseknick bei den Jugendlichen entgegenwirken. Auch griff der Brief die Argumente des Gemeinderats auf und widerlegte sie. So hatten die Politiker etwa das Bibliotheksbudget für das kommende Jahr erhöht, indem sie neu hypothetische Mietkosten dazu addierten:

„Neu wird der Bibliothek eine Raummiete von Fr. 8'100.Fr. jährlich belastet. Dies ist in unseren Augen unakzeptabel, weil es eine künstliche Erhöhung des Bibliotheksbudgets ist. [...] Ohne Raumkosten würde die Bibliothek im 2016 netto Fr. 8'200.-- kosten!“

Auch behauptete der Gemeinderat, dass je etwa gleichviele Einwohner bei der Regionalbibliothek Lenzburg und der Gemeindebibliothek Othmarsingen eingeschrieben seien.

„Effektiv sind in Lenzburg 65 Othmissinger und in unserer Bibliothek 230 Personen eingeschrieben. [...] Das Argument, dass es wegen den Oberstufenschülern Sinn macht, die Bibliothek nach Lenzburg zu verlegen, ist falsch, da sowohl die Bezirksschule als auch das Schulhaus Lenzhard beide eine eigene Bibliothek haben und die Lehrer nicht mit ihren Schülern in die Stadtbibliothek gehen [...] Pro Woche besuchen im Durchschnitt 40 Mitglieder die Bibliothek und leihen 100 Bücher aus.“

Diese Behauptungen wurden nicht nur im Rundbrief, sondern auch an der Gemeindeversammlung widerlegt.

Neben der Verteilung von selbstentworfenen und eigenständig finanzierten Flugblättern suchten die Bibliotheksunterstützer das persönliche Gespräch mit bekannten Bibliotheks-

sympathisanten und Kunden. Diese Zielgruppen waren den Bibliothekarinnen bereits gut bekannt und bestanden vor allem aus Familien mit Kindern, Grosseltern und älteren leseaffinen Einwohnern. Manche Senioren im Dorf gehören zu den fleissigsten Bibliothekskunden.

Zwei Meinungsführer aus dem Dorf verfassten pro-bibliothekarische Leserbriefe und legten diese vor der Einreichung den Bibliotheksvertretern vor. Die Bibliotheksleiterin gab den Textinhalt nicht vor, sprach ihn aber mit den Autoren ab. Die einzige Unterstützung seitens der Politik stammte von einem ehemaligen Gemeinderat.

Die Finanzierung der Abstimmungskampagne erfolgte durch die Ersparnisse der Bibliothekarinnen. Während die Mitarbeiter ihre Kunden während der Arbeitszeit über die Abstimmung informierten, mobilisierten sie die übrigen Einwohner in ihrer Freizeit. Häufig suchten die Dorfbewohner auch selbst das Gespräch und lobten den Kampfwillen der Angestellten. Man hätte sich in ihren Worten schon viel früher für vergleichbare öffentliche Anliegen einsetzen sollen. Die betroffenen Politiker mischten sich nicht in die Kampagne ein und versuchten im Gegensatz zum Fall Aarburg auch nicht, die Bibliothekarinnen aufzuhalten. Sie reagierten aber verstimmt auf den Artikel der Aargauer Zeitung und warfen Frau Widmer vor, falsche Zahlen publizieren zu lassen. Der zuständige Gemeinderat drohte mit einer Gegendarstellung, verzichtete aber letztendlich darauf.

### **Die Abstimmung**

Durch die erfolgreiche Mobilisierung waren sich die Bibliothekarinnen vor der Gemeindeversammlung sicher, die Abstimmung gewinnen zu können. Die Anwesenden standen auch ohne Instruktionen der Bibliotheksseite auf und äusserten sich im Sinne der Gemeindebibliothek. Prominente Unterstützung erhielt die Sache der Bibliothek etwa seitens des Schulpräsidenten. Frau Widmer kannte diesen von der gemeinsamen Arbeit im Schulrat.

Der von der Aargauer Zeitung konstatierte emotionale Ton der Diskussion scheint selbst im Protokoll noch durch. Der Gemeinderat argumentierte, dass die Bibliothek durch die geringe Dorfgrösse nicht konkurrenzfähig bleiben könne und ein Anschluss an die Stadtbibliothek Lenzburg somit sinnvoll sei. Es lohne sich ja auch nicht, ein eigenes Altersheim zu betreiben. „Der Gemeinderat geht davon aus, dass ca. 2 bis knapp 3% der Bevölkerung von Othmarsingen Mitglied sind.“<sup>144</sup> Die Bibliothek Lenzburg habe statt 3 Stunden 25 Stunden pro Woche geöffnet und besitze 34'000 Medien.

Ein Familienvater warf ein, dass er seiner Tochter nicht sagen möchte, dass sie mit ihrer Mutter ins Auto steigen und nach Lenzburg fahren müsse, um Bücher auszuleihen. Eine Bibliothek in Gehdistanz sei praktisch. „Zudem ist sie ein Treffpunkt, da man im Dorf kein

---

<sup>144</sup> Tatsächlich war fast jeder 5. Einwohner in der Bibliothek eingeschrieben.

Café oder dergleichen hat. Es ist nicht wirklich ein lebendiges Dorf, wenn nur einmal im Monat ein Anlass ist. Man kann den Mitgliederbeitrag auf CHF 50.-- erhöhen, dann wären diese Kosten auch wieder gedeckt.“

Eine andere Votantin wies auf die schlechten Ergebnisse der letzten Pisa-Studie hin. Das ergänzende Angebot der Gemeindebibliothek ausserhalb der Schulöffnungszeiten sei deshalb sinnvoll.

Dass der Gemeinderat die anstehende Schliessung selbst nie angesprochen hatte, sei laut einer anderen Anwesenden „befremdend“. Der Beschluss entspreche nicht dem Willen des Souveräns „und dieser möchte bei solchen Sachen gefragt werden. [...] Der Gemeinderat hat Kompetenzen, auch finanzieller Natur, doch er erkennt den Willen der Bevölkerung nicht.“ Die politischen Vertreter liessen diesen Vorwurf nicht still auf sich sitzen: „Es besteht jetzt die Möglichkeit mitzureden.“

Der Einwand beruhigte die Stimmbürger nicht: Der Gemeinderat habe nicht die Kompetenz zu entscheiden, wem man sich anschliessen möchte. Wenn die Regierung solche Beschlüsse eigenmächtig treffe, müsse auch niemand mehr die Gemeindeversammlung besuchen. Als Einwohner sei man „überflüssig“. Das Vorgehen sei schlicht nicht in Ordnung.<sup>145</sup>

Der Gemeinderat zeigte sich über die Opposition enttäuscht, aber nicht überrascht. Der Applaus an der vorhergehenden Gemeindeversammlung hatte den Ausgang der Abstimmung bereits angedeutet. Kein einziger der Anwesenden stimmte der Bibliotheksschliessung zu.

### **Die Abstimmung und ihre Folgen**

Durch die Abstimmung ist die Bibliothek heute im Dorf besser bekannt. Auch konnte die Einrichtung durch ihre öffentlichkeitswirksame Kampagne neue Kunden gewinnen.

Die Abstimmungsniederlage führte erwartungsgemäss nicht zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Politik und Bibliothek. Der Gemeinderat betrachtet die Bibliothek weiterhin nicht als einen Standortvorteil für die zahlreichen Neuzuzügler, sondern als einen Kostenfaktor. Die an den Gemeinderat verschickten Bibliotheksberichte oder Danksagungen werden mit keiner Eingangsbestätigung, geschweige denn einer Antwort, gewürdigt.

Offenbar hat sich im Gemeinderat aber eine durch Alternativlosigkeit verursachte widerwillige Akzeptanz der Bibliotheksexistenz durchgesetzt. Während andere Gemeinderäte in der Region vermehrt Kürzungen am Bibliotheksbudget vornehmen, sehen die Politiker in Othmarsingen seit der verlorenen Abstimmung von weiteren Sparforderungen ab. Frau Widmer verzichtet aus diesem Grund auch darauf, Anträge auf eine Budgeterhöhung zu

---

<sup>145</sup> Protokoll der Bürgergemeindeversammlung vom 14. November 2014, S. 11.

stellen. Allerdings genehmigte der Gemeinderat ihre Bitte um 20'000 Fr. um lottrige, alte Gestelle ersetzen zu können.

Um ihren Eigenfinanzierungsanteil zu verbessern, erhöhte die Bibliothek nach der Abstimmung den jährlichen Mitgliederbeitrag auf 25 Franken.

Dass Bibliotheksmitarbeiter/-innen überhaupt Lohn für ihre Bemühungen erhalten, ist in den Kleingemeinden der Region leider noch immer keine Selbstverständlichkeit. In Othmarsingen entsprach die Bezahlung der Bibliothekarinnen lange Zeit derjenigen des Reinigungspersonals.

Der für die Bibliothek verantwortliche Gemeinderat verstarb 2017 unerwartet. Die Bibliotheksleiterin plant, ihren neuen Gemeinderat früh zu einem Besuch einzuladen, um ihn darüber zu informieren, wofür die Bibliothek ihre Gelder einsetzt und so seine Wertschätzung für die Institution zu fördern.

### **Empfehlungen an andere Bibliotheken**

Die Gemeindeversammlung stellt für Frau Widmer die unmittelbarste Form der Demokratie dar. Für Bibliotheken sind sie ein gutes Mittel der Interessendurchsetzung. Sie vertraut hier dem Urteilsvermögen der Stimmbevölkerung, die sich auch durch irreführende oder, im Falle der Nutzungsstatistik, schlicht falsche Zahlenangaben des Gemeinderats nicht täuschen liess.

Die Bibliotheksleiterin rät von Schliessungsplänen betroffenen Bibliotheksunterstützern, derartige Entscheide nicht einfach passiv hinzunehmen und stattdessen den Mut aufzubringen, sich für die eigene Bibliothek öffentlich zu exponieren, selbst wenn dieses Vorgehen nicht den persönlichen Präferenzen vieler eher introvertierten Bibliothekarinnen entsprechen mag. Nur dadurch können Dorfbibliotheken weiter existieren, so den öffentlichen Medienzugang auch für mobilitätstechnisch eingeschränkte Einwohner sicherstellen und die günstige Informationsversorgung für alle Bevölkerungsgruppen ermöglichen.

Frau Widmer empfiehlt, notfalls selbst auf die Presse zuzugehen, da ihre Artikel dem Widerstand viel mehr Gewicht verleihen.

Sie erhofft sich eine Verbesserung der rechtlichen Situation durch die Verabschiedung eines kantonalen Bibliotheksgesetzes, oder zumindest einer Regelung im Rahmen eines Kulturgesetzes. Die Schliessung der Schulbibliothek stand etwa nie zur Debatte, da ihre Existenz gesetzlich vom Kanton vorgeschrieben ist.

Die völlige Abwesenheit der SP im Dorf habe sich laut Frau Widmer eher negativ auf die Wertschätzung der Bibliothek ausgewirkt, da diese Partei wohl am ehesten hinter der Bibliothek gestanden hätte. In den Augen der alteingesessenen bürgerlichen Politiker sei jeder Franken, den man spart, ein gewonnener Franken. Gleichzeitig sei eine pro-biblio-

thekarische Einstellung eine Persönlichkeitsfrage und somit nicht an eine bestimmte Partei gebunden. Die Erfahrung in anderen Aargauer Gemeinden zeigt, dass eine Bibliotheksmitgliedschaft die Einstellung der Gemeinderäte zur Institution am deutlichsten beeinflusst. Wer die Bibliothek aus eigener Erfahrung kennt, nimmt auch ihre positiven Auswirkungen auf das Dorfleben wahr und kann besser beurteilen, wie die gesprochenen Gelder eingesetzt werden. Bibliothekare sollten ihre lokale Regierung deswegen früh zu einem Besuch einladen und sie langfristig an die Einrichtung binden.

#### 4.4 Zusammenfassung

Wie diese Beispiele aus ländlichen Kleingemeinden beweisen, gehört für viele Dorfbewohner eine Gemeindebibliothek „einfach dazu“, auch wenn sie diese persönlich nicht nutzen. Ein Leserbriefschreiber aus dem Kanton Obwalden spricht gar von „diesem Urbedürfnis jeder Gemeinde“.<sup>146</sup>

Aus den Ausführungen geht hervor, dass durch Fusionen ausgelöste Schliessungen mehrheitlich die Unterstützung der Bibliotheksvertreter und des Stimmvolks finden. Eine Gegnerschaft konnte, vom Fall Jona abgesehen, nicht ausgemacht werden, oder sie bezog sich auf nicht bibliotheksrelevante Aspekte der entsprechenden Vorlage.

Ersatzlose Bibliotheksschliessungen werden von der Stimmbevölkerung hingegen nicht toleriert und resultieren in emotionalen bis hitzigen Gemeindeversammlungen. Die sonst eher bibliothekskritische SVP lehnt derartige Schliessungsaktionen ab. Im Falle der Stadtbibliothek Aarburg war es gar die SVP, welche das Anliegen als einzige Partei aktiv an der Gemeindeversammlung bekämpfte.

Durch die hohe Kontroversität des Themas und die damit verbundenen Emotionen können Bibliotheken auf die Aufmerksamkeit der lokalen Medien hoffen, welche oft von sich aus auf die Ereignisse aufmerksam werden und keinerlei Anleitung durch die Bibliotheken bedürfen.

Die Initiative für ersatzlose Bibliotheksschliessungen geht fast immer von Lokalpolitikern oder, weitaus seltener, von Einwohnern mit eigenen politischen Ambitionen aus. Derartige Anträge kommen vor allem in Gemeinden vor, in welchen die Beziehung zwischen der Bevölkerung und ihren politischen Vertretern bereits belastet ist.<sup>147</sup> Diese Tatsache bietet ungeahnte Chancen für die betroffenen Bibliotheken. Sie können sich an Gemeindeversammlungen im Sinne eines „Wir gegen die da oben“ als Vertreter des Volkswillens inszenieren, während eine angeblich selbstsüchtige politische Elite die Bildungs- und Kulturbedürfnisse der Einwohner ignoriert und kleinen Kindern ihre Bücher vorenthält. Diese

---

<sup>146</sup> Küng, Otti: Sparen bei der Jugend? Neue Luzerner Zeitung, 29.11.2013.

<sup>147</sup> Kiesen bildet eine Ausnahme, da die Finanzierung der Bibliothek bislang nie durch die Öffentlichkeit erfolgt war.

klassisch populistische Argumentationsweise (Linder/ Mueller, S. 169) würde bei den weniger konflikträchtigen Neubau-, Umzugs- und Renovationsanliegen nicht funktionieren und vergiftet das politische Klima in den betroffenen Gemeinden nachhaltig. Trotz dieser Kollateralschäden verhindert sie Bibliotheksschliessungen aber äusserst zuverlässig und ist somit als letztes Mittel uneingeschränkt zu empfehlen.

Da die Bevölkerung ersatzlose Schliessungen an Gemeindeversammlungen stets abschmettert, könnten diese Abstimmungen eine Art Sicherheitsnetz für Bibliotheken darstellen, die nicht über die zeitlichen, personellen oder finanziellen Ressourcen für jahrelanges Lobbying bei Lokalpolitikern verfügen. Bedingt durch die erwähnten negativen Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und das zumindest theoretisch nicht völlig ausschliessbare Risiko einer Niederlage ist eine konfliktarme, vertrauensbasierte Beziehung zwischen Bibliotheken und Lokalpolitikern trotzdem wenn immer möglich vorzuziehen. Letztendlich liegt es in der Verantwortung der Bibliotheksvertreter, es gar nicht erst zu einer Situation kommen zu lassen, in der nur noch die Stimmbevölkerung eine Bibliotheksschliessung verhindern kann.



## 5 Abstimmungen zur Schaffung neuer Bibliotheken

Ort	Jahr	Anliegen	Erfolg	Stimmenanteil	Abstimmungsart
Büron + Kanton Luzern	2013	Bau und Unterhalt einer Speicherbibliothek	ja	54,7% (50,78% Stimmbeteiligung)	Urnenabstimmung
Ebnat Kappel, SG	2005	Eigene Gemeindebibliothek	ja	ohne Gegenstimme	Bürgerversammlung
Einsiedeln, SZ	2009	Eigene Gemeindebibliothek durch Übernahme einer privat geführten Bibliothek	ja	75.6% (2813 : 904 )	Urnenabstimmung
Feusisberg, SZ	2011	Etablierung einer Schul- und Gemeindebibliothek, Überweisung an die Urne	Ansichtssache, eher ja	70 : 51 für Rückweisung	Gemeindeversammlung
Feusisberg, SZ	2016	Eigene Gemeindebibliothek, Überweisung dieses Antrags an die Urne	ja	?	Gemeindeversammlung
Feusisberg, SZ	2016	Eigene Gemeindebibliothek, Umzug und Fusion der Schulbibliothek	ja	59,8% (872 : 587), 47% Stimmbeteiligung	Urnenabstimmung
Kaisten, AG	2006	Volks- und Schulbibliothek geführt und finanziert durch die Gemeinde	ja	mit überzeugendem Mehr	Gemeindeversammlung
Lachen, SZ	2010	Eigene Mediothek	ja	57.6% (912 : 672), 35% Stimmbeteiligung	Urnenabstimmung
<b>Anzahl: 8</b>		<b>Erfolge: 8</b>			

Tabelle 6: Abstimmungen zur Schaffung neuer Bibliotheken

## 5.1 Quantitative Auswertung

Das folgende Kapitel umfasst alle Abstimmungen zu Bibliothekseröffnungen in Gemeinden ohne öffentlich geführte Bibliotheken. Schulbibliotheken sind im Gegensatz zu Gemeindebibliotheken in vielen Kantonen gesetzlich vorgeschrieben und somit meistens bereits vorhanden. Andere Gemeinden, wie etwa Frick (5460 Einwohner), lehnen die Schaffung einer eigenen öffentlichen Bibliothek bewusst ab, um die Bibliotheken in den Nachbarorten nicht zu konkurrenzieren.<sup>148</sup>

Da die allermeisten Gemeinden mit einem Bedürfnis nach einer öffentlichen Bibliothek wohl bereits eine solche besitzen, sind Abstimmungen zu Bibliothekseröffnungen im Untersuchungszeitraum selten. Die Misserfolgsquote lag bei 0% und ist somit tiefer als bei allen anderen Bibliotheksanliegen. Deswegen anzunehmen, dass Bibliothekseröffnungen immer auf das Wohlwollen der Bevölkerung stossen, wäre jedoch falsch, denn das folgende Kapitel umfasst nur Fälle, die sich für eine Volksabstimmung qualifizieren konnten. Bemühungen um eine Bibliothekseröffnung, denen diese Chance verwehrt blieb, befinden sich im Kapitel „Petitionen für neue Bibliotheken“. Die vorliegenden Fälle verfügten somit bereits vor der Abstimmung über einen beachtlichen Rückhalt in der Bevölkerung sowie zielgerichtete und geduldige Befürworter, um einen Volksentscheid erzwingen zu können.

Der durchschnittliche Anteil der Ja-Stimmen beträgt an Urnenabstimmungen 61.9%. Die mit fast 76% überdeutlich angenommene Einsiedler Gemeindebibliothek verzerrt die Zustimmungswerte um 5% nach oben. Der Fall Einsiedeln ist atypisch, da hier eine bereits bestehende, privat geführte Bibliothek nachträglich in eine öffentlich finanzierte Gemeindebibliothek umgewandelt wurde. In der Wahrnehmung der Bevölkerung stellte sie somit keine eigentlich „neue“ Bibliothek dar, da sich die Angestellten, der Standort und das Medienangebot aus Nutzersicht nicht veränderten. Dasselbe gilt unter leicht anderen Bedingungen auch für die Bibliothek in Kaisten.

## 5.2 Kurzvorstellung der Abstimmungen

Eine aus Bibliothekssicht traumhafte Rezeption erlebten die Pläne für eine Gemeindebibliothek im toggenburgischen **Ebnat-Kappel** (4900 Einwohner). Kein einziger Bürger konnte sich dazu durchringen, gegen die Eröffnung zu stimmen.

---

<sup>148</sup> Im Internet unter <http://www.frick.ch/de/bildung/bibliotheken>

Zwischen der ersten Hauptversammlung des Fördervereins Bibliothek/Ludothek Ebnat-Kappel und der Abstimmung vergingen nur einige Monate, die Planungsarbeit des Vereins reichte aber mindestens bis ins Jahr 2004 zurück. Ein Jahrmarktstand und eine Autorenlesung von Franz Hohler waren damals auf grosses Interesse gestossen und dienten dem Zweck, möglichst viele neue Mitglieder zu gewinnen. Anfang 2005 war deren Anzahl bereits auf 200 gewachsen. Der Verein umfasste auch Vertreter der Gemeinde und des Schulwesens.

Die Gemeinde verfügte bereits über zwei Schulbibliotheken, die schnell in die neue Gemeindebibliothek integriert wurden. Durch die Einquartierung der Bibliothek in einem bestehenden Primarschulhaus konnte die Gemeinde Kosten sparen, da kein Neubau benötigt wurde.

Allerdings musste Ebnat-Kappel für sein Projekt die offizielle Zustimmung des Kantons abwarten. Diese stellte keine Selbstverständlichkeit dar. Tatsächlich lehnte St. Gallen die erste Projekteingabe zur grossen Enttäuschung der Leiterin des Fördervereins ab, und zwang sie zu einer erneuten Eingabe mit stark reduzierten Investitions- und Betriebskosten. Der Gemeindepräsident (FDP) versprach, sich bei einer erneuten Ablehnung beim Kanton vollumfänglich für die Bibliothek einzusetzen. Auch der Gemeinderat sprach sich für das Vorhaben aus, sodass der private Verein von Anfang an auf das Wohlwollen der Lokalpolitiker vertrauen konnte. Die Schulgemeinde stellte die benötigten Räume kostenlos zur Verfügung und übernahm einen Defizitbetrag von 10'000 Franken. Ein anfänglich unbekannter Wohltäter versprach bereits im Vorfeld eine Spende von 50'000 Franken für Bücheranschaffungen.<sup>149</sup> Die Vereinsmitglieder kümmerten sich um die weitere Beschaffung von Büchern und die Renovations- und Einrichtungsarbeiten. Sie verschickten Briefe und nahmen Kontakt mit möglichen Sponsoren auf. Zahlreiche private Personen, Unternehmen, Banken, die Frauenbibliothek St. Gallen, lokale Handwerker und die Stiftung Pro Vadiana spendeten namenhafte Mittel. Die Gemeinde gewährte einen Beitrag von 45'000 Franken, die Schulgemeinde 10'000 Franken und der Lotteriefonds 15'000 Franken.

Schliesslich war laut dem St. Galler Tagblatt „die ganze Überredungskunst“ des FDP-Gemeindepräsidenten nötig, um den Kanton von seinem Widerstand aufgrund des Status von Ebnat-Kappel als Ausgleichsgemeinde abzubringen.<sup>150</sup> Offenbar informierte die Bibliothek das St. Galler Tagblatt auch Jahre später noch regelmässig über Medienmitteilungen.

---

<sup>149</sup> Hirt, Liska: Entstehung einer Bibliothek/Ludothek in Ebnat-Kappel ist noch ungewiss, St. Galler Tagblatt, 02.03.2005. Es handelte sich bei den Wohltätern um einen 2017 verschiedenen Dorfschullehrer namens Werner Hofer und seine Frau Margrit Hofer.

<sup>150</sup> Demnächst Bücherausleihe, St. Galler Tagblatt, 10.03.2006.

Die Bibliothek konnte sich schnell etablieren. Mit 8.2 Medienausleihen pro Einwohner und 46 physischen Ausleihen pro Ausweis nutzt die Bevölkerung ihre Bibliothek heute sehr intensiv – ein Beweis, dass vor allem das unlegbar hohe Bedürfnis nach einer Gemeindebibliothek die problemlose Eröffnung ermöglichte.<sup>151</sup>

Dass die Bibliothek 2016 endlich den von den Kunden gewünschten wetterfesten Rückgabehälter anschaffen konnte, ist, wie bereits die Mittelbeschaffung zur Eröffnung, der Privatwirtschaft zu verdanken. Die Danksagung der Bibliothek anlässlich ihres zehnjährigen Jubiläums unter dem Titel „Gemeinsam mit dem Gewerbe und der Arbeitgebervereinigung“ überrascht somit nicht.<sup>152</sup> Wie in vielen ländlichen Gebieten pflegt die Gemeindebibliothek in Ebnat-Kappel eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem lokalen Gewerbe. Die Bibliothek war 2016 jeden Monat bei einem anderen Dorfbetrieb zu Gast und stellte die entsprechenden Geschäfte als Dank in einer Wechselausstellung in den eigenen Räumlichkeiten vor. Die Geschäfte des Gewerbevereins sponserten Gönner-Karten der Bibliothek, die in einem Wettbewerb der Bibliothek verlost wurden.

Wie das gesamte Toggenburg ist auch Ebnat-Kappel eine Hochburg der SVP. Die Annahme, dass eine schwach bis gar nicht in der Regierung vertretene rot-grüne Parteipolitik zu einer schlechten Bibliotheksfinanzierung führen muss, wird hier widerlegt. Die Stimmbevölkerung nahm 2017 einen Kredit über 20,5 Millionen Franken für die Instandsetzung und Erweiterung eines Schulgebäudes mit 1167 zu 572 Stimmen an. Das vergrösserte Schulhaus wird der Gemeindebibliothek als neue Heimat dienen.<sup>153</sup>

In **Kaisten** (2500 Einwohner) stiess der Bibliotheksverein 2006 zunehmend an seine Grenzen, weswegen er sich entschied, ab 2007 der Gemeinde die Führung der Bibliothek zu übergeben. Im Kanton Aargau ist die Bibliotheksleitung durch einen Verein selten. Das Leitbild des Kantons sieht klar die politische Gemeinde als Organisator und Rechtsträger für Schul- und Gemeindebibliotheken vor. Die Bibliotheksmitarbeiterinnen des Vereins in Kaisten leisteten hingegen für ein kleines Taschengeld pro Jahr 2000 Arbeitsstunden. Über die Jahre war es schwieriger geworden, Freiwillige für diesen mehr oder weniger ehrenamtlichen Einsatz zu finden. Dies war mit ein Grund, weshalb das Team den Auflösungsantrag stellte. Ein SP-Gemeinderat arbeitete mit dem Bibliotheksteam zusammen, um das weitere Vorgehen abzusprechen.<sup>154</sup> Die Gemeindeversammlung billigte die Über-

---

<sup>151</sup> Jahresbericht 2015, S. 1 und Jahresbericht 2016, S. 1.

<sup>152</sup> Jahresbericht 2016, S. 1.

<sup>153</sup> Schmid, Sabine: Grünes Licht für neue Schule, Toggenburger Tagblatt, 13.02.2017.

<sup>154</sup> Hörth, Susanne: Die Bibliothek – ein Treffpunkt für alle, Aargauer Zeitung, 06.07.2006.

nahme und die dafür vorgesehenen 13'100 Franken mit überzeugendem Mehr. Das bisherige Bibliotheksteam blieb erhalten. Für die Benutzer der Bibliothek änderte sich nichts.<sup>155</sup>

Ein Grund für die problemlose Akzeptanz der Stimmbürger war sicherlich auch die erwiesenermassen grosse Beliebtheit der Bibliothek. Bereits im Juni 2006 konnte das Bibliotheksteam die zehntausendste Ausleihe des Jahres verbuchen. Ein Kredit von 30'000 Franken für die Einrichtung der Bibliothek war in den frühen Neunzigerjahren auf wenig Widerstand gestossen. Für die Aargauer Zeitung war der erneute Abstimmungssieg der Bibliothek ein Beweis für das auch nach 15 Jahren gleichbleibend hohe Bedürfnis der Bevölkerung nach einer eigenen Bibliothek im Dorf.<sup>156</sup>

Die Bibliothekseröffnung in **Feusisberg** (5200 Einwohner) teilt, vielleicht mitverursacht durch die geografische Nähe, einige Gemeinsamkeiten mit den Fällen in Lachen und Einsiedeln. Feusisberg und Lachen begannen beide, sich für eine eigene öffentliche Gemeindebibliothek bzw. Mediothek zu interessieren, als Einsiedeln eine erfolgreiche Urnenabstimmung zu diesem Thema durchführte, auch wenn es sich hierbei um einen reinen Zufall handeln kann.

Neue Bibliotheken bedürfen gemeinhin einer längeren Planungs- und Umsetzungszeit, doch die Gemeindebibliothek Feusisberg dürfte hier den Rekord halten. Bereits im Jahr 2011 legte der Gemeinderat der Gemeindeversammlung seine Vorschläge zum Projekt «Bau und Führung einer Gemeinde- und Schulbibliothek» vor, doch Anfang 2018 ist die Eröffnung noch immer nicht unmittelbar absehbar.

Schindellegi, eine Ortschaft innerhalb Feusisbergs, besass bereits seit 20 Jahren eine eigene Schulbibliothek. Sie entwickelte sich mit der Zeit durch die Anschaffung von Erwachsenenliteratur effektiv zu einer Gemeindebibliothek. Die Bevölkerung hatte sich also, wie in Einsiedeln, bereits an die Vorzüge einer öffentlich zugänglichen Bibliothek gewöhnt, ohne selbst eine eigene Gemeindebibliothek zu unterhalten.<sup>157</sup>

Die Idee basierte auf einer schriftlichen Gemeindeumfrage von 2009, in welcher die Bevölkerung das Bedürfnis nach einer öffentlichen Bibliothek äusserte. Laut einer Studie der SBD Bibliotheksservice AG sei eine Bibliothek für Feusisberg sinnvoll, so die Gemeinde. Das Bildungsniveau sei gut und somit optimal für eine hohe Bibliotheksnutzung und die vielen geplanten Veranstaltungen hätten das Potential, die Bevölkerung zusammenzubringen und die Integration zu fördern. Zurzeit verfüge die Gemeinde nur über eine zu enge und nicht

---

<sup>155</sup> Auflösung braucht zweiten Anlauf, Aargauer Zeitung, 05.12.2006.

<sup>156</sup> Reorganisation der Bibliothek, Aargauer Zeitung, 22.11.2006.

<sup>157</sup> Bibliothek wäre rasch umsetzbar, Zürichsee-Zeitung, 18.10.2011.

mehr zeitgemässe Schulbibliothek. Ihre Zusammenlegung mit einer Gemeindebibliothek an einem neuen Ort würde Raum für schulische Zwecke frei machen.<sup>158</sup>

Die Stimmbürger verweigerten 2011 die Überweisung des Gemeindevorschlags an die Urne, da sie mit der vorgesehenen Mietlösung nicht einverstanden waren. Ein erfolgreicher Unternehmer und FDP-Politiker konnte die Anwesenden mit einer selbst ausgearbeiteten Projektskizze davon überzeugen, die Bibliothek selbst zu bauen, statt die jährlich wiederkehrenden hohen Mietkosten einer privaten Liegenschaft zu bezahlen. Ein Anbau bei einer bestehenden Schulanlage habe ausserdem den Vorteil, dass die Kinder keine Strassen überqueren müssten. Die Votanten teilten die Meinung, dass ein Eigenbau langfristig günstiger sei und der Gemeinde mehr Perspektiven ermögliche.<sup>159</sup>

2013 rief der Gemeinderat aus diesem Grund eine Arbeitsgruppe ins Leben. Parallel dazu stellte er fest, dass Feusisberg dringend mehr Schulraum benötigte, und beschloss, die beiden Anliegen Gemeindebibliothek und Schulraumerweiterung zu kombinieren und ein Mehrzweckgebäude zu vergrössern. Die Bauarbeiten sollten 2017 beginnen und rund eineinhalb Jahre dauern.<sup>160</sup> Die geschätzten Baukosten betragen 7,7 Millionen Franken, die jährlich wiederkehrenden Personal-, Medienbeschaffungs- und Unterhaltskosten 150'000 Franken plus 168'000 Franken an Abschreibungen.<sup>161</sup> Das Vorhaben gelangte 2016 an die Gemeindeversammlung, die es diesmal wie gewünscht an die Urne verwies.

Heftiger Widerstand erwuchs nun seitens des Vereins Sauberes Feusisberg, einer nach eigenen Worten links ausgerichteten Vereinigung aus kritischen Velofahrern, die das Ziel verfolgt, dem „bürgerlich-kapitalistischen Gemeinderat“ und seinen „Super-Reichen, Bau-löwen und Immobilienspekulanten“ bei den Geschäften auf die Finger zu schauen.<sup>162</sup> Im Gegensatz zu Politikern, die das Existenzrecht von Bibliotheken nur selten öffentlich in Frage stellen, sieht der Verein keine Zukunft für physische Bibliotheken: „Es ist weiter festzustellen, dass die traditionellen Bibliotheken rasant durch Onleihe-Bibliotheken ersetzt werden. [...] Wir würden mit dem Projekt in bald verstaubte Bücherstuben investieren.“

Die anonymen Verfasser sprachen von der „viel zu teuren Späni-Bibliothek“ und bezogen sich damit auf den FDP-Politiker, der die Idee einer Schulerweiterung mit Bibliotheksbau an der Gemeindeversammlung vorgeschlagen hatte. „Wenn's nicht um seine Kasse geht, scheint der alte Seidenhändler das Rechnen verlernt zu haben. Und das tut der Mann, der

---

<sup>158</sup> Sachgeschäfte 2016, S. 6.

<sup>159</sup> Leibundgut, Magnus: Feusisberg soll Bibliothek selber bauen, Zürichsee-Zeitung, 20.10.2011.

<sup>160</sup> Sachgeschäfte 2016, S. 7, 8 und 9, <https://www.feusisberg.ch>

<sup>161</sup> Sachgeschäfte 2016, S. 11.

<sup>162</sup> <http://www.gemeinderat-feusisberg.ch/Bau%20Schulraum%20Bibliothek.html>

zusammen mit seinen FDP-Genossen jede Gelegenheit nutzt, die Gemeinde zum Sparen aufzufordern.“<sup>163</sup>

Mit 60% Ja-Stimmenanteil konnte sich die Bibliothekseröffnung trotzdem deutlich durchsetzen.<sup>164</sup>

Die kantonale Abstimmung zum Bau der Speicherbibliothek **Büron** (2300 Einwohner) ist insofern ein Spezialfall, als dass die auf kantonseigenem Industrieland geplante Anlage als Speicherbau nicht für grosse Besuchermengen ausgerichtet war, und vor allem wissenschaftliche Werke umfassen sollte. Sie ist heute in erster Linie ein Aussenlager, und somit keine Bibliothek im herkömmlichen Sinne.

Bereits 2009 arbeiteten Vertreter von Kantons- und Universitätsbibliotheken aus Luzern, Zürich, Basel, Aargau und Solothurn an einem Konzept für ein gemeinsames Aussenlager, um zukünftig bis zu 14 Millionen Bücher unterzubringen.<sup>165</sup>

Das Unterfangen betraf somit mehrere Kantone, doch nur die Stimmbürger in Luzern durften sich dazu äussern. Die SVP kritisierte die Abstimmung als verfrüht, weil noch nicht alle Partner ihre schriftliche Zustimmung zum Vorhaben geleistet hatten. Die anderen Parteien fanden, dass die Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern ohnehin ein Aussenlager brauche und die Zustimmung der anderen Kantone somit nicht erforderlich sei.<sup>166</sup> Der Luzerner Kantonsrat sprach im Vorfeld der Abstimmung einen Sonderkredit von 28,8 Millionen Franken.

Die Einwohner der meistbetroffenen Gemeinde Büron konnten sich bis zum Schluss nicht mit dem Plan anfreunden, wurden aber überstimmt. Für die Gemeinde entstünden laut den Kritikern durch den hohen Grad an Automatismus im Gebäude fast keine Arbeitsplätze. Der „Blechklotz“ passe auch nicht ins Landschaftsbild und gefährde die landwirtschaftlichen Betriebe in der Nachbarschaft.<sup>167</sup> Nicht nur die Bevölkerung vor Ort, sondern auch deren Vertreter standen den Plänen kritisch gegenüber. Doch immerhin könne man die Gemeinde so besser vermarkten.<sup>168</sup>

Trotz dieser Einwände standen sämtliche Kantonsparteien hinter dem Bauprojekt, die CVP etwa mit 43:0 Stimmen.<sup>169</sup> Die Befürworter merkten an, dass die zunehmende Nutzung elektronischer Ressourcen und die Attraktivität der Bibliothek als Arbeitsplatz zur

---

<sup>163</sup> Gemeindeversammlung 10. Juni 2016, <http://www.gemeinderat-feusisberg.ch/Bau%20Schulraum%20Bibliothek.html>

<sup>164</sup> Feusisberg erhält eine Gemeinde- und Schulbibliothek, Luzerner Zeitung, 25.09.2016.

<sup>165</sup> Start für interkantonale Speicherbibliothek, NZZ, 06.03.2013.

<sup>166</sup> Speicherbibliothek nimmt erste Hürde, NZZ, 18.06.2013.

<sup>167</sup> Steiger, Hans: Speicherbibliothek schadet Landwirtschaft, NZZ, 27.09.2013.

<sup>168</sup> „Mehrwert für Büron ist klein“, NZZ, 30.10.2013.

<sup>169</sup> CVP Kanton Luzern, Medienmitteilung, 24.11.2013.

Umwandlung von Magazinbereichen in Publikumszonen führen würden und somit weniger Platz für die Medienbestände zur Verfügung stünde.<sup>170</sup>

Die Bevölkerung selbst zeigte sich mit 54,8% Ja-Stimmenanteil kritischer, möglicherweise da viele Bürger keine unmittelbaren eigenen Vorteile in der Lagerung wissenschaftlicher Literatur fremder Kantone erkennen konnten. Die Abstimmungsforschung konnte nachweisen, dass SchweizerInnen seltener bereit sind, Leistungen für Nachbarregionen zu finanzieren, wenn sie selber nicht davon profitieren. Sie bewilligen aber zuverlässig Ausgaben, die als essentiell bzw. lebensnotwendig für die fremden Gemeinden erachtet werden, wie etwa Lawinenschutzanlagen (Linder/Mueller, S. 212).

### 5.3 Fallstudie: Die Mediothek Lachen

*„Ich hätte keine Angst, die Abstimmung wieder durchzuführen.  
Wir kämen wieder durch.“*

**Gesprächspartner:** Franz-Xaver Risi (Vereinspräsident)

#### Die Gründe für die Fallauswahl

Die erfolgreiche Etablierung einer Gemeindebibliothek in einer vorher bibliothekslosen Ortschaft war zwischen 2007 und 2017 sehr selten. Die übrigen Bibliothekseinrichtungen fanden teilweise ausserhalb des Untersuchungszeitraums statt (Ebnet Kappel), betrafen keine öffentliche Bibliothek im eigentlichen Sinne (Büron) oder sind zum Zeitpunkt der Textverfassung noch nicht abgeschlossen (Feusisberg). Bei den Beispielen aus Einsiedeln und Kaisten handelt es sich eher um organisatorische Umwandlungen zweier bestehender Bibliotheken, als um die Gründung einer tatsächlich „neuen“ Bibliothek.

Das Beispiel Lachen illustriert darüber hinaus eindrücklich die Notwendigkeit jahrelanger, zielgerichteter Planung seitens der Bibliotheksbefürworter, um ein Projekt dieser Grössenordnung in einem Umfeld durchsetzen zu können, das staatliche Kulturausgaben traditionell eher kritisch sieht.

#### Portrait der Mediothek und ihrer Gemeinde

Lachen besass zum Abstimmungszeitpunkt ca. 8000 Einwohner. Davon waren 5620 Schweizer. Der bürgerliche Gemeinderat besteht aus sieben Mitgliedern und vollzieht die Beschlüsse der Gemeindeversammlung. Die Gemeinde und der Bezirk verfügten vor der Gründung der Mediothek zusammen über zwei eigene Schulbibliotheken, diese versorgten naturgemäss jedoch nur Schüler/-innen und Lehrpersonen.

---

<sup>170</sup> Start für interkantonale Speicherbibliothek, NZZ, 06.03.2013.

### **Vorgehen und Voraussetzungen des Abstimmungserfolgs**

Gemeinden im Kanton Schwyz betrachten die Unterstützung von Kultureinrichtungen nur bedingt als ihren Aufgabenbereich. Sie sind unter den richtigen Umständen bereit, bereits vorhandene Organisationen und Servicedienstleistungen finanziell zu unterstützen, vermeiden aber Risiken und ergreifen somit selbst nie die Initiative für Neueinrichtungen. Der Anstoss für die Gründung der Bibliothek ging von „Zäme Lachen“, einem lokalen Verein zur Standortbelebung und Kulturförderung aus, der jedoch von der Gemeinde mit namenhaften Beiträgen unterstützt wurde.<sup>171</sup> Auch der von einer SP-Politikerin geführte „Spiel + Läselaaden Lachen“ gehört zu dieser bibliothekarischen „Keimzelle“. 2006 verschickte „Zäme Lachen“ im Rahmen einer Umfrage 300 Fragebögen an die Haushalte Lachens. 35% der Antwortenden gaben an, eine eigene Gemeindebibliothek zu vermissen. Noch stärker gewünscht wurden nur ein Kino sowie ein Schuh-Fachgeschäft.<sup>172</sup> „Zäme Lachen“ sah dies als Anstoss für die Erarbeitung eines Bibliothekskonzepts, welches auch die Gründung eines Vereins nach sich zog. Um die Multimedialität der geplanten Einrichtung zu betonen, entschied man sich für die Verwendung des Begriffs Mediothek. Der befragte Vereinspräsident sieht dies heute eher als Fehler, da die Bevölkerung mit dem Begriff Mediothek nicht ausreichend vertraut war und seine Bedeutung oft nicht verstand.

In dieser frühen Phase des Projekts informierten sich die Vereinsangehörigen über vergleichbare Mediotheken und stellten erste rudimentäre Berechnungen zu den Einrichtungs- und Unterhaltskosten an.

Die Gründe für die Wahl des Vereins als Trägerform lagen in der schnell erkennbaren mangelnden Unterstützung durch die Politik. Vereine können eigenständig agieren und private Sponsoren akquirieren. Auch erhält die Gemeinde für die Kommunikation mit der Bibliotheksseite in der Gestalt des Vereins einen klar identifizierbaren Akteur und Ansprechpartner.

Die Gründungsversammlung des Mediotheksvereins zog 2008 50 Leute an. Wie alle Versammlungen des Vereins war auch diese mit einer Autorenlesung verbunden, um mehr Leute zum Besuch zu motivieren. Die Wahl des Vereinsleiters fiel auf den kultur- und buchaffinen Medienschaffenden und späteren kantonalen Kulturbeauftragten Herr Franz-Xaver Risi, der als Schulrat bereits politische Erfahrung besass. Der Vereinsvorstand setzte sich aus Mitgliedern von „Zäme Lachen“ sowie ausgewählten Ortsansässigen zusammen, die über ein möglichst breit abgestütztes Beziehungsnetzwerk verfügten und sich für Bücher und Kulturanliegen interessierten. Ein Vorstandsmitglied arbeitete etwa für die Zürichsee-Zeitung, was die ungewöhnlich detaillierte Berichterstattung zum Anliegen miterklären mag.

---

<sup>171</sup> Jäger, Elvira: „Zäme Lachen“ löst sich auf, Zürichsee-Zeitung, 24.11.2011.

<sup>172</sup> Herr Risi geht nicht davon aus, dass die Umfrage sozialwissenschaftlichen Kriterien der Repräsentativität genügte. Sie habe aber geholfen, die Forderungen zu legitimieren.

Leider konnte der Verein keinen SVP-Vertreter für den Vereinsvorstand gewinnen, alle übrigen Parteien waren zum Zeitpunkt der Abstimmung jedoch im Vorstand vertreten.

Die starke Verankerung in der Gemeinde war von Anfang ein Grundziel des Vereins. Die zukünftige Mediothek sollte als sozialer Treffpunkt mit Café-Ecken und Aufenthaltsmöglichkeiten wahrgenommen werden.

Nach der erfolgreichen Vereinsgründung bezahlten die Mitglieder eineinhalb Jahre lang Beiträge für eine Mediothek, die noch gar nicht existierte. Durch die so eingenommenen 3000 Fr. gewann die Mediotheksseite etwas an Spielraum. Die erste gemeinsame Sitzung des Vereinsvorstands behandelte Fundraising- und Ortsfragen. Danach erfolgte jeden Monat ein weiteres Treffen.

Die Standortfrage war schwierig zu lösen, da keine geeigneten erschwinglichen Räumlichkeiten zur Verfügung standen. Die Zahlung von regulären Mietkosten stand aus finanziellen Gründen generell ausser Frage. Der Verein erhoffte sich von der Gemeinde ausserdem einen Einrichtungs- und Betriebsbeitrag.

Trotz der persönlichen und beruflichen Vernetzung des Vereinspräsidenten zeigte die Gemeinde auch nach mehreren Treffen wenig Begeisterung für das Projekt. Niemand lehnte die geplante Mediothek offen ab, doch das Engagement fehlte. Diese Situation änderte sich erst nach einer weiteren Versammlung, an der Herr Risi auf die mangelnde Kooperation und die ausbleibenden Rückmeldungen durch die Gemeindeverwaltung aufmerksam machte. Der scharfe Ton der Veranstaltung führte dazu, dass sich anschliessend mehrere Vereinsmitglieder direkt beim Gemeinderat beschwerten. Auch fanden die Aussagen ein Medien-echo.<sup>173</sup> Wenige Tage später forderte der Gemeinderat ein Treffen mit der Vereinsführung. Ein kaum mehr genutztes Jugendzentrum kristallisierte sich nun als einziger möglicher Mediotheksstandort heraus. Die Räume waren dunkel und teppichverhangen, doch die Forderung nach einem Neubau wäre an der Urne aus finanziellen Gründen weitaus schwieriger durchsetzbar gewesen, denn die Lachener Bevölkerung besteht zu einem bedeutenden Prozentsatz aus Neuzuzügern. Diese wählten ihren neuen Wohnort, um Steuern zu sparen, und sehen grössere öffentliche Investitionen ungern, da diese zu Steuererhöhungen führen könnten.

Die Entscheidung für die Etablierung der Mediothek im Jugendzentrum bedingte einen Strategiewechsel. Projektskizzen und ein Kostenplan wurden erstellt und die Öffentlichkeitsarbeit intensiviert. Der Bibliotheksverein informierte die Bevölkerung über Briefe und zeigte auch am Dorfmarkt Präsenz. Am Marktstand der Bibliothek konnten Leser Bücher abgeben und sich mit neuer Lektüre eindecken.

---

<sup>173</sup> Die Kommunikation des Vereins in den Zeitungen erfolgte in erster Linie über den lokalen „March-Anzeiger“.

Der Gemeinderat und insbesondere der Finanzchef reagierten positiv auf den vorgelegten Kostenplan und erklärten sich bereit, 150'000 Fr. für die Investition und 45'000 Fr. an die jährlichen Unterhaltskosten zu bezahlen. Als zusätzliche Leistung sollte die Gemeinde eine jährliche Defizitgarantie von 25'000 Fr. übernehmen. Herr Risi erarbeite zusammen mit dem Gemeindeschreiber die Formulierung der Abstimmungsvorlage und kontaktierte Sponsoren, um die nötigen Gelder zu beschaffen. Die Investitionskosten sollten über drei Jahre verteilt insgesamt 338'000 Fr. betragen. Die Sponsorensuche verlief durch die bereits bestehenden Kontakte des Vereinspräsidenten schnell und erfolgreich. Eine durch einen Architekten gegründete Stiftung stellte 50'000 Fr. zur Verfügung. Die Avina- Stiftung und die Kantonalbank spendeten ebenfalls namenhafte Beiträge, ebenso wie die Mobiliar, bei der sich die Mediothek versichern liess. Auch Sach- und Finanzspenden von Privatpersonen trafen vermehrt ein.

Die Bibliotheksseite kontaktierte erfolgreich Bibliomedia sowie dreissig Buchverlage. Der Mitgründer des Diogenes-Verlags stammt aus Einsiedeln und liess ausrichten, dass die Mediothek von seinem Verlag auch in Zukunft erhalte, was sie benötige. Herr Risi geht davon aus, dass sich die Präsenz des Themas in der Gemeinde positiv auf die Geldbeschaffung auswirkte. Die Mediothek war stets im Gespräch und der Verein konnte sein Fundraising-Ziel sogar leicht übertreffen.

Für den nun folgenden Abstimmungskampf veranstaltete der Verein Medienkonferenzen, schrieb Einwohner direkt an, publizierte ein halbseitiges Zeitungsinserat und druckte 3500 farbige Flyer. Die Publikation von Texten in den Lokalmedien generierte ebenfalls viel Aufmerksamkeit. Als Ergänzung verfassten die Vereinsmitglieder auch Leserbriefe. Die Bibliotheksseite konzentrierte sich bei der Mobilisierung der Einwohner unter anderem auf Familien. Das offizielle Unterstützungskomitee und die übrigen Helfer wurden mit einem Argumentarium ausgerüstet, um im Umgang mit der Bevölkerung eine einheitliche Botschaft vermitteln zu können.

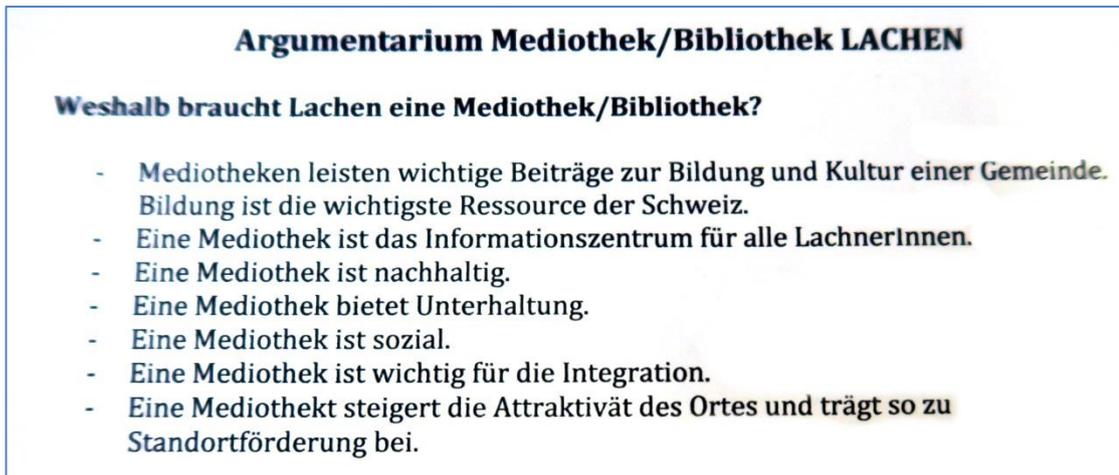


Abbildung 6: Argumentarium Mediothek Lachen

Ein heutiger Regierungsrat der SVP unterstützte das Vorhaben ebenso wie die heutige Kantonsratspräsidentin der SP. Der Verein suchte das Gespräch mit allen politischen Parteien und konnte sein Anliegen erfolgreich an allen Parteiversammlungen vortragen. Die FDP, die CVP und die SP unterstützten die Vorlage im Anschluss an die Präsentation einstimmig. Die Begeisterung der Bibliotheksvertreter für das Projekt sei laut einem E-Mail-Austausch „sichtlich spürbar gewesen“ und auch rübergekommen. Die Antworten der Bibliotheksseite auf die Fragen der Politiker hätten „viel zur Klärung und zur Meinungsbildung beigetragen.“ Der Vereinspräsident versicherte, die Fragen sehr geschätzt zu haben. „Sie sind absolut berechtigt“.<sup>174</sup>

Die SVP-Parteiversammlung störte sich hingegen stark an der zeitlich unbegrenzten Defizitgarantie, die sie als unkalkulierbares Risiko wahrnahm. Die Sprecherin der Partei teilte diese Bedenken im Anschluss an die Präsentation in einer E-Mail an den Vereinsleiter mit, wünschte jedoch „Erfolg und gutes Gelingen“ und äusserte selbst Vorschläge, um die Erfolgchancen der Mediothek an der Urne zu erhöhen. Dass so viel Herzblut in der geplanten Mediothek stecke, sei lobenswert.<sup>175</sup> Trotz dieser inoffiziellen Unterstützung für das Projekt beschloss die SVP wegen der bestehenden Defizitgarantie die Stimmfreigabe. Ein Vorstandsmitglied der SVP kannte den Vereinsleiter von der gemeinsamen Arbeit im Schulrat und konnte kritischere Parteimitglieder mit dem Hinweis beruhigen, dass das Bibliotheksprojekt in sicheren Händen sei. Die Partei sprach sich dementsprechend nie öffentlich gegen die Mediothek aus. Vor allem weibliche Parteianghörige interessierten sich für die Vorlage, da diese dem Dorf guttun würde. Heute nutzen einige davon die Bibliothek sehr intensiv. Herr Risi nimmt an, dass der Sieg an der Urne bei einer Frontalopposition der SVP weitaus schwieriger zu erringen gewesen wäre.

<sup>174</sup> E-Mails vom 15.04.2010 und 16.04.2010.

<sup>175</sup> E-Mail vom 18.04.2010.

Er sieht einen der Gründe für die politische Unterstützung auch in der wechselnden demographischen Zusammensetzung der Gemeinde. Während das Gewerbe zunehmend wegzieht, verwandelt sich Lachen in eine Wohngemeinde mit entsprechend höheren Ansprüchen an die öffentliche Infrastruktur. Die Mediothek bot eine Gelegenheit, den Standort Lachen attraktiver zu machen. Die Politiker konnten Lachen nicht glaubhaft als regionales Zentrum bezeichnen, solange ihre Ortschaft nicht einmal über eine Bibliothek verfügte. Auch normalerweise ausgabenkritische SVP-Politiker erkannten, dass die Mediothek dem Dorf guttat. Die Gemeinde erlebte wenige Monate vor der Abstimmung ausserdem einen unvorhergesehenen Rekordüberschuss von fast 6 Millionen Franken.<sup>176</sup>

Der Abstimmungskampf war für die Beteiligten aufwändig und verschlang viel Zeit, verlief durch die intensive Lobbying- und Öffentlichkeitsarbeit aber erfolgreich. Herr Risi war immer davon überzeugt, dass die Bibliotheksseite gewinnen würde, da sie gut vorbereitet war und keine Partei die Nein-Parole herausgegeben hatte. Nach dem Sieg an der Urne mit 57,6% Ja-Stimmenanteil zeigte sich die Gemeinde deutlich hilfsbereiter als zuvor und organisierte Handwerker für die Umgestaltung der unattraktiven Räumlichkeiten. So wurden etwa die Wände weiss angestrichen, die Bar mit einem Tisch ersetzt und ein Raum in eine Kinder- und Cafécke umgewandelt. Die Medien stammten zum Teil von der Bibliomedia und vielen engagierten Helfern, die dem Verein bereits vor der Abstimmung viele Bücher geschenkt hatten. Durch viele ehrenamtliche temporäre Mitarbeiter konnten die Einrichtungs- und Umbaukosten etwas gesenkt werden. So entfernten die Bibliothekshelfer etwa die Teppiche selbst. Eine Druckerei aus dem Dorf beteiligte sich an den anfallenden Kosten. Auch andere lokale Betriebe und etliche Handwerker stellten Sach- und Dienstleistungen gratis oder verbilligt zur Verfügung. Diese Tatsache sei laut Herrn Risi nicht zu unterschätzen.

Als seinen grössten Coup bezeichnet Herr Risi jedoch die Gewinnung einer fähigen und hochmotivierten Mediotheksleiterin, die bereits jahrelange Erfahrung in der Führung einer vereinsbasierten Bibliothek im Kanton Schwyz vorweisen konnte (siehe Fallstudie „Einsiedeln“).

Zur Einweihung der neuen Mediothek erschien auch der Gemeindepräsident, der sich bislang im Hintergrund gehalten hatte.

Manche Elemente aus dem Abstimmungskampf bestehen weiterhin. Die enge Zusammenarbeit mit dem „Spiel + Läselade Lachen“ wurde etwa beibehalten, ebenso die Präsenz des Mediotheksvereins am Markt und die gelegentliche Veröffentlichung von Inseraten zu Informationszwecken.

---

<sup>176</sup> Jäger, Elvira: Trotz Krise ein Rekordüberschuss, Zürichsee-Zeitung, 25.03.2010.

Von zwei Vorstandsmitgliedern abgesehen besteht das Bibliotheksteam heute noch aus denselben Leuten. Herr Risi sieht darin auch einen der Gründe für den Erfolg der Mediothek. Die jahrelangen Bemühungen hätten die Beteiligten zusammengeschweisst und machten sie zu einem effizienten, eingeschworenen Team. Im Gegensatz zu anderen Bibliotheksvertretern, welche ihren Personalbestand durch Entlassungen laufend zu optimieren versuchen, betrachtet er die Beziehungsqualität des Bibliotheksteams als entscheidend für die erfolgreiche Etablierung und Führung der Mediothek.

### **Mittelakquisition und Kostensenkung**

Heute erwirtschaftet die Mediothek jährlich ca. 20'000 Fr. an Sponsorengeldern und 16'000 Fr. durch Mitgliederbeiträge. 45'000 Fr. stammen aus einem Spezialfond der Gemeinde. Durch die finanzielle Abhängigkeit von der Gemeinde sind der Austausch und die organisatorische Verflechtung mit den Finanzverantwortlichen der Gemeinde besonders intensiv. Der aktuelle „Säckelmeister“ besucht zwei von drei Vorstandssitzungen und alle Vereinsversammlungen. Diese permanente Begleitung schafft auch gegenseitiges Vertrauen.

Der hohe Eigenfinanzierungsanteil der Mediothek bedingt die permanente Sponsorensuche und Beziehungspflege durch die Vereinsleitung. Anlässe wie Jubiläen versteht Herr Risi (auch) als Gelegenheit zur Sponsorengewinnung. So konnte das Fünf-Jahres-Jubiläum der Mediothek 45'000 Fr. generieren. Auch kostenpflichtige Lesungen im Dorf und andere Aktionen werden gut besucht. Da der Vereinsleiter als Kulturbeauftragter des Kantons auch auf nationaler Ebene literarisch vernetzt ist, fällt die Gewinnung von prominenten Autoren leichter. Obwohl die Kunden die Eintrittsgebühren für diese Lesungen anstandslos bezahlen, bevorzugt Herr Risi Einkünfte aus Sponsorenquellen.

Die Mediotheksleitung beschloss, sich in ihrer Medienauswahl nicht mit dem Angebot der Schulbibliothek zu überschneiden und somit auf Medien für Kinder im schulpflichtigen Alter zu verzichten. Die Einrichtung ist bewusst minimalistisch gehalten, um mehr Geld in den Medienkauf investieren zu können. Ein weiteres Mittel zur Kosteneinsparung stellte neben der zweckmässigen EDV-Ausstattung die Kooperation mit der Kantonsbibliothek Schwyz dar. Diese litt darunter, basierend auf ihrem Nutzerkreis eher eine Stadt- oder Gemeindebibliothek als eine Kantonsbibliothek zu sein, was Sparforderungen im Kantonsrat Auftrieb verschaffte. Auch Lachner reisen nur selten in ihre Kantonshauptstadt, da sie sich mobilitätstechnisch eher nach Zürich orientieren. Durch die persönliche Bekanntschaft zwischen dem Leiter der Kantonsbibliothek Schwyz und demjenigen des Mediotheksvereins Lachen konnte ein Kurierdienst zwischen beiden Bibliotheken eingeführt werden. Die Lachner besitzen so Zugriff auf ca. 100'000 Medieneinheiten. Bei vielen davon handelt es sich um kostenintensive Anschaffungen wie Sachbücher, welche die Mediothek Lachen nun

nicht selber einkaufen muss. Die Kantonsbibliothek profitiert ihrerseits von höheren Ausleihzahlen.

### Empfehlungen an andere Bibliotheken

Herr Risi glaubt nicht an ein allgemeinverbindliches Abstimmungsrezept für Bibliotheksvorlagen. Durch das ausgeprägte Zusammengehörigkeitsgefühl in einem Dorf wie Lachen waren viele Einwohner und Betriebe bereit, der Bibliothek mit Sachspenden, Geld und Dienstleistungen unter die Arme zu greifen, was in anonymen städtischen Gemeinschaften nicht der Fall sein muss. Gleichzeitig wäre die Mediothekseröffnung wohl fehlgeschlagen, wenn sie durch eine auswärtige Person vorgebracht worden wäre.

Abstimmungskampagnen seien immer in erster Linie auf die individuellen Verhältnisse vor Ort zuzuschneiden. Im Falle Lachens bedeutete dies, durch stetige Präsenz in der Öffentlichkeit die tiefe Verankerung der Bibliotheksseite in der Gemeinde zu beweisen und engen Kontakt mit den lokalen Parteien und Politikern zu pflegen. Das Erfolgsgeheimnis liegt in der Qualität und dem Umfang des Beziehungsnetzes der Bibliothek. Dieses Netzwerk beinhaltet nicht nur Vereine, Politiker und Kunden, sondern auch die Bibliotheksmitarbeitenden selbst. Die Bibliothek sollte nie zu einer elitären Einrichtung für wenige werden.

Der Verzicht auf eine Abstimmungskampagne wäre trotz der bereits im Vorfeld vorhandenen guten Beziehungen aber fatal und fahrlässig gewesen.

Durch die weiterhin gute und breite Vernetzung der Mediothek hätte der Vereinsleiter keine Bedenken, auch eine zweite Abstimmung jederzeit gewinnen zu können. Die Eröffnung einer Bibliothek mittels einer Urnenabstimmung sei immer sinnvoll, um dem Projekt breite demokratische Legitimität zu verschaffen und somit seinen langfristigen Erfolg als Teil des Gemeindelebens zu sichern.



Das Informationsmaterial der Mediothek Lachen ist in zwei Spalten unterteilt. Die linke Spalte enthält Text über Öffnungszeiten und Standort, die rechte Spalte ein Foto und eine Zitat.

**Attraktive Öffnungszeiten an mindestens 6 Tagen pro Woche**

**Der Standort im Hunzikerhaus**

- ist für alle gut erreichbar und zugänglich
- wird attraktiv und kostengünstig umgebaut
- ist eine gute und flexible Lösung

**«Unsere Mediothek wird Gross und Klein dafür begeistern, über Bücher, Hefte und elektronische Medien neue Welten für sich zu entdecken. Sie wird unser Dorf bereichern – nicht nur als Wissensquelle, sondern auch als Ort, wo sich Lachner und Lachnerinnen begegnen, austauschen, diskutieren und wohl fühlen können.»**

Karin Schwiter

Abbildung 7: Informationsmaterial Mediothek Lachen

## 5.4 Fallstudie: Die öffentliche Bibliothek Einsiedeln

*„Ein Politiker sagte, es brauche keine Bibliothek.  
Er selbst habe noch nie ein Buch gelesen.“*

**Gesprächspartnerin:** Lisbeth Bösch (ehemalige Bibliotheksleiterin, heute Mediotheksleiterin in Lachen)

### Die Gründe für die Auswahl des Falls

Die beiden Volksabstimmungen zur öffentlichen Bibliothek in Einsiedeln boten sich aus denselben Gründen für eine nähere Betrachtung an wie der Urnenentscheid in Lachen. Im Gegensatz zum Fall der Mediothek Lachen fand das Anliegen zuerst keine Gnade bei der Stimmbevölkerung, wurde dafür aber in einer zweiten Abstimmung umso deutlicher angenommen. Auch erstreckte sich der politische Prozess bis zur Etablierung der öffentlich finanzierten Bibliothek über ein Jahrzehnt. Im Vergleich zu anderen untersuchten Beispielen mussten in Einsiedeln mehr Einzelfaktoren zusammenkommen, um einen Sieg zu ermöglichen. Die Feststellung einer notwendigen, abstimmungsentscheidenden Veränderung, wie etwa in Spiez oder Menzingen, fiel aus diesem Grund weitaus schwerer.

### Portrait der Bibliothek und ihrer Gemeinde

Einsiedeln ist gleichzeitig ein Dorf, eine aus sieben Ortschaften gebildete politische Gemeinde und ein Bezirk. In den rund zehn Jahren zwischen der Ablehnung der Bibliothek an der Urne und ihrem letztendlichen Sieg stieg die Einwohnerzahl der Gemeinde von gut 12'000 Personen auf über 14'000. Die öffentliche Bibliothek befindet sich im Dorf Einsiedeln, welches zum Zeitpunkt der erfolgreichen zweiten Abstimmung fast 8700 Einwohner besass.<sup>177</sup>

Als bekannter Wallfahrtsort und Heimat des bedeutendsten Barockbaus der Schweiz bietet Einsiedeln für seine Grösse ein reichhaltiges Kulturangebot. Dieses beinhaltet neben der vom Kanton vorgeschriebenen Schulbibliothek und der öffentlichen Bibliothek gleich fünf Museen, ein Kulturzentrum, eine Architekturbibliothek, eine Stiftsbibliothek und das "Einsiedler Welttheater", ein regelmässig stattfindendes Freilichttheater. Die Regierung ist rechtsbürgerlich dominiert und die Steuerbelastung im kantonalen Schnitt vergleichsweise hoch.<sup>178</sup>

### Vorgehen und Voraussetzungen der Abstimmungsniederlage

Die ersten Kontakte der Einsiedler Bibliotheksunterstützer reichten bis in die erste Hälfte der Neunzigerjahre zurück. Die ca. acht Bibliotheksfreunde trafen sich damals regelmässig und

---

<sup>177</sup> Einwohneramt Einsiedeln: Bevölkerung des Bezirkes Einsiedeln im Jahre 2017, im Internet unter [http://www.einsiedeln.ch/libraries.files/Jahresbericht\\_EWA.pdf](http://www.einsiedeln.ch/libraries.files/Jahresbericht_EWA.pdf)

<sup>178</sup> Steuerfusstabelle 2009, [https://www.sz.ch/public/upload/assets/16588/steuerfusstabelle\\_2009.pdf](https://www.sz.ch/public/upload/assets/16588/steuerfusstabelle_2009.pdf)

fragten nach jeder Ladenschliessung im Dorf bei der Bezirksregierung nach, ob sie die freien Räumlichkeiten nicht für eine Bibliothek nutzen wolle. Die Politiker wünschten sich einen stetigen, klar identifizierbaren Ansprechpartner und vermieden deswegen das Gespräch mit der Bibliotheksseite. Der 1996 gegründete Bibliotheksverein sollte hier Abhilfe schaffen und der Bibliotheksbewegung eine klare organisatorische Form geben. Im Gegensatz zum Beispiel Spiez lag sein Ziel somit nicht in der Gewinnung möglichst vieler Mitglieder. Der Vorstand rief seine Vereinsmitglieder dazu auf, sich selbst nach Räumlichkeiten umzusehen, neue Mitglieder zu rekrutieren und Sponsoren anzuwerben.<sup>179</sup>

Der Verein beschloss, sein Anliegen mittels einer Pluralinitiative vors Volk zu bringen. Dieses in Einsiedeln existierende direktdemokratische Instrument zwingt den Bezirksrat dazu, eine Vorlage im Falle einer erfolgreichen Unterschriftensammlung innerhalb von drei Monaten der Bezirksgemeinde vorzulegen. Der damalige Bezirksammann (FDP) scheute die mit einer zusätzlichen Abstimmung verbundenen Kosten und empfahl der Bibliotheksseite, ihr Anliegen zusammen mit weiteren Vorlagen an die Urne zu bringen. Diese stimmte zu. Die Regierung bot an, sich an den noch unklaren Mietkosten zu beteiligen, verweigerte aber die Bereitstellung von 96'000 Fr. zur Deckung der jährlichen Betriebskosten.<sup>180</sup> Er anerkenne zwar das Bedürfnis nach einer Bibliothek, aber „dass sich der Bezirksrat aufgrund der hohen wiederkehrenden Kosten von jährlich 96'000 Franken nicht für die Initiative begeistern konnte, dürfte nicht überraschen.“<sup>181</sup> Die Deutlichkeit dieser Ratsmitteilung gab der Bibliotheksseite wenig Grund zur Hoffnung.

Die Parteiversammlung der CVP stellte sich hingegen einstimmig hinter die Forderungen des Bibliotheksvereins und somit gegen die Haltung des Bezirksammanns. Eine Bibliothek sei „eine der grundlegendsten Investitionen, die eine Gemeinde für eine Bevölkerung überhaupt vornehmen kann“.<sup>182</sup>

Die Unterschriftensammlung verlief mit 1219 Unterzeichnungen in nur wenigen Wochen sehr erfolgreich und fand unter anderem am Bahnhofplatz statt. Alle Beteiligten stammten selbst aus dem Dorf. Einige Passanten wandten ein, dass Einsiedeln mit der von Mario Botta entworfenen „Bibliothek Werner Oechslin“ bald ohnehin über eine eigene Bibliothek verfügen werde. Diese im Jahr 2006 eröffnete wissenschaftliche Bibliothek dient als ETH-Niederlassung in erster Linie Studierenden der Architekturgeschichte, was manchen Einwohnern damals aber nicht bewusst gewesen sein dürfte. Auch die bekannte Stiftsbibliothek ist keine öffentliche Ausleihbibliothek. Sie hatte in den Jahren 1994-1998 eine grundlegende Neugestaltung erfahren. In den Augen von Aussenstehenden investierte Einsiedeln also bereits

---

<sup>179</sup> Kann in zehn Monaten eine Bibliothek eröffnet werden? Neue Luzerner Zeitung, 10.07.2001.

<sup>180</sup> Initianten lehnen Gegenvorschlag ab, Neue Luzerner Zeitung, 04.08.2000.

<sup>181</sup> Rat will Bibliotheksbetrieb nicht mittragen, Neue Luzerner Zeitung, 15.07.2000.

grössere Mittel in das Bibliothekswesen, sodass der Zeitpunkt für bibliothekarische Mehrausgaben nicht optimal war.

Andere Passanten behaupteten schlicht, dass Einsiedeln grundsätzlich keine Bibliothek brauche. Im Dorf existierten mehrere bücherliebende Gruppen, deren Mitglieder regelmässig untereinander neue Bücher austauschten. Auch Frau Bösch unterhielt ein derartiges Tauschsystem mit ihren Bekannten. Eine andere Möglichkeit zur Vermeidung von Lektürekosten bestand darin, die Publikation der Taschenbuchversion einer Neuerscheinung abzuwarten.

Wie auch in Lachen orientierte sich die Bibliotheksseite in Einsiedeln in ihrem Vorgehen nicht an vergleichbaren Abstimmungsbeispielen und pflegte in dieser Beziehung auch keine Kontakte zu anderen Bibliotheken. Eine Zusammenarbeit mit anderen Vereinen fand im Vorfeld der Abstimmung nicht statt. Die Bibliothekskommission war zum Zeitpunkt der beiden Abstimmungen noch nicht in Einsiedeln aktiv, und leistete somit ebenfalls keine Hilfe. Auch konnte kein Politiker von einem Vereinsbeitritt überzeugt werden. Der Bezirksrat war auch im damaligen Zeitraum konservativ geprägt und Vertreter der SP nur vereinzelt in der Regierung und Verwaltung vertreten. Frau Bösch geht davon aus, dass Einsiedeln nur dank verbindlicher kantonaler Vorschriften eine Schulbibliothek unterhält.

Auch wenn somit niemand die Bibliothekseröffnung aktiv bekämpfte, konnte sie auch auf wenig politische Unterstützung im Abstimmungskampf hoffen – ein, wie andere Fälle zeigen, relativ sicherer Indikator, dass ein Bibliotheksanliegen an der Urne scheitern wird.

Die Bibliotheksunterstützer verfassten im Abstimmungskampf Medienmitteilungen, welche von der Neuen Luzerner Zeitung auch aufgegriffen wurden.<sup>183</sup> Der Leiter des Vereins sprach persönlich mit der Presse. Die breitere Berichterstattung zum Anliegen war laut Frau Bösch dennoch nicht optimal. So behaupteten manche Stimmen etwa, dass die geplante Bibliothek auch ohne öffentliche finanzielle Unterstützung kostendeckend geführt werden könne und dass Bibliothekarinnen in anderen Regionen ehrenamtlich arbeiten würden. Die Vereinsmitglieder versuchten die Berichterstattung zu beeinflussen, indem sie Leserbriefe verfassten und ihre Publikation zeitlich aufeinander abstimmten.

Die Stimmung in der Gemeinde habe im Vorfeld der Abstimmung zu einem Nein tendiert. Nur eines von insgesamt fünf Anliegen fand am 27. November 2000 Gnade beim Stimmvolk. Die Bibliotheksvorlage scheiterte mit 2609 Nein zu 1630 Ja.<sup>184</sup>

---

<sup>182</sup> CVP unterstützt Bibliothekspläne, Neue Luzerner Zeitung, 11.10.2000.

<sup>183</sup> Bsp. Gick, Erhard: Büchervielfalt für die ganze Bevölkerung, Neue Luzerner Zeitung, 06.09.2002.

<sup>184</sup> Nachrichten: Nein zur Bibliothek, Neue Luzerner Zeitung, S. 31, 27.11.2000.

## Die 2. Abstimmung

Nach der Bekanntgabe des Resultats setzten sich die Bibliotheksbefürworter zusammen, um ihr weiteres Vorgehen zu besprechen. Die Vereinsmitglieder waren enttäuscht, und auch etwas überrascht, da die Unterschriftensammlung so schnell und reibungslos verlaufen war. Es sei laut Frau Bösch das eine, eine Petition zu unterschreiben, aber etwas ganz anderes, auch an der Urne für das betreffende Anliegen zu stimmen.

Trotz der Abstimmungsniederlage bot der Bezirksrat schriftlich an, die zukünftigen Mietkosten der privat finanzierten Bibliothek zu übernehmen, wenn auch mit einem Kostendach. Er kündigte den Betrag auch im Rahmen seines neuen Budgets an. Frau Bösch macht die hohe Anzahl der Unterschriften dafür verantwortlich, wodurch das Bedürfnis nach einer Bibliothek trotz allem nicht mehr völlig von der Hand zu weisen war. Auch war der Bezirksrat über die potentielle Existenz einer öffentlich zugänglichen Bibliothek alles andere als unglücklich, da er sie für sein Standortmarketing und die Anwerbung von Neuzuzügern nutzen konnte.

Auch der Diogenes-Verlag, dessen Mitgründer selbst aus Einsiedeln stammt, versprach, sein gesamtes Sortiment kostenfrei zur Verfügung zu stellen und lieferte insgesamt etwa 3000 Bücher. Diese Zusagen motivierten die Bibliotheksfreunde dazu, weiterhin an ihrem Ziel festzuhalten. Auch gingen sie davon aus, dass die Gemeinde die Bibliothek nicht mehr aufgeben würde, wenn sie einmal eröffnet und erfolgreich wäre.

Der Bibliotheksverein konnte bald einen geeigneten schönen Raum ausfindig machen, den der Bezirk ab 2002 für die Bibliothek mietete. Der Vermieter erklärte sich bereit, den Parkettboden auf seine Kosten zu renovieren und weitere Umbaumaßnahmen vorzunehmen.

Eine der an der Einrichtung beteiligten Personen arbeitete selbst als Innendekorateurin. Der Lieferant der Infrastruktur offerierte ebenfalls einige Vorschläge. Teile der Bibliothek stammen von einer lokalen Möbelschreinerei. Die Bevölkerung wurde in den Gestaltungsprozess der Einrichtung nicht einbezogen, besass nach der Eröffnung aber viel Einfluss bei der Medienauswahl. Nach der anfänglichen Anschaffung einiger tausend Medien konnten die Nutzer den Bestand selbst mittels Wunschlisten verändern und erweitern.

Besonders hilfreich war die Zusammenarbeit mit der Paracelsus-Apotheke im Dorfzentrum. Diese erklärte sich bereit, in ihrem Schaufenster ein grosses Sammelbarometer auszustellen.<sup>185</sup> Letzteres zeigte den aktuellen Stand der eingegangenen Finanz- und Sachspenden an. Ein Meter entsprach 7000 gesammelten Medien. Mögliche vorgeschlagene Spenden umfassten etwa 100 Fr. für ein Gestell, 50 Fr. für ein Sachbuch, ein Belletristikbuch für 30 Fr. oder ein Kinderbuch für 20 Fr. 420 Einwohner wählten diese zweckgebundene Möglichkeit, die Bibliothek zu unterstützen. Die entsprechenden Einzahlungsscheine waren dem Einsiedler Anzeiger beigelegt, der gute Beziehungen zum Bibliotheksverein unterhielt und alles abdruckte, was sich die Bibliotheksseite wünschte.

Mittels einer Sammelaktion vor dem Schulhaus konnte der Verein zusätzliche Bücher erstehen und im Anschluss gewinnbringend an einem Marktstand weiterverkaufen. Auch ein Tauschhandel war möglich. Die Vereinsmitglieder gaben auch viele ihrer privaten Bücher an die Bibliothek ab. Helfer fassten die gut 1000 auf diese Weise erstandenen Medien ein. Die Bibliomedia aus Solothurn lieferte als Starthilfe ebenfalls 3000 Bücher, welche nach drei Jahren retourniert wurden.

Eine andere Möglichkeit zur Mittelbeschaffung bestand in der Bereitstellung von Informationsmaterial in Geschäften wie dem Claro Weltladen und bei einem Stoffverkäufer. Der Bibliotheksverein nutzte hier die bestehenden persönlichen Verbindungen seiner Mitglieder. Kleinunternehmen und andere private Firmen tätigten ebenfalls Zahlungen, wurden von der Bibliotheksseite aber nicht separat angeschrieben. Durch diese Kontakte kamen in einem halben Jahr 113'000 Fr. an Spenden- und Sponsorengeldern zusammen, dazu Buchzuwendungen im Umfang von 50'000 Fr.

Neben der Suche nach Geld investierte der Verein auch Zeit in diverse Werbemassnahmen. Er organisierte etwa ein „Bibliofest“ im Kulturhaus mit Lesungen, einer Musikveranstaltung und einer Festwirtschaft.<sup>186</sup>

Die neue Bibliothek wurde schlussendlich mit einem grossen Fest eingeweiht. Das langfristige Endziel bestand weiterhin in einer grosszügigeren öffentlichen Finanzierung durch den Bezirk, um die ehrenamtliche Tätigkeit nicht unbegrenzt fortführen zu müssen.

Die Ausleihzahlen der Bibliothek waren von Anfang an gut und stiegen von 2003 bis 2004 um 42% auf 14'000 Ausleihen.<sup>187</sup> Die Benutzung stand nur Vereinsmitgliedern offen. Die ca. 15 ehrenamtlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wechselten sich schichtweise ab und kamen aus ganz unterschiedlichen Berufsgruppen. Etwa ein Viertel stammte jedoch aus dem

---

<sup>185</sup> Sie hatte bereits während des ersten Abstimmungskampfs in ihrem Schaufenster über das Projekt informiert und ein grosses Buch mit den gesammelten Unterschriften ausgestellt.

<sup>186</sup> Kann in zehn Monaten eine Bibliothek eröffnet werden? Neue Luzerner Zeitung, 10.07.2001.

<sup>187</sup> Ausleihen um 42% gestiegen, Neue Luzerner Zeitung, 23.05.2005.

Bildungsbereich, sodass hier ein Übergewicht existierte. Die Mitarbeiterinnen konnten durch ihre Familienverpflichtungen nicht vollberuflich für die Bibliothek arbeiten.

Im Laufe der Jahre nahm die Kooperation zwischen der Schulbibliothek und der öffentlichen Bibliothek zu. Da die Schulbibliothek nur von Lehrpersonen geführt wurde, verlief die Kontaktaufnahme anfangs eher harzig. Die Schule hatte wenig Interesse daran, ihre etablierten Arbeitsabläufe zu ändern und sie an die Standards und Vorgehensweisen einer öffentlichen Bibliothek anzugleichen. Der Vorschlag, beide Bibliotheken organisatorisch zu fusionieren und vom Bezirk finanzieren zu lassen, stammte nicht von der Bibliotheksseite, sondern dem damaligen Schulleiter und einer Bezirksrätin (SP), wurde aber vom Verein positiv aufgenommen. Finanziell hätte die Bibliothek noch einige Jahre gut überleben können, doch das bestehende Vermögen nahm laufend ab. Dass der Bezirk nun bereit war, sämtliche anfallenden Kosten zu übernehmen, übertraf die Erwartungen des Vereins.

In den Jahren zwischen den beiden Abstimmungen hatte sich die personelle Zusammensetzung des Bezirksrats verändert, und der alte Schulleiter war einer bibliothekstechnisch aufgeschlosseneren Person gewichen, die im Kontakt mit dem Bibliotheksverein stand und ein Büro gleich neben der Schulbibliothek besass. Auch die für die Bibliothek zuständige Schulrätin Erika Weber kannte die Bibliotheksvertreter persönlich. Die heutige Kantonsrätin war Mitglied des Bibliotheksvereins, selbst Bibliothekarin, nebenbei Bezirksrätin und seit 1992 in der Parteileitung der SP Einsiedeln aktiv.

Die 2. Abstimmung basierte auf einer Bezirksvorlage, die von Seiten der Politik und mit vergleichsweise wenig Input des Vereins ausgearbeitet wurde. Keine Parteifraktion sprach sich gegen den Vorschlag aus. Diese Tatsache beruhigte die Bibliotheksseite, welche entsprechend wenig Zeit und finanzielle Mittel in die zweite Abstimmungskampagne investierte. Sie legte aber zumindest Informationsmaterial zur Abstimmung in der Bibliothek auf.

Der parteilose Schulleiter Erich Zumstein vertrat das Anliegen an der Gemeindeversammlung und argumentierte überzeugend, dass öffentliche Bibliotheken wichtig für die Bildung seien, und dass sie sich immer lohnen würden. Seine Präsentation traf auf wenig Widerstand. Die SVP plädierte dafür, erst über die Vorlage abzustimmen, wenn auch ein Raum für die geplante Fusion vorhanden sei, doch nur drei Personen sprachen sich für diesen Vorschlag aus. Die bald folgende Urnenabstimmung resultierte mit 75% Ja-Stimmenanteil in einem deutlichen Sieg für die Bibliothek.

### **Die Folgen der Abstimmung**

Die Pläne für eine räumliche Fusion der Schulbibliothek und der öffentlichen Bibliothek wurden schon im Vorfeld der zweiten Abstimmung fallengelassen, denn die Schulbibliothek durfte sich nicht zu weit vom Schulgebäude entfernen und die Einquartierung der öffentlichen

Bibliothek im Schulhaus war aus räumlichen und baulichen Gründen unmöglich. Die Idee wurde bis heute nicht mehr aufgegriffen.

Ehrenamtliche Mitarbeiter, die eine bezahlte Anstellung wünschten, durften nun gegen eine Entlohnung in der Bibliothek arbeiten. Eine bibliothekarische Ausbildung wurde nicht vorausgesetzt, allerdings bestand für Angestellte später die Möglichkeit, eine neunmonatige Ausbildung an der HTW Chur zu absolvieren. Heute werden alle Angestellten für ihre Tätigkeit bezahlt.

Obwohl die Bibliothek ohne tausende Stunden an jahrelanger ehrenamtlicher Tätigkeit nie hätte überleben können, betrachtet Frau Bösch Bibliotheken, die nur auf Freiwilligenarbeit basieren, als suboptimal. Die Bibliotheksleitung ist vom Wohlwollen der involvierten Personen abhängig, die ihren Arbeitseinsatz theoretisch auch ohne Konsequenzen verweigern können. Auch sind ehrenamtliche Mitarbeiter nicht gezwungen, Vorschriften zu befolgen oder Verbesserungsvorschläge anzunehmen.

Mit Franz Pirker als neuem Schulpräsidenten wurde nur wenige Jahre nach der Bibliotheksöffnung ein SVP-Politiker oberster Herr der Bibliothek. Zum zehnjährigen Jubiläum der Einrichtung hielt der heutige Gemeindeammann eine wohlwollende Rede im Festzelt der Bibliothek, was nahelegt, dass Frau Bösch mit ihrer Einschätzung Recht hatte, dass auch rechtsbürgerliche Politiker eine einmal etablierte öffentliche Bibliothek nicht mehr missen möchten.<sup>188</sup>

### **Empfehlungen**

Die Gründe für den im Vergleich zu Lachen äusserst langwierigen politischen Prozess bis zur Etablierung der Bibliothek sieht Frau Bösch auch in der ausbleibenden Hilfe durch Politiker. In Lachen waren trotz der anfänglich halbherzigen praktischen Unterstützung Mitglieder fast aller Parteien bereit, sich aktiv am Verein zu beteiligen. Der Tagesanzeiger erklärt den Widerwillen vieler Schwyzer Gemeinden gegen Kultursubventionen mit dem aussergewöhnlich starken Vereinsleben, einem Misstrauen gegenüber allen zentralen Einrichtungen, fehlenden Gesetzen, und einem tiefen Glauben an das Prinzip der (kulturellen) Selbsthilfe. „Man müsse zuerst beweisen, dass ein Projekt in der Bevölkerung verankert sei, erst dann könne man den Staat – das heisst den Kanton, die Bezirke und die Gemeinden – um Geld angehen.“<sup>189</sup> Genau dies hat der Einsiedler Verein auch erfolgreich getan.

Die Wahl des Vereins als Organisationsform betrachtet die Bibliothekarin weiterhin als die richtige Entscheidung, ebenso wie die mehrjährige zielgerichtete Verfolgung der Bibliotheks-

---

<sup>188</sup> Ein Märchen für die Allgemeinheit, Einsiedler Anzeiger, 04.09.2012.

[https://www.schwyzkultur.ch/artikel/einsiedeln/literatur/ein-maerchen-fuer-die-allgemeinheit\\_AZ5PQRw](https://www.schwyzkultur.ch/artikel/einsiedeln/literatur/ein-maerchen-fuer-die-allgemeinheit_AZ5PQRw)

<sup>189</sup> Bolli, Thomas: Einsiedeln hat ein neues Selbstverständnis, Tagesanzeiger, 05.06.2000.

interessen im Angesicht weitgehender Indifferenz seitens der Bezirksregierung. Ohne diese Zielstrebigkeit hätte Einsiedeln möglicherweise noch immer keine öffentliche Bibliothek. Frau Bösch hofft, dass sich andere Bibliotheken durch vergleichbare Rückschläge nicht entmutigen lassen, sondern ihre Anliegen trotzdem weiterverfolgen.

Die Bibliothekarin nimmt an, dass die Unterstützung durch den rednerisch begabten Schulleiter und die Bezirksrätin entscheidend für den Erfolg des Anliegens war. Sie hat wahrscheinlich nicht das Abstimmungsresultat an sich beeinflusst, aber den Prozess, der zur 2. Abstimmung führte, extrem beschleunigt. Wie auch in den übrigen untersuchten Fällen scheint die gute Kooperation mit einigen politisch einflussreichen Akteuren der Bibliotheksseite entscheidende Vorteile verschafft zu haben.

Allerdings war der Schulrat generell sehr stark im Bildungsbereich engagiert, sodass er keiner oder weniger Anreize durch den Bibliotheksverein bedurfte, um die Abstimmung durchzusetzen. Auch die Bezirksrätin der SP musste nicht erst mittels Lobbyismus-Bemühungen von einer öffentlich finanzierten Bibliothek überzeugt werden.

## **5.5 Zusammenfassung**

Da die Abstimmungsbeispiele wenige Gemeinsamkeiten aufweisen, fällt es schwer, allgemeinverbindliche Aussagen zu den involvierten Akteuren und den benutzten Argumenten zu treffen. Die Unterstützung, oder zumindest die passive Akzeptanz des Projekts durch etablierte Politiker, scheinen entscheidend für den Erfolg zu sein. Der mit einer Bibliothekseröffnung verbundene grosse finanzielle und organisatorische Aufwand bedingt eine intensive Vorbereitung, langfristige Planung und eine aktive Abstimmungskampagne. Wie der Fall Allschwil im Kapitel Petitionen beweist, sind alle diese Voraussetzungen jedoch wertlos, wenn in der Bevölkerung kein breit abgestützter Wunsch nach einer eigenen Bibliothek vorhanden ist.



## 6 Abstimmungen zu Umzügen bestehender Bibliotheken

Ort	Jahr	Anliegen	Erfolg	Stimmenverhältnis	Abstimmungsart
Aarberg, BE	2009	Umzug in UBS-Gebäude	ja	einstimmig (160 anwesend)	Gemeindeversammlung
Aesch, ZH	2012	Umzug in umgebautes Gebäude, Kredit für wiederkehrende Mietkosten im Umfang von 30'000 Fr./Jahr	ja	einstimmig (81 anwesend)	Gemeindeversammlung
Buchs, ZH	2015	Neubau Gemeindesaal mit Bibliothek	ja	73% (1075 : 397)	Urnenabstimmung
Bütschwil, SG	2012	Umzug, grössere Räume	ja	einstimmig	Bürgerversammlung
Chur, GR (kantonal)	2015	Ergänzungsneubau für die Mediothek der Kantonsschule im Rahmen von 23,5 Millionen Franken, Umzug in diesen	ja	61.6%, 35% Stimmbeteiligung	Urnenabstimmung
Elgg, ZH	2011	2,225 Millionen für eine neue Bibliothek, Neubau	ja	ohne Gegenstimme, 53 Anwesende	Gemeindeversammlung
Eschlikon, TG	2014	Umzug, Kauf des dafür vorgesehenen Gebäudes	ja	75%, 44% Stimmbeteiligung	Urnenabstimmung
Gossau, SG	2011	Umzug der Bibliothek	ja	71,6%	Urnenabstimmung
Hildisrieden, LU	2016	Auslagerung der Schulbibliothek in Posträume, 50% weniger Medien, zusätzl. 1 Rückweisungsantrag	nein	87% (130 : 20)	Gemeindeversammlung
Hildisrieden, LU	2017	Umzug der Bibliothek in das freiwerdende Feuerwehrlokal, 420'000 Franken	ja	grosse Mehrheit, 172 Anwesende	Gemeindeversammlung
Hitzkirch, LU	2015	Neues Schulhaus mit integrierter Schul- und Gemeindebibliothek	nein	48,5% Ja-Stimmen	Urnenabstimmung

Hunzenschwil AG	2006	Umzug der Bibliothek in Untergeschoss der Alten Turnhalle, deswegen Umbau der Turnhalle	ja (unklar, ob durch Bibliothek so gewünscht)	?	Gemeindeversammlung
Küssnacht, SZ	2012	Umzug und Neugestaltung der Bibliothek und der Ludothek, dafür Kauf des Gebäudes	ja	56% (2471 : 1966 )	Urnenabstimmung
Landquart, GR	2011	Umzug der Gemeindebibliothek	ja	keine Gegnerschaft	Gemeindeversammlung
Lengnau, AG	2016	Neue Schul- und Gemeindemediothek Lengnau in Neubau der Mehrzweckhalle	ja	73% (1161 : 421) Stimmbeteiligung 50,8%	Urnenabstimmung
Magden, AG	2006	Ausbau eines Dachstocks, dort Zusammenlegung der Schul- und Gemeindebibliothek	ja	einstimmig (85 von 2309 anwesend)	Gemeindeversammlung
Männedorf, ZH	2014	Neues Mehrzweckgebäude, dort neue Schul- und Gemeindebibliothek für 2,7 Millionen Franken	ja	60,5% (Stimm- beteiligung 64,2%)	Urnenabstimmung
Menzingen, ZG	2009	Umzug der Bibliothek in einen Neubau	ja	70% (125 : 53)	Gemeindeversammlung
Nefthenbach, ZH	2018	Aufhebung der beiden Bibliotheken, neue Bibliothek in Pavillon in Neubau	findet im Herbst 2018 statt	findet 2018 statt	Urnenabstimmung geplant
Rapperswil- Jona, SG	2011	Umzug und Einrichtung einer neuen Stadtbibliothek in Rapperswil-Jona	ja	mit grossem Mehr	Bürgerversammlung
Rheinfelden, AG	2013	Umzug, dort Kombination der Stadt- und Schulbibliothek	ja	mit grossem Mehr	Gemeindeversammlung
Rüti, ZH	2011	Errichtung einer grösseren Bibliothek an einem neuen Ort	ja	54%	Urnenabstimmung
Sirnach, TG	2017	Planungskredit für Umzug in gekauftes Gebäude, Umbau	ja	mit grossem Mehr,	Gemeindeversammlung

				keine Diskussion	
Sirnach, TG	2018	Ausführungskredit für Umzug in gekauftes Gebäude, Umbau	findet Ende 2018 statt	findet Ende 2018 statt	Gemeindeversammlung
Spiez, BE	2006	Umsiedlung der Bibliothek, Renovierung des vorgesehenen Gebäudes	nein	46.4% (1885 : 1635)	Urnenabstimmung
Spiez, BE	2012	Umsiedlung der Bibliothek in Neubau	ja	63,43% (2604 : 1408)	Urnenabstimmung
Steinhausen, ZG	2013	Bau eines Gemeindesaals mit Bibliothek	ja	54.5% (1973 : 1644)	Urnenabstimmung
Suhr (3 mal), AG	2014	Verlegung Bibliothek in Untergeschoss, dafür Verzicht auf Mehrzweckraum (verschiedene Versionen)	Ansichtssache	146 : 138, sowie 74 : 177 und 232 : 29	Gemeindeversammlung
Trüllikon, ZH	2006	Umzug der Gemeindebibliothek	ja	98% (48 : 1)	Gemeindeversammlung
Turbenthal, ZH	2018	Umzug, Neueinrichtung	findet 2018 statt	findet 2018 statt	Wohl Urnenabstimmung
Uetikon, ZH	2009	Umzug in grössere Lokalität, Bezahlung zukünftiger Mietkosten (Abstimmung über Kauf 2013)	ja	66 : 65	Gemeindeversammlung
Uznach, SG	2012	Umzug, doppelt so grosse neue Bibliothek	ja	91,2% (310 : 30)	Bürgerversammlung
Wädenswil, ZH	2010	Bau einer Stadtbibliothek mit Schulbibliothek	ja	75.40%	Urnenabstimmung
Wallisellen, ZH	2013	Neue Alterssiedlung mit Bibliothek, deswegen Umzug	ja	komfortable Mehrheit	Gemeindeversammlung
Wallisellen, ZH	2013	Neue Alterssiedlung mit Bibliothek, deswegen Umzug	nein	38.7% (1633 : 2592)	Urnenabstimmung
Wetzikon, ZH	2012	Umzug in doppelt so grosse Räumlichkeiten	ja	54,7% (2680 : 2220)	Urnenabstimmung

Wilchingen, SH	2013	Bau eines Multifunktionsraums mit Bibliothek für 125'000 Fr.	ja	deutliche Mehrheit	Gemeindeversammlung
Zollikon, ZH	2006	neues Quartiertreff für 5 Millionen Franken, Umzug Bibliothek	ja	klar	Gemeindeversammlung
<b>Anzahl: 38</b>		<b>Erfolge: 30</b>			

Tabelle 7: Abstimmungen zu Umzügen bestehender Bibliotheken

## 6.1 Quantitative Auswertung

*„In jedem Dorf, in dem eine Zentrumsplanung im Gange ist, steht die Gemeindebibliothek an, um sofort umzuziehen.“<sup>190</sup>*

Die obige Aussage einer Journalistin der Zürichsee-Zeitung lässt sich für den Untersuchungszeitraum klar bestätigen. Kein Abstimmungsthema erfreute sich einer vergleichbaren Beliebtheit.

Die Bevölkerung genehmigte 78,9% der Anliegen und wies 10,5% von ihnen ab. 7,9% der Abstimmungen befanden sich Anfang 2017 noch in der Planungsphase, weitere 2,6% resultierten in ambivalenten Ergebnissen.

Die Bibliotheksunterstützer in Hildisrieden durften in einem konkurrenzlosen Negativrekord nur 13% der Stimmen auf sich verbuchen. Drei der fünf Bibliotheken mit gescheiterten Umzugsanliegen, darunter auch Hildisrieden, konnten sich letztlich in einer erneuten Abstimmung durchsetzen. Diese Siege ermöglichten den Bibliotheken in Spiez und Menzingen einen besseren und teureren Standort, als wenn sie bereits ihre erste Abstimmung gewonnen hätten.

Bei der Ablehnung der beiden übrigen Umzüge in eine Alterssiedlung und ein Schulhaus scheint die Involvierung der Bibliotheken keine entscheidende Rolle gespielt zu haben, da sich der Unwillen der Bevölkerung gegen die neuen Gebäude richtete.

Nur drei Beispiele in Graubünden, Männedorf und Spiez erreichten an der Urne Zustimmungswerte zwischen 60% und 70%. Mit 50% - 60% eher knapp war der Ausgang für insgesamt vier Bibliotheken in Küssnacht, Rüti, Wetzikon und Steinhausen. Mit je 75% war die Zustimmung in Eschlikon und Wädenswil am deutlichsten, gefolgt von Lengnau, Buchs und Gossau mit ebenfalls über 70% Ja-Stimmenanteil. Im Schnitt unterstützten 60,4% der Stimmbevölkerung die Umzüge an der Urne. Werden nur erfolgreich angenommene Umzüge beachtet, steigt der Ja-Anteil auf 64,4%.

Für die übrigen Abstimmungen konnten keine genauen Stimmenangaben gefunden werden, doch in der Berichterstattung deutete nichts auf einen umstrittenen Ausgang für die Bibliotheken hin.

Insgesamt gesehen konnten die Bibliotheken ihre Umzüge an den Gemeindeversammlungen und der Urne in mehr als der Hälfte der Fälle ohne nennenswerte Opposition durch das Stimmvolk erkämpfen (70% - 100% Ja-Anteil).

## 6.2 Kurzvorstellung der Abstimmungen

Manche Umzugsvorlagen in der Tabelle wurden inhaltlich mit weiteren Bibliotheksanliegen verbunden. Die Erläuterungen zum Fall **Aarberg** sind aus diesem Grund im Kapitel Finanzierungs- und Budgetanpassungen zu finden, diejenigen zu **Elgg** unter „Abstimmungen zu Bibliotheksschliessungen“, ebenso wie die Beispiele aus **Rheinfelden, Magden, Neftenbach** und **Hitzkirch**.

In **Hildisrieden** (2200 Einwohner) hätte wohl auch die beste Abstimmungskampagne der Welt nichts am negativen Ausgang ändern können. Die Schule sah sich aus Platznot gezwungen, im Zusammenhang mit der Einführung des zweijährigen Kindergartens den Raum der Bibliothek für eine dritte Kindergartenabteilung zu opfern und die Bücher in ein leerstehendes Postlokal zu verlegen. Nur die Hälfte der insgesamt 5000 Medien konnte an den neuen, deutlich kleineren Bibliothekstandort überführt werden. Die Kinder mussten nun die Kantonsstrasse überqueren, um zur Bibliothek zu gelangen, was die Leseförderung laut der betroffenen Bibliothekarin arg bremste.<sup>191</sup>

Der Gemeindepräsident (CVP) äusserte sich an der Gemeindeversammlung folgendermassen zu der Vorlage: «Nach Abklärung mit dem Schweizerischen Bibliotheksdienst und nach Evaluation des gemeindeeigenen Raumprogramms ist es zumutbar, die Bibliothek ausser Haus anzubieten.» Die Anwesenden stimmten dem zu und wiesen nach einer Diskussion auch den Antrag zur Rückweisung und Neuauflage an der nächsten Gemeindeversammlung ab.<sup>192</sup>

Glücklicherweise musste die Bibliothek wohl nur ein Jahr lang in der neuen Lokalität ausharren, ehe sich die Gemeindeversammlung für eine erneute Verlegung entschied. Da sich die Feuerwehr ab 2018 ein Magazin mit einer Nachbargemeinde teilt, wurde Ende 2017 das Feuerwehrlokal frei. Der Gemeinderat ergriff die Chance und beantragte erfolgreich einen Umbau und die Neueinrichtung der Räume für die Bibliothek im Umfang von 420'000 Franken. Sämtliche in das Geschäft involvierten Gemeinderäte gehörten der CVP und der FDP an.<sup>193</sup>

Die Gemeindeversammlung in Hunzenschwil (3000 Einwohner) bewilligte 2006 sechs Kredite im Gesamtumfang von 1,22 Millionen Franken, wovon 250'000 Franken für einen Bibliotheksumzug vorgesehen waren.<sup>194</sup>

---

<sup>190</sup> Eva Robmann: Bibliotheken wollen ins Zentrum, Zürichsee-Zeitung, 10.04.2012.

<sup>191</sup> Barmet, Emil: Bibliothek, Hildisrieder Panorama, Dezember 2016, S. 7.

<sup>192</sup> Ja zum Steuerfuss und der Bibliothek, Seetaler Bote, 08.12.2016.

<sup>193</sup> Ja zum Sonderkredit für Feuerwehr, Seetaler Bote, 07.12.2017.

<sup>194</sup> Gemeindeversammlungen, Aargauer Zeitung, 25.11.2006.

In **Wetzikon** (21'300 Einwohner) formierte sich eine in dieser Zusammensetzung wohl einmalige Anti-Bibliotheks-Koalition aus SP, SVP und Grünen, um den Umzug der 500 m<sup>2</sup> grossen Bibliothek in andere Räumlichkeiten zu verhindern. Der Gemeinderat hatte vorgeschlagen, die Einrichtung in den ersten Stock des Zentrums Möwe zu verlegen und sie dort auf 900 m<sup>2</sup> in verschiedene Nutzungsbereiche zu gliedern. Das Projekt sollte 3,54 Millionen Franken kosten. Darin waren die Projektierung, der Einbau der Bibliothek und die Mietkosten für einen zehnjährigen Mietvertrag mit der Besitzerin Credit Suisse enthalten. Die aktuelle Bibliothek war in den Augen des Gemeinderats zu klein für eine Regionalbibliothek, ungeeignet für Kinderwagen und aus Platzgründen nicht ausbaubar. FDP und EVP stellten sich mit Überzeugung hinter das Projekt. Die SP argumentierte, dass die hohen Mietkosten nicht zu rechtfertigen seien. Die SVP kritisierte, dass die Bibliothek zwar eine Regionalbibliothek sei, Wetzikon aber die Kosten dafür alleine tragen müsse. Auch für die Grünen war das Projekt zu kostenintensiv. Der stellvertretende Gemeindeschreiber bestritt dies und merkte zur Kritik der SP an, dass die Gemeinde momentan leider keine geeignete Liegenschaft besässe, und die Bibliothek deswegen in einem privat vermieteten Bau unterbringen müsse. Die Bevölkerungszahl sei in den letzten 30 Jahren stark gestiegen, die Bibliothek habe sich aber nicht verändern dürfen. «Zudem ist in Wetzikon mit einem weiteren Bevölkerungswachstum zu rechnen, was mehr Bibliotheksbenutzer bedeutet.»<sup>195</sup>

Das Stimmvolk nahm das Anliegen letztendlich mit fast 55% an.

Dass Kulturvereine und Kulturschaffende nicht in jedem Fall hinter Bibliotheksanliegen stehen, bewies 2014 eine Protestaktion von Künstlern gegen die Sparmassnahmen der Lokalregierung. Einer der Anwesenden zeigte kein Verständnis für die Neuausrichtung der Bibliothek bei gleichzeitiger Kürzung des Kulturbudgets.<sup>196</sup>

Die Präsidentin der EVP nannte den Umzug nachträglich zwar eine „positive Entwicklung“, klang aber nicht zu 100% überzeugt: „Sicher, im Vorfeld der Abstimmung zum recht hohen Kredit von 3,5 Millionen Franken für den Umbau und die Miete der ersten zehn Jahre hat sich manch einer gewundert, wenn nicht gar entsetzt und ein entschiedenes Nein in die Urne gelegt.“<sup>197</sup>

In **Uetikon** (6070 Einwohner) entschied nur eine einzige Stimme über den Erfolg des Bibliotheksumzugs in ein neues Gebäude, obwohl sich sämtliche Parteien zuvor für den Umzug und die jährlich anfallenden Kosten von 76'000 Fr. ausgesprochen hatten. Der Gemeinderat bewilligte für die baulichen Anpassungen und die Einrichtung der Bibliothek

---

<sup>195</sup> Heusser, Isabel: Opposition gegen neue Bibliothek, Zürcher Oberländer, 21.11.2012.

<sup>196</sup> Gubser, Werner: Kulturschaffende im Protest gegen Sparpläne, Zürcher Oberländer, 01.12.2014.

<sup>197</sup> Cossalter, Ursi: Positive Stadtentwicklung, Zürcher Oberländer, 09.09.2013.

einmalig 96'700 Fr.<sup>198</sup> Richtig glücklich mit der Mietlösung und dem neuen Standort war nur die CVP, da die Bibliothek das sterile Zentrum etwas aufwerten könne. Insbesondere die FDP äusserte Vorbehalte. Man wolle aber nicht die Bibliothek an sich in Frage stellen.<sup>199</sup> Die SVP betonte, dass die Bibliothek eine wichtige Funktion erfülle und dringend neue Räume brauche. Sie kritisierte jedoch, dass der Gemeinderat nicht offen über die Folgekosten und Folgeprojekte informiere. Auch der Standort am Dorfeingang statt an einer zentraleren Lage sei nicht optimal.<sup>200</sup> Die lauwarme Unterstützung der meisten Parteien schlug sich offenbar auch im Stimmverhalten ihrer Wähler nieder. Bemängelt wurde von den Anwesenden unter anderem, dass nicht mit einem umfassenden Konzept nach Lösungen des Platzproblems gesucht worden sei. Ein Antrag auf die Verweisung an die Urne wurde jedoch klar abgelehnt. Finanzielle Probleme scheinen eine geringe Rolle gespielt zu haben, denn die ebenfalls an der Versammlung genehmigte Jahresrechnung schloss mit einem deutlichen Plus von vier Millionen Franken.<sup>201</sup> Der Gemeinderat beantragte vier Jahre später, das Gebäude für 11 Millionen Franken zu kaufen. Die Grünen und die SVP äusserten hierzu keine Meinung. Die FDP und die Grünliberalen standen hinter dem Plan, während sich die CVP den Kauf nur vorstellen konnte, weil im Gebäude mit der Bibliothek eine Gemeindeeinrichtung untergebracht werde.<sup>202</sup>

In **Suhr** (10'000 Einwohner) entschieden ebenfalls nur wenige Stimmbürger über das Schicksal der Gemeindebibliothek. Mit 146 zu 138 Stimmen befürwortete die Gemeindeversammlung die von der FDP vorgeschlagene Verlegung der Bibliothek in das Untergeschoss eines 21,2-Millionen teuren Schulhauses, und verzichtete dafür auf den geplanten Mehrzweckraum. Der Schulhausbau selbst war mit nur fünf Gegenstimmen nicht umstritten. Die Stimmbürger selbst waren sich uneinig, ob eine Verlegung der Bibliothek für diese einen Vorteil oder einen Nachteil darstellt. Der neue Raum sei laut einer Lehrerin weniger schön als die alten Räumlichkeiten. Für die FDP und die SVP tue der Verlust der Bibliothek an ihrem alten, heimeligen Standort „weh“, der Preis müsse aber bezahlt werden. In den Augen des Gemeindepräsidenten wäre die Bibliothek an ihrem neuen Standort zentraler gelegen und besser erreichbar. Die Bibliothekarinnen waren bereits orientiert und durften bei der ersten Sitzung mit dabei sein, um bei der Gestaltung mitzureden.<sup>203</sup> Es ist somit für Aussenstehende schwer abzuschätzen, ob die Abstimmung dem Wunsch der Bibliothek entsprach.

---

<sup>198</sup> Eröffnung der Uetiker Bibliothek am 10. April, Zürichsee-Zeitung, 10.03.2010.

<sup>199</sup> „Kritische Fragen der FDP“, „CVP hat grosse Bedenken gegen Spital-AG“, „Nur befristeter Mietvertrag für Bibliothek“, alle auf der sechsten Seite der Zürichsee-Zeitung vom 13.06.2009.

<sup>200</sup> SVP Uetikon fasste Parole, Zürichsee-Zeitung, 15.06.2009.

<sup>201</sup> Speidel, Frank: Gemeindeversammlung schickt Bibliothek ins ehemalige «PAM»-Lokal, Zürichsee-Zeitung, 16.06.2009.

<sup>202</sup> Wenzler, Michel: Landverkauf ist umstritten, Zürichsee-Zeitung, 04.12.2013

Die Abstimmung in **Wallisellen** (15'900 Einwohner) verlief an der Gemeindeversammlung noch ganz im Sinne der Bibliothek, nur um dann an der Urne zu scheitern. Ein einziger Anwesender hatte in einer intensiven Diskussion durchsetzen können, dass sich die Stimmbevölkerung nach dem erfolgten Beschluss nochmals an der Urne zum Projekt äussern durfte. Für die alte, 150 m<sup>2</sup> umfassende Bibliothek waren in einem neuen Gebäude 524 m<sup>2</sup> vorgesehen, was die Gegner als überflüssig bezeichneten. Sie verschickten im Vorfeld der Urnenabstimmung Flyer an die Haushalte und stellten in ganz Wallisellen Plakate auf. Die Gegner kritisierten hauptsächlich den geplanten Standort der neuen Überbauung, jedoch nicht das Projekt an sich.<sup>204</sup> Die FDP bekämpfte das Anliegen als einzige Ortspartei, dafür jedoch umso intensiver. Der Gemeindepräsident (SVP) gab zu, die Niederlage bereits erwartet zu haben. «Wir haben unsere Aufgaben nicht gemacht.»<sup>205</sup> Der Nein-Entscheid der Bevölkerung war letztlich ein Bekenntnis zum beliebten und zentral gelegenen Gemeindehausplatz, und keine Kritik an der Bibliothek.

In geringerem Mass gilt dies auch für den geplanten Umzug der Bibliothek in **Steinhausen** (9700 Einwohner) in einen Neubau. Dem Flyer verschickenden Gegenkomitee gehörten vor allem Politiker der SVP und der FDP an. Der grösste Kritikpunkt war der geplante Gemeindesaal mit der Bibliothek, der meistens leerstehen würde. Viele Menschen hätten in den Worten der Gegner das Gefühl, Ja sagen zu müssen, weil bereits so viel Zeit und Geld in die Projektierung geflossen war.<sup>206</sup>

Auch die meisten der zahlreichen Leserbriefe kritisierten den geplanten Saal und, weniger prominent, auch die darin geplante Bibliothek als unnötig, überflüssig und überverteuert: „Zeigt die Tendenz, vor allem bei der jüngeren Bevölkerung, nicht eher zu den elektronischen Medien? Man lädt sich Filme, Bücher oder Musik bequem von zu Hause aus direkt auf das Tablet oder den PC. Wieso können die drei Medienstellen in Steinhausen nicht zusammengelegt werden?“<sup>207</sup>

Auch mehrere andere Leser sahen keine Notwendigkeit für eine Verbesserung der Bibliothekssituation: „Sollte der Saal trotzdem gebaut werden, freuen wir uns jetzt schon auf all die märchenhaften Erklärungen, wo und wie in der Gemeinde gespart werden soll.“<sup>208</sup>

Die Bevölkerung hatte ein sehr ähnliches Anliegen bereits 2006 abgelehnt, weswegen der Gemeinderat nun von Anfang an Parteien, Vereine und Kommissionen in die Planung

---

<sup>203</sup> Schlegel, Katja: Der FDP war fast alles nicht recht, Aargauer Zeitung, 29.11.2014.

<sup>204</sup> Lanner, Alexander: Komitee wehrt sich gegen Überbauung, Zürcher Unterländer, 30.08.2013.

<sup>205</sup> Wüthrich, Christian: Umstrittene Alterssiedlung darf nicht gebaut werden, Zürcher Unterländer, 23.09.2013.

<sup>206</sup> Hug, Rahel: Die Gegner der Überbauung formieren sich, Neue Zuger Zeitung, 19.10.2013.

<sup>207</sup> Rüegg, Gabriela: Zum geplanten Steinhauser Dorfzentrum „Dreiklang“, Neue Zuger Zeitung, 15.11.2013.

<sup>208</sup> Schlumpf, Karl: Braucht es das Dreiklang-Projekt im Steinhauser Dorfzentrum? Neue Zuger Zeitung, 31.10.2013.

involvierte und ihnen ein Mitspracherecht gab. Die Mobilisierung grösserer Bevölkerungskreise zeigte sich dann auch in der mit 63% äusserst hohen Stimmbeteiligung.<sup>209</sup>

In **Rüti** (11'700 Einwohner) konnte sich ein von der politischen Elite fast geschlossen unterstütztes Projekt nur sehr knapp durchsetzen. Alle Parteien ausser der SVP hatten sich für den Umzug ausgesprochen und dabei wenig Widerstand erfahren. Das Hauptargument der Befürworter lag in der intensiven Nutzung der veralteten Bibliothek durch die Bevölkerung. An Spitzentagen wurden innert drei Stunden bis zu 240 Kunden bedient. Die Ausleihzahlen stiegen von 20'000 auf 105'000 Verbuchungen. Die neue Bibliothek hätte ihre Fläche auf 750 m<sup>2</sup> verdreifachen können. Befürworter waren neben den Parteien auch die RPK und die Präsidentin der Primarschule Rüti.<sup>210</sup> Lesen sei gerade für die Wissensnation Schweiz eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung.<sup>211</sup> Auch die Bibliothekarinnen griffen in die mediale Diskussion ein und wiesen auf die praktischen Komplikationen in den engen Räumlichkeiten hin. «Man kann sich das Gedränge vorstellen, wenn ein Lehrer mit seinen 25 Schülern Lesestoff auswählen möchte».<sup>212</sup>

Nur zwei Wochen vor der Abstimmung machte das anonyme „Komitee Rütner Steuerzahler“ plötzlich mit einem Flugblatt gegen das Vorhaben mobil, wenig später gefolgt von der SVP mit einem argumentatorisch praktisch identischen Flyer. Das «Komitee Rütner Steuerzahler» gab als Absender eine Adresse an, an der die Firma Maschinenring ihren Sitz hatte. Diese wiederum wurde von dem SVP-Bezirkspräsidenten geleitet.

Anonyme Flugblattaktionen sind im Untersuchungszeitraum keine Seltenheit, doch hier spricht sich eine Journalistin erstmals eindeutig gegen diese Abstimmungskampfmethode aus: „Nicht nur waren die Argumente im Flugblatt wenig überzeugend – anonym gegen eine Abstimmungsvorlage zu wettern, ist schwach. Offenbar waren die Köpfe dahinter wenig überzeugt von ihren eigenen Worten, sonst hätten sie ihre Gesichter gezeigt.“

Die SVP selbst gab an, wie die Gesamtbevölkerung ebenfalls eine grössere Bibliothek zu wollen, aber nicht in diesem Umfang. Der geplante Umzug hätte 813'000 Fr. gekostet, der jährliche Unterhalt 555'100 Fr.

Mit ein Grund für den knappen Erfolg dürfte die mit nur 35% dürftige Stimmbeteiligung und die passive Haltung der restlichen Parteien gewesen sein. Von der CVP abgesehen, welche ein Flugblatt verschickte und Interviews gab, beschränkte sich die parteiliche Unterstützung auf kurze Stellungnahmen vor der Abstimmung. Die in den Fall involvierte Journalistin kritisierte dies scharf: „Darauf zu hoffen, dass die Gegner einer Vorlage genauso träge sind

---

<sup>209</sup> Hug, Rahel und Luc, Müller: Das Volk will die Zentrumsüberbauung, Neue Luzerner Zeitung, 25.11.2013.

<sup>210</sup> Lienin, Regula: Platz für mehr Benutzer und Bücher, regio.ch, 28.04.2011.

<sup>211</sup> Gmür, Isabella: Die Gelegenheit für eine moderne Bibliothek, Zürcher Oberländer, 07.05.2011.

<sup>212</sup> Lienin, Regula: Beinahe unumstrittene Bibliothek, Zürcher Oberländer, 05.05.2011.

wie sie selbst, ist die falsche Haltung. [...] Es scheint, als hätten sie das Konfliktpotenzial der Vorlage unterschätzt. Oder – und das ist wohl eher der Fall – das Interesse an einer neuen Bibliothek ist schlicht nicht gross genug.“ Dieses Verhalten sei laut dem Gemeindepräsidenten in Rütli jedoch normal: «Ich bin das gewohnt. Viele tun sich eben schwer damit, ihre Meinung deutlich zu äussern.»

Da Rütli seine neue Bibliothek im Verbund mit **Dürnten** (7500 Einwohner) betreiben wollte, musste die Gemeinde ebenfalls zustimmen. Mit 66% Ja-Stimmenanteil war der Enthusiasmus der Rütner für die Zusammenarbeit mit Dürnten deutlich grösser als für das Gesamtprojekt. Hätten die Dürntner abgelehnt, hätte Rütli die gesamten Kosten alleine tragen müssen.<sup>213</sup>

Auch in **Küssnacht** (12'500 Einwohner) erschien ein Verpflichtungskredit von über zwei Millionen Franken für die Bibliotheks- und Ludotheksneugestaltung einigen Stimmbürgern überrissen. Nach einer mit heftigen Emotionen verbundenen Gemeindeversammlung genehmigten die Bürger das Projekt mit 56%. «Wir dürfen zufrieden sein, dass wir eine Bevölkerung haben, die grosses Verständnis für Kultur zeigt», meinte der Ressortvorsteher für Bildung und Gesellschaft (CVP) an der Eröffnung im Beisein von Behördenmitgliedern, Kulturinteressierten und Mitarbeitenden. Zudem dankten er und die Vertreterin des Vereins Bibliothek Küssnacht einem CVP-Bezirksrat des Bildungsressorts, der sich im Abstimmungskampf unermüdlich für den neuen Standort und den damit verbundenen Kredit eingesetzt hatte.

Zwischen den ersten Gesprächen und der Fertigstellung des Projekts waren nur zwei Jahre vergangen.<sup>214</sup> Die Co-Präsidentin der SP und der Verein Bibliothek Küssnacht hatten etwa einen Monat vor der Abstimmung zwei Briefe in der Neuen Luzerner Zeitung publizieren lassen, in welchen sie die Ja-Argumente auflisteten. So sei der alte Standort nicht mehr zeitgemäss, die Bibliothek umfasse nur 85 m<sup>2</sup>, das neue Gebäude sei zentrumsnäher, besser erreichbar und biete Schulklassen einen Lesesaal. Der gemeinsame Standort der Bibliothek und der Ludothek ermögliche Synergien. „Wer heute die Ludothek beim Schulhaus Dorfhalden besucht, braucht fast übermenschliche Kräfte, um mit einem Kinderwagen die steile Treppe hinabzusteigen. Und ein Hinaufklettern mit den ausgeliehenen Artikeln birgt sogar Unfallgefahr.“<sup>215</sup>

Die Bündner Bevölkerung genehmigte 2015 in einer kantonalen Abstimmung 23,5 Millionen Franken für einen Ergänzungsneubau der Kantonsschule in **Chur**, der heute die Mensa und

---

<sup>213</sup> Heusser, Isabel: Rütis neue Bibliothek kam trotz Kampagne durch, Tages-Anzeiger, 16.05.2011 und Heusser, Isabel: Halbherziges Engagement, Zürcher Oberländer, 16.05.2011.

<sup>214</sup> Van de Giessen, Monika: Lesen, hören und spielen in der Bachmüli, Neue Luzerner Zeitung, 18.10.2012.

<sup>215</sup> Kretschi, Claudia und Nydegger, Jolanda: Eine neue Bibliothek ist für Küssnacht kein Luxus, Neue Luzerner Zeitung, 17.02.2012.

Mediothek beinhaltet. Das offizielle Organ des Bündner Gewerbeverbands, welches an 7000 KMU-Betriebe und politische Vertreter verschickt wurde, versuchte seine Leser folgendermassen von einem Ja zu überzeugen: „Ihr [der Mediothek] kommt die Aufgabe zu, die für den Unterricht relevanten Medien zur Verfügung zu stellen und die Schülerinnen und Schüler bei der Beschaffung und Auswertung von Informationen zu unterstützen. Mit ihrem umfangreichen Bestand an Medien in den Sprachen Deutsch, Romanisch und Italienisch erfüllt sie auch eine kulturelle und sprachpolitische Aufgabe für die Schülerschaft aus allen Kantonsteilen.“<sup>216</sup>

Das Geschäft passierte das Kantonsparlament ohne eine einzige Gegenstimme. Da die Vorlage dem Finanzreferendum unterlag, durften sich die Bündner dazu äussern. Die SVP-Fraktion im Grossen Rat stimmte dem Plan noch zu, doch die Delegiertenversammlung beschloss Mitte Februar 2015 dann die Nein-Parole. Alle anderen Parteien schlossen sich zu einem Ja-Komitee zusammen. 38,2% der Stimmenden lehnten den Bau schliesslich ab. Die Stimmbeteiligung betrug 35%.<sup>217</sup>

Der Beschluss der Gemeindeversammlung, die Bibliothek in **Bütschwil** (3360 Einwohner) zu verlegen, fiel zur Freude der Bibliothekarinnen einstimmig. Dies mag vielleicht damit zusammenhängen, dass die Bibliothek für ihre Grösse ein ausserordentlich umfangreiches und breites Veranstaltungsprogramm anbietet und unter der Bevölkerung entsprechend bekannt sein dürfte.<sup>218</sup>

In **Sirnach** (6800 Einwohner) schlug der Gemeinderat an einer Versammlung vor, die Bibliothek auszuquartieren, um die Räumlichkeiten der Schule und der Gemeinde zur Verfügung zu stellen. Die Bibliothek leide unter akutem Platzmangel und man suche schon länger nach geeigneteren Räumen. Der neue Standort sei massiv grösser und ideal dazu geeignet, viele Passanten anzulocken. Der Planungskredit für den Umbau im neuen Gebäude wurde mit grosser Mehrheit gutgeheissen.

In der Darstellung des St. Galler Tagblatts fällt auf, dass die drei anwesenden Gemeinderäte (zweimal SVP, einmal parteilos, aber FDP-nahe) in erster Linie beabsichtigten, die Vor- und Nachteile der Geschäfte aufzuzeigen und danach im Dialog mit den Anwesenden zu einer Entscheidung zu gelangen. Dies führte zu langen Diskussionen, aber letztendlich zur Annahme aller Vorlagen.<sup>219</sup>

---

<sup>216</sup> Bündner Gewerbe, Nr. 1, 2015, S. 10.

<sup>217</sup> Hablützel, Stefanie: Kanti Chur: Kampf um 27 Millionen für den Ergänzungsneubau, srf.ch, 24.02.2015 und Neue Kanti Mensa wird gebaut, srf.ch, 08.03.2015.

<sup>218</sup> Neue Bibliothek als Highlight, St. Galler Tagblatt, 25.01.2013.

<sup>219</sup> Lampart, Christof: Ja zur Dreifachturnhalle, St. Galler Tagblatt, 15.12.2017.

Die Bibliothek hatte sich in den Jahren vor der Abstimmung sehr positiv entwickelt. Die Ausleihen der physischen Medien stiegen 2016 um 12%, die Downloads digitaler Medien gar um 68%.<sup>220</sup>

Der Bau einer Mehrzweckhalle mit Raum für die Bibliothek setzte sich an der Urne in **Lengnau** (4500 Einwohner) mit 73% und einer Stimmbeteiligung von 51% problemlos durch. Der Gemeindepräsident deutete zumindest an, dass sich die Bibliothek vielleicht negativ auf das Stimmverhalten einiger Bürger ausgewirkt haben könnte: «Die Problematik bei solchen Projekten ist fast immer dieselbe. [...] Wenn man mehrere Dinge reinpackt, wie zum Beispiel die Einstellhalle, die Bibliothek, die Sporthallen, dann müsste man das Ganze in seiner Gesamtheit betrachten und beurteilen. Gegner der Einstellhalle, die sind dann einfach gegen das ganze Projekt.»<sup>221</sup>

Ähnlich dürften sich auch die Stimmbürger im Fall eines neuen Quartiertreffpunkts in **Zollikon** (12'000 Einwohner) verhalten haben. Da der neue Treffpunkt keine grosse Priorität bei den Behörden genoss, dauerte es Jahrzehnte, bis er zur Abstimmung gelangte. Die Bibliothek wurde in einem eigenständigen Flügel des L-förmigen Neubaus untergebracht.<sup>222</sup>

In **Wilchingen** (1700 Einwohner) beantragte der Gemeinderat einen Nachtragskredit von 125'000 Franken, um im ehemaligen Postlokal einen Multifunktionsraum mit der Gemeindebibliothek realisieren zu können. Die Votanten stellten mehrere kritische Fragen zum Multifunktionsraum, stimmten dem Kredit dann aber zu. Vereinsvertreter zweifelten an der Nützlichkeit des neuen Raums und verwiesen auf die Pläne zur Realisierung eines Oberstufenschulhauses, das dereinst neuer Standort der Bibliothek werden sollte.<sup>223</sup>

In **Eschlikon** (3800 Einwohner) entschied sich die Regierung bewusst dafür, die Bevölkerung zu einem Bibliotheksumzug zu befragen, um sich nicht des Verdachts der Umgehung des Volkswillens auszusetzen, obwohl dies rein rechtlich gesehen nicht nötig gewesen wäre. Die Bibliothekarinnen beklagten sich schon seit Längerem über Platzmangel. Insbesondere für Veranstaltungen mit Publikum waren die Räumlichkeiten zu klein. Die Gemeinde beschloss daraufhin, ein 950'000 Franken teures Gebäude einer Aktiengesellschaft für die Bibliothek zu kaufen.<sup>224</sup> Der Schulleiter und die Bibliotheksleiterin kämpften gemeinsam für die Vorlage. «Lesen ist wesentlich für jegliche Bildung. [...] Kinder, die sich mit Büchern beschäftigen, sind generell interessierter.»

---

<sup>220</sup> Gemeindeversammlung vom 23. Mai 2017, 20 Jahre Politische Gemeinde Sirnach, S. 53.

<sup>221</sup> Menge, Oliver: Der Souverän sagt deutlich Ja zur Halle, Aargauer Zeitung, 28.11.2016.

<sup>222</sup> Speidel, Frank: Neuer Treffpunkt soll pulsieren, Zürichsee-Zeitung, 08.02.2007.

<sup>223</sup> Klare Mehrheiten für Umbau und Renaturierung, Schaffhauser Nachrichten, 20.09.2013.

<sup>224</sup> Kühne, Olaf: Bibliothek zieht über die Urne um, St. Galler Tagblatt, 19.04.2014.

75% der Abstimmenden sahen dies zur Freude des Eschliker Gemeindeammanns (GLP) genauso, obwohl nur 15% der Einwohner die Bibliothek auch nutzten.<sup>225</sup>

Mit 67% Ja-Stimmenanteil genehmigten die Einwohner **Männedorfs** (10'800 Einwohner) den Bau eines Schul- und Mehrzweckgebäudes. Den Kredit für den Einbau der Schul- und Gemeindebibliothek billigten nur noch 60,5%. Offenbar sei er Einzelnen zu hoch erschienen, so der zuständige SVP-Gemeinderat. Dennoch sei er von der Deutlichkeit des Ausgangs positiv überrascht.<sup>226</sup> Der Gemeinderat hatte den benötigten Betrag für die Bibliothek ein Jahr zuvor aus verschiedenen Gründen zu optimistisch eingeschätzt. Die Besucher einer kurz vor der Abstimmung durchgeführten Informationsveranstaltung äusserten darüber Unverständnis.<sup>227</sup> Es ist anzunehmen, dass sich auch beim Urnengang einige Bürger an die falschen Berechnungen erinnerten.

In **Trüllikon** (1060 Einwohner) bewilligte die Gemeindeversammlung einen Kredit von 130'000 Franken für den Einbau einer neuen Schul- und Gemeindebibliothek im Zentralschulhaus. Die Vernetzung zwischen Bibliothek und Politik war hier sehr eng: Die Schulpflegerin war gleichzeitig die Bibliotheksleiterin und der zuständige Gemeinderat stand der Bibliothekskommission vor. Nur ein einziger Stimmbürger lehnte das Projekt ab und kritisierte, man solle doch nicht ausgerechnet das schönste Schulzimmer für die Umnutzung opfern. Der Primarschulpflegepräsident versicherte dem Votanten nach der Abstimmung, er dürfe die Bibliothek selbstverständlich trotzdem benutzen.<sup>228</sup>

In **Turbenthal** (4700 Einwohner) wird momentan eine Abstimmung über eine Kulturscheune als Teil des Schlosskomplexes im Dorfkern geplant. Sie soll als Kernstück eine neu eingerichtete, helle und geräumige Bibliothek enthalten. Die Denkmalpflege war ursprünglich alles andere als glücklich mit den geplanten baulichen Änderungen, kam dem damals zuständigen Regierungsrat (parteilos) aber letztlich entgegen. «Die Bibliothekskommission hat alle Räume schon eingerichtet – im Kopf», so der Politiker. Er würde das Projekt „für sein Leben gerne“ verwirklichen, doch die Kultur werde von der Politik oft stiefmütterlich behandelt. Der Plan stehe oder falle mit dem Lotteriefonds des Kantons. Dieser soll 3 Millionen Franken beisteuern, die Turbenthaler Bevölkerung 4,5 Millionen.<sup>229</sup>

In **Wädenswil** (21'700 Einwohner) empfahlen fast alle Parteien die 2,7 Millionen Franken teure Umwandlung des Feuerwehrdepots in eine neue Stadtbibliothek. Die jährlichen Betriebskosten beliefen sich auf rund 400'000 Franken. Der Stadtpräsident gehörte der SVP

---

<sup>225</sup> Kühne, Olaf: Die Bücher wollen mehr Raum, 04.09.2014 und Kühne, Olaf: Die Eschliker Bibliothek kann umziehen, Thurgauer Zeitung, 29.09.2014.

<sup>226</sup> Gut, Patrick: Deutliches Ja zum Blatten-Kredit, Zürichsee-Zeitung, 10.02.2014.

<sup>227</sup> Gut, Patrick: „Einen Plan B gibt es nicht“, Zürichsee-Zeitung, 18.01.2014.

<sup>228</sup> Lüthi, Daniel: Kulturleben bekommt neuen Schwung, Der Landbote, 14.06.2006.

<sup>229</sup> Dahinden, Marc: Dornröschenschlaf neigt sich dem Ende zu, Der Landbote, 18.10.2017.

an. Seine Partei beschloss wegen der Betriebskosten die Stimmfreigabe, hatte das Projekt im Parlament aber noch einstimmig unterstützt.<sup>230</sup>

In **Buchs** (6300 Einwohner) plante die Gemeinde eine dreimal grössere Bibliothek für die Bevölkerung sowie einen neuen Gemeindesaal. Das Projekt kostete 7,6 Millionen Franken und wurde bei einer Stimmbeteiligung von 40% mit 73% Ja-Anteil genehmigt. Der parteilose Gemeindepräsident zeigte sich entsprechend erfreut.<sup>231</sup>

In **Uznach** (6300 Einwohner) bekämpfte für einmal der Präsident des Gewerbeverbands einen Bibliotheksumzug. Er setzte sich für die Bibliothek am alten Ort ein, um so das Städtli zu stärken. „Wieso soll sie an den Rand nach aussen abwandern?“ Der Vorschlag unterlag, da die bestehenden Örtlichkeiten nicht vergrössert werden konnten, obwohl sich die Ausleihzahlen seit 2001 verdoppelt hatten.<sup>232</sup>

Auch die SVP war von der Umzugs-idee nicht angetan, stellte sich aber nicht per se gegen die (grössere) Bibliothek. Doch man täte besser daran, Wege aus der Schuldenspirale zu finden, statt in 1,5 Millionen Franken teure Projekte zu investieren. Uznach müsse ein attraktiver Wohnstandort bleiben, meinte hingegen der FDP-Präsident. Schlussendlich stimmten 85% der Anwesenden für das Anliegen.<sup>233</sup>

Auch in **Gossau** (18'000 Einwohner) standen die Spitzen der meisten lokalen Parteien hinter einem Bibliotheks- und Ludotheksumzug in einen viermal grösseren Raum. «Das ist eine gute Sache. Wir wollen, dass die Vorlage vors Volk kommt», meinte etwa der Präsident der CVP. Das Stadtparlament stimmte dem zu (23:6). Der IG Kultur, der IG Sport, den Mitgliedern der Bibliothek und vielen Privatleuten gelang es, die Bevölkerung für die Vorlage zu mobilisieren, etwa durch frühmorgendliche Flyerverteilungen am Bahnhof. Dies zeigte sich auch in der hohen Stimmbeteiligung von über 50%.

Die jährlichen Zahlungen Gossaus wurden von 210'000 Fr. auf 658'000 Fr. erhöht, unter anderem weil die Ludothek neu nicht mehr ehrenamtlich betrieben wurde. Die Katholischen und die Evangelischen Kirchgemeinden und die Gemeinde Andwil hatten sich in der Vergangenheit ebenfalls mit 30'000 Fr. an der Finanzierung beteiligt, den grössten Anteil bezahlte jedoch immer Gossau.<sup>234</sup> Glücklicherweise stellte auch der Kantonsrat 100'000 Fr. aus dem Lotteriefonds bereit.

---

<sup>230</sup> Mürger, Pascal: Das Feuerwehrhaus kann zur Bibliothek umgebaut werden, Zürichsee-Zeitung, 08.03.2010 und Bosshard, Marianne: „Bibliotheksübergabe ist Chance“, Zürichsee-Zeitung, 19.02.2010.

<sup>231</sup> Cantieni, Martina: Ja zum Gemeindesaal, Furttaler, 27.11.2015.

<sup>232</sup> Leibundgut, Magnus: Werkhof kann renoviert werden, Zürichsee-Zeitung, 04.12.2012.

<sup>233</sup> Kriese, Ramona: Bibliothek platzt aus allen Nähten, Zürichsee-Zeitung, 01.12.2012 und Allemann, Marc: Uzner wollen doppelt so grosse Bibliothek.

<sup>234</sup> Bolt, Rita: Die Bibliothek Happy machen, St. Galler Tagblatt, 01.03.2011 und Rohner, Rafael: Deutliches Ja zur neuen Bibliothek, St. Galler Tagblatt, 28.11.2011.

Die Abstimmung wurde weitherum wahrgenommen. So trafen auch Gratulationen der Kantonsbibliothek, des kantonalen Amtes für Kultur und des Gymnasiums Friedberg ein.<sup>235</sup>

Die SVP störte sich nicht am neuen Standort, sondern an den nun anfallenden Lohnkosten für die Ludothek. Der Wechsel an den grosszügigeren neuen Standort müsse vorerst genügen. Alles andere sei eine „Luxuslösung“. Die FDP war ebenfalls nicht begeistert von den höheren Jahreskosten: «Doch den Betrag auf Kosten des Personals zu reduzieren, kommt für uns nicht in Frage».<sup>236</sup>

Die Warnungen der FDP und SVP waren nicht völlig aus der Luft gegriffen, denn bereits Anfang 2015 stellte der Gemeinderat die Bevölkerung wegen eines finanziellen Engpasses vor das Ultimatum, entweder die Bibliothek zu verlieren oder eine Steuererhöhung von mindestens 3% zu akzeptieren. Zwar würde er lieber im sozialen Bereich sparen, aber durch die bestehenden Gesetze seien ihm hier die Hände gebunden. Die Bevölkerung stimmte der Steuererhöhung schliesslich zu.<sup>237</sup>

Die damals 1000 Einwohner in **Aesch** genehmigten 2012 80'000 Fr. für den Umbau eines Bauernhauses, das nun auf zwei Stockwerken die Gemeindebibliothek beheimatet und dadurch den Dorfteil belebt. Vor dem Umzug umfasste die Bibliothek nur gerade 45 m<sup>2</sup> und war mit 3500 Medien angefüllt.<sup>238</sup> An der Gemeindeversammlung verkaufte der Gemeinderat das Anliegen wie folgt: „Gerade in Zeiten von starkem Bevölkerungswachstum sind Orte, in denen sich die Bevölkerung ungezwungen treffen kann, sehr wichtig. Die steigenden Benutzer- und Ausleihzahlen der Gemeindebibliothek belegen die Beliebtheit und den Stellenwert dieses Treffpunkts für die Bevölkerung. Im Jahr 2011 waren 25% der Einwohnenden aktive Benutzer. Als Benutzer eingetragen sind 341 von 1'083 Personen!“<sup>239</sup>

Als typische Zürcher Landgemeinde entfallen in Aesch ca. 60% der Stimmen auf die Rechtsparteien SVP und FDP.<sup>240</sup>

---

<sup>235</sup> Rohner, Rafael: Eine Bibliothek zieht um, St. Galler Tagblatt, 14.12.2011.

<sup>236</sup> Vögele, Adrian: Ja zur Bibliothek in Sicht, St. Galler Tagblatt, 02.09.2011.

<sup>237</sup> Kilchör, David: Bibliothek und Polizei auf der Abschlusliste, Zürcher Oberländer, 25.03.2015.

<sup>238</sup> Die Bibliothek soll umziehen, Aargauer Zeitung, 18.05.2012.

<sup>239</sup> Aesch Gemeindeversammlung, 06.06.2012, S. 25.

<sup>240</sup> Vgl. die Statistiken zu den Nationalratswahlen 2003 und 2011.

### 6.3 Fallstudie: Die Bibliothek und Ludothek Spiez

*„80 Prozent der Bevölkerung nutzen deine Bibliotheken nicht.  
Das darf man bei einer Volksabstimmung nie vergessen.“*

**Gesprächspartner:** René Barben (Vereinspräsident), Walter Zimmermann (früher Vereinspräsident)

#### Die Gründe für die Auswahl des Falls

Der 2012 vom Stimmvolk genehmigte Neubau der Bibliothek Spiez ist schweizweit einer der bekanntesten und teuersten. Mehrere der befragten Bibliotheksvertreter aus anderen Ortschaften waren mit dem Fall Spiez vertraut und erwähnten ihn ohne Ermunterung seitens der Interviewerin. Die Ablehnung des ersten Projektes trotz offensichtlicher Notstände im bestehenden Gebäude ist ungewöhnlich, was eine genauere Betrachtung ebenso rechtfertigt wie das Ausmass der mit den beiden Kampagnen verbundenen Öffentlichkeitsarbeit.

#### Portrait der Bibliothek und ihrer Gemeinde

Spiez ist eine touristisch gut erschlossene, am Thunerseeufer gelegene Weinbaugemeinde. Mit über 12'000 Einwohnern ist sie die grösste Gemeinde des westlichen Berner Oberlands.

Die Wähleranteile der SP und SVP weichen in Spiez nicht stark vom landesweiten Durchschnitt ab, dafür ist die CVP durch die protestantische Prägung der Region traditionell sehr schwach vertreten. Auch die FDP besass zum Zeitpunkt der Abstimmungen mit einem Wähleranteil von 8% vergleichsweise wenig Unterstützung. Der Gemeindepräsident gehörte bis 2016 der SP an. Der grosse Gemeinderat dient als Parlament.

Die bekannteste und von weither sichtbare Attraktion ist das Schloss Spiez mit seiner über 1000-jährigen Schlosskirche. Laut dem SBB-Magazin Via besitzt Spiez heute ausserdem eine der zehn schönsten Bibliotheken der Schweiz. Diese wurde 2015 von 27'459 Kunden besucht und verbuchte ca. 109'000 Medien. Jeder Einwohner tätigte im Schnitt etwa 9 Ausleihen. Die Bibliothek dient dem benachbarten Oberstufenzentrum Längenstein gleichzeitig als Schulbibliothek und ist seit 1994 Regionalbibliothek des Kantons Bern.

#### Die erste Abstimmung

Die alte 200 Quadratmeter grosse Bibliothek befand sich seit 1979 in einem einfachen provisorischen Pavillon, der ursprünglich nur für 10 Jahre bestehen sollte. Die klimatischen Verhältnisse im Containerbau waren entsprechend schwierig zu beeinflussen, sodass längere Aufenthalte für Mitarbeiter/-innen und Kunden gerade im Winter zur Herausforderung wurden. Im Jahr der ersten Abstimmung wuchs bereits Efeu durch die Wände, was die Bibliotheksseite für ihren Abstimmungskampf aufzugreifen wusste. Die völlig unzureichenden Verhältnisse vor Ort bildeten das Hauptargument der Bibliotheksvertreter.

Diese hatten sich bereits seit den 90er Jahren für einen neuen Bibliotheksstandort eingesetzt. Die Gruppierung um den Lehrer Gerhard Schafroth versuchte mehrfach erfolglos, die Gemeinde von einem Umzug zu überzeugen, erkannte aber dann, dass nur eine Volksabstimmung an der Urne den gewünschten Betrag genehmigen konnte. Um eine solche zu gewinnen, mussten Unterstützer ausserhalb des traditionell bibliotheksaffinen Schul- und Bildungsmilieus rekrutiert werden. Ein Verein erschien als die geeignetste Organisationsform, um dieses Ziel zu erreichen, da Vereine finanziell und politisch unabhängig agieren können. Der Spiezer Frauenverein besass damals 800 Mitglieder, die Gruppe der Bibliotheksunterstützer aber nur 10 bis 12. Diese Tatsache bedingte eine aggressive Anwerbungsstrategie, um die eigene Basis zu erweitern und möglichst viele Spiezer aus möglichst breiten Bevölkerungskreisen zu einem Vereinsbeitritt zu bewegen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, brauchte der Verein ein neues, zugängliches Gesicht mit tiefer Verankerung und guter Vernetzung in der Gemeinde. Die Wahl fiel auf den lesefreudigen Unternehmer Walter Zimmermann. Er war an keine Partei gebunden und besass gute Kontakte zum lokalen Gewerbe.

Obwohl Herr Zimmermann leidenschaftlich gerne liest und Bücher als wichtiges Kulturgut betrachtet, pflegte er damals keinerlei Verbindungen zum Bibliotheksmilieu: „Aber alles, was das Lesen fördert, ist gut.“ Genau diese Aussenseiterperspektive kam der Bibliothek in ihrem Abstimmungskampf sehr zugute.

Die offizielle Gründung des Vereins fand im Jahr 2000 statt. Dass die Umsetzung ihres Anliegens Jahre dauern würde, war allen Involvierten bewusst. Grundsätzlich ging der Verein von einer drei- bis fünfjährigen Zeitspanne zwischen der Vereinsgründung und der Ausschreibung des Neubauwettbewerbs aus. Die Gemeinderegierung traf bereits bald Abklärungen und plante 2001 einen Verpflichtungskredit von 220'000 Fr. Ihr bevorzugter neuer Bibliotheksstandort war das „Fausterhaus“, eine nahe der Schule gelegene, als erhaltenswert eingestufte Scheune im Gemeindebesitz.

Der neu gegründete Verein zielte darauf hin, die Bibliothek als zukünftige Drehscheibe der Spiezer Kulturszene darzustellen. Herr Zimmermann versprach sich eine fruchtbare Zusammenarbeit mit den bestehenden Kulturanbietern, welche die geplante grössere Bibliothek für ihre Veranstaltungen hätten nutzen können.

Herr Zimmermann kontaktierte die mitgliederstarken Vereine und Organisationen der Gemeinde und formte eine Unterstützungsgruppe mit ihren jeweiligen Präsidenten. Prominente Fürsprecher waren etwa die Präsidenten der Rebbaugenossenschaft, des Männerchors, des Gewerbeverbands, der Volkshochschule und des FC-Spiez, ausserdem der Organisator des Film-Festivals Thunersee sowie über 20 andere bekannte Spiezer.

Als Slogan der Kampagne wählte der Bibliotheksverein den Satz „Wenn nicht jetzt, wann dann?“. Diese Botschaft sollte der Öffentlichkeit so oft wie irgend möglich vermittelt werden.

Die Rekrutierung verlief sehr erfolgreich: Nach nur zwei Jahren waren bereits 400 Spiezer Gönner und Vereinsmitglieder. 60 Firmen aus allen Branchen unterstützten die Vereinigung. Zu den Sponsoren gehörten Näherinnen, Goldschmiede, Elektriker, Friseure, Holzverarbeiter, Bodenbeleger, Bäcker, Autoreiniger, Drogisten, Hoteliers, Gipser, Maler, Kinobesitzer, Optiker, Immobilieninvestoren und Blumenverkäufer.

Herr Zimmermann suchte bewusst den Kontakt mit „bibliotheksfernen“ Gruppen wie Fussballvereinen, Autofans und Garagisten, um durch spezifisch auf sie zugeschnittene Veranstaltungen Sympathie und Goodwill zu generieren. Zu den eingeladenen Rednern der Bibliothek gehörten über die Jahre etwa Claude Longchamp, Polo Hofer, der Trainer des YB, ein Flugzeugexperte, der frühere Leiter des Nachrichtendienstes, tibetische Nonnen und der Tagesschau-Chef, aber auch traditionellere Gäste, wie Krimiautoren. Bibliotheksanlässe in Partnerschaft mit der Volkshochschule und dem Schloss Spiez zementierten den Ruf der Bibliothek als Kultur- und Bildungsanbieter. Vereinsmitglieder profitierten von vergünstigten Konzerteintritten und anderen Vorteilen. Auf diese Weise konnten über 100 Anlässe durchgeführt werden. Die Bevölkerung reagierte positiv auf diese.

In Herrn Zimmermanns Augen waren der Umfang und die Qualität der veranstaltungsbezogenen medialen Berichterstattung ebenso wichtig wie die tatsächliche Anzahl der Programmteilnehmer. Ein längerer Zeitungsartikel multiplizierte den Werbeeffect einer Veranstaltung.

Herr Zimmermann publizierte keine kostenpflichtige Werbung, da das Ziel seiner Kommunikationstaktik in erster Linie darin lag, der Bevölkerung den Wert der Bibliothek und ihr Zukunftspotential zu vermitteln.

Bei der Berichterstattung zeigte sich eine Diskrepanz zwischen links- und rechtsgerichteten Berichten, was Herr Zimmermann damit erklärt, dass sich bürgerliche Wähler bei Finanzvorlagen allgemein kritischer äussern würden. Von allen untersuchten Bibliotheksabstimmungen besitzt Spiez wohl die umfassendste und detaillierteste Berichterstattung. Nur hier organisierte eine Zeitung ein Streitgespräch zwischen zwei Politikern und widmete diesem mehrere Seiten. Der Gesprächsleiter warf dem FDP-Vertreter etwa vor, die Bibliothek abzulehnen, weil sie als „Arme-Leute-Institution“ keine FDP-Wähler anspreche.<sup>241</sup> Der Interviewer wurde später Redaktor und liess nach dem Abstimmungssieg sechs Jahre später keinen Zweifel daran, wo seine Sympathien lagen.<sup>242</sup>

---

<sup>241</sup> Peternell, Svend: Wieviel darf das Ganze denn kosten? Berner Oberländer, 03.05.2006.

<sup>242</sup> Peternell, Svend: Weg frei für das Zukunftsprojekt, Berner Oberländer, 18.06.2012.

Spiez besass zum damaligen Zeitpunkt nur eine Regionalzeitung, doch erreichte diese eine relativ hohe Abdeckungsdichte. So verfügten damals fast 60% der Haushalte über ein Abonnement des Berner Oberländers. Der Vereinsleiter kannte den Inhaber der Zeitung, welche regelmässig über die Bibliotheksaktionen berichtete.

Da die nahegelegene Schule zu den besten Kunden der Bibliothek zählte, baten die Bibliotheksvertreter den Schulleiter darum, einen Text zu verfassen. Auch die Vereinsmitglieder und ihre Familien wurden angeschrieben und aktiv in den Abstimmungskampf miteinbezogen.

Neben den engen Kontakten mit den Printmedien druckte und verteilte der Verein auch Broschüren und publizierte Veranstaltungshinweise sowie andere Texte im Gemeindemagazin „Spiez Info“. Dieses wird einmal im Monat an alle Haushalte verteilt.

Die Spiezer wurden darüber hinaus mittels eines 6000 Auflagen starken Jahresberichts über den Zustand der Bibliothek und die Aktivitäten und Pläne des Vereins informiert. Alljährlich wies die Publikation subtil auf die steigenden Ausleihzahlen und die beengten, unzureichenden Räumlichkeiten hin und plädierte für eine langfristige Lösung.

Die Bibliotheksseite sprach an Strassenständen Passanten auf die Vorlage an und besuchte 2001 eine lokale Gewerbeausstellung. Deren Organisatoren offerierten der Bibliothek einen kostenlosen Stand, um ihre Organisation vier Tage lang vorstellen zu können.

Der Verein konzentrierte sich nicht nur auf das Dorf Spiez, sondern auch auf die umliegenden dazugehörigen, bibliothekslosen Gemeinden.

Die Strassenaktionen riefen nur wenige kritische Gegenstimmen hervor, was Herrn Zimmermann überraschte. Offenbar suchten fast nur Bibliothekssympathisanten das Gespräch. Dieser mangelnde Widerstand sei potentiell gefährlich, weil er die Bibliotheksseite in falscher Sicherheit wiegen könne. Auch deckt er sich nicht mit den Befunden der Fallstudie Chur. Möglicherweise existieren in Spiez tatsächlich weniger Bibliotheksgegner, oder diese scheuen die direkte Konfrontation aufgrund der geringeren Anonymität im Vergleich zum städtischen Chur.

Neben der beschriebenen traditionellen Öffentlichkeitsarbeit betrieben die Bibliotheksunterstützer auch intensive Lobbyismus-Arbeit. Herr Zimmermann kannte 35 der insgesamt 36 Mitglieder des Grossen Rates gut bis sehr gut und bat die Parteien, sein Bibliotheksanliegen an den jeweiligen Fraktionssitzungen vorstellen zu dürfen. Sämtliche Parteien genehmigten dies. Der Bibliotheksverein dankte und hielt den Kontakt auch nach der Präsentation weiter aufrecht. Die FDP und SVP lehnten das Anliegen als einzige Parteien ab, wenn auch, im Fall

der SVP, nach „intensiver Diskussion“.<sup>243</sup> Für die FDP war ein Kredit von 3,4 Fr. Millionen zum aktuellen Zeitpunkt „nicht zu verantworten“. Auch am aktuellen Standort der Bibliothek liesse sich ein zeitgemässes, modernes und günstigeres Projekt erstellen. Für die SVP konnte sich die Gemeinde einen Umbau für 3,4 Millionen leisten, nicht aber die jährlichen Folgekosten.<sup>244</sup>

Die finanzielle Situation der Gemeinde war damals alles andere als rosig und die vorgesehenen 3,4 Millionen Fr. waren für eine verschuldete Gemeinde mit einem Jahresbudget von 60 Millionen Franken keine Kleinigkeit. Das zweite wichtige Argument einiger kritischer Parlamentarier bezog sich auf die schwierigen baulichen Verhältnisse im vorgesehenen Gebäude. Wie bei geschützten Bauten üblich, waren die mit dem Umbau verbundenen geplanten Kosten hoch und nur schwer im Detail abzuschätzen. Die Politiker fragten sich, ob das geplante Budget ausreichen würde. Herr Zimmermann ging so weit wie möglich auf diese Zweifel ein. Grundsätzliche Kritik an der Bibliothek und an der Notwendigkeit eines Umzugs übte keine Partei, da die unhaltbaren Zustände in den provisorischen Räumlichkeiten nicht zu leugnen waren.

Die Gegenseite startete ihrerseits eine Postkartenkampagne und verfasste ebenfalls Leserbriefe, sprach die Bibliotheksseite aber nicht in persönlichen Gesprächen direkt an. Die Kritiker bemängelten, dass das vorgesehene Projekt zu teuer und der Zeitpunkt schlecht gewählt sei.

Obwohl niemand in der Regierung die Pläne der Bibliothek aktiv bekämpfte, zeigte weder sie noch die Baukommission grossen Enthusiasmus. Zwar stand die Gemeinde offiziell hinter dem Projekt, doch beschränkte sie sich auf einige wenige unterstützende Worte.

Wer nicht in Vereinen aktiv, in die Verwaltung integriert, oder politisch bzw. kulturell interessiert war, pflegte auch keinen Kontakt mit den Bibliotheksvertretern. Dies machte es für den Verein sehr schwer, die Haltung der breiteren Bevölkerung vor dem Abstimmungstag korrekt einzuschätzen.<sup>245</sup> Die Lage schien ruhig. Sowohl ein Sieg als auch eine Niederlage lagen für den Verein im Bereich des Möglichen.

### **Die Folgen der Abstimmungsniederlage**

Nach der Verkündung des Endresultats meldeten sich Radio und Zeitungen beim Verein und baten um eine Stellungnahme. Die Bibliotheksvertreter waren zuerst enttäuscht, begannen aber schnell, nach den Gründen für ihre Niederlage zu suchen. Sie kamen zum Schluss, dass die Stimmbevölkerung ihre Pläne nicht aufgrund mangelnder Wertschätzung für die

---

<sup>243</sup> Nein zu neuer Bibliothek, Berner Oberländer, 08.05.2006.

<sup>244</sup> Peternell, Svend: Befürworter sind leicht in der Überzahl, Berner Zeitung, 18.02.2006.

<sup>245</sup> Möglicherweise beteiligen sich diese Einwohnergruppen aber auch seltener an Abstimmungen, sodass dies keine Rolle spielte.

Bibliothek abgelehnt hatte, sondern die mit einem alten, denkmalgeschützten Gebäude verbundenen Risiken und Kosten scheute.

Noch am selben Tag änderte der Verein seinen Kampagnenslogan von „Wenn nicht jetzt, wann dann?“ zu „Nicht jetzt, aber bald“. Zwar bestand die berechtigte Sorge, dass die Bevölkerung der Bibliothek „Zwängerei“ und mangelndes Demokratieverständnis vorwerfen könnte, was das Anliegen gefährden würde. Mehrere Monate oder Jahre abzuwarten, hätte das Thema jedoch einschlafen lassen.

Herr Zimmermann schlug vor, die Bibliothek von einer Stiftung finanzieren und führen zu lassen, da eine Stiftung am Kapitalmarkt selbstständig Hypotheken aufnehmen kann. Die zu einer Info-Sitzung eingeladenen Parteipräsidenten reagierten etwas überrascht, aber grundsätzlich positiv auf die Idee. Die Gemeinde verfolgte die Idee letztlich nicht weiter, doch bewies der Vorstoss den Willen der Bibliothek, weiterzumachen und so Druck auf die Politik auszuüben: „Das hat gezeigt, dass wir nicht zehn Jahre warten wollten.“

Der Gemeinderat beauftragte bald darauf eine Arbeitsgruppe damit, in enger Kooperation mit dem Verein alternative Standorte und Möglichkeiten für die Bibliothek abzuklären. Das Fausterhaus war ein Baurisiko, doch auch alle anderen möglichen Standorte wurden letztlich verworfen. Der Kanton Bern revidierte schliesslich seine Haltung zum Fausterhaus und stellte klar, dass die Hülle des Gebäudes trotz seines geschützten Status nicht zwingend erhalten bleiben müsse, solange ein ähnlich aussehender oder vergleichbarer Bau seinen Platz einnehmen würde. Er half der Gemeinde beim Abbruch und machte so den Weg für einen Neubau frei. 70 internationale Architekturbüros bewarben sich für den ausgeschriebenen Wettbewerb. Die Wahl fiel letztlich auf ein 7,8 Millionen teures, zweigeschossiges Bauprojekt.

### **Die entscheidende 2. Abstimmung**

Durch die vorgesehene Kostenhöhe war die Bibliothek ein zweites Mal gezwungen, sich auf einen Urnengang vorzubereiten. Der Verein begann wieder damit, Unterstützer anzusprechen, entwarf ein neues Logo und druckte Plakate.



Abbildung 8: Kampagnenmaterial Spiez (Original in Farbe)

Im Vergleich zum letzten Abstimmungskampf bezog die Bibliotheksseite die Schule stärker in ihre Kampagne mit ein. Ihr stand diesmal weniger Zeit zur Verfügung, doch konnte sie nun auf die Unterstützung der Verwaltung und der Regierung zählen. Die finanzielle Situation der Gemeinde hatte sich in den Jahren dank Umzonungsmassnahmen stark verbessert. Gemeindeeigenes Landwirtschaftsland konnte neu als Bauland eingestuft und Schulden abgebaut werden. Auch plante die Gemeinde keine anderen Neubauten, oder sonstige Grossinvestitionen, konnte dafür aber eines ihrer Schulhäuser erfolgreich verkaufen.

Gerade die Verwaltung versprach sich ausserdem gewichtige Vorteile von dem geplanten Neubau, denn ihre sozialen Dienste waren ebenfalls in provisorischen Pavillons untergebracht. Da Spiez als regionales Zentrum für das stetig wachsende Sozialwesen fungierte, besaßen seine Mitarbeiter einen entsprechend hohen Raumbedarf. Der Zeitpunkt war gut, da sich die Regierung und die Verwaltung entschieden hatten, dieses Raumproblem nun endlich zu lösen, indem sie ihre Dienste, die Ludothek und die Bibliothek zusammen an einem Ort einquartierten. Herr Zimmermann geht davon aus, dass die Gemeinde einen Neubau, der nur die sozialen Dienste beherbergen sollte, an der Urne nicht hätte durchsetzen können, doch mit der Bibliothek und der Ludothek als Sympathieträger konnte sich die Regierung Chancen ausrechnen. Dennoch belegt dieses Vorkommnis, dass Verwaltungen in der Schweiz vielerorts zu einem eigenständigen politischen Akteur und Machtfaktor geworden sind, mit der Fähigkeit, Entscheidungsprozesse durch eigene Interessen und Perspektiven mitzugestalten (Linder/Mueller, S. 286).

Die Verwaltung durfte im Abstimmungskampf nicht offen Partei ergreifen, doch ihre Sympathie für das Anliegen war an den Infoanlässen für alle Anwesenden greifbar. Auch die Gemeinderäte standen im Gegensatz zur ersten Abstimmung fast geschlossen hinter den Plänen der Bibliothek. Die Politiker konnten im Vorfeld der Abstimmung nicht selbst Werbung betreiben, aber man habe in den Interviews rausgespürt, dass sie das Projekt vorbehaltlos

unterstützten. Die SVP-Parteiversammlung beschloss die Ja-Parole mit grossem Mehr,<sup>246</sup> doch die SVP-Fraktion im Grossen Rat entschied sich wegen der Folgekosten für die Stimmfreigabe. Das Parlament stimmte mit 33 zu einer Stimme zu. Die einzige Gegnerin war SVP-Mitglied und störte sich an der mangelnden Bescheidenheit des Projekts.<sup>247</sup>

Die Bibliotheksgegner in der Bevölkerung kritisierten wiederum die hohen Kosten, im Unterschied zur ersten Abstimmung aber auch die geplante Fassade («So darf sie nicht aussehen!»<sup>248</sup>).

Die Stimmbevölkerung genehmigte das Gebäude schliesslich mit über 63% Ja-Stimmenanteil bei einer Stimmbeteiligung von 44,7%. Die Stimmbeteiligung des ersten Urnengangs hatte bei 38,6% gelegen.

Nach der Eröffnung der neuen Bibliothek fusionierten die Vereine der Ludothek und der Bibliothek zum Verein Bibliothek Ludothek Spiez.

### **Empfehlungen**

Herr Zimmermann glaubt nicht, dass Bibliotheksbefürworter ihre Pläne nach einer Niederlage weiterverfolgen sollten, solange keine guten Gründe dafür vorliegen. „Es gibt Projekte, die man ruhen lassen muss.“ Der allererste Schritt sollte darin bestehen, die Gründe für die eigene Niederlage abzuklären. Da Herr Zimmermann die Parlamentarier gut kannte und sie im Anschluss an die Abstimmung das Gespräch mit ihm suchten, konnte er die Ursachen der Urnenniederlage gut einschätzen. Im vorliegenden Fall sei es für die Bibliotheksseite legitim gewesen, weiter an ihrem Ziel festzuhalten, weil der Verein genau wusste, woran er gescheitert war: Die Bevölkerung und Politik fürchteten sich vor den unkalkulierbaren Folgekosten, lehnten aber nicht die Bibliothek an sich ab.

Selbst Politiker, welche die Pläne im Abstimmungskampf noch kritisiert hatten, behaupteten nicht nur in persönlichen Gesprächen, sondern auch öffentlich, über die Ablehnung unglücklich zu sein. „Es war ihnen nicht recht“. In den Worten des FDP-Vertreters habe bei der ersten Abstimmung der Kopf über das Herz gesiegt: „Ich schaue das nicht als persönlichen Erfolg an. Ich bin nicht stolz, dass wir die Bibliothek zu Fall gebracht haben.“ Von Seiten der SVP klang es ähnlich: „Niemand ist gegen die Bibliothek und den Ausbau. [...] Für mich ist das ein Zeichen, dass wir die Bibliothek nicht auf die lange Bank schieben können.“<sup>249</sup>

---

<sup>246</sup> Zweimal Ja, Berner Oberländer, 02.06.2012.

<sup>247</sup> Peternell, Svend: Mehr Platz für Verwaltung und Bibliothek? Berner Oberländer, 09.06.2012.

<sup>248</sup> Leserbrief, Berner Oberländer, 17.04.2012.

<sup>249</sup> Peternell, Svend: Selbst bei den Gegnern wenig Freude, Berner Oberländer, 22.05.2006.

Der Vereinsleiter betont auch die Bedeutung einer möglichst breiten Unterstützerbasis. Ein Turnverein dürfe nicht nur Sportler überzeugen, wenn er den Abstimmungskampf um eine neue Turnhalle gewinnen wolle. Die Bibliothek vertrete eine kleine Minderheit von 20% und müsse sich somit zwangsläufig für breitere Bevölkerungskreise öffnen, indem sie diesen Gruppen einen Zusatznutzen anbietet. Dieses Potential überzeugend zu vermitteln, sei „matchentscheidend“ für Bibliotheksvorlagen, denn von 12'000 Einwohnern seien auch in Spiez höchsten 1000 wirklich kulturinteressiert.

Obwohl die Bibliothek aggressive Öffentlichkeitsarbeit betrieb und die Einwohner zu Festen und Tagen der offenen Tür einlud, hatten viele Spiezer sie noch nie von innen gesehen. Die Mehrheit der Einwohner sei an einem reinen Ausleihbetrieb nicht interessiert. Die Bibliothek besitzt durch ihre grossen Räumlichkeiten aber die Kapazität, zu einer Drehscheibe des Vereins- und Kulturlebens zu werden.

Viele der Bibliothekskunden waren und sind Kinder, Eltern und Senioren, während die Gruppe der 20- bis 35-jährigen untervertreten ist. Herr Zimmermann glaubt, dass vor allem Eltern im Sinne der Bibliothek abstimmten. Auch ältere Passanten reagierten überdurchschnittlich positiv auf die Informationsstände der Bibliotheksunterstützer. Es macht somit Sinn, diese Bevölkerungsgruppen gezielt anzusprechen. Auf kritische Fragen und Gegenargumente sei immer einzugehen.

Politiker von einer Idee zu überzeugen sei um ein Vielfaches einfacher, als eine ganze Einwohnergemeinde zu mobilisieren. Gerade bei grossen millionenteuren Projekten sei der Legitimationseffekt einer Urnenabstimmung aber nicht zu unterschätzen. Dieser sei wertvoll und wichtig für die langfristige Zukunft der Bibliothek. Eine mit über 60% der Stimmen genehmigte Bibliothek ist unbestreitbar gut in der Bevölkerung verankert. Dies entkräftet den Vorwurf, dass Bibliotheken ausschliesslich bildungsnahen Kulturfreunden dienen.

#### **6.4 Fallstudie: Die Stadtbibliothek Rapperswil-Jona**

*„Die Bevölkerung ist an Bürgerversammlungen recht vernünftig.*

*Man lässt sich nicht durch Einzelstimmen aus dem Konzept werfen.“*

**Gesprächspartner:** Thomas Rüegg (Schulpräsident/Stadtrat, FDP)

##### **Die Gründe für die Auswahl des Falls**

Der politische Prozess rund um die Eröffnung der Stadtbibliothek Rapperswil-Jona ist aus mehreren Gründen aussergewöhnlich. Die Umsetzung war sehr zielgerichtet und von Anfang an durch ein detailliertes Konzept geleitet. Alle Involvierten wussten bereits früh genau, wie ihre zukünftige Stadtbibliothek auszusehen und zu funktionieren hatte. Die Bibliotheks-

mitarbeiterinnen selbst verhielten sich eher zurückhaltend und hatten somit nur bedingt Anteil an der erfolgreichen Umsetzung des Anliegens.

Kein anderer Abstimmungsfall besass eine vergleichbar starke überregionale und nationale Ausrichtung. Die Bibliotheksunterstützer orientierten sich bewusst an den Erfahrungen anderer Bibliotheken und suchten aktiv die Zusammenarbeit mit Bibliotheksexperten, der SAB und der HTW Chur.

Die ungewöhnlich gut organisierte Gegnerschaft setzte sich für einmal nicht primär aus Politikern oder einzelnen bibliothekskritischen Stimmbürgern zusammen, sondern aus Gruppierungen, die ihre primären Eigeninteressen bedroht sahen. Tatsächlich lehnte keine einzige Partei die Pläne für eine neue Stadtbibliothek ab.

Der Kampf gegen die Schliessung der Stadtbibliothek in Jona lässt Parallelen zur zeitgleich geplanten Straffung des Bibliotheksnetzes in Köniz erkennen, im Gegensatz zum Fall Köniz verlief der Widerstand gegen die Schliessungsmassnahmen in Jona aber erfolglos. Die vorgesehene Umstrukturierung der Könizer Bibliothekslandschaft war jedoch einschneidender und eindeutig von Sparbemühungen getrieben, sodass beide Beispiele nicht direkt vergleichbar sind.

### **Portrait der Bibliothek und ihrer Stadt**

Heute besitzt die St. Galler Gemeinde Rapperswil-Jona knapp 27'000 Einwohner. Rapperswil, die Heimat der neuen Stadtbibliothek, hatte vor seiner Fusion mit dem grösseren Jona im Jahr 2007 ca. 7600 Einwohner, Jona 18'000.<sup>250</sup> Rapperswil-Jona ist zum aktuellen Zeitpunkt die grösste Schweizer Stadt ohne Parlament. Der Stadtrat setzt sich aus sieben Mitgliedern zusammen. Die SVP ist zwar momentan die wählerstärkste Partei, war zum Abstimmungszeitpunkt aber nicht in der Stadtregierung vertreten. Die Unterstützung für die unterschiedlichen Parteien entsprach bei den letzten Parlamentswahlen in etwa dem nationalen Durchschnitt.

Die Stadtbibliothek ist in Rapperswil-Jona dem Bildungsressort zugeordnet, während ihr Unterhalt in anderen Schweizer Städten meistens in den Verantwortungsbereich der Kultur fällt. Die beiden Vorgängerinstitutionen der Stadtbibliothek Rapperswil-Jona besaßen zusammen rund 7300 Kunden und verbuchten 2008 235'207 Medien. 2016 besuchten 4611 aktive Kunden die neue Bibliothek 80'417 Mal und liehen insgesamt 302'375 Medien aus (11,3 Ausleihen/Kopf). Die Nutzer- und Ausleihzahlen stiegen seit der Eröffnung der neuen Bibliothek stark an.

---

<sup>250</sup> Rapperswil-Jona in Zahlen, <http://www.rapperswil-jona.ch/de/gewerbe/standortvorteile/statistiken>

### **Vorgehen und Voraussetzungen für den Abstimmungserfolg**

Die Fusion der beiden Gemeinden Rapperswil und Jona bot 2007 einen willkommenen Anlass, im Zuge einer konzeptionellen Neuausrichtung der lokalen Bibliothekslandschaft auch einen Zusammenschluss der beiden Stadtbibliotheken umzusetzen. Die Idee einer vereinten, grösseren Bibliothek lässt sich bis in die Neunzigerjahre zurückverfolgen. Erste konkrete Bemühungen dazu gingen 2005 von den Stadt- und Gemeinderäten aus, stiessen aber auf wenig Begeisterung seitens der Stadtbibliothek Rapperswil, da die Leiterin ein Quartierbibliotheksmodell bevorzugte. Nach der erfolgreichen Vereinigung der Gemeinden gab der Stadtrat 2008 schliesslich den Auftrag, einen Konzeptbericht zu verfassen und die Fusion voranzutreiben. Ein Besuch in der Stadt- und Regionalbibliothek Uster überzeugte die Anhänger einer neuen, modernen Stadtbibliothek damals davon, dass die Zukunft ihrer eigenen Bibliothek in einer vergleichbaren Lösung liegen musste.

Mit nur etwa 250 Quadratmetern waren die beiden Bibliotheken zu klein, um zukünftigen Anforderungen gerecht werden zu können. Sie dienten vornehmlich als „Hol- und Bringorte“ für Medienausleihen. Dies änderte nichts an der Tatsache, dass die Rapperswiler und Joner ihre Bibliotheken intensiv nutzten und mit den bestehenden heimeligen Räumlichkeiten und Standorten sehr zufrieden waren. Die Herausforderung bestand folglich darin, ihnen die Notwendigkeit einer umfassenden Neuorientierung zu vermitteln, obwohl damals weder die Bibliotheksmitarbeiter noch ihre vielen treuen Kunden Interesse an einer grundlegenden Veränderung zeigten. Dies bedingte viel Überzeugungsarbeit bei allen involvierten Gruppen und gezielte mediale Kommunikationsbemühungen während des Abstimmungskampfs.

Herr Rüegg fungierte als Sprecher des Stadtrats und nahm eine führende Rolle in der mit dem Projekt verbundenen Öffentlichkeitsarbeit ein. In der öffentlichen Wahrnehmung wurde er zur Stimme und dem Gesicht der geplanten neuen Bibliothek. Hierbei halfen ihm seine langjährige Erfahrung als Schulpräsident und die damit verbundenen persönlichen Bekanntschaften.

Das Vorgehen der Bibliotheksbeauftragten wurde beinahe von Anfang an durch ein detailliertes Betriebs- und Kommunikationskonzept geleitet. Das Kommunikationskonzept legte 2009 etwa fest, dass der Kundennutzen und der Mehrwert der angestrebten Bibliothek durch den Vergleich mit bereits bestehenden vorbildlichen Lösungen in anderen Städten aufgezeigt werden sollte. „Die Kunst wird sein, den Kundenmehrnutzen verständlich darzustellen, ohne das bestehende Angebot schlecht zu machen.“ Das dafür notwendige Bildmaterial stammte aus Friedrichshafen, Zug, Baar, Liestal und Zürich.<sup>251</sup>

---

<sup>251</sup> Rapperswil-Jona, Stadtrat: Bibliothek; Kommunikationskonzept; Grundsatzdiskussion, Sitzung vom 17. August 2009, S. 2 und S. 3.

Eine unabhängige Beraterin aus dem Kanton Zürich unterstützte den Prozess. Die HTW Chur war ebenfalls involviert und verfasste ein vom Stadtrat beauftragtes Gutachten, während die SAB Informationsmaterial zur Verfügung stellte. Obwohl Bibliotheksbefürworter im Untersuchungszeitraum generell häufig auf SAB-Richtlinien und Empfehlungen zurückgreifen, um ihr Publikum von der Notwendigkeit eines Bibliotheksanliegens zu überzeugen, sticht Rapperswil-Jona durch die Intensität seiner Zusammenarbeit mit der SAB hervor. Der Bericht zur Vernehmlassung informiert die Stimmbevölkerung gleich auf mehreren Seiten über die Empfehlungen der SAB.

Die Erfolgsgeschichten anderer Bibliothek in den Kantonen St. Gallen, Basel und Zürich machten die Bibliotheksbefürworter zuversichtlich, dass auch ihr Anliegen umsetzbar sein würde. Rapperswil-Jona ist bis heute stark nach Zürich ausgerichtet, sodass neben Uster auch die Pestalozzi-Bibliotheken und die Zentralbibliothek als Orientierung dienten. Dass sich Bibliotheksvertreter intensiv über andere Bibliotheken informierten und sich auch bewusst an diesen Vorbildern orientierten, ist im Vergleich mit den übrigen untersuchten Fallstudien, wie bereits angedeutet, eher selten.

Eine Standortevaluation suchte nach grossräumigen Örtlichkeiten, welche über eine gute ÖV-Anbindung, eine zentrale Lage und nahegelegene Kultureinrichtungen verfügten. Die Bibliothek sollte sich dort niederlassen, wo, wie im Fall der Pestalozzibibliothek im Sihlcity, möglichst viel Konsum stattfand und Funktionsverknüpfungen mit anderen Vereinigungen und Institutionen möglich waren. Da alle diese Merkmale auf die „Alte Fabrik“ in Rapperswil zutrafen, und die Joner Bevölkerung ohnehin ein bis zweimal pro Woche zum Einkauf in die ehemalige Gemeinde reist, fiel die Wahl letztlich auf diesen Standort. Die Alte Fabrik befand sich nicht im Stadtbesitz, sondern gehörte einer Stiftung, was Mietkosten mit sich brachte.

Die Stadtregierung hatte ursprünglich darüber nachgedacht, eine Meinungsumfrage durchzuführen, doch diese scheiterte an grundsätzlichen Unsicherheiten bezüglich ihrer Durchführung: Sollten die aktuellen Bibliothekskunden zu ihren Wünschen befragt werden, oder vielmehr die potentiellen Nutzer der Zukunft, an die sich die neue Bibliothek richten würde? Oder sollte die Stichprobe repräsentativ für die Gesamtbevölkerung sein und somit auch die 75% der Einwohner erfassen, welche die Bibliothek nicht besuchten? Letztendlich wurde beschlossen, die Einwohner der Gemeinde nur sehr begrenzt in den konzeptionellen Prozess zu involvieren.

Nach längerer Überlegung entschied man sich für den Kampagnenslogan „Mehr Bibliothek für Rapperswil-Jona!“. Die Bibliotheksunterstützer betonten das Potential der neuen Bibliothek als Lern- und Aufenthaltsort und Vermittler von Recherchekompetenzen. Die Bibliothek sollte als Kultur- und Literaturzentrum im Rahmen des Gesamtprojekts Alte Fabrik mit anderen Einrichtungen zusammenarbeiten. Die Präsentation der zukünftigen Institution als 3.

Ort und Anbieter von Arbeits- und Weiterbildungsmöglichkeiten fand laut Herrn Rüegg grossen Anklang bei der Stimmbevölkerung.

Alle Stimmberechtigten erhielten vor der Bürgerversammlung eine farbige, mit Fotos ausgestattete Informationsbroschüre, welche die geplante Bibliothek vorstellte und die wichtigsten Fragen beantwortete. Darüber hinaus kommunizierte die Regierung ihr Anliegen über öffentliche Informationsveranstaltungen und Flyer. Auch kontaktierte man die lokalen Medien. Auf Social-Media-Beiträge und Plakate wurde hingegen verzichtet. Die Bibliotheksvertreter stimmten ihre Botschaft aufeinander ab und versuchten stets, mit einer Stimme zu sprechen.

Da die Bibliotheksangehörigen von der Grundidee nicht restlos überzeugt waren, spielten die bestehenden Bibliotheken eine geringe Rolle in der Distribution von Werbe- und Informationsmaterial. Herr Rüegg hätte sich mehr Unterstützung durch die Bibliotheksmitarbeiterinnen gewünscht, welche von den Veränderungsprozessen letztlich am stärksten betroffen waren. Gleichzeitig bekämpften die Angestellten die Pläne jedoch auch nicht. Die kritische Haltung der Bibliotheksleitung war bereits 2009 bekannt.<sup>252</sup>

Herr Rüegg vertrat den Stadtrat und stiess in dieser Rolle auch auf zahlreiche Gegner der geplanten Bibliothek, welche insgesamt etwa 5000 Flyer an die Haushalte Jonas verschickten, Leserbriefe verfassten und Interviews gaben. Die Medien offerierten diesen Stimmen bereitwillig eine Plattform, was damit zusammenhängen mag, dass Zeitungen im Untersuchungszeitraum allgemein häufig über anstehende Bibliotheksschliessungen berichteten und die Schliessungsgegner augenscheinlich länger zu Wort kommen liessen als die Befürworter. Die Zürichsee-Zeitung führte gar eine eigene Strassenumfrage durch, um die Haltung der Bevölkerung bezüglich der geplanten Schliessung der Stadtbibliothek Jona zu untersuchen.<sup>253</sup>

Diese Kritiker waren, im Gegensatz zu anderen untersuchten Fällen, aber nicht von einer grundsätzlichen Bibliotheksablehnung getrieben und hinterfragten auch nicht die mit dem Projekt verbundenen Kosten. Sie hatten sich bereits Anfang 2010 im Rahmen der Vernehmlassungsfrist gegen bestimmte Aspekte des Anliegens ausgesprochen, sodass sich die Bibliotheksseite bis zur Abstimmung 2011 mit ihren Argumenten auseinandersetzen konnte.<sup>254</sup>

Grundsätzlich liessen sich die Gegner argumentatorisch in drei Gruppen aufteilen: Die Anhänger der bestehenden Stadtbibliothek Jona, welche sich in einer Interessengemein-

---

<sup>252</sup> Rapperswil-Jona, Stadtrat: Bibliothek; Kommunikationskonzept; Grundsatzdiskussion, Sitzung vom 17. August 2009.

<sup>253</sup> Huber, Marco: Joner stört der weite Weg, Zürichsee-Zeitung, 25.03.2011.

<sup>254</sup> Vernehmlassungsverfahren zum Projekt „Mehr Bibliothek für Rapperswil-Jona“, 06.01.2010.

schaft organisiert hatten, lehnten die neue Bibliothek ab, da diese die Joner Bibliothek zugunsten eines Standorts in Rapperswil ersetzen sollte. Die 26'000 Einwohner umfassende Joner Bevölkerung musste durch die neue Bibliothek einen deutlich längeren Weg zurücklegen, obwohl die Joner die grösste Nutzergruppe der zukünftigen Bibliothek darstellen sollten, der Weg nach Rapperswil für Schulkinder wegen des starken Verkehrs potentiell gefährlich sei und die Verschiebung des Kundenstroms nach Rapperswil der Standortattraktivität Jona schade.<sup>255</sup> Der Präsident des Quartiervereins Rapperswil-Jona Mitte argumentierte, dass in den bestehenden Bibliotheken „engagierte Leute zur vollen Zufriedenheit der Kunden“ arbeiten würden.<sup>256</sup>

Die zweite Gruppe der Bibliotheksgegner, die sich um den Kunstschaffenden Christian Allenbach formierte, hielt andere Standorte für besser geeignet. Die Argumente der letzten Gruppe waren hingegen von Eigeninteressen getrieben. Es handelte sich hierbei um Vereine und Interessengruppen, namentlich das von der Leiterin der Stadtbibliothek Rapperswil geführte Marionettentheater und eine Ballettschule, die selbst Aktivitäten in der Alten Fabrik durchführten und im Fall eines Bibliotheksumzugs in andere Räumlichkeiten hätten ausweichen müssen.

Die Anhänger der geplanten Bibliothek konnten diesen Widerstand grösstenteils neutralisieren, indem sie früh auf alle betroffenen Gruppen zuzugingen, die Kommunikation suchten und Zugeständnisse machten. Die Einwohner Jona forderten den Einzug der Ludothek in die zukünftig ungenutzten Räumlichkeiten und insbesondere eine Medienrückgabestelle vor Ort, was ihnen auch gewährt wurde. Nutzer können bestellte Medien heute auch dort abholen. Der Transferdienst dient als Wiedereingliederungsprogramm für arbeitslose und behinderte Menschen.

Die Beibehaltung der Bibliothek in Jona stand aus finanziellen Gründen ausser Frage. Es ist unklar, ob die Stadtbibliothek Rapperswil-Jona wie beabsichtigt hätte umgesetzt werden können, wenn die Bürgerversammlung die Schliessung der Bibliothek Jona verweigert hätte. Dieses Szenario war alles andere als unwahrscheinlich und der Antrag zur Rettung der Bibliothek Jona unterlag nur knapp. Obwohl sich die Anhänger der Bibliothek in Zeitungen und durch Flugblätter für ihre Bibliothek starkmachten, besuchten nur drei Prozent der Stadtbevölkerung die Bürgerversammlung, sodass die Niederlage der Joner Bibliotheksvertreter wohl mit ihrer wenig effizienten Mobilisierungsstrategie erklärt werden kann.

Das Marionettentheater und der Ballettverein wehrten sich intensiv und konnten 855 Unterschriften sammeln, um nicht aus dem Gebäude ausziehen zu müssen. Das Marionetten-

---

<sup>255</sup> Meissner, Willi: Gegner der Stadtbibliothek haben unterschiedliche Ziele, Südostschweiz, 31.03.2011 sowie Huber, Marco: Joner stört der weite Weg, Zürichsee-Zeitung, 25.03.2011.

<sup>256</sup> Leibundgut, Magnus: Kritik an neuer Bibliothek wird leiser, Zürichsee-Zeitung, 10.03.2011.

theater konnte sich schlussendlich im Zeughausareal niederlassen, während die Ballettschule ihren Unterricht heute in der Turnhalle Halden abhält.<sup>257</sup>

Herr Rüegg suchte auch den Kontakt mit der SVP, welche jedoch keine Anstalten machte, die Bibliothekspläne zu bekämpfen. Sie hatte bei der Vernehmlassung noch die hohen Kosten kritisiert und für einen anderen Standort plädiert.<sup>258</sup>

Innerhalb der Regierung diskutierten mehrere Politiker die Frage, ob Investitionen in Bibliotheken in den Zeiten der Digitalisierung überhaupt noch wünschenswert und sinnvoll seien. Wie auch im Fallbeispiel der Stadtbibliothek Chur konnten derartige Bedenken in persönlichen Gesprächen schnell ausgeräumt werden.

Letztendlich kam es der Bibliothek zugute, dass sowohl die Gegner als auch die Bibliotheksvertreter an einer einvernehmlichen Lösung interessiert waren und niemand eine kategorische Oppositionsrolle anstrebte. Auch stand der Stadtrat geschlossen hinter dem Projekt und nannte es „ein Thema von grundlegender bildungs- und kulturpolitischer Bedeutung“.<sup>259</sup> Die SVP, FDP, SP und CVP sprachen sich in den Medien für die Bibliothek aus und bedienten sich hier sehr ähnlicher Argumente. Durch den geschaffenen Mehrwert der neuen Einrichtung würden sich die hohen Kosten lohnen.<sup>260</sup>

Trotz der aktiven Gegnerschaft im Vorfeld der Abstimmung verlief die Bürgerversammlung für die Bibliotheksseite weitgehend problemlos. Die Einwohner stimmten den von der Regierung eingebrachten Anträgen an der Versammlung schlussendlich überaus deutlich zu und genehmigten 1'950'000 Fr. für den Ausbau des Gebäudes sowie 200'000 Fr. an jährlichen Unterhaltskosten. Herr Rüegg war über die Eindeutigkeit des Resultats entsprechend erfreut. Nur der Antrag zur Rettung der Stadtbibliothek Jona war umstritten, konnte sich aber nicht durchsetzen. Allerdings besuchten nur 552 Einwohner bzw. 3,12% der Stimmberechtigten die Veranstaltung, was den Erfolg der bibliothekarischen Mobilisierungsarbeit etwas relativiert.

---

<sup>257</sup> Protokoll der Bürgerversammlung der Stadt Rapperswil-Jona vom Donnerstag, 31. März 2011, 19.30 Uhr im Stadtsaal KREUZ, S. 37.

<sup>258</sup> Leibundgut, Magnus: Kritik an neuer Bibliothek wird leiser, Zürichsee-Zeitung, 10.03.2011.

<sup>259</sup> Protokoll der Bürgerversammlung der Stadt Rapperswil-Jona vom Donnerstag, 31. März 2011, 19.30 Uhr im Stadtsaal KREUZ, S. 42.

<sup>260</sup> FDP Rapperswil-Jona für heutige Vorlagen, Südostschweiz, 31.03.2011 und SVP unterstützt die Bibliothek Rapperswil, Südostschweiz, 28.03.2011 sowie Zustimmende Parolen der CVP, Südostschweiz, 30.03.2011 und SP für Vorlagen der Bürgerversammlung, Südostschweiz, 30.03.2011.

### **Die Folgen der Abstimmung**

Im Gegensatz zu den übrigen untersuchten Fällen formierte sich auch nach dem Sieg an der Bürgerversammlung noch Widerstand gegen das Projekt, der jedoch keine ernsthafte Gefahr darstellte, da die Gegner keine günstigeren Lösungen aufzeigen konnten, ohne grosse Abstriche beim Medienangebot und den Öffnungszeiten vorzunehmen.

Durch die überraschend starke Nutzung der neuen Bibliothek verursachte diese über die Jahre höhere Kosten als erwartet. Einige Beteiligten forderten aus diesem Grund höhere Nutzergebühren.

Heute wird die Bibliothek im Allgemeinen jedoch nicht mehr kritisiert oder grundsätzlich hinterfragt.

### **Empfehlungen**

Wie auch alle übrigen befragten Bibliotheksvertreter geht auch Herr Rüegg davon aus, dass das Endresultat ohne eine öffentliche Abstimmungskampagne anders gelautet hätte. Als allerersten Schritt müssen Bibliotheksvertreter Strukturen und Zielsetzungen festlegen, damit eine gut fundierte Grundlage für ihr Vorgehen besteht. Es sei entscheidend, im Vorfeld einer Abstimmung genau über die eigenen Ideen und Pläne zu informieren, Veränderungsprozesse von Anfang an klar zu kommunizieren und mögliche Gegner einzubeziehen, um gemeinsam Lösungen zu finden. Die Kriterien der Standortwahl waren für Aussenstehende beispielsweise transparent und nachvollziehbar, sodass sich keine Bevölkerungsgruppe übergangen fühlen konnte. Die Studie der HTW Chur habe dem Anliegen zusätzliche Legitimation verliehen.

Für Herrn Rüegg spielte auch die finanzielle Lage Rapperswil-Jonas eine entscheidende Rolle in der Umsetzung des Bibliotheksanliegens. Eine komfortable finanzielle Situation sei eine Grundvoraussetzung, um vergleichbare Projekte durchführen zu können. 2011 bestand keine Konkurrenz durch andere kostenintensive Investitionsprojekte. Solange Grossprojekte der Stimmbevölkerung früh angekündigt und offen kommuniziert würden, stiessen sie auch auf Verständnis. Herr Rüegg betrachtet Gemeindeversammlungen somit auch nicht als Gefahr für Bibliotheksanliegen. Die Bevölkerung sei im Allgemeinen rational und liesse sich an Gemeindeversammlungen nicht durch einzelne kritische Stimmen verunsichern, wenn die Bibliotheksseite ihr Anliegen zuvor überzeugend dargelegt habe.

Dennoch existiert für Bibliotheksanliegen keine Copy-Paste-Lösung und das Argumentarium sei somit individuell anzupassen.

Striktere gesetzliche Grundlagen würden die Situation des Bibliothekswesens möglicherweise verbessern. Da sich das Gesetz nicht im Detail dazu äussert, welche Form und welchen Umfang eine öffentliche Bibliothek haben sollte, steht Gemeinden der Umgang mit

ihnen fast völlig frei. Dies bedingt eine gewisse Unsicherheit und eine permanente Abhängigkeit vom Wohlwollen lokaler Politiker.

Wenn immer möglich sollten Bibliotheken im Bildungsressort untergebracht werden, denn Bildung besitze in der Politik und im Entwicklungsplan von Gemeinden im Speziellen einen sicheren und hohen Stellenwert. Die primäre Wahrnehmung einer Bibliothek als Kultureinrichtung ist in der Politik potentiell gefährlich, denn Kürzungen in diesem Bereich sind einfacher zu rechtfertigen und ziehen somit auch weniger Widerstand der Öffentlichkeit nach sich. Rapperswil-Jona besitzt den Vorteil, dass die Bevölkerung und die Politik Bibliotheken als öffentliche Aufgabe wahrnehmen, die entsprechende finanzielle Unterstützung verdient. Durch den grossen Erfolg der bereits bestehenden Bibliotheken verfügte die geplante neue Einrichtung von Anfang an über grosses Wohlwollen in der Bevölkerung und somit über günstige Voraussetzungen für einen Abstimmungssieg.

## 6.5 Fallstudie: Die Bibliothek Landquart & Umgebung

*„Der Gemeindepräsident war nicht immer ein Freund der Bibliothek.  
Man musste ihn dazu bringen.“*

**Gesprächspartnerin:** Gret Kohler (Bibliotheksleiterin)

### Die Gründe für die Auswahl des Falls

Die vorliegende Fallstudie unterscheidet sich in mehreren Punkten von den übrigen untersuchten Abstimmungsbeispielen. Ihr Interessenfokus liegt nicht auf dem bibliothekarischen Abstimmungskampf, sondern dem politischen Prozess, der die Abstimmung und die daraus folgende Neueinrichtung der Bibliothek erst ermöglichte. Zielgerichtete, langfristige Lobbying-Bemühungen machten eine intensive Abstimmungskampagne im Fall Landquart überflüssig. Die Gewinnung eines leidenschaftlichen Fürsprechers auf höchster politischer Ebene reichte aus, um den Gemeinderat zu überzeugen und das Bibliotheksanliegen durchzusetzen. Auch steht das Fallbeispiel Landquart stellvertretend für die zahlreichen bibliotheksbezogenen Abstimmungen, die mit der gewählten Suchstrategie unauffindbar blieben, da die entsprechende Gemeindeversammlung keine mediale Aufmerksamkeit auf sich zog oder nur in Zeitungen Niederschlag fand, die nicht über die Pressedatenbank Swissdox zugänglich waren.

### Portrait der Bibliothek und ihrer Gemeinde

Die Gemeinde Landquart mit den beiden Fraktionen Igis und Mastrils entstand aus der Fusion der beiden Gemeinden Igis (heute Landquart) und Mastrils und besitzt aktuell etwa 9000 Einwohner, wovon 4780 in Landquart selbst leben. Die SVP ist seit Jahren die stärkste

Partei<sup>261</sup> und der Gemeindepräsident gehörte im Untersuchungszeitraum ebenfalls der SVP an. Landquart ist Aussenstehenden in erster Linie als wichtiger kantonaler Verkehrsknotenpunkt bekannt, die Gemeinde besitzt jedoch auch eine direkt am Bahnhof gelegene und intensiv genutzte Bibliothek mit weit über die kantonalen Grenzen hinausreichender Ausstrahlung. Der damalige Präsident des nationalen Verbands der Bibliotheken (BIS) benutzte sie etwa als Beispiel, um in einem SRF-Artikel auf die zunehmende Bedeutung der Institution Bibliothek als Dorfzentrum und sozialer Treffpunkt hinzuweisen.<sup>262</sup> Auch der Bibliotheksbeauftragte des Kantons Zürich betonte die „exemplarische“ Rolle der Bibliothek.<sup>263</sup> Ihre 17'600 Medien wurden 2016 im Schnitt 6.2-mal ausgeliehen und die Ausleihzahlen stiegen im Vergleich zu 2015 von 95'371 auf 107'642 (12 Ausleihen/Einwohner).<sup>264</sup>

### Vorgehen und Voraussetzungen

Dass diese modern eingerichtete Gemeindebibliothek in bester Lage ausgerechnet in einer damals mit fast 1000 Fr. pro Kopf verschuldeten Gemeinde entstehen konnte, mag auf den ersten Blick überraschen.<sup>265</sup> Die Vorgängerbibliothek verfügte mit ihren zahlreichen treuen Kunden jedoch über langfristige günstige Grundvoraussetzungen. Die nur 120 Quadratmeter grosse Einrichtung befand sich ausserhalb des Zentrums im Gemeindezentrum „Forum im Ried“ mitten auf einer grünen Wiese zwischen den beiden Fraktionen Igis und Landquart und besass überfüllte, enge Räumlichkeiten. Die kundenorientierte Anschaffungspraxis und die persönliche Betreuung und Beratung der Besucher konnte eine Abnahme der auch damals bereits hohen Nutzerzahlen aber erfolgreich verhindern. Die Gemeinde Igis (damals noch nicht Landquart) investierte pro Einwohner und Jahr lediglich 3.60 Fr. in die Bibliothek. Die Beziehung und der Austausch zwischen Politik und Bibliothek, beziehungsweise zwischen dem Gemeindepräsidenten und der Bibliotheksleiterin, waren angespannt und schwierig. Nach einer öffentlich ausgetragenen Auseinandersetzung betreffend einer Überstundenvergütung an der Gemeindeversammlung drohte der Gemeinderat mit der Schliessung der Bibliothek. Obwohl die breite Unterstützung durch die Bevölkerung eine tatsächliche Umsetzung des Vorhabens wohl verhindert hätte, überspannte die Ankündigung für die Bibliotheksleiterin den Bogen des Zumutbaren. Sie trat zurück und machte so den Weg für eine neue Leiterin frei. Die Gemeinde kommunizierte ihrerseits den Wunsch, die Bibliothek in Zukunft aus der Verwaltung auszugliedern. Der Gemeinderat unterstützte die Bibliotheksseite bei der

---

<sup>261</sup> Grossenbacher et al.: So haben die Schweizer Gemeinden seit 1971 gewählt, 01.06.2015, <https://www.srf.ch/news/schweiz/wahlkampf-so-haben-die-schweizer-gemeinden-seit-1971-gewaehlt>

<sup>262</sup> Hägler, Thomas: Die Bibliothek: Vom verstaubten Archiv zum High-Tech-Treffpunkt, SRF.ch, 27.11.2013.

<sup>263</sup> Profilierte Bibliotheken. Bedeutung und Funktion kleiner öffentlicher Bibliotheken, im Internet unter [https://ajb.zh.ch/content/dam/bildungsdirektion/ajb/kinderjugendhilfe/dateien/bibliotheken/weiterbildungen/1611\\_17\\_pr%C3%A4sentation\\_profilierte\\_bibliotheken.pdf](https://ajb.zh.ch/content/dam/bildungsdirektion/ajb/kinderjugendhilfe/dateien/bibliotheken/weiterbildungen/1611_17_pr%C3%A4sentation_profilierte_bibliotheken.pdf)

<sup>264</sup> Jahresbericht 2016.

<sup>265</sup> Finanzkennzahlen 2012-2016, <https://www.landquart.ch/verwaltung/abteilungen/finanzen/finanzkennzahlen/>. Seit 2016 erwirtschaftet die Gemeinde einen beachtlichen Ertragsüberschuss.

Gründung und Finanzierung eines Bibliotheksvereins. Im Vorstand des Vereins Bibliothek Landquart und Umgebung, welcher seit 2003 die Geschicke der Bibliothek lenkt, sitzt jeweils ein Gemeindevertreter der Gemeinden Landquart und Malans sowie weitere Personen. So ist der Informationsfluss zwischen Gemeinden und Bibliothek immer gewährleistet.

Die befragte Bibliotheksleiterin begriff diese Vorkommnisse und ihre neue Position als Chance auf einen Neustart zwischen der Bibliotheksführung und dem Gemeindepräsidenten Ernst Nigg. Eine durch die SAB organisierte Reise in die Niederlande hatte sie davon überzeugt, dass die Zukunft der Bibliotheken darin liegen musste, zu sozialen Gemeindezentren und Begegnungsorten zu werden und sich von ihrem Image als reine Bücherausleihstellen zu lösen. Für die Bibliothek Landquart und Umgebung bedeutete dies eine bessere Lage, längere Öffnungszeiten und grössere Räume. Die Generalversammlung des Vereins Bibliothek Landquart und Umgebung bot eine Gelegenheit, die politischen Vertreter von dieser Idee zu überzeugen.

Frau Kohler besuchte sehr regelmässig Anlässe in der Gemeinde und Gemeindeversammlungen mit dem Ziel, den Gemeindepräsidenten in einem persönlichen Gespräch über die Dienstleistungen einer modernen Bibliothek zu informieren. Dies gelang, allerdings ohne Zusicherung für einen Standortwechsel.

Längere Zeit hörte die Leiterin nichts von ihm, bis er eines Tages die Bibliothek besuchte um ihr mitzuteilen, dass er einen geeigneten Standort an der Bahnhofstrasse ausfindig gemacht habe. Der neue Mietvertrag wurde vom Gemeindepräsidenten unterschrieben. Er betrachtete den Bibliotheksumzug fortan als „sein“ Projekt und kümmerte sich um alle mit dem Umzug verbundenen politischen Aspekte, was auch die Präsentation und Durchsetzung des Anliegens im Gemeinderat beinhaltete. Durch die Rolle des Präsidenten als Fürsprecher und Verteidiger der Bibliothek war Frau Kohler stets zuversichtlich, dass der Gemeinderat die Neuausrichtung der Bibliothek befürworten würde. Der SVP-Politiker verfügte damals bereits über jahrelange Erfahrung in seiner Rolle, war rhetorisch begabt und hätte etwaige Bibliothekskritiker im Notfall umstimmen können. Der neue Betriebsbeitrag für die Bibliothek mit einem veränderten Budgetposten wurde an einer äusserst reich befachteten Gemeindeversammlung und spät am Abend ohne Wortmeldung gutgeheissen.

Mit dem Umzug an den neuen Standort wurde der Pro-Kopf-Beitrag auf 15 Franken erhöht. Zudem erhält die Bibliothek von der Gemeinde Landquart einen Standortbeitrag von 50'000 Franken pro Jahr. Das Budget beträgt heute rund 460'000 Franken.

Der Kanton Graubünden gewährt Gemeinden, welche fusionieren, Gelder. Durch die Fusion von Mastrils mit der damaligen Gemeinde Igis wurden der Gemeinde Finanzen zugewiesen. Ein Teil der Gelder wurde idealerweise in den Umbau und die Ausstattung der neuen Bibliothek investiert.

### **Der Umzug und seine Folgen**

Der anschliessende Einkauf neuer Möbel und Regale anstelle der Beibehaltung der bestehenden, etwas älteren Möbel erforderte Lobbying, wurde aber letztendlich bewilligt. Die 462 statt, wie ursprünglich vorgesehen, 360 Quadratmeter grossen Räumlichkeiten verdankte die Bibliothek dem Gemeindepräsidenten, der sich ein naturwissenschaftliches Forschungslabor für Primarschulkinder wünschte. Dieses heute durch einen Verein geführte „Kinderlab“ weist auf seiner Webseite auf Herrn Niggs zentrale Rolle im Entstehungsprozess hin: „Seine Begeisterung für die Idee hat vieles ins Rollen gebracht und durch sein persönliches Engagement wurde eine Realisation mit diesem Angebot erst möglich.“<sup>266</sup> Die Freundschaft mit einem Mitarbeiter einer naturwissenschaftlichen Forschungseinrichtung wirkte sich ebenfalls positiv aus. Heute bestehen Partnerschaften mit dem ortsansässigen Centre Suisse d'Electronique et de Microtechnique und der Schweizer Akademie für Technische Wissenschaften (SATW). Ein ausschliesslich auf Kreativität ausgerichtetes Angebot hätte laut Frau Kohler keine vergleichbaren Mittel generiert.

Nach dem erfolgreichen Umzug nahm die Zahl der neu eingeschriebenen Kunden im ersten Jahr um 27% zu. Danach pendelte sich die Zunahme bei rund 12% ein. Die wöchentlich stattfindende Sprechstunde für Altersfragen und die Vermietung der Räumlichkeiten erhöhen die Besucherfrequenz. Lokale Vereine nutzen die Bibliothek ebenso wie Hochzeitsgesellschaften und Verwaltungsräte.<sup>267</sup>

Herr Nigg konnte die erfolgreiche Neueinrichtung der Bibliothek Landquart und Umgebung und die Etablierung des „Kinderlabs“ noch mitverfolgen, verstarb jedoch im Februar 2015 im Alter von nur 63 Jahren. Seine intensive persönliche Unterstützung für das Projekt hing möglicherweise auch mit dem Wunsch zusammen, der Gemeinde eine dauerhafte soziale Einrichtung zu hinterlassen, die allen Einwohnern über seinen Tod hinaus zugutekommt, da Ernst Nigg vor allem für seine erfolgreichen wirtschaftsfördernden Massnahmen bekannt und geschätzt war.

### **„In Landquart lernt man Geld verdienen“**

Neben dem Elan der Bibliotheksleiterin, der wohlwollenden Unterstützung des Gemeindepräsidenten, der Nutzungsintensität der Bevölkerung und den plötzlich verfügbaren kantonalen Geldern ist es das Talent zur Mittelakquisition, das den Erfolg der Bibliothek ermöglichte. 2016 konnte die Einrichtung über 170'000 Fr. mit Zusatzdienstleistungen und ca. 70'000 Fr. mit Abo-Verkäufen verdienen. Gerade finanziell eingeschränkte, kleinere Gemeinden reagieren im Allgemeinen sehr positiv auf etwaige Fundraising-Bemühungen ihrer Bibliotheken, oder fordern die Institutionen sogar selbst dazu auf. Der Eigenfinanzie-

---

<sup>266</sup> <http://www.bibliothek-landquart.ch/danke.html>

<sup>267</sup> Jahresbericht 2016, S. 23.

rungsanteil der Gemeindebibliothek Landquart ist aus verschiedenen Gründen ungewöhnlich hoch und beträgt über 50%. Die Landquart zur Verfügung stehenden SBB-Tageskarten werden ausschliesslich über die Bibliothek verkauft, was für die Einrichtung pro Karte einige Franken an Gewinn abwirft. Die Bibliothek unterhält auch ein Lesecafé. Zur Weihnachtszeit verkauft sie etwa Zwetschgen- und Champagnertruffes sowie Amaretti, die von den Kunden gerne als Weihnachtsgeschenke genutzt werden.

Die Bibliothek unterhält Spezialabkommen mit der Gemeinde Landquart betreffend der Versorgung der Schule mit Büchern. Seit 2006 erhält jede Klasse eine individuell zugeschnittene Auswahl an Büchern. Die Bibliothek verdient mit diesem Service jährlich rund 10'000 Franken. E-Mails, Flyer, Texte im Amtsblatt und Plakate machen die Einwohner auf die kostenpflichtigen Veranstaltungen der Bibliothek aufmerksam. Diese Anlässe bieten auch eine Gelegenheit, Sponsoren anzuschreiben und auf diese Weise einige hundert Franken zu erwirtschaften.

Dieses Talent zum Geldverdienen versetzt die Bibliothek in eine starke Verhandlungsposition gegenüber den Gemeindevertretern. Ohne die Einnahmen der Bibliothek müsste Landquart pro Kopf 30 Fr. in die Institution investieren, was genau den SAB Richtlinien für Gemeindebibliotheken entspricht. Durch die selber erwirtschafteten Einnahmen belaufen sich die Pro-Kopf-Kosten für die Gemeinden Landquart und Malans seit 2013 auf 15 Franken pro Jahr. Noch wichtiger als die Kostenfrage ist jedoch das positive Gefühl, das diese Eigenleistungen generieren. Die Bibliothek ist zwar weiterhin ein Kostenfaktor für die öffentlichen Finanzen, erarbeitet aber auch aus eigener Anstrengung grosse Summen. Es kann somit keine Rede davon sein, dass die Bibliothek als passiver Geldempfänger „am Tropf der Gemeinde hängt.“<sup>268</sup> Es sei sinnvoll, wenn möglich ein Eigenkapital anzulegen, um in schlechteren Zeiten darauf zurückzugreifen.<sup>269</sup>

Von der Anstellung ehrenamtlicher Mitarbeiter sieht die Bibliothek ab. Die für die Gemeinde anfallenden Kosten können jedoch durch die Kooperation mit mehreren lokalen Firmen, Stiftungen und Vereinen tief gehalten werden. Eine Web- und Grafikfirma unterstützt die Bibliothek hin und wieder mit kostenlosen Dienstleistungen. Die saisonal wechselnde Dekoration stellt eine kreativ begabte Kundin jeweils im Austausch für ein Jahresabonnement zur Verfügung. Die Bibliothek erhält zusätzlich Spenden des katholischen

---

<sup>268</sup> Diese Formulierung stammt von einem BDP-Gemeinderat und bezog sich auf die Stadtbibliothek Chur. Zitiert nach: Hasse, Kerstin/Waser, Norbert: „Wir brauchen eine gute Stadtbibliothek“, Bündner Tagblatt, 21.11.2014.

<sup>269</sup> Mehrere etwas ältere Studien aus den USA kamen zum Schluss, dass sich erfolgreiches privates Fundraising für Bibliotheken nicht negativ auf die Bereitstellung öffentlicher Gelder auswirkt, solange die Beziehung zwischen Politik und Bibliothek nicht bereits vorbelastet ist (Craft, S. 6).

Frauenbunds Landquart und des Frauenvereins Igis und Mastrils. Letzterer stellt auch kostengünstige Apérohäppchen an den Bibliotheksanlässen sicher.<sup>270</sup>

### **Empfehlungen an andere Bibliotheken**

Frau Kohler rät dazu, Auseinandersetzungen zwischen der Bibliothek und der Politik unter keinen Umständen in der Öffentlichkeit auszutragen, da dieses Vorgehen keine Gewinner hervorbringt und unter Umständen sogar die Existenz der Bibliothek gefährden kann. Vielmehr muss die Bibliotheksseite selbst aktiv werden, indem sie ihre Vorstellungen und Visionen mittels direkter Kommunikation an die politischen Entscheidungsträger vermittelt.

Eine starke Kundenorientierung und Verankerung in der Bevölkerung sind für Bibliotheken trotzdem weiterhin entscheidend. Dem Bibliotheksteam fällt hier eine entscheidende Rolle zu. Die Kunden schätzen und verlangen individuell zugeschnittene und stets aktuelle Lektüretipps. Alle Bibliothekarinnen müssen mit den Neuerscheinungen und dem Geschmack ihrer Kunden vertraut sein, um Beratungen vornehmen zu können. Auf die fast täglich eingehenden Anschaffungswünsche der BesucherInnen sollte wenn immer möglich eingegangen werden. Öffentliche Buchpräsentationen durch die verschiedenen Mitarbeiterinnen bieten hier eine willkommene Gelegenheit, die Lektüreschwerpunkte und die Kompetenzen der Angestellten zu vermitteln.

Auch empfiehlt es sich, treue Kunden für ihre Loyalität zu belohnen und ihnen etwas zurückzugeben, indem man sie etwa zu Veranstaltungen einlädt.

## **6.6 Zusammenfassung**

Das Verhalten der Parteien vorherzusagen, ist bei Umzugsanliegen schwierig. Keine Partei lehnt Bibliotheksumzüge grundsätzlich ab, SVP und FDP kritisieren in den meisten Fällen aber gewisse Aspekte der Vorlagen. Öffentliche bibliotheksfeindliche Aussagen sind selten und stammen immer von Stimmbürgern, nie von Politikern.

Derartige Umzugsvorschläge werden beinahe immer mit den nicht mehr ausreichenden Platzverhältnissen am alten Standort begründet, seltener auch mit den mangelnden Zugangsmöglichkeiten für Behinderte und Mütter mit Kinderwägen oder der Standortbelegung.

---

<sup>270</sup> Jahresbericht 2016, S. 24.

## 7 Abstimmungen zu Bibliothekserweiterungen und Renovationen

Ort	Jahr	Anliegen	Erfolg	Stimmenverhältnis	Abstimmungsart
Altdorf, UR	2012	Sanierung und Umgestaltung der Bibliothek	nein	47.9% Ja-Stimmen	Urnenabstimmung
Andelfingen, ZH	2009	Innenausbau der Schul- und Gemeindebibliothek Andelfingen	ja	67% (34 : 17)	Gemeindeversammlung
Fehraltorf, ZH	2011	Bibliotheksausbau	ja	66% (167 : 86)	Gemeindeversammlung
Herrliberg, ZH	2011	Renovation und Vergrösserung der Bibliothek, Aula und Küche einer Schulanlage	ja	82.1% (1506 : 328), 46% Stimm- beteiligung	Urnenabstimmung
Menzingen, ZG	2006	Vergrösserung und Umbau der Bibliothek	nein	42% (68 : 49)	Gemeindeversammlung
Menzingen, ZG	2006	Vergrösserung und Umbau der Bibliothek (abgespeckte Version)	nein	49% (58 : 55)	Gemeindeversammlung
Muotathal, SZ	2009	Erweiterung der Schul- und Gemeindebibliothek	ja	65% (954 : 513)	Urnenabstimmung
Rothrist, AG	2013	Erweiterungsbau für 566'000 Franken	ja	8 Gegenstimmen (151 Anwesende)	Gemeindeversammlung
Stäfa, ZH	2009	Neueinrichtung der Bibliothek	ja	nicht umstritten	Gemeindeversammlung
Wiesendangen, ZH	2015	Kredit für Sanierung der Bibliothek	ja	56.5% (1296 : 997)	Urnenabstimmung
Wiesendangen, ZH	2017	Neuer Kredit für Sanierung der Bibliothek	ja	51% (1367 : 1309)	Urnenabstimmung
<b>Anzahl: 11</b>		<b>Erfolge: 8</b>			

Tabelle 8: Abstimmungen zu Bibliothekserweiterungen und Renovationen

## 7.1 Quantitative Auswertung

*«Eine Vergrößerung ist notwendig – aber muss es ein Rolls-Royce sein?  
Meiner Meinung nach tut es auch ein Volkswagen.»<sup>271</sup>*

Die Renovation und Erweiterung von bestehenden Bibliotheksbauten ist mit nur 11 Fällen eher selten Gegenstand von Abstimmungen. Durchschnittlich wurden diese Bibliotheksanliegen an der Urne von 60.5% der Abstimmenden unterstützt. Der Ja-Stimmenanteil der gewonnenen Anliegen beträgt 63.65%.

Der Anteil fehlgeschlagener Abstimmungen ist mit 27.27% ungewöhnlich hoch, allerdings entfielen zwei der drei negativen Voten auf dasselbe Anliegen. Hierbei handelte es sich um den Ausbau der bestehenden Schul- und Gemeindebibliothek **Menzingen** im Jahr 2006. Die Gemeindeversammlungsabstimmung behandelte neben dem Hauptanliegen auch eine abgespeckte, kostengünstigere Version desselben. Diese beiden Rückschläge konnten den Erfolg des Vorhabens letztendlich nicht verhindern und resultierten nur drei Jahre später in einem aufwändigen Neubau nahe des alten Standorts.

Aussagekräftiger als der hohe Anteil abgelehnter Kredite ist die grosse Spannbreite der Unterstützung angenommener Anliegen. Lassen wir Gemeindeversammlungsabstimmungen vorweg, schwankt der Ja-Stimmenanteil zwischen 51% (Wiesendangen) und über 82% (Herrliberg).

## 7.2 Kurzvorstellung der Abstimmungen

Die negativ verlaufene Abstimmung „Kreditbeschluss über Investitionen an der Kantonalen Mittelschule **Uri**“ betraf eine kantonale Abstimmungsvorlage und hatte keine Konsequenzen, da das für die Bibliothek vorgesehene Geld im Budget des vorherigen Jahres enthalten war und somit auch bei der Ablehnung der Vorlage ausgezahlt werden konnte. "Sanierung und Umgestaltung der Bibliothek“ stellte nur eines von vier Teilanliegen einer breiteren Abstimmungsvorlage dar, deren Ziel die Modernisierung der Schulinfrastruktur war. Der Landrat und der Regierungsrat standen hinter dem Projekt, konnten die Bevölkerung jedoch nicht für den zwei Millionen Franken teuren Kreditbeschluss begeistern. Der Nein-Anteil schwankte zwischen 37% und 72.3%. Die Heimatgemeinde der Bibliothek stimmte dem Kredit mit ca. 57% zu, was, wie im Fall des Bibliobus in Neuchâtel, darauf hindeutet, dass Gemeinden Bildungs- und Bibliotheksanliegen vor allem dann unterstützen, wenn sie selbst direkt davon profitieren. Da es sich um eine bildungspolitische Gesamtvorlage aus vier Teilelementen

---

<sup>271</sup> Ein Stimmbürger an der Gemeindeversammlung in Fehraltorf 2011, zitiert nach: Die Bibliothek erhält mehr Platz, Zürcher Oberländer, 06.12.2011.

handelte, kann der Einfluss der Bibliothek auf das Endresultat nicht eindeutig nachgewiesen werden.

**Herrliberg** liegt an der „Goldküste“ und verfügt nur über 6300 Einwohner, besitzt jedoch mit der Bibliothek, dem Kulturkreis und der Galerie Vogtei gleich drei Kultureinrichtungen. Laut der Zürichsee Zeitung schreibt Herrliberg Kultur stets gross. Die Bevölkerung stimmte 2011 einem Sanierungskredit von 9,5 Millionen Franken für die Schulanlage zu, welcher auch die Vergrösserung der Schul- und Gemeindebibliothek beinhaltete. Sie ist heute um einen Drittel grösser und direkt erreichbar.<sup>272</sup>

**Wiesendangen** (6300 Einwohner) im Bezirk Winterthur besitzt genauso wie Herrliberg einen bürgerlich zusammengesetzten Gemeinderat, steht Kulturanliegen aber ungleich kritischer gegenüber, was sich 2015 in der Abstimmung über einen Bibliothekserweiterungskredit zeigte. Eine durch Fehlberechnungen notwendig gewordene zweite Abstimmung über dasselbe Anliegen dürfte 2017 wenig dazu beigetragen haben, Bedenken zu zerstreuen. Da das mit der Renovation beauftragte Architekturbüro die Kosten zu niedrig eingeschätzt und der Gemeinderat zu spät reagiert hatte, musste die Bevölkerung einen Zusatzkredit von 400'000 Franken genehmigen.

Die zuständige EVP-Gemeinderätin beschrieb die Bibliothek als ein Fitnesscenter für den Geist, das allen diene und plädierte für ein erneutes Ja. „Wir haben es nun mittels Abstimmungszettel in der Hand, ob Wiesendangen verharrt im alten und zu eng gewordenen Konzept oder ob die Gemeinde dank einem beherzten Ja auch weiterhin zukunftsorientiert und weitsichtig handeln möchte.“<sup>273</sup> Die SVP bezog als einzige Partei offiziell Stellung gegen das Vorhaben, nachdem sie es zwei Jahre zuvor noch zurückhaltend unterstützt hatte.

Bei einem Nein wäre das bereits in den Umbau investierte Geld verloren gewesen.<sup>274</sup> Die Hälfte der Stimmbevölkerung war bereit, diesen Preis zu bezahlen, um ihrem Unwillen Ausdruck zu verleihen, denn mit nur 50 Stimmen Unterschied zwischen den beiden Stimmlagern verlief die Abstimmung denkbar knapp. Die Kulturvorsteherin erklärte sich die geringe Begeisterung ihrer Einwohner für die 1,4 Millionen Franken teure Bibliotheksrenovation mit der Tatsache, dass es kulturelle Anliegen stets schwerer bei ihnen hätten. Die Annahme des Projekts sei ein Zeichen, „dass ein kulturelles Denken in Wiesendangen vorhanden ist“. Das extrem knappe Resultat sei wegen des starken Gegenwinds keine Überraschung gewesen. Dass es sich hierbei auch um einen Denkkzettel an den Gemeinderat gehandelt habe, bestritten sowohl die Gemeinderätin als auch die Gegner der Vorlage, wie etwa der

---

<sup>272</sup> Ein Fest für die neue Bibliothek, Zürichsee-Zeitung, 09.11.2012.

<sup>273</sup> «Schul- und Gemeindebibliothek ist wichtiger Kulturträger», Der Landbote, 06.09.2017.

<sup>274</sup> Für Bibliotheksausbau ist mehr Geld nötig, Der Landbote, 29.06.2017.

Präsident der lokalen SVP.<sup>275</sup> Dieser hatte mit Vertretern der CVP, FDP und Parteilosen das Komitee «Sanierung Bibliothek Ja, überteuerter Ausbau Nein» gegründet und ein Inserat in der gemeindeeigenen Publikation «De Wisidanger» geschaltet.

Der SVP-Präsident erklärte sich das knappe Scheitern mit den äusserst ungleich verteilten Kampagnenressourcen: «Wir sind fast alleine dagestanden, die Befürworter haben in den letzten Wochen die Werbetrommel hingegen noch kräftig gerührt und Flyer mit dem Logo der Gemeinde gestreut.» Auch sei es rechtlich mehr als fragwürdig, alle Bibliothekskunden über ihre privaten Mailadressen zur Abstimmung aufzurufen. Die Gegnerschaft habe im Gegensatz zur ersten Abstimmung nicht mehr länger still die Faust im Sack gemacht.<sup>276</sup> «Fehler sind menschlich. Aber man hätte das Projekt noch einmal neu und vor allem realistisch aufgleisen sollen.» Ein «pompöser Palast» ohne konkreten Nutzen sei überflüssig und die Gemeinde könne sich nicht darauf verlassen, auch in Zukunft über komfortable finanzielle Mittel zu verfügen. Der SVP-Präsident stellte zudem die Zukunft der Bibliothek als Institution und Ort an sich in Frage: «Die Zukunft gehört den digitalen Medien.» Er persönlich glaube, dass die Bibliotheksbesucherzahlen durch den Wandel des Medienkonsums in Zukunft weiter abnehmen werden, letztendlich sei dies aber eine Glaubensfrage. Der Politiker zitierte eine Nutzerstatistik der Hochschule Luzern und warf dem Gemeinderat vor, die eigenen Bibliothekszahlen bewusst und vorsätzlich schönzufärben, um den Besucherschwund zu überdecken. Die Kulturvorsteherin und die Bibliotheksleiterin widersprachen seinen Argumenten vehement und betonten, dass die Nutzung zunähme.<sup>277</sup>

Dass viele Wiesendanger mit ihrem lokal vorhandenen Kulturangebot bereits sehr glücklich waren und wohl aus diesem Grund keine teuren Neuerungen wünschten, lässt sich empirisch belegen, denn die Gemeinde führt regelmässig repräsentative Meinungsumfragen durch, um im Vorfeld einer Gemeindeversammlung die Erfolgchancen eines Anliegens abzuschätzen.<sup>278</sup> Die leise Klage der Gemeinderätin über die Kulturskepsis ihrer Stimmbürger scheint einen sehr realen Kern zu haben.

Die übrigen Abstimmungen zu den Themen Renovation und Erweiterung endeten mit weitaus höheren Zustimmungsraten, verliefen aber auch nicht völlig problemfrei.

Im Fall **Andelfingen** (2200 Einwohner) entschied eine Primarschulgemeindeversammlung über einen Bibliotheksausbau. Nachdem die beiden früher unabhängigen Primarschulgemeinden Kleinandelfingen und Andelfingen fusioniert hatten, beschloss die Bevölkerung

---

<sup>275</sup> Ein knappes Ja für den Ausbau der Bibliothek, Der Landbote, 25.09.2017.

<sup>276</sup> Ein knappes Ja für den Ausbau der Bibliothek, Der Landbote, 25.09.2017.

<sup>277</sup> Ja zu 5,5 Millionen für Wisenthalle und Bibliothek, Der Landbote, 15.06.2017 und Ausbau der Bibliothek ist umstritten, Der Landbote, 30.08.2017 sowie «Schul- und Gemeindebibliothek ist wichtiger Kulturträger», Der Landbote, 06.09.2017.

<sup>278</sup> Christian Weiss: Schöner Leben in Wiesendangen, Der Landbote, 03.02.2010.

mit 34 zu 17 Stimmen, zukünftig nur noch eine Bibliothek zu unterhalten, diese jedoch für 186'300 Franken auszubauen. Die Schulpflegerin erhoffte sich von der Fusion ein breiteres Medienangebot, einen effizienteren Betrieb und längere Öffnungszeiten. Eine durch eine Stimmbürgerin beantragte zusätzliche Toilette ging den Anwesenden jedoch zu weit. Der 12'000 Franken teure Kredit wurde mit 62% Nein-Stimmenanteil abgelehnt. Wie im Fall Wiesendangen zeigt sich auch hier, dass die Schweizer Bevölkerung eine geringe Toleranz für als überteuert wahrgenommene „Luxusprojekte“ hat. Hier kam erschwerend dazu, dass der Vorstoss nicht durch den Gemeinderat, sondern eine anwesende Stimmbürgerin erfolgte.<sup>279</sup>

Die Bibliothek in **Fehraltorf** (6300 Einwohner) sah sich 2011 ähnlichen Vorwürfen ausgesetzt und benötigte laut dem Zürcher Oberländer das Engagement, die detaillierten Ausführungen und einen eindringlichen Appell des Gemeindepräsidenten Wilfried Ott (SVP), um eine äusserst gut besuchte Gemeindeversammlung für sich gewinnen zu können. Kritisiert wurden die hohen Honorarkosten des Architekturbüros und die Dimension des Projekts, vor allem auch im Vergleich mit einem zwei Jahre zuvor genehmigten Gemeindehaus. Die RPK forderte ebenfalls die Ablehnung und eine Überarbeitung durch den Gemeinderat.

Die Befürworter betonten den Nutzen des neuen Begegnungszentrums Bibliothek für die Bildung und das kulturelle Leben in der Gemeinde: «Wo sonst sollen unsere fernsehfixierten Jungen wieder lesen lernen?» Der Gemeinderat argumentierte mit den möglichen jährlichen Einsparungen beim Medieneinkauf: «Eine Familie mit drei Kindern spart pro Jahr 3400 Franken, wenn sie ihre Bücher, CDs und Filme über die Bibliothek bezieht.» Er belegte die hohe Nachfrage in der Bevölkerung mit Statistiken. Diese Nachfrage war seitens der RPK bestritten worden.<sup>280</sup> Die Zahl der Bibliotheksnutzer sei gering und das Platzangebot laut einer Umfrage genügend.

Im Gegensatz zur RPK bezweifelte die lokale FDP die Notwendigkeit des Ausbaus nicht grundsätzlich, störte sich jedoch stark an der ungenauen Budgetierung und den hohen Aufwänden für die Heizung und die Möblierung. Dies führte zu einer parteipolitisch eher ungewöhnlichen Situation: Die SVP unterstützte das Bibliotheksanliegen „nach engagierter Diskussion“, während die FDP es als einzige Ortspartei ablehnte.<sup>281</sup>

Zuletzt folgte die Gemeindeversammlung wie meist dem Antrag des Gemeinderates und genehmigte den Ausbau mit einer Zweidrittelmehrheit. Die Gemeindebibliothek wurde für 1,5 Millionen Franken auf ein zweites Stockwerk ausgebaut.

---

<sup>279</sup> Aus zwei Bibliotheken entsteht eine einzige, Der Landbote, 22.05.2009.

<sup>280</sup> Die Bibliothek erhält mehr Platz, Zürcher Oberländer, 06.12.2011.

<sup>281</sup> FDP kritisiert Pläne für Bibliotheksausbau, Zürcher Oberländer, 01.12.2011.

Vergleichsweise unproblematisch, aber nicht diskussionslos, verlief die Bewilligung von 566'000 Franken für einen 70 m<sup>2</sup> grossen Anbau der Schul- und Gemeindebibliothek im ebenfalls bürgerlich-ländlichen **Rothrist** (8800 Einwohner). Die Initiative ging vom Gemeinderat aus, da sich die Besucher- und Ausleihzahlen seit der Eröffnung der Bibliothek Ende 2006 fast verdreifacht hatten.<sup>282</sup> Eine Wortmeldung schlug vor, die Bibliothek in das teilweise ungenutzte Elektrizitäts- und Wasserversorgungsgebäude zu verlegen. Auch könne es nicht Sinn und Zweck der Bibliothek sein, dass ganze Klassen Bücher ausleihen würden. Der Gemeinderat ging detailliert auf die Einwände ein und betonte, den Empfehlungen der SAB folgen zu müssen. Diese schreibe vor, dass eine Gemeinde wie Rothrist über eine 290 m<sup>2</sup> grosse Bibliothek verfügen müsse. Selbst nach dem Ausbau komme Rothrist nur auf 180 m<sup>2</sup>.

Die Bibliothekarinnen griffen auch selbst in die Diskussion ein. Ein Mitglied des Teams gab zu bedenken, dass das Lesen in vielen Familien zu Hause nicht gefördert werde, Jugendliche und Kinder aber schon früh an das Lesen herangeführt werden müssten. Die EDU machte sich besonders für die Annahme des Kredits stark und lobte die bemerkenswerte Arbeit der Bibliotheksangestellten. Die Anwesenden quittierten diese Aussage mit einem kräftigen Applaus und genehmigten das Geld mit 95% Ja-Stimmenanteil.

Etwas weniger eindeutig verlief die Urnenabstimmung zur Erweiterung der Schul- und Gemeindebibliothek im schwyzerischen **Muotathal** (3540 Einwohner). Das Anliegen stiess bei den 3500 Einwohnern dennoch auf wenig Widerstand, vielleicht da sich die Ausleihzahlen seit der Eröffnung der Bibliothek verdoppelt hatten.<sup>283</sup>

Die Gemeindeversammlung **Stäfas** (14'300 Einwohner) nahm 2009 trotz der düsteren Finanzlage die meisten der sechzehn vorgelegten Geschäfte an. Die bürgerlichen Gegner der teilweise hohen Kreditbegehren konzentrierten ihre Anstrengungen trotz zahlreicher Änderungs-, Streichungs- und Rückweisungsanträge glücklicherweise nicht auf die geplante Bibliotheksneueinrichtung.<sup>284</sup> Der an der Gemeindeversammlung präsentierte Antrag des Gemeinderats war mit fast 15 Seiten recht umfangreich, was auf genaue Abklärungen und somit einen hohen Stellenwert des Geschäfts für die Regierung hinweist. Die Bibliothek diene der Leseförderung, dem individuellen und gemeinsamen Lernen, der Informations- und Medienkompetenz und der Navigation durch die Informationsflut. Im Bezirksvergleich sei sie ausserdem aussergewöhnlich günstig und beliebt. Diese Attraktivität könne nur durch den

---

<sup>282</sup> Erweiterung der Bibliothek und Breiten-Erschliessung, Zofinger Tagblatt, 05.06.2013,

<sup>283</sup> Schnüriger, Bert: Lauerz lehnt Kredit für Kinderspielplatz ab, Zürichsee-Zeitung, 09.02.2009 und Schulblatt Gemeinde Muotathal 2017/18, S. 45.

<sup>284</sup> Abstimmung über Werkhof Töbeli abgeblasen, Tagesanzeiger, 09.12.2009.

Umzug in den neugebauten Trakt und mit wesentlichem öffentlichen Engagement erhalten und gesteigert werden.<sup>285</sup>

Das links-grüne Wählerpotential beträgt in Stäfa fast 30%. Der Gemeinderat unterstützte 2009 nicht nur die Bibliothekserweiterung, sondern auch die SP-Initiative für preisgünstige Familienwohnungen.<sup>286</sup>

### 7.3 Fallstudie: Die Schul- und Gemeindebibliothek Menzingen

*„Menschen, die nicht einsehen, für was Bibliotheken gut sind, gibt es in jedem politischen Lager.“*

**Gesprächspartnerin:** Brigitta von Holzen (Bibliotheksleiterin)

#### Die Gründe für die Auswahl des Falls

Bibliothekserweiterungen stellen mit nur 11 vorgefundenen Fällen kein sehr häufig genutztes bibliothekarisches Abstimmungsthema dar. Von Menzingen (2006) abgesehen lehnten nur die Stimmbürger im Kanton Uri ein vergleichbares Projekt ab, welches jedoch an eine umfassende Kantonsschulerweiterung gebunden war und letztendlich keine Konsequenzen für die betroffene Bibliothek hatte. Der 2009 folgende Umzug der Bibliothek Menzingen in einen spezifisch für die Einrichtung erstellten Neubau besitzt ebenfalls einen vergleichsweise hohen Seltenheitswert.

Die für die Gemeindegrösse beachtlichen Investitionskosten von 2,65 Millionen Franken rechtfertigen eine genauere Fallbetrachtung ebenso wie die Notwendigkeit, die Stimmbevölkerung ein zweites Mal um Unterstützung zu bitten, um die Bibliothekserweiterung erfolgreich durchsetzen zu können. Um Bibliotheken in vergleichbaren Situationen helfen zu können, soll abgeklärt werden, was sich in den drei Jahren zwischen 2006 und 2009 verändern musste, um den Umzug letztlich doch noch zu ermöglichen.

#### Portrait der Bibliothek und ihrer Gemeinde

Menzingen ist eine ländliche Gemeinde im Kanton Zug und besass zum ersten Abstimmungszeitpunkt 4282 Einwohner. Die CVP und die SVP sind die beiden stärksten Parteien. Der Kantonshauptort Zug ist mit dem Bus in gut 20 Minuten erreichbar, weswegen einige Menzinger regelmässig die dortige Stadtbibliothek aufsuchen. Die damals 120 Quadratmeter grosse Gemeinde- und Schulbibliothek befand sich auf dem Areal der Mehrzweckhalle Schützenmatt, die auch als Unterrichtsort dient. 2005 waren über 1000 Einwohner als Kunden eingeschrieben, die zusammen fast 28'000 Medien ausliehen.

---

<sup>285</sup> Gemeindeversammlung Stäfa, 07.12.2009, S. 32 und 33.

<sup>286</sup> <http://www.sp-staefa.ch/history.html>

### Die erste Abstimmung (2006)

Die Bemühungen um eine Erweiterung der Bibliothek reichen bis ins Jahr 1988 zurück. Bereits damals wurde die Bibliotheksseite auf den Zeitpunkt des Ausbaus der Mehrzweckhalle Schützenmatt vertröstet.

Der Gemeindeversammlung vom Dezember 2006 weilten 127 Stimmberechtigte bei. Sie behandelte die geplante Vergrößerung der Bibliothek im Rahmen der nun anstehenden Renovation der Schützenmatt. Die Zuger Bibliothekskommission und die damalige Bibliotheksleiterin waren anwesend und beteiligten sich an den langen und intensiven Gesprächen. Die Bibliothekskommission hatte sich seit Jahren für einen massvollen Ausbau eingesetzt. Die SP und die Freien Wähler hatten zuvor an der Sommer-Gemeindeversammlung 2006 eine Motion eingereicht, die den Ausbau der Bibliothek im bestehenden Gebäude forderte, da ihre Bedürfnisse nicht gebührend berücksichtigt worden seien.<sup>287</sup>

Der Umbau stand jedoch unter einem schlechten Stern, da sich der Schulpräsident gleich zu Beginn der Diskussion gegen ihn aussprach: „Ein Bibliotheksausbau ist derzeit aus finanziellen Gründen nicht möglich.“ Ein Umbau im Obergeschoss sei zu teuer, die Erschliessung der Bibliothek über das Foyer nicht ideal, und ein Aussenlift aus Kostengründen ebenfalls unerwünscht. Der verantwortliche Bauchef (SVP) pflichtete dem auf ganzer Linie bei. Die Bibliothek auf zwei Stockwerke aufzuteilen, brächte ausserdem höhere Personalkosten mit sich. Die Zukunft der Bibliothek müsse in einer ganzheitlichen Lösung liegen.

Die Vertreterin der Bibliothekskommission äusserte Verständnis dafür, dass die Gemeindefinanzen einen teuren Ausbau nicht zulassen. Ausgaben von über einer Million Franken seien nicht realistisch, aber die Kommission habe einen Vorschlag für 100'000 bis 150'000 Fr. erarbeitet und sei bereit, an der Umsetzung aktiv mitzuarbeiten. Die SAB empfehle für eine Gemeinde wie Menzingen mindestens doppelt so grosse Räumlichkeiten. Heute sei die Bibliothek „keine eigentliche Bibliothek, sondern ein Bücherdepot“. Die Argumente der Bibliotheksseite deckten sich weitgehend mit denjenigen eines Anfang Dezember erschienenen Leserbriefs.<sup>288</sup>

Die Bibliotheksleiterin stellte im Namen der Kommission einen Erweiterungs-Antrag, der im Vergleich zur Motion der SP und der Freien Wähler einen viel bescheideneren Ausbau vorsah. Der Bauchef verwies darauf, dass von einer Erweiterung der Anlage Schützenmatt nie die Rede war, sondern lediglich von einer Instandhaltung. Es folgte eine längere Diskussion.

---

<sup>287</sup> Wegmann, Monika: Bibliothek bleibt Bücherdepot, Zuger Zeitung, 14.12.2006.

<sup>288</sup> Beck-Iselin, Barbara: Bibliotheksausbau, Neue Luzerner Zeitung, 09.12.2006.

Der Gemeindepräsidentin ging dies alles zu schnell. Sie forderte, den Antrag erst ein Jahr später an der Gemeindeversammlung 2007 zur Abstimmung vorzulegen. Die Bibliotheksleiterin lehnte dies ab. Letztendlich stimmten 68 der 127 Anwesenden der Motion zu, das Geschäft Bibliotheksumbau für unerheblich und erledigt zu erklären. Der Antrag der Bibliotheksleitung und der Bibliothekskommission scheiterte mit 58:55 Stimmen.<sup>289</sup>

Möglicherweise war der Zeitpunkt ungünstig, da die Jahresrechnung der Gemeinde mit einem Defizit von 255'000 Fr. abgeschlossen hatte und sich die Politiker Sorgen über die anstehende Neuregelung des Finanzausgleichs machten. Bevor dessen Auswirkungen nicht klar ersichtlich seien, müssten „alle Investitionen, welche einen Leistungsausbau beinhalten, zurückgestellt werden.“ Man wollte den Ausbau der Bibliothek aber in Zukunft nochmals prüfen.<sup>290</sup>

### **Vorgehen und Voraussetzungen des Abstimmungserfolgs (2009)**

Die Auseinandersetzung um die erste Gemeindeversammlungsabstimmung ging mit einer detaillierten Berichterstattung der Neuen Luzerner Zeitung einher, die auch 2007 weiterhin auf die schlechte Situation der Bibliothek hinwies und das Thema so aktuell hielt („Es ist sehr prekär. [...] Die Tische haben wir bereits hinausgestellt“)<sup>291</sup>. Alle Artikel wurden von derselben Journalistin verfasst, da sie selbst aus Menzingen stammte und entsprechend gut über die Gemeinde informiert war. Der Ehemann der damaligen Bibliotheksleiterin war Redaktor bei der Lokalzeitung und besass dadurch auch gute Kontakte zu anderen Journalisten und Medien. Möglicherweise nutzten auch die Freien Wähler ihre bestehenden Beziehungen zur Presse.

In den drei Jahren zwischen den Abstimmungen entwickelte sich die Finanzlage positiv, sodass der Finanzchef ihren Zustand 2009 als „gut und stabil“ beschreiben konnte. Der Gemeinderat rechnete für 2010 mit einem Mehrertrag von 800'000 Fr, den er in den Schuldenabbau und die Realisierung eines ca. 330 Quadratmeter grossen Bibliotheksausbaus investieren wollte. Die Exekutive beantragte hierfür einen Kredit von 2,65 Millionen Franken, der einen Volksbeschluss erforderte.<sup>292</sup> Die früheren Beteuerungen, das Bibliotheksanliegen möglichst bald behandeln zu wollen, waren somit keine leeren Worthülsen.

Die CVP unterstützte das Bauprojekt, obwohl sie der Gemeinderat noch nicht im Detail darüber informiert hatte.<sup>293</sup> Die FDP tat es ihr gleich, machte ihr definitives Ja aber von der

---

<sup>289</sup> Protokoll der Gemeindeversammlung vom 13.12.2006, S. 3 bis S. 6.

<sup>290</sup> Wegmann, Monika: Teure Sanierungen werden warten müssen, Neue Luzerner Zeitung, 11.12.2006.

<sup>291</sup> Wegmann, Monika: Es bleibt auch weiterhin eng, Neue Luzerner Zeitung, 03.03.2007.

<sup>292</sup> Wegmann, Monika: Mehr Raum für den Lesestoff, Neue Luzerner Zeitung, 21.11.2009.

<sup>293</sup> CVP sagt Ja zur Tangente, Neue Luzerner Zeitung, 18.11.2009.

Projektpräsentation abhängig.<sup>294</sup> Da die beiden Parteien selbst im Gemeinderat vertreten waren, genügte ihnen offenbar eine kurze Informationsrunde, um zu einer Entscheidung zu gelangen. Auch war die Leiterin der CVP gleichzeitig Lehrerin im Dorf. Die Menzinger Lehrerschaft stand durch ihre Arbeit in engem Kontakt mit der Bibliothek und profitiert auch heute noch stark von ihr.

Die Bibliotheksseite mobilisierte ihre Nutzer und Sympathisanten durch Gespräche und Flyer. Möglicherweise riefen auch die Parteien ihre Mitglieder an der Parteiversammlung dazu auf, abstimmen zu gehen.

Die zweite Gemeindeversammlung war mit 229 Anwesenden wesentlich besser besucht. Die Neue Luzerner Zeitung sieht den Grund dafür in der Behandlung des Bibliotheksanliegens.<sup>295</sup> Viele der Stimmbürger waren tatsächlich nur für die Bibliothek gekommen und besuchten danach nie mehr eine Gemeindeversammlung. Die Bibliotheksvertreter zeigten sich zuversichtlich, da die erste Abstimmung äusserst knapp verlaufen war und der Handlungsbedarf somit bereits damals klar zum Ausdruck gebracht wurde. Die Notwendigkeit einer Bibliothekserweiterung stand nie zur Debatte, sondern nur ihr Zeitpunkt, ihre Form und ihr Umfang.

Die Diskussion verlief schnell und problemlos, da sich laut des Protokolls nur die Parteien, die Bibliothekskommission und die Regierung, aber keine Privatpersonen oder Bibliothekarinnen äusserten. Der 2006 noch abweisende Bauchef stellte die Visualisierung des Neubaus vor und beantragte einen Globalkredit, um das Vorhaben noch schneller realisieren zu können. Interne Abklärungen hatten ergeben, dass das Projekt auch für 2,3 Millionen Franken umsetzbar sei. Das Dorf konnte somit in den Augen der Anwesenden 350'000 Fr. einsparen. Stimmberechtigten unterschiedlich teure Bibliotheksbauprojekte vorzuschlagen, hat zumindest laut Beispielen aus den US den Vorteil, dass sich die Bevölkerung für die günstigste Variante entscheidet, statt alle Versionen abzulehnen (Gold, S. 42).

Zur Überraschung der Regierung stellte sich die FDP nun gegen den Antrag. Das Anliegen an sich sei unbestritten und dringlich, aber der Globalkredit „nicht angebracht“. Man vermisse eine Projektstudie und einen fairen Wettbewerb unter Architekten. Der Zeitplan der FDP war laut dem Bauchef aber nicht realistisch umsetzbar. Ausserdem habe sich die FDP bei ihrem letzten Treffen mit dem Gemeinderat noch für die Vorlage ausgesprochen, ohne sich am Globalkredit zu stören. Der Widerstand gegen den Globalkredit ist nicht überraschend, da Menzingen dieses Instrument damals zum ersten und einzigen Mal anwandte.

---

<sup>294</sup> FDP unterstützt Gemeinderat, Neue Luzerner Zeitung, 20.11.2009.

<sup>295</sup> Wegmann, Monika: Kostendach ist aufgestellt, Neue Luzerner Zeitung, 03.12.2009.

Auch die Freien Wähler stellten sich gegen die Bibliothek und nannten die Pläne eine „Luxuslösung“. Sie wünschten sich vom Gemeinderat zukünftig „wieder bessere Vorlagen“ und mehr Informationen. Die CVP stellte sich als einzige Partei öffentlich hinter den Gemeinderat: Der Kanton wende Globalkredite häufig und erfolgreich an.

Letztlich stimmten 125 Einwohner für den Kredit, während sich der Rest enthielt oder dagegen aussprach. Der Rückweisungsantrag der FDP unterlag klar.<sup>296</sup>

Von einer grundsätzlichen Opposition der Zuger mitte-rechts Parteien gegen Bibliotheksanliegen ist dennoch nicht auszugehen. Während der Bauarbeiten in Menzingen bewilligte der Zuger Kantonsrat 2,22 Millionen Franken für den Ausbau einer Studienbibliothek in einem denkmalgeschützten Gebäude. Die FDP billigte das Unterfangen mit „voller Unterstützung“. Auch die SVP hielt die hohen Kosten für „vertretbar“.<sup>297</sup>

### **Die Abstimmung und ihre Folgen**

Der Bauchef blieb während der Planung mit den betroffenen Nachbarn im Gespräch. Er hatte die Bibliothek persönlich immer abgelehnt, da er keinen Sinn in ihrer Existenz erkennen konnte. Dennoch vertrat er das Anliegen zur Überraschung der heutigen Bibliotheksleiterin an der Gemeindeversammlung sehr überzeugend. Auch nach dem Abstimmungssieg wiederholte er gegenüber der Öffentlichkeit weiterhin die Argumente der Bibliotheksseite: Die Medienausleihe sei im alten Raum nicht mehr sichergestellt gewesen und die Infrastruktur entspreche nicht mehr den Bedürfnissen der Nutzer. Aber „gerade in einer eher kleinen Gemeinde kann man nicht alles aufs Mal machen.“<sup>298</sup>

Einwohner, die selbst nicht an der Versammlung teilgenommen hatten, und erst später vom Bauprojekt erfuhren, diskutierten auf der Strasse und am Stammtisch über die Bibliothek, sprachen die Bibliotheksmitarbeiterinnen aber nie direkt an, um ihre Einwände vorzubringen. Laut Frau von Holzen existierte eine gewisse Diskrepanz zwischen der öffentlich geäußerten Haltung zur Bibliothek und derjenigen der breiteren Bevölkerung. Sie selbst erfuhr nur mittels wohlgesinnter Bekannter von den antibibliothekarischen Überzeugungen mancher Bevölkerungskreise, welche die Bibliothek im privaten Umfeld als überteuert, überflüssig oder „hässlich“ bezeichneten. In den Augen der Bibliotheksleiterin störten sich viele kritische Einwohner vor allem an der modernen Aussenfassade des Gebäudes, die auf sie steril, auffallend und somit unpassend wirkte. Die hellen, warmen Räumlichkeiten im Inneren können diese Bedenken aber ausräumen, sobald die betreffende Person die Bibliothek betritt.

---

<sup>296</sup> Protokoll der Gemeindeversammlung vom 02.12.2009, S. 4 und S. 5.

<sup>297</sup> 2,22 Millionen für den Ausbau, Neue Luzerner Zeitung, 26.02.2010.

<sup>298</sup> Taylor, Samantha: Ein modernes Lesezentrum, Zuger Zeitung, 26.10.2010.

Der Gemeindepräsident eröffnete die Bibliothek schliesslich mit leichter Verspätung Ende 2011. Der Präsident lobte besonders den spannenden optischen Anblick. Laut dem verantwortlichen Architekten habe die schräge Form des Gebäudes viel zu reden gegeben. Einige Dorfbewohner erkundigten sich, ob er denn keine Wasserwaage bei seinen Arbeiten benutzen würde. Der Grundtenor sei aber positiv.

Die Neueröffnung fiel mit der Einführung eines vollständigen Onlinekatalogs zusammen.<sup>299</sup> Die Besucherzahlen und Ausleihen stiegen nach der Eröffnung sprunghaft an und entwickeln sich bis heute sehr positiv, obwohl die Schülerzahlen im Dorf über die Jahre deutlich abnahmen. Viele Dorfbewohner glaubten durch die bessere optische Präsentation des Bestandes fälschlicherweise, dass ihre „neue“ Bibliothek über ein viel grösseres Medienangebot verfüge. Einwohner, die früher nach Zug reisten, kehrten zurück oder begutachteten neue Medien heute zuerst in der Gemeindebibliothek, bevor sie sie eventuell in Zug ausleihen.

### **Empfehlungen an andere Bibliotheken**

Die Bibliotheksleiterin sieht die erste verlorene Abstimmung als wichtige Voraussetzung für den letztendlichen Triumph der Bibliotheksseite, da nur drei Stimmen über die Niederlage entschieden hatten. Die Relevanz des Anliegens war somit für den Gemeinderat nur schwer von der Hand zu weisen, auch wenn der Kanton bis heute über kein Bibliotheksgesetz verfügt, welches die Politik vielleicht bereits früher zum Handeln gezwungen hätte.

Die Frage, was sich verändern musste, um den Umzug zu ermöglichen, ist schnell beantwortet: Ohne die unvorhergesehenen Mehreinnahmen und die langfristig absehbare Verbesserung der Gemeindefinanzen hätte der Gemeinderat ein Projekt dieser Grössenordnung nicht unterstützt, oder zumindest nicht selbst vorgebracht. Der Zeitpunkt der Abstimmung hätte nicht besser sein können. Tatsächlich schloss die Rechnung 2009 völlig unerwartet mit einem Mehrertrag von 3,6 Millionen Franken ab. Die Pro-Kopf-Verschuldung verringerte sich 2009 von ursprünglich 3500 Fr. auf 234 Fr. und konnte kurz darauf sogar vollständig abgebaut werden.<sup>300</sup> Zum Zeitpunkt der Bibliothekseröffnung verfügte die Gemeinde über ein Pro-Kopf-Vermögen von gut 750 Fr.<sup>301</sup> Erst diese Tatsache ermöglichte weitere Investitionen in öffentliche Einrichtungen, die bislang aufgeschoben worden waren.

Die Parteizugehörigkeit der lokalen Politiker spielt für Frau von Holzen eine viel geringere Rolle als ihre individuellen Bibliothekserfahrungen. Wer selbst nie eine Bibliothek besuchte und sich nie über sie informierte, wird eher annehmen, dass die Digitalisierung diese Einrichtung überflüssig mache.

---

<sup>299</sup> Barmet, Céline: Hier gibt's drei Mal mehr Platz, Neue Zuger Zeitung, 26.11.2011.

<sup>300</sup> Wegmann, Monika: Guter Abschluss dank Finanzausgleich, Neue Luzerner Zeitung, 21.04.2010.

<sup>301</sup> Meier, Silvan: Ziel ist eine weitere Steuersenkung, Neue Zuger Zeitung, 28.04.2011.

Die Bibliotheksleiterin geht davon aus, dass auch der zweite Versuch der Bibliotheksseite an der Versammlung gescheitert wäre, wenn der Gemeinderat nicht öffentlich hinter der Vorlage gestanden hätte. Sie empfiehlt Bibliotheksvertretern deshalb, sich möglichst eng mit der Politik zu vernetzen und sich Freunde im Gemeinderat zu suchen. Ein guter Leistungsausweis der eigenen Bibliothek wirke sich ebenfalls positiv auf die Erfolgchancen von Bibliotheksforderungen aus. Frau von Holzen braucht die von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Gelder mit Ausnahme des Anschaffungskredits nie auf, um auf die gute Haushaltsführung ihrer Institution aufmerksam zu machen. Durch die guten Beziehungen zwischen Politik und Bibliothek bewilligt der Gemeinderat heute alle ihre Anliegen problemlos.

Der Beschluss, ein völlig neues Gebäude für die Bibliothek zu erstellen, wurde durch die bestehenden baulichen und organisatorischen Einschränkungen am alten Standort begünstigt. Auch musste die Gemeinde durch diesen Entschluss keine Mietkosten bezahlen oder neues Land kaufen, da die Bibliothek auf einem Areal im Gemeindebesitz gebaut wurde.

Eine organisatorische Veränderung habe auch sehr viel zum Erfolg der neuen Bibliothek beigetragen. Die Einrichtung wurde dem Prorektor der Schule unterstellt und so noch enger an den Schulbetrieb gebunden. Der Bibliotheksvorgesetzte ist zugleich erster Ansprechpartner und Fürsprecher der Bibliothek.

Die Doppelfunktion als Schul- und Gemeindebibliothek stärke die Position der Bibliotheksseite. Der Unterhalt einer Schulbibliothek ist im Kanton Zug gesetzlich vorgeschrieben. Die zahlreichen mit dem Unterricht verbundenen Bibliotheksprojekte für Schulklassen sprechen sich schnell herum, was die Bekanntheit und Legitimation der Einrichtung erhöhe. Die Bibliotheksleitung erhält im Anschluss an Klassenveranstaltungen regelmässig E-Mails und Facebook-Nachrichten von Eltern und SchülerInnen.

Für eine Gemeindebibliothek ist es umso wichtiger, sich als Dorfzentrum, Kulturstätte, Treffpunkt und Mittelpunkt des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu präsentieren. In Meningen pflegt die Bibliothek dafür organisatorische Kontakte mit der Musikschule, dem Literaturzirkel und dem lokalen Frauenverein.

## **7.4 Zusammenfassung**

Es kann festgehalten werden, dass sich die Schweizer Stimmbevölkerung im Vergleich mit den übrigen Abstimmungsanliegen eher schwer für Erweiterungsbauten und Renovationen erwärmen kann, wenn diese, wie in Wiesendangen, als übersteuert oder „nicht wirklich notwendig“ wahrgenommen werden. Ein regelrechtes rotes Tuch sind schlecht oder gar nicht kalkulierbare finanzielle Risiken, und die daraus resultierenden nachträglichen Kredit-

begehren. Diese Faktoren können Bibliotheksanliegen nicht nur gefährden, sondern auch erfolgreich verhindern.

Die Höhe der Ausgaben allein scheint kein entscheidendes Kriterium für den Ausgang einer Abstimmung zu sein. Der 60 Millionen Franken teure Ausbau der Kantons- und Universitätsbibliothek Freiburg wurde 2018 beispielsweise von 81% der Abstimmenden und mit nur 4 Gegenstimmen der 110 Parlamentsmitglieder gutgeheissen.<sup>302</sup>

Das häufigste Argument für eine bauliche Modernisierung oder Erweiterung ist die nicht mehr zeit- und bedürfnisgerechte Einrichtung, verursacht durch steigende Nutzer- und Besucherzahlen. Viele der Bibliotheken blieben jahrzehntelang baulich unberührt, bis der Umbau nicht mehr weiter aufgeschoben werden konnte.

Gemeinderäte sind im Vergleich zur breiten Bevölkerung weniger kritisch gegenüber den baulichen Erneuerungen eingestellt. Linksgrüne Politiker wurden in den ausgewählten Ortschaften selten in den Gemeinderat gewählt, weswegen ihre Rolle nicht gesondert untersucht werden konnte.

In den vorliegenden Fällen waren es individuelle Politiker/-innen der EDU, der EVP und der SVP, welche sich besonders für die Erweiterung ihrer Bibliothek einsetzten. Eine bürgerliche Antibibliotheks-Koalition kam nicht zustande, da nie mehr als eine bürgerliche Partei auf einmal gegen eine Bibliothek Stellung bezog. Die grösste Gefahr für Bibliotheken geht in solchen Fällen von der Zusammenarbeit mit Abweichlern aus weiteren bürgerlichen Parteien aus.

Die Bibliotheksmitarbeitenden hielten sich bei der Mehrheit der Beispiele im Hintergrund und überliessen die mediale Kommunikation den lokalen Politikern.

---

<sup>302</sup> Die kantonale Abstimmung fand ausserhalb des Untersuchungszeitraums statt und ist somit nicht in der Tabelle aufgeführt: Deutliches Ja zu Sanierung und Umbau von Freiburger Bibliothek, srf.ch, 10.06.2018.

## 8 Petitionen

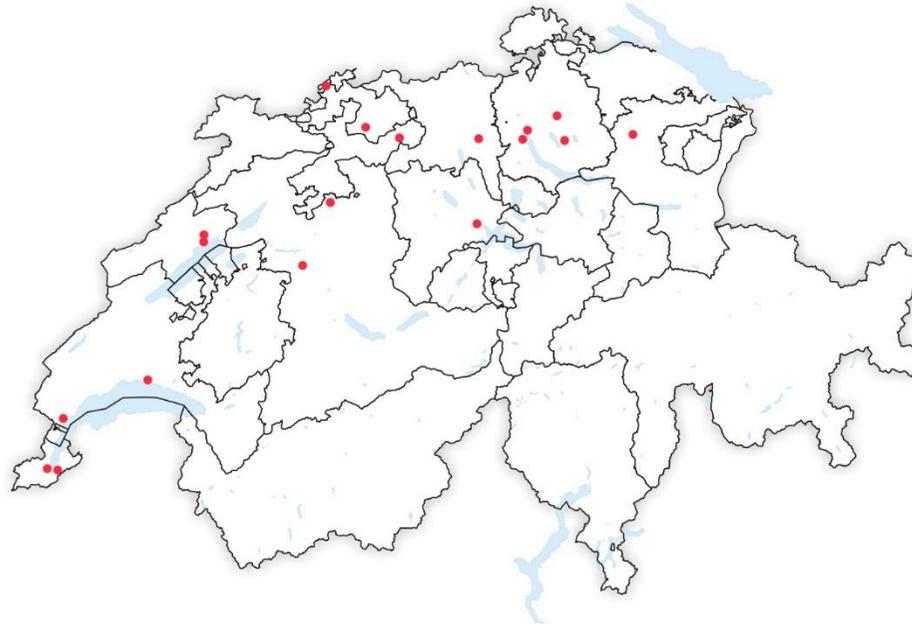


Abbildung 9: Karte mit eingetragenen Bibliothekspetitionen

Ort	Jahr	Anliegen	Erfolg
Allschwil, BL	2007	Eigene Bibliothek	nein
Fenin-Vilars-Saules, NE	2009	Gemeinde soll weiterhin das Bibliobusangebot nutzen können.	ja
Genf	2015	Lesesaal der Bibliothèque de La Cité soll wieder ruhiger werden.	Ausweichort bereitgestellt
Genf	2010	Aufschiebung der Umstrukturierung der Bibliotheken der Uni Genf, Verhandlungen	nein (?)
Illnau-Effretikon, ZH	2014	Rettung der öffentlichen Bibliothek	ja
Köniz, BE	2011	Rettung dreier Quartierbibliotheken	ja
Luzern	2012	Rettung der Bibliothek Ruopigen	ja
Luzern (Kanton)	2013	Rettung der 4 Berufsschulbibliotheken in Emmen, Luzern, Sursee und Willisau	Nein
Mon Repos, VD	2006	Rettung der Gemeindebibliothek	nein, ab 2007 kleiner Leseort als Ersatz sowie Bibliobus
Neuchâtel	2008	Médiathèque de Neuchâtel soll erhalten bleiben.	nein
Neuchâtel	2011	Rettung der Bücher in der Bibliothèque publique et universitaire (BPU) vor Wasser	ja, aber nicht vollständig
Nyon, VD	2005	Längere Öffnungszeiten und Ausbau ab Ende 2006	ja
Oberdorf, BL	2014	Rettung der Gemeindebibliothek	ja
Olten, SO	2016	Rettung der interkulturellen Bibliothek	nein

St. Gallen (Kanton)	2011	Zentral gelegene Publikumsbibliothek, Verbesserung der kantonalen Bibliothekssituation	ja, Rückzug wegen Gesetzesverabschiedung 2013
Trois-Chêne, GE	2014	Eigene Bibliothek	nein
Uster, ZH	2012	Stopp des Leistungsabbaus	ja
Utzenstorf, BE	2012	Schulbibliothek soll wieder allen Einwohnern zur Verfügung stehen.	nein
Wohlen, AG	2012	Mehr Raum für die Gemeindebibliothek	nein (?)
Wollishofen, ZH	2017	Rettung der Quartierbibliothek	ja, aber bislang nur kurzfristig
Zürich	2006	Rettung der Pestalozzi-Bibliothek Heuried	mehrheitlich
Zürich	2014	Rettung der Pestalozzi-Bibliothek Zürich-Seebach	nein
<b>Anzahl: 22</b>		<b>Misserfolge: 9</b>	

Tabelle 9: Petitionen

## 8.1 Petitionen gegen Schliessungen

### Quantitative Auswertung

Die meisten der vorgefundenen Petitionen verfolgten das Ziel, von Schliessungen bedrohte Bibliotheken zu erhalten. Die Erfolgsquote liegt mit etwa 50% deutlich unter derjenigen von Volksabstimmungen, sodass dieses Mittel der Interessendurchsetzung vor allem als Notlösung empfohlen wird. Zur Relativierung muss hier jedoch festgehalten werden, dass nur diejenigen Petitionen in die Untersuchung einbezogen werden konnten, die ein Medien-echo in Zeitungen auslösten. Erfolgreiche Sammlungsaktionen und widerstandslose Bibliotheksschliessungen sind somit ausgeschlossen. Die Repräsentativität der aufgeführten Petitionen ist folglich mit hoher Wahrscheinlichkeit geringer als diejenige der untersuchten Abstimmungsfälle. Diese Einschränkung gilt auch für die übrigen Petitionsinhalte.

### Kurzvorstellung der Petitionen

Für die Einwohner Lausannes sind Unterschriftensammlungen das beliebteste Mittel, um ihren politischen Wünschen Ausdruck zu verleihen, da es, im Gegensatz zu Volksabstimmungen, niemanden aufgrund seines Alters oder seiner Nationalität ausschliesse. Allein in der ersten Hälfte des Jahres 2006 wurden sechs Petitionen an die Regierung übergeben. Mit etwas über 600 Unterschriften war die Unterschriftensammelaktion für die Gemeindebibliothek im Lausanner Quartier **Mon Repos** erfolgreicher als der Jahresdurchschnitt, verblasste aber im Vergleich mit den 11'000 Signaturen für den Erhalt einer Buslinie.<sup>303</sup> Unterstützung erfuhr die Bibliothek seitens der Parti ouvrier et populaire (POP), welche sich mit einer Interpellation an die Regierung wandte und auf der Strasse vor der Bibliothek die Aufmerksamkeit der Passanten auf sich zog. Zahlreiche brennende Kerzen im Eingangsbereich machten auf die drohende Gefahr einer Schliessung aufmerksam. Die Bibliotheksfreunde fürchteten vor allem um das Quartierleben: „Au delà d'une bibliothèque, c'est un espace où les gens se rencontrent. Le fermer, c'est briser une partie des liens sociaux du quartier.“<sup>304</sup>

Die Massnahmen erzielten nicht die gewünschte Wirkung. Als Ersatz für das Bibliotheksangebot besucht heute der Bibliobus das Quartier. Auch konnte sich offenbar ein kleiner Leseort etablieren, der von der Gemeinde selbst unterhalten wird.<sup>305</sup>

---

<sup>303</sup> Krafft, Camille: En 2006, les citoyens lausannois pétitionnent à tour de bras, 24 heures, 04.07.2006.

<sup>304</sup> Pidoux, Julian: Action urgente pour sauver la Bibliothèque de Mon-Repos, 24 heures, 23.02.2006.

<sup>305</sup> Pidoux, Julian: La page n'est pas tournée pour la Bibliothèque de Mon-Repos, 24 heures, 12.11.2006.

In der Stadt **Neuchâtel** (33'700 Einwohner) beteiligten sich unter der Leitung zweier Gewerkschaften innerhalb von eineinhalb Monaten 859 Menschen an einer Petition zur Rettung der Mediathek der pädagogischen Hochschule. Deren Bestand zog 2008 in das 80 Kilometer entfernte La Chaux-de-Fonds um. Der Kanton wies auf das elektronische Medienangebot hin und bot einen Kurierdienst an. Er konnte durch die Schliessung des Standorts über fünf Jahre insgesamt 600'000 Franken einsparen. Eine betroffene Lehrerin merkte kritisch an, dass allein die Renovation der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität dieses Jahr drei Millionen verschlingen werde.<sup>306</sup>

In **Fenin-Vilars-Saules** (800 Einwohner) war der Finanzierungsstopp des Bibliobus eine von fünfzehn getroffenen Massnahmen, um das Defizit der Gemeinde zu verringern. Der Bus kostete jährlich 6000 Franken und wurde von 300 Einwohnern benutzt. Für die Initianten war der Bibliobusservice eines der ganz wenigen kulturellen Angebote der Gemeinde. Ohne ihn sei Fenin-Vilars-Saules auf dem besten Weg, eine Schlafgemeinde zu werden. „Man sagt immer, die Kinder würden nicht mehr lesen. Aber 75% der Leser sind Kinder!“

Der Gemeindepräsident verteidigte sich mit dem Argument, dass der Zahlungsstopp nur temporär zu verstehen sei. Ausserdem sei das Angebot nicht lebenswichtig: „La décision a été prise dans un certain contexte économique et il est évident qu'individuellement, les gens peuvent ne pas comprendre. Personnellement, l'aspect culturel du Bibliobus ne m'échappe pas. Mais il n'est pas vital [...]“. Die Initianten glaubten selbst nicht recht an den Erfolg ihrer Petition, bereuten ihren Einsatz aber nicht: «On doit se battre pour ce qu'on ne veut pas perdre»<sup>307</sup>

Der Rat beschloss Ende Jahr eine Steuererhöhung, mit welcher er den Bibliobus weiterhin finanzieren konnte.<sup>308</sup> Petitionen für den Erhalt von Bibliobusangeboten kommen auch in Frankreich häufig vor.

Die Quartierbibliothek der Lesegesellschaft **Wollishofen** (16'100 Einwohner) droht hingegen ein Opfer des (zu) gut ausgebauten Kulturangebots der Stadt Zürich zu werden. Die Stadt strich die jährlichen Zuschüsse von 10'000 Franken mit dem Hinweis auf die Existenz der Pestalozzibibliotheken. Die Quartierbibliothek Wollishofen wird durch einen privaten Verein geführt und erwirtschaftet ca. die Hälfte ihrer jährlichen Kosten selbst. Solche privat initiierten Projekte hätten im Hinblick auf die gute bibliothekarische Versorgung „keinen Platz mehr im Subventionsportfolio des Schul- und Sportdepartements“. Die Lesegesellschaft argumentierte, dass ältere, in ihrer Beweglichkeit eingeschränkte Menschen und Eltern mit Kleinkindern ein Angebot im eigenen Quartier sehr schätzen würden. Und gerade wegen der

---

<sup>306</sup> Giroud, Virginie: 859 signatures pour la médiathèque, L'Express, 18.04.2008.

<sup>307</sup> Bertarionne, Jérémie: La commune veut supprimer le Bibliobus, ils pétitionnent, L'Express, 11.09.2009.

<sup>308</sup> Augmentation d'impôts acceptée, L'Express, 16.12.2009.

zunehmenden Digitalisierung werde die e-book-lose Bibliothek von der Bevölkerung als besonders charmant und wertvoll empfunden.

Zwei SVP-Gemeinderäte reichten ein Postulat zum Verzicht auf die Streichung des Betrags beim zuständigen Stadtrat (CVP) ein. Auch der Quartierverein schaltete sich ein.<sup>309</sup> Die Grüne Partei lancierte aus diesem Anlass eine Petition, welche sich neben der Bibliothek auch für andere bedrohte Dienstleistungen in Wollishofen einsetzte.<sup>310</sup> Die Lesegesellschaft Wollishofen existiert seit 220 Jahren und versucht derzeit, ihre Kosten mit der Erhöhung der Gebühren, einer Einkaufsreduktion, Öffentlichkeitsarbeit, zusätzlichen Veranstaltungen, Spendenaufrufen und Werbeaktionen für Gönnermitgliedschaften zu decken.

Ein SVP-Politiker rief den Gemeinderat kurz vor Weihnachten nochmals dazu auf, auf die Streichung zu verzichten und stellte einen zusätzlichen Antrag zum Budget 2018, um die Bibliothek zumindest ein zusätzliches Jahr am Leben zu erhalten. Der Gemeinderat genehmigte dies.<sup>311</sup>

Die Pestalozzibibliotheksfiliale in **Heuried** erlitt aus teilweise vergleichbaren Gründen fast dasselbe Schicksal wie die Quartierbibliothek Wollishofen, allerdings handelte es sich hierbei um eine Bibliotheksschliessung zwecks Angebotsoptimierung. Die Pestalozzibibliotheken verfolgen eine ähnliche Strategie wie die Post, indem sie Standorte reduzieren, um optimale Benutzerfreundlichkeit, grössere Filialen und eine bessere Erreichbarkeit sicherzustellen. Die Regierung und die Leitung der Pestalozzibibliotheken beschlossen aus diesen Gründen, die beiden Standorte Enge und Heuried zu schliessen und die Bestände ins Sihlcity Einkaufszentrum zu verlegen, was ein grosses Medienecho und mehrere wütende Leserbriefe auslöste. Die Bibliothek Heuried war erst 2005 renoviert worden und belegte unter den 16 Pestalozzibibliotheken einen guten 7. Rang, was die Nutzerfrequenz betraf. Die Argumente der längeren Öffnungszeiten und der grösseren Auswahl stiessen laut den Leserbriefen mehrheitlich auf taube Ohren: „Muss ich ab März 2007 mit unserer 3-jährigen Tochter tatsächlich in die Konsumwelt von Sihlcity eintauchen, um ein paar Bilderbücher ausleihen zu können? Das passt einfach nicht. Die in Aussicht gestellten längeren Öffnungszeiten der neuen Bibliothek in Sihlcity können mir auch gestohlen bleiben.“

„Die Ausrichtung der PBZ weg von Quartierbibliotheken hin zu grösseren Standorten scheint mir fragwürdig, da die angesprochenen Benutzer Kinder und Jugendliche sind, die nicht ein Riesenangebot und modernste Infrastruktur brauchen, sondern v. a. die Bibliothek selb-

---

<sup>309</sup> Jetzt setzt sich Quartierverein für Bibliothek ein, Lokalinfo, 14.12.2017 und Der Quartierbibliothek droht das Aus, Lokalinfo, 01.11.2017.

<sup>310</sup> Schneebeili, Daniel: Sparmassnahmen, Tagesanzeiger, 02.11.2017.

<sup>311</sup> Weihnachtsgeschenk für die Quartierbibliothek Wollishofen, Lokalinfo, 21.12.2017.

ständig erreichen wollen. Für grössere Angebote gibt es in der Stadt Zürich bereits andere Orte, die von Erwachsenen zielgerichtet in Anspruch genommen werden können.<sup>312</sup>

„Herr Lauber vergisst auf der Jagd nach dem urbanen jungen Menschen, dass er ein intaktes Quartier, nach der Schliessung aller Poststellen, mit seinem politisch kurzsichtigen Vorgehen weiter in die Anonymität und Gettoisierung treibt. Herr Lauber, lassen Sie den Standort Heuried für Familien und Junge bestehen und nehmen Sie so Ihre politische Verantwortung wahr. Diese Wählerstimmen holt Ihnen kein PR-Berater je wieder zurück.“<sup>313</sup>

«Wir haben schon die Post verloren, es gibt sozusagen keine kleinen Läden mehr - und jetzt noch das. [...] Ich will nicht von Ideologie reden [...] aber eine Bibliothek im Umfeld eines Shoppingcenters ist doch etwas ganz anderes als jene in einem Gemeinschaftszentrum.»<sup>314</sup>

Für einmal stand die Bibliotheksleitung nicht auf der Seite der eigenen Kunden. Diese würden „ungehalten“ auf die geplante Schliessung reagieren. «Es ist schwierig für uns, man freut sich aufs Neue, zugleich spürt man die Ablehnung», so die Leiterin.<sup>315</sup>

Auch der Präsident der Pestalozzibibliothek Zürich nahm sich in einem Interview Zeit, um Stellung zur Kritik zu beziehen. Das Verhalten der Benutzer habe sich in den letzten Jahren verändert. Sie würden Bibliotheken dort besuchen, wo sie auch arbeiten. Die Bibliothek Enge könne ausserdem nur gemeinsam mit derjenigen in Heuried ins Sihlcity verlegt werden. Heuried sei somit ein „Bauernopfer“. Auf politischer Ebene habe er keinerlei Widerstand erfahren. Auch sei die Kritik am Bibliotheksstandort Einkaufszentrum „etwas blauäugig“. Die Kinder und Jugendlichen seien heute überall mit der Konsumwelt konfrontiert.<sup>316</sup>

Insgesamt kamen unter der Beteiligung der Nachbarschaftsinitiative Quartiernetz 3 und des Elternvereins fast 2000 Unterschriften zusammen. 90 Menschen, darunter viele Kinder mit selbstgemalten Transparenten, versammelten sich auf dem Helvetiaplatz, um die Petition an den zuständigen Stadtrat (CVP) zu übergeben. Dieser lobte das Engagement der Involvierten und bezeichnete das Anliegen als „berechtigt“. Er unterstützte aber trotzdem die Zentralisierungspläne der Pestalozzibibliotheken.<sup>317</sup>

Interessanterweise akzeptierten die Einwohner in Enge die Schliessung ihrer Quartierbibliothek dagegen widerspruchslos. Die Gegnerschaft der Schliessung setzte sich in Heuried vor allem aus Eltern zusammen, da die meisten Bibliotheksnutzer Kinder waren. Grüne Politiker, wie auch die Grüne Partei, unterstützten diese. Die Bibliothek konnte erhalten werden, wurde

---

<sup>312</sup> Rieser, Susanne/Hablützel, Bettina: Fragwürdige Neuausrichtung, Tagesanzeiger, 14.12.2006.

<sup>313</sup> Seidler, Peter: Heuried rentiert, Tagesanzeiger, 25.01.2007.

<sup>314</sup> Marquard, Denise: Umstrittenes Bibliothek-Projekt in Sihlcity, Tagesanzeiger, 05.12.2006.

<sup>315</sup> Weniger, dafür grössere Bibliotheken, NZZ, 19.12.2006.

<sup>316</sup> Gindely, Georg: „Heuried und Enge bleiben keine Einzelfälle“, Tagesanzeiger, 13.12.2006.

<sup>317</sup> Monica, Müller: „Wir wollen unsere Bibliothek behalten“, Tagesanzeiger, 20.12.2006.

aber in eine Schul- und Kinderbibliothek umgewandelt, die keine Medien für Erwachsene mehr führt. Der Stadtrat schickte einen entsprechenden Antrag für 102'800 Franken an den Gemeinderat und legte ausserdem durch eine Leistungsvereinbarung fest, dass die Pestalozzibibliotheken bis 2011 keine Filialen schliessen durften. Ein massgeblich beteiligter grüner Politiker lobte das Schul- und Sportdepartement, dessen unkomplizierter Umgang mit dem Anliegen die Führung der Kinder- und Jugendbibliothek erst ermöglicht habe. Hilfskräfte leisteten ein Jahr lang Gratisarbeit, um die Bibliothek aufzubauen. Die meisten davon waren Mütter von betroffenen Schulkindern.<sup>318</sup>

Schlechter erging es den Bibliothekskunden in **Seebach** (24'400 Einwohner). Trotz 1500 Unterschriften von Schülern, Lehrpersonen und dem Elternforum machten sich die Initianten von Beginn an wenige Hoffnungen, da sie sich gut an den Fall Heuried erinnerten. Die finanzielle Situation Zürichs habe sich seitdem verschlechtert und Seebach verfüge im Gegensatz zu Heuried über notdürftige Ausweichmöglichkeiten in der Form von Schulbibliotheken, so die Bibliotheksunterstützer. Tatsächlich nannte ein Vertreter der Pestalozzibibliotheken im Fall Seebach auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als Schliessungsgrund. Diese hatten in Heuried noch keine Rolle gespielt.

Schüler in Seebach erklärten sich bereit, einen symbolischen Betrag von 50 Rappen pro Buch zu bezahlen, um die Kosten für den Bibliothekserhalt zu decken. Der Gemeinderat lehnte den Antrag trotzdem ab. Die Pestalozzibibliotheken empfahlen den betroffenen Kindern, in Zukunft ihre Bücher am Bahnhof Oerlikon zu beziehen. Dieser sei nur wenige Haltestellen von Seebach entfernt. Die Gegenseite akzeptierte diese Erklärung nicht. „Ich finde es völlig daneben, dass in einem Quartier an Bildung gespart wird, wo es sehr viele Ausländer gibt.“<sup>319</sup>

Die bibliothekarischen Interessen von Kindern und Lehrpersonen scheinen allgemein einen schweren Stand zu haben, denn auch in **Emmen, Luzern, Sursee und Willisau** blieben ihre Protestaktionen erfolglos. Die Kantonsregierung beschloss, die Berufsschulbibliotheken an diesen Orten ersatzlos aufzuheben, um das Budget für 2014 um 100'000 Franken zu entlasten. Die Vertreter der Bibliotheken sammelten 2048 Unterschriften und zitierten Wissenschaftler und Forschungsstellen. Lesen sei in der heutigen Bildungsgesellschaft besonders wichtig.<sup>320</sup> Die Ausleihe von elektronischen Büchern sei keine Option und die Schüler sollten nicht extra in die Gemeindebibliothek gehen müssen. Schüler und Lehrer organisierten einen stillen Protest vor dem Regierungsgebäude, gaben der Luzerner Zeitung aber bereitwillig Auskunft: «Wir lesen viele Bücher im Fach Allgemeinbildung – das hilft,

---

<sup>318</sup> Suter, Daniel: Schulbibliothek Heuried bleibt, Tagesanzeiger, 18.10.2008.

<sup>319</sup> Zürich: Bibliothek schliesst – Seebach hofft auf Stadtrat, 20 Minuten Online, 28.01.2015.

<sup>320</sup> Petition gegen die Abschaffung von Bibliotheken, Willisauer Bote, 06.12.2013.

wenn man etwas Mühe mit Deutsch und Rechtschreibung hat.» [...] «Im Internet ist man nie sicher, ob man den Quellen trauen kann und alles stimmt. Bei einem Buch ist man da schon sicherer.»<sup>321</sup>

Auch das Schweizer Radio und Fernsehen wurde auf den Protest aufmerksam. Das Parlament hielt dennoch an der Schliessung fest, welche mit 75 zu 39 Stimmen und gegen den Willen der SP-Politiker beschlossen worden war. Diese kritisierten, dass für einen kleinen Sparbetrag von 100'000 Franken ein grosser Schaden angerichtet werde und dass die Bürgerlichen ausgerechnet bei der sonst gelobten dualen Berufsbildung sparen würden.<sup>322</sup>

In **Oberdorf** (2430 Einwohner) brachte der Wegzug der Firma Synthes die Bibliothek in ernste Gefahr. Durch die nun ausbleibenden Steuerzahlungen sah sich die Gemeinde gezwungen, Sparmassnahmen in Erwägung zu ziehen. Die Idee einer Bibliotheksschliessung rief 500 Bibliotheksnutzer auf den Plan. Zwei Drittel ihrer Unterschriften stammten aus Oberdorf, die restlichen aus Nachbargemeinden. Die Präsidentin der Oberdörper Bibliothekskommission betonte den Wert der Bibliothek für die Integration von Migranten, und ihre grosse Beliebtheit bei der Bevölkerung. Die Gemeindebibliothek teilte sich ihren Standort mit der Bibliothek der Primarschule, die von Gesetzes wegen erhalten werden musste.

Der Gemeindepräsident äusserte sich kritisch über die Lancierung der Petition. Die Schliessung sei nur eine von mehreren besprochenen Möglichkeiten. Er hätte sich gewünscht, dass die Initianten vorher mit dem Gemeinderat gesprochen hätten. Laut der Präsidentin der Bibliothekskommission verlief die Kommunikation zwischen der Politik und der Bibliothek mangelhaft, da beide Seiten die Entscheide und Positionen der anderen nicht kannten. Die Lokalzeitung teilte diese Meinung.<sup>323</sup> Die Gemeindeversammlung selbst dauerte über drei Stunden und verlief so chaotisch, dass die Stimmen mehrmals nicht genau ausgezählt werden konnten. Die Bibliotheksleiterin behauptete, die Bibliothek habe ihre Ausgaben unter dem Druck des Gemeinderats bereits selbstständig um 22% gekürzt. «Dabei waren wir schon vorher am Anschlag, leisteten 200 Stunden ohne Entgelt.» Ein weiterer Einschnitt würde ihre Existenz gefährden. Eine Votantin verlangte, das Bibliotheksbudget um 4000 Franken «abzumildern», um über genügend Stellenprozente zu verfügen, damit die Öffnungszeiten beibehalten werden können. Die Gemeindeversammlung

---

<sup>321</sup> Mattmann, Luzia: Lesender Einsatz für Bibliotheken, Neue Luzerner Zeitung, 06.12.2013.

<sup>322</sup> Ab 2014 greift der Luzerner Steuervogt fester zu, Zofinger Tagblatt, 11.12.2013

<sup>323</sup> Hofer, Dimitri: Oberdörper wollen ihre Bibliothek retten, Basellandschaftliche Zeitung, 10.10.2014.

lehnte die Kürzung ab, allerdings mit 47 zu 40 Stimmen sehr knapp. Die geplante Steuererhöhung wurde einstimmig versenkt.<sup>324</sup>

Der Fall **Illnau-Effretikon** (16'800 Einwohner) ist ungewöhnlich, da eine gemeindefusionsbedingte Bibliotheksschliessung hier nicht in einer Volksabstimmung endete, sondern mittels einer Petition geregelt wurde. Der Stadtrat beschloss zum Schock der Bibliotheksleiterin in Illnau, künftig nur noch einen Standort in Effretikon zu unterhalten, um 70'000 Franken im Jahr einzusparen und das beachtliche Defizit abzubauen. Die Regierung sah letztendlich von diesem Vorgehen ab, bestritt aber explizit, dass die Petition, trotz ihrer beeindruckenden Grösse, einen Einfluss auf ihre Entscheidung gehabt hätte. Die Gemeinde verfüge auch nach der Fusion noch über zwei Hauptorte, und gerade körperlich eingeschränkte Senioren und Kleinkinder würden einen nahegelegenen Bibliothekszugang schätzen. Davon abgesehen seien die Einsparungsmöglichkeiten nach genauer Überprüfung der Zahlen geringer als angenommen.<sup>325</sup>

Die Bibliotheksleiterin informierte ihre Kunden mündlich und über ihre Webseite über den positiven Bescheid. «Viele sagten, dass sie einen anderen Entscheid nicht verstanden hätten und dass sie auch nicht bereit gewesen wären, in die Bibliothek Effretikon zu wechseln». Die Bibliothek lag auf dem Schulweg der Kinder und manche kamen jeden Tag nach dem Unterricht vorbei. Von den 734 mit Hilfe der SP gesammelten Unterschriften stammten 500 aus dem Dorf selbst.<sup>326</sup>

Möglicherweise half der Bibliothek, dass zeitgleich eine weitere beliebte Kultureinrichtung von der Schliessung bedroht war und die Unterschriften deswegen zusammen gesammelt und an den Stadtpräsidenten (SP) und den Stadtrat (FDP) übergeben werden konnten. Die Medien behandelten die beiden Anliegen bevorzugt gemeinsam und präsentierten die Petitionen als vereinte Bewegung gegen Sparmassnahmen. Über 1700 Einwohner beteiligten sich an den beiden Aktionen, viele davon online über die Webseite der SP. Der zuständige Stadtrat (FDP) schreckte während der Übergabe der Petition davor zurück, sich hinter den Schliessungsantrag zu stellen: «Es geht nicht darum, die Bibliothek in Illnau aufzugeben.» Er fragte sich aber, ob es insgesamt wirklich sechs Bibliotheken in der Stadt brauche.<sup>327</sup>

Im Fall Illnau verhielten sich alle Parteien entsprechend den Erwartungen. SP und Grüne bekämpften von SVP und FDP initiierte Sparmassnahmen. Die linken Politiker waren sich der fehlenden rechtlichen Wirkung ihrer Anstrengungen bewusst, wählten aber bewusst

---

<sup>324</sup> Horisberger, Christian: Steuererhöhung vom Tisch gefegt, Basler Zeitung, 26.11.2014.

<sup>325</sup> Burkart, Philipp: Bibliothek Illnau bleibt vor Schliessung verschont, ZU/avU, 25.06.2015.

<sup>326</sup> Hartmann, Annalisa: Lesecke muss nicht weichen, regio.ch, 02.07.2015.

<sup>327</sup> Unterschriftenflug gegen Sparpläne, Der Landbote, 20.12.2014.

diesen Weg der Interessendurchsetzung: «Die vielen Unterschriften führen dem Parlament und dem Stadtrat hoffentlich vor Augen, dass diese Sparmassnahmen nicht einfach durchgewinkt werden dürfen.»<sup>328</sup>

Weniger erfolgreich verlief die Rettung der interkulturellen Bibliothek in **Olten** (17'000 Einwohner). Die SP und die FDP sind Oltens wählerstärkste Parteien. Drei der fünf Stadtratsmitglieder gehören heute der SP und den Grünen an, zwei der CVP und der FDP.<sup>329</sup> Die Stadt strich 2016 die jährliche Zahlung an die Bibliothek. 2017 konnte die Jugendbibliothek davon überzeugt werden, an Stelle der interkulturellen Bibliothek zukünftig fremdsprachige Medien einzukaufen. Die interkulturelle Bibliothek wehrte sich monatelang gegen die Schliessung und konnte einige Zeit auf Kosten des gemeinnützigen Frauenvereins Olten und durch Freiwilligenarbeit überleben.<sup>330</sup>

Der Bibliothek wurde wohl auch die Uneinigkeit der linken Parteifraktion zum Verhängnis, die einen Rettungsantrag der SP und der Jungen SP im Gemeindeparlament nicht geschlossen unterstützte (22:11 bei 11 Enthaltungen). Der Präsident des Bibliothekvereins war gleichzeitig SP-Gemeinderat und zeigte sich besonders irritiert über die Tatsache, dass der Betrag ohne Begründung aus dem Budget gestrichen wurde. Der Stadtpräsident (CVP) betonte, dass die Gelder stets nur als Anschubfinanzierung gedacht waren. Dies sei immer so kommuniziert worden. Der Stadtrat könne sich nicht über das Gemeindeparlament hinwegsetzen, um die Gelder doch noch zu sprechen.

Die AZ Medien zeigten sich gewohnt bibliotheksinteressiert und wiesen mehrmals auf die Petition zur Bibliotheksrettung auf der eigenen Plattform [petitio.ch](http://petitio.ch) hin. Diese unterstützt Unterschriftensammlungen zu lokalen Themen in den Kantonen Basel, Solothurn und Aargau. Bei ausreichend vielen Stimmen wird die Petition automatisch an die zuständige Gemeinde übermittelt. Der erfolglose Versuch der interkulturellen Bibliothek erhielt auf diese Weise 255 Unterschriften.<sup>331</sup> Das Kunstmuseum Olten sammelte zu einem vergleichbaren Anliegen 1576 Unterschriften aus der ganzen Schweiz.<sup>332</sup>

---

<sup>328</sup> Knapp 1000 Unterschriften für Funky, ZO/AvU, 19.12.2014.

<sup>329</sup> <http://www.oltten.ch/de/politikverwaltung/politik/stadtrat/exekutive/>

<sup>330</sup> Kunz, Sarah: Ikubo hat ihre Räume aufgegeben, Oltner Tagblatt, 06.09.2017.

<sup>331</sup> War das der Todesstoss für die IKUBO? Solothurner Zeitung, 02.12.2016.

<sup>332</sup> 1576 Unterschriften fürs Kunstmuseum Olten, Aargauer Zeitung, 28.02.2014.

## 8.2 Petitionen für neue Bibliotheken

### Quantitative Auswertung

Neue Bibliotheken stellen mit Abstand das seltenste Ziel einer Petition dar. Dies kann teilweise mit der Tatsache erklärt werden, dass alle Unterschriftensammlungen, welche in einer Volksabstimmung mündeten, in den entsprechenden Kapiteln behandelt werden. Gemeinden mit einem hohen Bedürfnis nach einer öffentlichen Bibliothek konnten diese meist bereits vor dem gewählten Untersuchungszeitraum eröffnen. Es verbleiben mit St. Gallen, Allschwil und Trois-Chêne somit nur drei Fälle mit wenigen Gemeinsamkeiten. Nur eine der drei Aktionen führte zum gewünschten Resultat.

### Kurzvorstellung der Petitionen

Die **St. Galler Bibliotheksinitiative** ist mit Sicherheit die am besten bekannte und meist-untersuchte bibliothekarische Volksinitiative und Unterschriftensammlung der Schweiz. Ihre Existenz bewegte den Kantonsrat zur Ausarbeitung eines Gegenvorschlags und ermöglichte dem Kanton nach einem rund 20 Monate dauernden politischen Prozess ein eigenes Bibliotheksgesetz und eine stattlich eingerichtete neue Bibliothek. Unterstützung erfuhr die Initiative in erster Linie von der SP, den Grünen, den Schweizer Demokraten und der PFG, während die CVP, EVP und GLP das Vorhaben mit Vorbehalten guthiessen. Die FDP war in ihrer Haltung völlig gespalten, die BDP und SVP ablehnend.<sup>333</sup> Die Hintergründe und die Folgen der Bibliotheksinitiative wurden bereits in Cornel Doras Text „Das neue Bibliotheksgesetz des Kantons St. Gallen. Ein Impuls für die schweizerische Bibliotheksgesetzgebung“ untersucht, weswegen hier auf eine erneute Darstellung verzichtet wird.<sup>334</sup>

**Les Trois-Chêne** ist ein Vorort der Stadt Genf und setzt sich aus Chêne-Bougeries, Chêne-Bourg und Chêne-Thônex zusammen. Die Hôpitaux universitaires de Genève sind hier situiert und bieten ihren Patienten neben einer Bibliothek auch einen Buchleihdienst. Die grosse Nähe zum exzellenten Bibliotheksangebot der Stadt Genf mag dazu beigetragen haben, dass Trois-Chêne trotz seiner fast 35'000 Einwohner über keine eigene öffentliche Bibliothek verfügt. Die Region wird ausserdem vom Bibliobus mit tausenden Büchern versorgt, auch wenn die Besuchszeiten die Nutzung für berufstätige Erwachsene erschweren. Eine aktive Einschreibung bei einem Genfer Bibliotheksverbund ist hierfür nicht nötig.<sup>335</sup>

SP und Grüne organisierten 2014 dennoch eine erfolglose Unterschriftensammlung. Die Gemeinde besitze laut den Initianten trotz ihrer beachtlichen Einwohnerzahl und eines aktiven Kulturlebens leider keine eigene Bibliothek. Diese würde die Integration, den sozialen

---

<sup>333</sup> Parteien stehen hinter der Bibliothek, St. Galler Tagblatt, 21.09.2012.

<sup>334</sup> Siehe Cornel Dora: Das neue Bibliotheksgesetz des Kantons St. Gallen. Ein Impuls für die schweizerische Bibliotheksgesetzgebung, LIBREAS. Library Ideas, 22 (2013). <http://libreas.eu/ausgabe22/03dora.htm>

<sup>335</sup> Nasel, Emilie: Les Bibli-o-bus remplacent les bibliothèques aux Trois-Chêne, Signé Genève, 25.01.2013.

Austausch und die Lesekenntnisse der Kinder fördern. Auch biete sie Menschen unabhängig von ihren finanziellen Mitteln Zugang zur Kultur. Der Unterschriftenbogen ist noch immer auf der Webseite der Grünen Partei aufgeschaltet.<sup>336</sup>

**Allschwil** besitzt 20'000 Einwohner und einen starken rot-grünen Wähler- und Einwohneranteil, was das Fehlen einer eigenen Bibliothek umso erstaunlicher macht. Eine mögliche Erklärung ist die grosse Nähe zur Stadt Basel und ihrem Medienangebot. Die Gemeinde unterstützt die GGG Stadtbibliothek Basel mit einem jährlichen Betriebskostenbeitrag und ermöglicht so vergünstigte Benutzungsbedingungen.

Die Allschwiler Bibliotheksfreunde versuchen seit den Achtzigerjahren, eine eigene Bibliothek aufzubauen und kreierten hierfür 2007 mit <http://www.bibliothek-allschwil.ch> auch eine eigene, heute nicht mehr aktive, Webseite. Diese sollte als Internetplattform Druck von unten aufbauen, indem sie der Bevölkerung die Möglichkeit gab, sich zu artikulieren. Der Gemeinderat Heinz Giger (SP) versprach, dass sich die Gemeinde mit dem Anliegen beschäftigen würde, wenn sich nachweisen liesse, dass dieses ein „überwiegendes Bedürfnis“ sei.<sup>337</sup> Herr Giger stand mit dieser bibliotheksfreundlichen Haltung im Gemeinderat jedoch alleine da.<sup>338</sup>

Die Allgemeinen Bibliotheken der GGG planten zur Freude der Allschwiler Bibliotheksunterstützer den Umzug einer Bibliotheksfiliale ins Allschwiler Einkaufszentrum „Paradies“, forderten vom Gemeinderat jedoch die Aufstockung des Beitrags von 35'000 Fr. auf 100'000 Fr. Dieser lehnte aus spartechnischen Gründen ab, was die Basler Zeitung als „stur“ kritisierte.<sup>339</sup>

Der Initiator der Webseite Marc Véron konnte diesem Vorgehen nichts abgewinnen: «Nur zu sparen bringt nichts. Es muss auch Handlungsspielraum für neue Angebote geben.» Der Betreiber einer Informatikfirma lud Initianten, Parteien und den Gemeinderat zu einem runden Tisch ein und versuchte, einen Gönnerkreis zu gründen, der die Gemeinde finanziell entlasten sollte.<sup>340</sup> Zudem verschickte er 150 Mails an potentielle Unterstützer («Wir wollen eine Lobby aufbauen»). In Allschwil sage man leider fast reflexartig Nein zu kulturellen Vorschlägen<sup>341</sup> und die Bevölkerung reagiere zögerlich auf neue Ideen. Von den Parteien unterstützte das Projekt lediglich die SP. Die Regierung äusserte sich nur positiv, solange sie selber keine finanziellen Verpflichtungen eingehen musste. Die Suche nach privaten Geldgebern schlug fehl, sodass die Pläne für eine eigene Bibliothek aufgegeben werden

---

<sup>336</sup> [http://www.verts-thonex.ch/Documents/Petition\\_Biblio\\_Trois\\_Chene.pdf](http://www.verts-thonex.ch/Documents/Petition_Biblio_Trois_Chene.pdf)

<sup>337</sup> Schmidt, Georg: „Leseförderung ist mir wichtig“, Basler Zeitung, 04.07.2007.

<sup>338</sup> Vogel, Francois: Wichtige Bibliothek für Allschwil, Basler Zeitung, 06.07.2007.

<sup>339</sup> Rockenbach, Michael: Bibliothek kommt nicht ins Paradies – das darf nicht das letzte Wort sein, Basler Zeitung, 24.05.2007.

<sup>340</sup> Zehnder, Steffi: Private sollen Bibliothek retten, Basler Zeitung, 04.07.2007.

<sup>341</sup> Schmidt, Georg: Buchfreunde wollen Lobby aufbauen, Basler Zeitung, 12.06.2007.

mussten. Es handelte sich hier bereits um den dritten Versuch, eine Gemeindebibliothek für Allschwil zu eröffnen – eine Tatsache, die dem Gemeinderat bewusst war. Bereits 1988 hatte das Stimmvolk die Idee an der Urne abgelehnt, gefolgt von einem erneuten Versuch 2001. Herr Véron schaffte es, die damaligen Unterstützer nochmals zusammenzutrommeln.<sup>342</sup>

Das Beispiel Allschwil beweist, dass auch jahrelange und gut organisierte Bemühungen fehlschlagen können, wenn keine breite Unterstützung in der Bevölkerung, den Medien und der Politik vorhanden ist. In diesem Fall kam erschwerend hinzu, dass sich bereits 10% der Bevölkerung in einer anderen Bibliothek eingeschrieben hatten und deren Medienangebot auch aktiv nutzten. Keine der jahrelangen Debatten um eine eigene Bibliothek löste ein grosses Echo in der Bevölkerung aus.<sup>343</sup> Die Gemeinde ist mit ihrer Haltung zu öffentlichen Bibliotheken aber eine Ausnahme in der Region. Ähnlich grosse Baselbieter Gemeinden wie Binningen und Reinach gaben für ihre Bibliotheken damals rund 150'000 Franken pro Jahr aus. Die halb so grosse Gemeinde Therwil zahlte gar 200'000 Franken.<sup>344</sup>

### 8.3 Petitionen für einen Angebotsausbau oder Angebotserhalt

#### Quantitative Auswertung

Bei den Petitionen zu Erweiterungen oder Erhaltungsmassnahmen eines bestehenden Bibliotheksangebots sticht sofort der hohe Anteil französischsprachiger Städte und Gemeinden ins Auge. Vier von insgesamt sechs Unterschriftensammlungen fanden in der Romandie statt.

Allerdings beschäftigten sich drei davon mit spezifischen Anliegen ohne weitreichende Konsequenzen für den Bibliotheksbetrieb und das vorhandene Angebot.

#### Kurzvorstellung der Petitionen

In **Genf** (195'000 Einwohner) wünschten Initianten eine ruhigere Atmosphäre im Lesesaal der Bibliothèque de la Cité. Der Lesesaal war im Zuge einer Renovierung umstrukturiert worden. Die Leiterin der Bibliothek deutete an, dass sich nur ein kleiner Prozentsatz der 300'000 Nutzer an der Petition beteiligt hätten. Dennoch werde man einen zweiten, ruhigen und hellen Raum zur Verfügung stellen. Den übrigen Forderungen könne man jedoch nicht entsprechen, da der gewünschte Platz bald anderweitig benötigt werde.<sup>345</sup>

Die zweite Petition aus **Genf** behandelte eine Auseinandersetzung zwischen der Universität Genf und den Bibliotheksangestellten, bzw. den sie vertretenden Gewerkschaften. Die

---

<sup>342</sup> Schwarzenbach, Fabian: Gerangel um Standort für Bibliothek, Basellandschaftliche Zeitung, 19.06.2007.

<sup>343</sup> Vogt-Kohler, Regula: Bücherparadies bleibt ein Traum, Aargauer Zeitung, 17.04.2009.

<sup>344</sup> Rockenbach, Michael: Bibliothek kommt nicht ins Paradies – das darf nicht das letzte Wort sein, Basler Zeitung, 24.05.2007.

<sup>345</sup> Pineiro, Maria: Rénovée, la Bibliothèque de la Cité fait déjà grogner, 20minutes, 07.09.2015.

Reorganisation der Bibliotheken löste bei den Angestellten Angst um ihre Löhne und Arbeitsbedingungen aus. Die Universitätsleitung versprach, enger mit dem Personal zu kommunizieren, verweigerte jedoch die Aufgabe oder Pausierung des Restrukturierungsprojekts.<sup>346</sup>

Im Fall **Neuchâtel** versuchte eine 83-jährige Bibliothekssympathisantin, mittels einer Unterschriftenaktion auf die Gefahr eines Wasserschadens in der Bibliothèque publique et universitaire aufmerksam zu machen und so den Schutz der Bestände zu verbessern. Sie forderte die Verantwortlichen im Februar 2011 auf, das Dach der Bibliothek schnellstmöglich zu renovieren, nachdem dutzende Bücher im vergangenen Dezember in Kontakt mit Regenwasser gekommen waren. Die nach eigenen Worten völlig apolitische Frau gab gegenüber einer Zeitung an, sich bereits in den Fünfzigerjahren in die Bibliothek verliebt zu haben. Der Wasserschaden habe nun das Fass zum Überlaufen gebracht: „J’ai dit: Ça ne va plus, je fais quelque chose!“ Sie konnte im Alleingang über 500 Unterschriften sammeln. Der Verein der Freunde der BPU leitete die Petition sofort an seine 400 Mitglieder weiter, wollte aber ansonsten trotz Unterstützungserklärungen in den Medien keine aktive Hilfe leisten. Die Petition bewirkte, dass der Stadtverantwortliche eine 50 Meter lange und 19‘000 Franken teure Notfallverdichtung unter dem Dach anbringen konnte. Eine komplette Renovation des Dachs würde jedoch 800‘000 Franken kosten und müsse deswegen langfristig geplant werden.<sup>347</sup>

Die Bibliothèque publique et universitaire de Neuchâtel war bereits 2005 zum Gegenstand einer Petition geworden. Innerhalb von nur vier Tagen sammelten ihre Unterstützer damals 1606 Unterschriften, um gegen die geplante Kürzung der Öffnungszeiten zu protestieren.<sup>348</sup> In 12 Jahren fanden im Kanton Neuchâtel somit mindestens fünf Bibliothekspetitionen statt. Bei nur 178‘000 Einwohnern ist der Kanton somit, was die Interessendurchsetzung mittels Unterschriftensammlungen angeht, stark übervertreten.

Auch die Bürger **Nyons** wählten dieses Mittel, um endlich die gewünschten grösseren Räumlichkeiten und ausgeweiteten Öffnungszeiten ihrer Kinder- und Jugendbibliothek zu erhalten. Die Petition bestärkte die Lokalregierung nach eigenen Angaben in ihrem Wunsch, eine akzeptable Lösung für die Bibliothek zu finden. Die Unterschriften scheinen den Prozess somit beschleunigt zu haben, lösten ihn aber wohl nicht aus. Um die zusätzlichen Kosten zu decken, erfolgte eine Bitte an den Kanton, die Bibliothek als Primarschulbibliothek anzuerkennen. Zu den 1500 aktiven Kunden zählten auch einige Kinder aus dem grenz-

---

<sup>346</sup> Dethurens, Chloé: A l’UNIGE, la réforme des bibliothèques inquiète, Tribune de Genève, 06.01.2011.

<sup>347</sup> Giroud, Virginie: A 83 ans, elle tente de sauver la bibliothèque de l’inondation, l’Express, 22.02.2011

<sup>348</sup> Die Petition ist in der Tabelle nicht aufgeführt, da sie ausserhalb des Untersuchungszeitraums liegt.

nahen Ausland.<sup>349</sup> Trotz nur 20'200 Einwohnern verfügt Nyon mit der Jugendbibliothek und der Erwachsenenbibliothek auch heute noch über zwei getrennte Gemeindebibliotheken.

In **Utzenstorf** (4000 Einwohner) unterschrieben über 450 Einheimische eine Petition, um wieder Zugang zu ihrer Bibliothek zu erlangen. Dieser war ihnen 2012 nach jahrelanger legaler Nutzung untersagt worden. Die Bibliothek im Dorf war für Schüler eingerichtet worden, entwickelte sich aber über die Jahre zu einer öffentlich genutzten Bibliothek, da Eltern ihre Kinder ausserhalb der Schulzeiten in die Bibliothek begleiteten und selber Ausleihen tätigten. Der Gemeinderat sah keine rechtliche Grundlage für diesen Zustand, da nur die Führung einer Schulbibliothek durch den Kanton Bern vorgeschrieben ist. Die Petitionsinitianten sprachen von einem „nicht hinzunehmenden Rückschritt in der Bildung“. Ausserdem schade die Streichung des Angebots der Integration von Fremdsprachigen, welche die Bibliothek als Treffpunkt nutzten. Die Bibliotheksverantwortliche unterstützte die Sichtweise des Gemeinderats («Wir wollten keine Vermischung des Angebots mehr»). Utzenstorf bezahlte einen jährlichen Zustupf an die Bibliothek der Nachbargemeinde. Der Schulleiter bedauerte den Entscheid, ohne zusätzliche finanzielle Mittel sei die aktuelle Situation aber nicht haltbar.<sup>350</sup> Nach der Einreichung der Petition verstrich über ein halbes Jahr, ehe sich der Gemeinderat dazu äusserte. Er habe die Räumlichkeiten der Bibliothek an einen Schulverband abgetreten und könne bzw. wolle sich nun nicht mehr einmischen. Die Kosten der Bibliothek hätten jedoch keinen Einfluss auf den Entscheid gehabt, da sie mit 4000 Franken als gering eingeschätzt wurden. Die Petitionsinitianten akzeptierten den Entscheid mit Bedauern: «Ich sehe keinen Sinn, weitere Energie in unsere Bibliothek zu investieren, wenn die Gemeinde unser Anliegen so klar abweist.»<sup>351</sup>

Der Gemeinderatspräsident gehörte im Untersuchungszeitraum der SP an. Je zwei Gemeinderäte waren Mitglieder der SP und der SVP.

In **Uster** (32'600 Einwohner) beschloss der Gemeinderat 2011 die wöchentlichen Öffnungszeiten der Stadtbibliothek von 42 auf 34 Stunden zu reduzieren und alle Bibliotheksveranstaltungen zu streichen. Zwei Gemeinderätinnen der SP und der Grünliberalen starteten daraufhin die Petition «Für eine starke Stadt- und Regionalbibliothek» und sammelten in drei Wochen 1658 Unterschriften – doppelt so viele, als für eine Volksinitiative nötig wären. Die SP unterstützte die Aktion.

Zwischen 2002 und 2011 waren die Ausleihen bei gleichbleibendem Personalbestand auf weit über 400'000 pro Jahr angestiegen. Überzeiten könnten so nur schwer abgebaut und

---

<sup>349</sup> La Bibliothèque des jeunes a pris ses aises, 24 heures Région La Cote, 09.11.2006.

<sup>350</sup> Lévy-Moser, Lilo: Eltern wollen öffentliche Schulbibliothek, Berner Zeitung, 02.11.2012 und Hachen, Andreas: Schulbibliothek nicht mehr öffentlich, Berner Zeitung, 07.06.2012.

<sup>351</sup> Noldin, Nadja: Bibliothek: Bittsteller blitzen ab, Berner Zeitung, 06.07.2013.

Urlaub nicht fristgerecht bezogen werden. Ändere sich nichts an der bestehenden Situation, bestünde die Gefahr von Kündigungen und des Verlusts des kantonalen Status als Regionalbibliothek, dessen Anforderungen die Bibliothek bereits heute nicht vollständig erfülle. Auch Vergleiche mit Nachbargemeinden würden gegen eine Kürzung und für eine Aufstockung sprechen. Die Petitionärinnen forderten aus diesem Grund zwei zusätzliche Stellen.<sup>352</sup> «Die Leute haben kein Verständnis für den drohenden Leistungsabbau. Viele sind extra in die Bibliothek gegangen, um die Petition zu unterschreiben.»<sup>353</sup> Die involvierte GLP-Rätin verfasste mehrere Leserbriefe, in welchen sie ihre Haltung erklärte.<sup>354</sup>

Fast zeitgleich versuchten viele Einwohner sowie die BDP, die letzte verbleibende Buchhandlung Usters mit einer Petition vor der Schliessung zu bewahren, sodass sich die öffentliche Diskussion im Herbst 2012 stark um den Wert von Literatur und Bildung drehte.<sup>355</sup>

Die Bibliothekspetition wurde nur gerade drei Tage vor der Behandlung des Jahresbudgets an den etwas überraschten Gemeindepräsidenten (SP) überreicht („In so kurzer Zeit ist noch nie eine Petition behandelt worden«). In der folgenden Debatte beschloss der Rat Kürzungen in vielen Gebieten, doch die Bibliothek wurde verschont und erhielt 120'000 Franken, was zwei zusätzliche Stellen ermöglichte.<sup>356</sup>

Die Diskussion flammte bald wieder auf. 2015 musste die Bibliothek auf Antrag des neu gewählten Stadtrats auf fast alle eigenen Veranstaltungen verzichten, diejenigen für Kinder neu kostenneutral durchführen, weniger Medien anschaffen und die Gebühren erhöhen, um 80'000 Franken einzusparen.<sup>357</sup>

In **Wohlen** (14'000 Einwohner) unterschrieben 1236 Einwohner eine Petition, um der Gemeindebibliothek zu mehr Raum zu verhelfen. Das fünfköpfige Team um die Bibliotheksleiterin spielte eine dominante Rolle in der Unterschriftensammlung und der Kommunikation des Anliegens gegenüber den Medien. Es wies auf die Richtlinien der SAB hin, welche für Wohlen eine Gemeindebibliothek mit 600 m<sup>2</sup> vorschreiben würden. Momentan umfasse sie lediglich 150 m<sup>2</sup>. Die Vizepräsidentin des Einwohnerrats (CVP) und der Präsident der SVP Wohlen lancierten zusammen eine dringende Motion, um die Bibliothek auszuweiten. Der Einwohnerrat lehnte dies jedoch ab.<sup>358</sup>

---

<sup>352</sup> Gautschi, Eduard: Bibliothek Uster droht ein Abbau, Zürcher Oberländer, 10.11.2012.

<sup>353</sup> Gautschi, Eduard: 1658 wollen keinen Abbau, Zürcher Oberländer, 01.12.2012.

<sup>354</sup> Räuftlin, Ursula: Literatur muss in Uster Platz haben, Zürcher Oberländer, 24.11.2012.

<sup>355</sup> Gautschi, Eduard: Petition für Buchhandlung, Anzeiger von Uster, 13.10.2012.

<sup>356</sup> Brütsch, Christian: Kein Leistungsabbau bei der Bibliothek, regio.ch, 06.12.2012.

<sup>357</sup> Gadiant, Mike: Stadtbibliothek Uster: Kein Geld mehr für Anlässe, <http://zueriost.ch>, 01.04.2015.

<sup>358</sup> Weibel, Andrea: 1236 Leute fordern mit ihrer Unterschrift mehr Raum in der Gemeindebibliothek Wohlen, Aargauer Zeitung, 12.06.2012.

Der Präsident der lokalen SVP ist heute Aargauer Grossrat und kein Freund staatlicher Ausgaben. Er bekämpfte jedoch bereits 2008 im Sinne der Bibliothek die geplante Benutzergebühr: „Offenbar sollen unsere Kinder und Schüler jetzt noch mit einer neuen Gebühr bestraft werden, wenn sie Bücher aus der Gemeindebibliothek holen und lesen wollen. Mit seiner Gebührenlawine walzt der Gemeinderat noch den letzten Rest an sozialem Gedankengut in unserer Gemeinde nieder.“<sup>359</sup>

Die Petition hatte dennoch keinen Erfolg, was die Einwohnerratspräsidentin, Einwohnerräte und mehrere Gemeinderäte aber nicht davon abhielt, der Bibliothek am „Tag der offenen Tür“ einen öffentlichen Besuch abzustatten. Die Gewinnung eines Elektroinstallationsbetriebs als Bibliothekssponsor, die unkritische lokale Berichterstattung zu Bibliotheksanliegen und die damals fast 100'000 jährlichen Ausleihen deuten ebenfalls auf eine gut verankerte und breit abgestützte Gemeindebibliothek hin, sodass über die Gründe für den ausbleibenden Erfolg der Petition nur spekuliert werden kann.<sup>360</sup> Die Bibliothek war bereits 2005 umgezogen, wahrscheinlich verursacht durch eine Unterschriftensammlung für neue und grössere Bibliotheksräume im Jahr zuvor.<sup>361</sup>

#### 8.4 Fallstudie: Die Bibliothek Ruopigen in Luzern

Die Luzerner Bibliothek Ruopigen befindet sich im Quartier Reussbühl und bedient seine 6000 Einwohner. Sie wurde 1978 ursprünglich im Schulhaus Ruopigen eingerichtet, zog 1992 ins Einkaufszentrum «Ruopigen Märt», 2006 in ein neues Gemeindehaus und 2009 im Rahmen der Fusion mit Luzern zurück ins Ruopigen Zentrum. Aktuell stellt sie etwa 10'000 Medien zur Verfügung. Eine Buchhandlung in der Bahnhofunterführung Luzern nimmt die von den Kunden zurückgegebenen Medien der Bibliothek entgegen.<sup>362</sup>

Luzern verfügt über 21 sehr aktive und politisch engagierte Quartiervereine. Die Stadt unterstützt die Vereine pro Jahr mit 75'000 Franken und fordert von ihnen, sich bei Mitwirkungsprozessen oder bei Vernehmlassungen aktiv als Meinungsvertreter der Quartierbewohner einzubringen.<sup>363</sup> Diesem Wunsch kamen die Vereine im Fall der geplanten Bibliotheksschliessung im Jahr 2012 sofort nach. Gleich drei Quartiervereine schalteten sich ein und appellierten an das Stadtparlament, von seinen Sparplänen im Rahmen von 200'000 Franken abzusehen. Es folgte ein offener Brief an alle Parteien. Der Standort sei vor allem für Senioren und Kinder wichtig und diene als gemeinschaftlicher Treffpunkt. Man sei zu keinem Zeitpunkt in die Entscheidung mit einbezogen worden und entsprechend überrascht.

---

<sup>359</sup> Galatti, Jean-Pierre: Gemeinderat will Bibliotheksgebühren, Aargauer Zeitung, 25.09.2008.

<sup>360</sup> Stutz, Lisa: In der Bibliothek gibt's keine freien Nischen, Aargauer Zeitung, 28.02.2013.

<sup>361</sup> Schaad, Hans Ulrich: Leseratten finden hier genug Stoff, Berner Zeitung, 30.08.2013.

<sup>362</sup> <https://www.bvl.ch/luzern-ruopigen>

<sup>363</sup> Glaus, Christian: Mehr Geld für Reussbühl, Luzerner Zeitung, 23.05.2017.

«Wir sind alle von unseren Mitgliedern und Einwohnern aufgefordert worden, aktiv zu werden.» Auch deuteten die Quartiervereine an, bei einer abschlägigen Antwort eine Volksmotion starten zu wollen. Der Luzerner Stadtpräsident (CVP) bezeichnete die Bibliothek als eine „nicht obligatorische Leistung“. Man habe schlicht alle anderen Sparmöglichkeiten in den letzten Jahren ausgeschöpft, aber natürlich tue jeder Leistungsabbau weh.<sup>364</sup>

Die Quartiervereine Reussbühl, Littau Dorf und Matt machten ihre Drohung wahr und organisierten eine Volksmotion mit 1361 Unterschriften, verbunden mit einem „Smart Mob“ aus lesenden Bibliotheksunterstützern auf der Strasse am Aktionstag „Wir stehen für unsere Bibliothek ein!“. SP, JUSO und CVP schlugen parallel dazu in einer Motion vor, das Quartierbüro Reussbühl mit der Bibliothek zusammenzulegen und auf diese Weise Geld zu sparen.<sup>365</sup>

Die Stadt kündigte der Bibliothek drei Monate später die Räumlichkeiten, ohne den Entscheid den Bibliotheksunterstützern im Voraus mitzuteilen. Dies verärgerte die Quartiervereine noch mehr («dilettantisches Vorgehen»). «Einerseits betont die Stadt immer, wie wichtig wir Quartiervereine seien. Andererseits werden wir nun komplett übergangen [...]». Der Quartierverein werde das nicht einfach so hinnehmen, sondern «einen Gang höher schalten». Die Mitgliederversammlung beschloss einstimmig, beim Stadtrat vorstellig zu werden und eine Klärung einzufordern. Dieser verteidigte sich mit einem Hinweis auf die Kündigungsfrist von einem Jahr. Der Entscheid sei damit nicht vorweggenommen.

Die Präsidentin der SP bezeichnete das Demokratieverständnis der Regierung als „bedenklich“ und die Kommunikation als „vollkommen ungenügend“. Es folgte eine dringliche Interpellation seitens der SP/Juso-Fraktion. «Ich erwarte, dass die Stadt nun endlich Stellung nimmt und sagt, was Sache ist. Ein weiteres Vertrösten wäre nicht akzeptabel.»

Das städtische Parlament behandelte den Sparbeschluss im Mai. Die Bibliotheksfreunde konnten sich hier gute Chancen ausrechnen, denn sie wussten die SVP- und SP-Fraktion sicher an ihrer Seite. Die SVP hatte bereits im Herbst versucht, die Streichung der Gelder zu verhindern. «Man darf nicht etwas, das sich bewährt hat, wegstreichen [...]», so ein Grossstadtrat der Partei.

Die Parteichefin der SP drückte im Vorfeld der Abstimmung nochmals ihren Ärger aus: «Die Leute in Littau sind empört über das Vorgehen der Stadt und fühlen sich nicht ernst genommen.» Winterthur besitze gleich acht Bibliotheken.

---

<sup>364</sup> Roschi, Stefan: Bibliothek Ruopigen erhält Unterstützung, Neue Luzerner Zeitung, 12.10.2012.

<sup>365</sup> Bibliothek soll erhalten werden, Neue Luzerner Zeitung, 27.12.2012.

FDP und Grünliberale standen weiterhin geschlossen hinter der Auflösung der Bibliothek: «Schliesslich ist bei jeder einzelnen Massnahme irgendeine Bevölkerungsgruppe betroffen. Wenn wir hier nicht sparen, leidet jemand an einem anderen Ort.» Die Grünen und die CVP-Fraktion signalisierten keine Präferenz.<sup>366</sup>

Die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Stadtrates stimmte der Volksmotion im selben Monat mit 8:2 Stimmen zu. Die beiden SVP-Vertreter in der GPK stammten beide selbst aus Reussbühl, was ihre Unterstützung für die Bibliothek laut der Neuen Luzerner Zeitung noch erhöht haben dürfte. Die Präsidentin der Kommission (SP) nannte die Petition als ausschlaggebenden Grund für den deutlichen Entscheid: «Die Volksmotionäre konnten uns aufzeigen, dass die Bibliothek gut genutzt wird, dass sie ein Treffpunkt für das ganze Quartier ist.» Ausserdem erhöhe der überdurchschnittliche Ausländeranteil des Quartiers die Wichtigkeit der Leseförderung. «Die Kinder müssen einen Zugang zu Büchern haben. Der Weg in die Stadtbibliothek ist aus Littau und Reussbühl zu weit.»

Der Stadtrat weigerte sich weiterhin, die Volksmotion anzunehmen. Es sei den Reussbühlern zuzumuten, die Stadtbibliothek am Löwenplatz zu nutzen. Auch sei die Bibliotheksschliessung im vergangenen Herbst im Rahmen der Volksabstimmung über die Steuererhöhung kommuniziert worden.

Die GPK kritisierte diese Haltung scharf: «Obwohl der Widerstand aus dem Quartier massiv ist, hat sich der Stadtrat nicht auf Diskussionen eingelassen und keine anderen Lösungen gesucht. [...] Dieses Begehren wird von einem grossen Teil der Bevölkerung getragen, es geht nicht nur um Partikulärinteressen.»<sup>367</sup>

Wohl mit ausgelöst durch den Entscheid der GPK überwies das Stadtparlament die Volksmotion einen Monat später mit grosser Mehrheit. Dies zwang auch den Stadtrat dazu, seine Opposition aufzugeben.

Der Fall Ruopigen endete somit mit einer Erfolgsmeldung. Er ist in mehrerer Hinsicht ungewöhnlich. Eine pro-bibliothekarische Allianz aus SP und SVP für den Kampf gegen die Grünliberalen ist nicht einmalig, aber auch kein Normalfall. Auffälliger und klar untypisch ist die mangelnde öffentliche Unterstützung durch die Grüne Partei.

Die Bibliotheksmitarbeiter scheinen die Organisation des Widerstands und die mediale Kommunikation vollständig in die Hand der Quartiervereine gelegt zu haben. Der von Rudolf Mumenthaler publizierte Seminarbericht „Was macht erfolgreiche Bibliothekspolitik aus?“ geht davon aus, dass die Verwaltung den Bibliothekarinnen die öffentliche Kommunikation untersagt hatte und sie sich deswegen auf die Vereine verlassen mussten (Mumen-

---

<sup>366</sup> Roschi, Stefan: Chancen für Bibliothek intakt, Neue Luzerner Zeitung, 18.04.2013.

<sup>367</sup> Bertschi, Christian: Bibliothek scheint gerettet, Neue Luzerner Zeitung, 23.04.2013.

thaler/Schuldt, S. 6). Diese verfolgten ihre Anliegen deutlich aggressiver und letztendlich erfolgreicher, als es Bibliotheken in vergleichbaren Fällen gemeinhin tun. Auch die involvierten Politiker schreckten nicht vor direkter Kritik und scharfen Vorwürfen zurück.

Die breite und allgemein wohlwollende Berichterstattung seitens der Neuen Luzerner Zeitung, der NZZ und mehrerer Lokalzeitungen deutet darauf hin, dass die Medien die für sie formulierten Mitteilungen bereitwillig aufnahmen. So konnte der Quartierverein erfolgreich eigene Formulierungen ungefiltert in die Presseberichterstattung einfließen lassen.

Der Quartierverein Reussbühl stellt bis heute auf seiner Webseite Quellen zu seinem Kampf gegen die Bibliotheksschliessung zur Verfügung. Die Sammlung umfasst Zeitungsartikel, Medienmitteilungen, Briefe an den Stadtrat und die Parteien, ein Youtube-Video sowie den Unterschriftenbogen der Volksmotion.<sup>368</sup>

## 8.5 Fallstudie: Die Könizer Bibliotheken

Die Bibliotheken in Köniz (41'000 Einwohner) besitzen vier Zweigstellen in Köniz, Niederscherli, Niederwangen und Wabern und rund 70'000 Medien. Ein Kurierdienst verbindet die vier Standorte. Die Bibliothek wird durch einen Verein geführt. Ihr Jahresbudget beträgt aktuell 1'110'000 Franken.<sup>369</sup>

Da die Gemeinde 2011 nur noch über 13 Millionen Franken an Eigenkapital verfügte, beschloss der Gemeinderat eine weitreichende finanzielle Umstrukturierung mit 59 Einzelmassnahmen. Darunter befand sich auch die Schliessung dreier Gemeindebibliotheken, um 250'000 Franken einzusparen. Zukünftig sollte den damals 38'000 Einwohnern nur mehr eine Gemeindebibliothek zur Verfügung stehen, dafür mit erweitertem Angebot.

Die Gesamtleiterin der vier Bibliotheksfilialen sprach sich von Anfang an öffentlich gegen das Anliegen aus, ohne, wie im Fall Reussbühl, auf negative Reaktionen seitens der Politik zu stossen. Die Standortaufgabe sei eine „ganz schlechte Idee“. Die Schliessung der Bibliotheken an der Peripherie der Gemeinde komme faktisch einem Angebotsabbau gleich. Der Nutzeranteil der Bibliotheken sei mit 22% der Gesamtbevölkerung sehr hoch. Bei der Schliessung ihrer Bibliothek würden die Betroffenen nicht etwa eine andere Könizer Bibliothek aufsuchen, sondern schlicht nach Bern fahren. Gerade im Fall der Bibliothek Wabern wäre dies ärgerlich, denn die Filiale wurde erst vor 10 Jahren und nach jahrelangem Kampf der Anwohner eröffnet. Auch sei das Sparpotential begrenzt. Wolle man am einzigen verbleibenden Standort tatsächlich einen Angebotsausbau vornehmen, komme man um einen Ausbau oder eine Neueinrichtung nicht herum. Beides koste.

---

<sup>368</sup> <https://qv-reussbuehl.ch/engagement-furs-quartier/dokumentation-bibliothek-ruopigen/>

<sup>369</sup> Jahresbericht 2016, S. 9.

Die MitarbeiterInnen aller vier Bibliotheken sammelten über 3200 Unterschriften, um sie dem zuständigen Direktionsvorsteher (SVP) vorzulegen. Die Zeitung „Der Bund“ nennt den grossen Erfolg der Unterschriftensammlung „einen kleinen Trost in schwieriger Zeit“ und gibt sich somit wenig Mühe, ihre Sympathien zu verbergen. «Die Bevölkerung steht hinter uns, das gibt uns Rückhalt [...] Allein das zeigt schon, dass es uns wirklich braucht», so auch die Leiterin der Gemeindebibliotheken.<sup>370</sup> Laut des Jahresberichts der Bibliotheken hätten ganze Schulklassen unterschrieben. Manche Kundinnen gingen von Haus zu Haus, um selber Unterschriften zu sammeln.<sup>371</sup> „Wir spüren eine grosse Solidarität.“ In Niederwangen habe zum Beispiel jemand für die Ausleihe zweier DVDs kurzerhand 20 Franken statt 6 Franken bezahlt. Viele sagten, sie würden auch höhere Mitgliederbeiträge bezahlen. Die Sache habe also auch etwas Gutes. Die Bibliotheken seien zum Gesprächsstoff geworden.<sup>372</sup> «Es kamen auch Leute zum Unterschreiben vorbei, die nicht unsere Kunden sind, einfach, weil sie gegen die Schliessung sind.» Ähnliches erlebte die Leiterin der Filiale Wabern: „Die einen sprachen von einem schlechten Aprilscherz, die andern waren empört und wütend. Die Leute wollen ihre Bibliothek an ihrem Wohnort haben, sodass sie sie zu Fuss, mit dem Rollator oder mit dem Kinderwagen aufsuchen können“.<sup>373</sup> „Wir fanden es immer noch wichtig, dass auch die nicht so mobile Leserschaft die Möglichkeit hat, auf einfache Weise zu ihren Medien zu kommen. So wird auch dem Raumentwicklungskonzept der Gemeinde Köniz Rechnung getragen, welches die Wichtigkeit der dezentralen Könizer Ortsteile in ihrem Leitbild verankert hat.“<sup>374</sup>

Im Gegensatz zum Beispiel der Pestalozzibibliotheken pflegten zwei der Filialeiterinnen häufigen Kontakt mit den Medien. Neben einer Vielzahl längerer Artikel in der Berner Zeitung und dem Bund deutet vor allem die detaillierte Beschreibung einer Bibliotheksveranstaltung für Kleinkinder auf diese Tatsache hin. Die Verfasserin ist Redaktorin des Ressorts Region Bern der Berner Zeitung und muss der Bibliothek mindestens einmal einen längeren Besuch abgestattet haben.<sup>375</sup>

Der zuständige Gemeinderat Ueli Studer (SVP) gab an, noch nie so viele, auch sehr harsche, Reaktionen auf eine angekündigte Massnahme erlebt zu haben. „Ich bin überwältigt.“ So viele Unterschriften seien seit Langem nicht mehr für etwas gesammelt worden. „Sparen ist schwierig“, fügte er an. Die Berner Zeitung behauptete, dass der Sparvorschlag nicht zu Herrn Studer passen würde. Die Heftigkeit der Reaktionen beeinträchtigte zumindest

---

<sup>370</sup> Über 2000 Könizer Leseratten wehren sich für ihre Bibliotheken, Der Bund, 07.06.2011.

<sup>371</sup> Jahresbericht 2011, S. 4.

<sup>372</sup> Probst, Lucia: „Bibliothekspersonal ist schockiert“, Berner Zeitung, 07.05.2011.

<sup>373</sup> Bühler, Renate: 3215 Unterschriften für die drei kleineren Könizer Bibliotheken, Der Bund, 05.07.2011.

<sup>374</sup> Jahresbericht 2011, S. 4.

<sup>375</sup> Probst, Lucia: „Bibliothekspersonal ist schockiert“, Berner Zeitung, 07.05.2011.

in der Darstellung des Bundes jedoch nicht seine Sympathien für das Anliegen. Er lud die Petitionärinnen nach der Übergabe der Unterschriften zu einem Kaffee ein.<sup>376</sup>

Der Gemeinderat sah letztendlich von seinem Sparvorhaben ab. Der Gemeindepräsident (SP) begründete den Entscheid wie folgt: „Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass die Bibliotheken in der Bevölkerung sehr breit verankert sind.“<sup>377</sup>

Höchstwahrscheinlich hatte die Intervention der Finanzkommission des Parlaments ebenfalls einen positiven Einfluss auf den Entscheid des Gemeinderats. Die Kommission lehnte auch die anstehende Schliessung der Spez-Sek-Klassen am Gymnasium ab, und rief den Gemeinderat dazu auf, „nicht nur aufgrund des Spardrucks zu entscheiden.“ Der Kommissionspräsident gehörte der SVP an, der Gemeindepräsident und Finanzminister der SP.<sup>378</sup>

Möglicherweise ermutigt durch den Erfolg der Petition sammelten die Könizer einige Monate später 2755 Unterschriften für die Weiterführung sechs „spezieller Sekundarklassen“. Dieselben Politiker, die sich bereits mit der Bibliothekspetition auseinandersetzen mussten, reagierten wiederum positiv und lobten die beeindruckende und stolze Anzahl der Unterschriften.<sup>379</sup>

35 der 40 Parlamentsmitglieder versuchten 2012 erfolglos, den Kanton zur Mitfinanzierung der Könizer Bibliotheken zu bewegen, indem sie einen Antrag auf Anerkennung als Regionalbibliothek stellten.<sup>380</sup>

Der Könizer Gemeinderat ist einer der wenigen, wenn nicht der einzige, der offen zugibt, nur dank einer Petition von einer Bibliotheksschliessung abgebracht worden zu sein. Ein Beispiel für diese offene Kommunikation ist etwa die Antwort auf den Antrag „Planungsbeschluss Erhöhung des jährlichen Beitrags für die Könizer Bibliotheken“ an der Parlamentssitzung vom 23. Juni 2014.

Im Jahresbericht der Bibliotheken deutet der Gemeindepräsident an, mit der angekündigten Schliessung einen Fehler gemacht zu haben: „Der Gemeinderat hat das Bedürfnis der Bevölkerung, die Bibliothek als Begegnungsort zu nutzen, unterschätzt.“ Die Exekutive in anderen Gemeinden streitet den Einfluss von Petitionen entweder ganz ab, oder nennt noch weitere Gründe für den Meinungsumschwung ihrer Politiker.

---

<sup>376</sup> Bühler, Renate: 3215 Unterschriften für die drei kleineren Könizer Bibliotheken, Der Bund, 05.07.2011 sowie Probst, Lucia: „Bibliothekspersonal ist schockiert“, Berner Zeitung, 07.05.2011 und Probst, Lucia: Eine Schachtel voller Unterschriften, Berner Zeitung, 05.07.2011.

<sup>377</sup> Zimmermann, Martin: Die Könizer dürfen ihre Bibliotheken behalten, Der Bund, 16.07.2011.

<sup>378</sup> Bibliotheken: Nicht sparen, Berner Zeitung, 08.06.2011.

<sup>379</sup> 2755 Unterschriften für die Lerbermatt-Spez-Sek, Der Bund 16.06.2012.

<sup>380</sup> Bühler, Renate: «Gute Bibliothek» ohne Platz auf der Kantonsliste, Der Bund, 06.03.2012.

Die Bibliotheken selbst konnten ihrem Überlebenskampf letztendlich viel Positives abgewinnen: „Noch nie waren die Könizer Bibliotheken dermassen in den Medien präsent wie im Sommer 2011 - ein Werbeeffekt, der schliesslich zu 795 Neueinschreibungen führte.“

Die Könizer Bibliotheken nutzten ihren Jahresbericht, um einige Wortmeldungen der erleichterten Petitionsunterzeichner abzudrucken:

*„Der Erfolg freut mich natürlich und ich hoffe, dass ich noch viele Bücher lesen kann. Auch bei der Blinzern-Überbauung erhielten wir nach ähnlichen Demarchen prompt und fundiert eine positive Antwort. Köniz scheint eine gute Gemeinde zu sein.“<sup>381</sup>*

## 8.6 Zusammenfassung und Empfehlungen

Wie bereits in der Einleitung angedeutet, ist der Erfolg einer Bibliothekspetition keinesfalls sicher. Die Misserfolgsquote ist besonders hoch, wenn die Bibliothek nur den Bedürfnissen einer eng abgegrenzten Bevölkerungsgruppe dient, wie etwa Lehrpersonen oder Berufsschülern. Volksabstimmungen sind statistisch gesehen ein zuverlässigeres Mittel der Interessendurchsetzung. Petitionen sollten einer Volksabstimmung deshalb nur unter bestimmten Umständen vorgezogen werden. Schlägt die Erzwingung einer Volksabstimmung fehl, oder hat das Stimmvolk dem Sparanliegen bereits zugestimmt, kann und soll immer auf eine Unterschriftensammlung zurückgegriffen werden, da die Lokalpolitiker gemeinhin sensibel auf diesen Druck von Unten reagieren und auch bei einer abschlägigen Antwort nicht selten eine akzeptable Kompromiss- oder Ersatzlösung suchen. Meist wird die Petition eine Stellungnahme durch die Politik und oftmals auch Presseartikel provozieren, was weitere Menschen auf die Notlage der Bibliothek aufmerksam macht. Dies kann private Sponsoren anlocken, welche sich an der weiteren Finanzierung beteiligen wollen. Auch motivieren Petitionen gerade junge und unpolitische Menschen eher zur politischen Teilnahme als Urnengänge und Gemeindeversammlungen (Linder/Mueller, S. 167).

Möchte die Bibliotheksseite eine Abstimmung zu einer Bibliotheksschliessung vermeiden, können genügend umfangreiche Petitionen die Politik manchmal schon im Vorfeld der Abstimmung von ihrem Vorhaben abbringen und sie zur Wiederaufnahme der Gelder ins Jahresbudget bewegen, ehe dieses dem Stimmvolk vorgelegt wird. Eine Umfrage unter 155 deutschen Bundestags-Abgeordneten legt nahe, dass politische Vertreter sich am ehesten durch persönliche Besuche, Telefonanrufe und selbst verfasste Briefe und E-Mails beeinflussen lassen, während standardisierte E-Mails und Online-Petitionen nur geringe oder sogar eine negative Wirkung bei ihnen entfalten (Voss, S. 194).

---

<sup>381</sup> Jahresbericht 2011, S. 4.

Die Initianten können sich nicht darauf verlassen, von einer Partei in jedem Fall unterstützt zu werden. SVP- und SP-Politiker halfen Bibliotheksbefürwortern am häufigsten, von der FDP war hingegen keine Unterstützung zu erwarten. Die CVP ist oft selbst im Gemeinderat vertreten, oder stellt sogar den Gemeindepräsidenten. Sie zeigt somit, wie die übrigen Mitteparteien, wenig Interesse daran, die Sparbemühungen ihrer Regierung durch Petitionen untergraben zu sehen.

In der Westschweiz sind die Gewerkschaften verlässliche Bibliothekspartner.

Parteien agieren auch gerne als Petitionsinitianten, da Protest immer eine Gelegenheit für etablierte politische Akteure darstellt, sich an die Spitze einer erfolgreichen Bewegung zu stellen und Druck auf die übrigen Parteien auszuüben.

Petitionsorganisatoren stützen sich stärker als Abstimmungskampagnenleiter auf die bevorzugten Vorgehens- und Handlungsweisen von Grassroots-Kampagnen und sozialen Bewegungen. Diese besitzen meist nur schwache Brückenköpfe im politisch-administrativen System und verlassen sich mangels finanzieller Ressourcen noch mehr als Interessengruppen auf die Hingabe ihrer Anhänger und nicht-institutionalisierte Strategien. Ohne Aktionen mit Nachrichtenwert und somit einer gewissen Resonanz in den Massenmedien besitzen die Anliegen dieser Gruppen geringes politisches Gewicht (Jarren et al. S. 23, 35). Wie stark sich die Initianten auf die Inszenierung von Protestereignissen spezialisieren, hängt von den politischen Kontextbedingungen ab. Offene Strukturen, z.B. ein dialogbereiter Stadtrat, führen zu gemässigten Protestformen oder einer stärkeren Verwendung regulärer Informationspolitik (Jarren et al. S. 146).

Letztendlich scheint der wichtigste Erfolgsfaktor für ein Petitionsanliegen in der Qualität der Beziehung zwischen der Lokalregierung und ihrer Bevölkerung zu liegen. Diese hat deutlich mehr Einfluss auf das Endergebnis als die Anzahl der gesammelten Signaturen. Ein Gemeinderat, der sensibel auf Meinungsäusserungen seitens der Einwohner reagiert, wird den Forderungen der Bibliotheksunterstützer auch dann nachgeben, wenn nur ein kleiner Prozentsatz der Gesamtbevölkerung die Petition unterschrieben hat.

Bibliotheksbefürworter können die Kommunikationsqualität zwischen Politik und Bevölkerung nur sehr bedingt beeinflussen, sollten ihr Vorgehen aber an diese Gegebenheiten anpassen. Bei einem für Bürgeranliegen empfänglichen Gemeinde- oder Stadtrat ist ein aggressives Vorgehen seitens der Bibliotheksseite unnötig und riskiert möglicherweise, breitere Bevölkerungskreise von der Bibliothek zu entfremden. Verweigert der Gemeinderat jedoch die Kommunikation mit den Initianten und spielt auf Zeit, stellt eben jene konfliktsuchende Kommunikationsstrategie die einzige Erfolgsmöglichkeit dar. Besonders hilfreich ist hier die zusätzliche Unterstützung von Politikern, die selbst (noch) keine Regierungsverantwortung

tragen und sich mit dem Einsatz für die Bibliothek bei ihren zukünftigen Wählern profilieren können.

Konflikte innerhalb der Regierung sind ebenfalls ausschlaggebend für den Erfolg. Sind sich das Stadtparlament, der Stadtrat und die Finanzprüfungskommission bezüglich einer Budgetkürzung uneins, erhöht dies die Wahrscheinlichkeit stark, dass sich die Wünsche der Bibliotheksseite letztendlich durchsetzen können. Eine geschlossene sparpolitische Front erschwert den Kampf gegen Bibliotheksschliessungen.

Bezüglich der Frage, ob die Involvierung der Bibliotheksangestellten die Chancen eines Petitionsanliegens erhöht, lassen sich keine eindeutigen Aussagen treffen. Die Wünsche der Bibliotheksnutzer und Initianten decken sich nicht durchgehend mit denen der Bibliotheksangestellten. Erstere haben tendenziell wenig Verständnis für Filialschliessungen in ihrem Quartier, während Bibliotheksangestellte, wie im Fall der Pestalozzibibliotheken, nach ihrer Versetzung mitunter von einem neuen und grösseren Arbeitsplatz profitieren und somit positive Aspekte daran erkennen können. Diese Diskrepanz zwischen der Bibliotheksleitung und den betroffenen Kunden wird auch in Deutschland mitunter als Problem wahrgenommen (Hauke, S. 11).

Fallübergreifende Petitionsargumente sind die positive Rolle der Bibliotheken für das gemeinschaftliche Zusammenleben, die Integration von Fremdsprachigen und die Leseförderung sowie ihre Bedeutung als sozialer Treffpunkt. Auch die Standortbelegung wurde mehrmals genannt. Vielleicht das wichtigste Argument der Schliessungsgegner bildet die eingeschränkte Mobilität von älteren Bürgern und Kindern. Die Aufgabe eines Bibliotheksstandorts stellt in ihrer Wahrnehmung immer auch einen Angriff auf zwei besonders verletzbare Bevölkerungsgruppen dar und ist moralisch nur schwer zu rechtfertigen. Auch wenn der Begriff der Skandalisierung zu weit gegriffen wäre, zeigt die Berichterstattung in manchen Fällen eine klare moralische Aufladung des Konflikts. Kausalfragen werden als Schuldfragen verhandelt und die Akteure zu Tätern und Opfern stilisiert. Verursacht durch die Emotionalität des Themas lässt sich diese Darstellung vor allem bei Petitionen und Abstimmungen zu Bibliotheksschliessungen nachweisen.

## 9 Themenfremde und sonstige Abstimmungen mit Bibliotheksbezug

### Die „Initiative zur Rettung der ZHB Luzern“

Die Abstimmung zur Rettung der Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern konnte keinem der bereits behandelten Themenkategorien zugeordnet werden. Die städtische Volksabstimmung vom 28. September 2014 war die Folge eines Kantonsratsbeschlusses von 2012, der den Abriss des bestehenden Gebäudes zugunsten eines Neubaus vorsah. Die Grünen und die Jungen Grünen starteten daraufhin eine städtische Volksinitiative, um das Bau- und Zonenreglement anzupassen und den Abbruch so zu verunmöglichen. Von der SVP abgesehen unterstützten alle Fraktionen sowie die gesamte Stadtregierung das Vorgehen der Grünen, welches mit 75.7% und einer Stimmbeteiligung von 46.3% angenommen wurde.<sup>382</sup> Die Luzerner Stadtbevölkerung sprach sich gegen eine durch den Kanton auferlegte und überaus unpopuläre Massnahme aus, die eher architektonische und denkmalpflegerische als bibliothekarische Themenaspekte betraf.<sup>383</sup>

### Abstimmungen zu bibliotheksferden Themen

Obwohl dieses Themengebiet in der Recherche nicht systematisch untersucht wurde, sticht schnell ins Auge, dass öffentliche Bibliotheken auch in Abstimmungskämpfen zu bibliotheksferden Anliegen eine Rolle spielen.

In **Alpnach** (OW, 5900 Einwohner) äusserten etwa besorgte Leserbriefschreiber Bedenken bezüglich der möglichen Ablehnung des Budgets 2014. Ein SP-Vertreter prognostizierte in diesem Fall die Schliessung der Bibliothek: „Dies ist nicht als Angstmacherei zu verstehen. Wo sonst soll denn unsere Gemeinde über 1 Million Franken einsparen? Gerade erschien die neuste Pisa-Studie, und es wurde betont, dass gerade die Leseförderung zentral sei. Wie bitte sollen wir alle unsere Kinder ohne Bibliothek fördern?“<sup>384</sup>

Ein weiterer Leserbriefschreiber stellte sich mit einer ähnlichen Begründung hinter seine Bibliothek: „Bei weitem nicht nur die Jugend würde die Schliessung der Gemeindebibliothek treffen. Ehrlich gesagt kann ich mir schlicht nicht vorstellen, dass viele Alpnacher bereit wären, dieses Urbedürfnis jeder Gemeinde aufzugeben. Vor allem, wenn die Bibliothek derart engagiert und kompetent geführt wird wie heute.“<sup>385</sup> Auch die Bibliothek selbst hatte in den Abstimmungskampf eingegriffen, indem sie sich auf ihrer Webseite zur Drohung des Gemeinderats äusserte, bei einem Budget-Nein eine mögliche Schliessung der Bibliothek in

---

<sup>382</sup> Erläuterungen des Stadtrates zur städtischen Volksabstimmung vom 28. September 2014, S. 4 und S. 5.

<sup>383</sup> Deutliches Ja zum Erhalt der ZHB, Willisauer Bote, 30.09.2014.

<sup>384</sup> Dahinden, Martin: Bei einem Nein werden Aufgaben nur aufgeschoben, Neue Luzerner Zeitung, 07.12.2013.

<sup>385</sup> Küng, Otti: Sparen bei der Jugend? Neue Luzerner Zeitung, 29.11.2013.

Betracht zu ziehen.<sup>386</sup> Zwar konnten derartige Voten die Ablehnung des Budgets 2014 nicht verhindern, auf die Schliessung der Bibliothek wurde jedoch verzichtet.

In **Steinmauer** wurde 2016 ein neuer Schulhallenbau mit 73% Nein-Stimmen wuchtig abgelehnt. Der Gemeinderat gab der darin geplanten Mediothek die Schuld für die Ablehnung, da „solche Angebote“ in der heutigen Zeit „kaum mehr gefragt“ seien. Sowohl der Gemeinderat als auch die RPK hatten sich gegen den von der Schulpflege gewünschten Bau ausgesprochen. Die geplanten Kosten von 17,6 Millionen Franken lagen 3,6 Millionen Franken über dem vor drei Jahren budgetierten Vorschlag, was den Abstimmungsausgang gewiss ebenfalls negativ beeinflusst hat.<sup>387</sup> Dass der Gemeinderat es als notwendig erachtete, stattdessen die Mediothek zu kritisieren, lässt auf einen tiefen Stellenwert derartiger Angebote schliessen.

Die Regierung der Gemeinde **Laufen-Uhwiesen** handelte hingegen proaktiv. Um die Annahme eines geplanten Kredits für eine Primarschule beim zweiten Versuch sicherzustellen, strichen die Verantwortlichen vorsorglich das vorgesehene Geld für die Mediathek. Dasselbe Schicksal traf ein Handarbeitszimmer, diverse energetische Massnahmen, eine Aufstockung der Hauswartswohnung und die Flachdachsanieierung. Wieso gerade auch die Mediothek von diesen Sparmassnahmen betroffen war, ist nicht rekonstruierbar.<sup>388</sup>

Das prominenteste Beispiel einer Abstimmungsvorlage mit ausschlaggebender Beteiligung einer Bibliothek bildet die Urnenabstimmung in **Burgdorf** (15'200 Einwohner) von 2007. Über 20 Prozent der Burgdorfer Bevölkerung nutzten damals ihre Bibliothek. Die Einwohner versenkten die umstrittene Verkehrsvorlage Scheunenstrasse/ Schmiedenrain mit 2326 Nein- zu 1307 Ja-Stimmen, nachdem die Gegnerschaft auf ihre negativen Auswirkungen auf die Stadtbibliothek aufmerksam gemacht hatte. Der zusätzliche Verkehr mache den Weg für die meist minderjährigen Bibliotheksbesucher zu gefährlich und die Bibliothek weniger attraktiv. Das Nein-Komitee um den Stadtbibliothekar Ziga Kump setzte sich unter anderem aus Vertretern der SVP, SP und der FDP zusammen und sammelte 650 Unterschriften, um eine Abstimmung zu erzwingen. Innerhalb aller Parteien gingen die Meinungen so weit auseinander, dass ursprünglich auf eine Stimmempfehlung verzichtet wurde.<sup>389</sup>

Der Stadtbibliothekar verschickte die Nein-Parole über den E-Mail-Verteiler der Stadtbibliothek, was Kritik auslöste. Die Bürgergemeinde als Trägerin der Bibliothek stellte sich jedoch hinter ihn.<sup>390</sup> Die Gegnerschaft schaltete ausserdem im Namen «mündiger Bürger

---

<sup>386</sup> Rotz, Markus von: Steuererhöhung bachab geschickt, Neue Luzerner Zeitung, 16.12.2013.

<sup>387</sup> Frei, Andreas: Die Behörden müssen nochmals über die Bücher, Zürcher Unterländer, 26.09.2016.

<sup>388</sup> Strom vom neuen Kindergartendach, Schaffhauser Nachrichten, 25.05.2013.

<sup>389</sup> EDU und CVP entschieden sich später für ein Nein. Künzi, Stefan: Gemeinderat weibelt für ein Ja, Berner Zeitung, 13.11.2007 sowie Künzi, Stefan: Gegner sind sauer auf die Stadt, Berner Zeitung, 03.11.2007.

<sup>390</sup> Lüthi, Andreas: Vorlage mit Gegenwind, Der Bund, 07.11.2007.

und Freunde der Stadtbibliothek» Inseraten, die dazu aufriefen, die Überbauungsordnung abzulehnen.

Der Stadtrat hatte die Vorlage mit 31 Ja- zu 4 Nein-Stimmen gutgeheissen und verteidigte sie sehr engagiert und entschlossen, aber letztlich erfolglos. Auch der Vorwurf an die Adresse seiner Gegner, „relativ viele Unwahrheiten“ zu verbreiten, blieb folgenlos.<sup>391</sup>

Der Bund nannte das Abstimmungsresultat einen „Sieg für die Stadtbibliothek“:

„Die Stadtbibliothek ist ein beliebter Ort, der im Bewusstsein der Stadtbewohner zum historischen Stadtkern gehört. [...] Die Planer haben verkehrstechnisch praktische Überlegungen angestellt, das Herz der Burgdorfer aber haben sie nicht berücksichtigt.“<sup>392</sup>

---

<sup>391</sup> Mathys, Hans: Gemeinderat wird offensiv, Berner Rundschau, 13.11.2007 und Mathys, Hans: Keine Chance für die Umgestaltung, Berner Rundschau, 26.11.2007.

<sup>392</sup> Lüthi, Andreas: Sieg für die Stadtbibliothek, Der Bund, 26.11.2007.



## 10 Schlussbetrachtungen

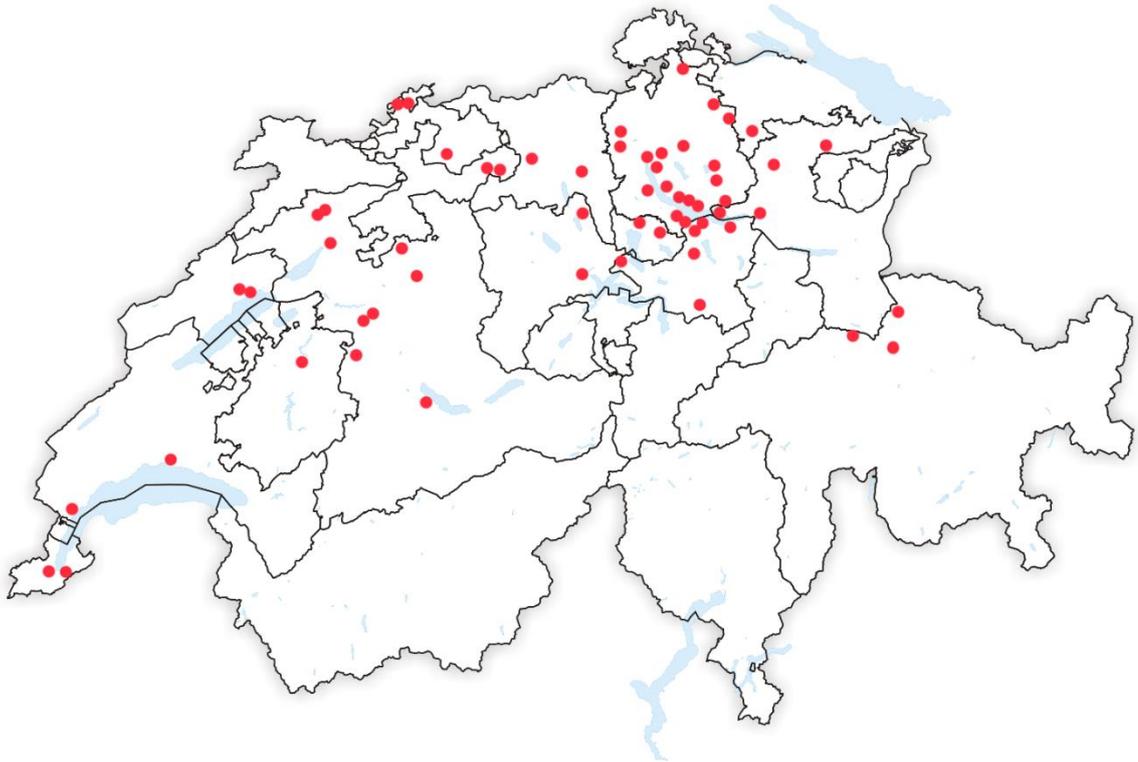


Abbildung 10: Karte mit eingetragenen Abstimmungen und Petitionen

### 10.1 Überprüfung der Hypothese 3

Die Annahme, dass Volksabstimmungen in der Deutschschweiz gehäuft vorkommen, während Bibliotheksfreunde in der Romandie eher auf Petitionen zurückgreifen, konnte bestätigt werden. 8 der insgesamt 22 Petitionen fanden in der Westschweiz statt.

Die französischsprachigen Kantone besitzen laut dem Politologen Hanspeter Kriesi einen vergleichsweise hohen Anteil politisch desinteressierter („unaware“) Bürger. Neuchâtel bildet eine Ausnahme und teilt in diesem Punkt mehr Gemeinsamkeiten mit Deutschschweizer Kantonen als mit dem Rest der Westschweiz (Kriesi, 2005, S. 93), auch wenn diese Informiertheit nicht zu einer höheren Stimmbeteiligung führt (Linder/Mueller, S. 347). Diese Aussage scheint auch für bibliothekarische Themen zuzutreffen, da die Bürger Neuchâtel bezüglich der Verwendung von Petitionen stark übervertreten sind. Sie starten nicht nur mehr Petitionen als andere Kantonsangehörige, sondern tun dies auch erfolgreicher. Möglicherweise zeigen die Neuenburger Medien aber auch schlicht eine höhere Präferenz für bibliothekarische Themen und greifen Proteste und Unterschriftensammlungen deswegen eher auf als Deutschschweizer Zeitungen.

## 10.2 Kurzzusammenfassung der gewonnenen Erkenntnisse

Grundsätzlich decken sich die Ergebnisse der Untersuchung mit denjenigen der US-amerikanischen Forschung, weswegen nur punktuell auf Studien aus den USA verwiesen wurde. Bibliotheksvertreter beider Länder stimmen über dieselben Anliegen ab, nutzen ähnliche Vorgehensweisen, bedienen sich ähnlicher Argumente und müssen sich mit derselben Gegnerschaft auseinandersetzen. Bedingt durch soziokulturelle Unterschiede lassen sich jedoch nicht alle Elemente des US-amerikanischen Abstimmungskampfs auch auf die Schweiz anwenden. Die verbreiteten Hausbesuche und Telefonanrufe am Wahltag („Get out the vote“) hätten in der Schweiz mit Sicherheit einen kontraproduktiven Effekt.

### **Wieso wählen Bibliotheken direktdemokratische Mittel der Interessendurchsetzung?**

In den meisten Fällen waren die Bibliotheken durch rechtliche Vorgaben dazu gezwungen, diesen Weg einzuschlagen. Interessengruppen mit genügend umfangreichen Ressourcen wählen bevorzugt „Insider“-Strategien wie Lobbying, Prozessieren oder die Beteiligung an Wahlen (Kriesi, 2007, S. 145). Erst ein Mangel an organisatorischen Ressourcen zwingt Bibliotheken zu nicht-institutionalisierten, aber medienwirksamen Handlungsalternativen wie „Smart Mobs“. Die Bevorzugung traditioneller bzw. nicht-direktdemokratischer Interessenvertretung ist sinnvoll, denn die Haltung eines Entscheidungsträgers zu verändern ist einfacher, als eine ganze Stadt oder eine Institution von einem Anliegen zu überzeugen (Turner, S. 38).

### **Welche Abstimmungsinhalte haben es bei der Stimmbevölkerung besonders schwer?**

Die Bevölkerung fürchtet langfristige finanzielle Verpflichtungen ohne Endpunkt im Sinne einer Sunset-Klausel, schwer abschätzbare Risiken und Unklarheiten jeglicher Art. Vorlagen, welche diese Eigenschaften aufweisen, bedürfen tendenziell einer intensiveren Abstimmungskampagne als andere, um sich durchzusetzen. Umfangreiche Bauprojekte sind naturgemäß anfälliger für Fehleinschätzungen als Jahresbudgets und somit eher gefährdet.

### **Welche Rolle spielen die Parteien im Abstimmungsprozess?**

Parteien wirken fast durchgehend freiwillig und aktiv an den politischen Prozessen mit, indem sie selbst eine Petition starten oder – weitaus häufiger – ein von Bürgern oder Verbänden initiiertes Begehren unterstützen, um durch Mobilisierung und Themenbesetzung ihre Wahlanteile zu erhöhen (Linder/Mueller, S. 326). Linke und grüne Parteien nutzen das Instrument der Volksinitiative häufiger als rechte Parteien (Eder, S. 146), was auch im vorliegenden Fall bestätigt werden konnte.

### **Welche Parteien und Politiker bekämpfen Bibliotheksvorlagen oder schlagen Sparmassnahmen vor?**

Unter gewissen Umständen kann jede Partei zu einer Bibliotheksgegnerin werden. Im Untersuchungszeitraum haben die SP, CVP, FDP, SVP, BDP, GLP, EVP und die Grünen Bibliotheksanliegen sowohl aktiv bekämpft, als auch unterstützt. In der Romandie ist der Sach-

verhalt eindeutiger als in der Deutschschweiz. Hier stammt die Hilfe für Bibliotheken fast ausschliesslich von linken Parteien und Gewerkschaften.

Da die Aufgabe der Rechnungsprüfungskommission in der Kritik und Kontrolle ihrer lokalen Regierung besteht, kann auch sie zur Bibliotheksgegnerin werden, wenn die Politik und die Bibliothek eng zusammenarbeiten.

### **Unterstützen die FDP und die SVP Bibliotheken seltener in ihren Bemühungen als andere Parteien?**

Dies hängt vom Inhalt des Anliegens und den damit verbundenen Kosten ab. In der Westschweiz sowie bei Umzugs-, Renovations- und Neubauprojekten scheint die Annahme in der Tendenz zuzutreffen. Bei angedrohten Bibliotheksschliessungen in der Deutschschweiz stehen SVP-Politiker den Einrichtungen hingegen zuverlässig zur Seite, und taten dies mehrfach als einzige Parteifraktion - im Fall der Ludothek Littau sogar dann, als die Initiative für die Schliessung von der Institution selbst ausging.<sup>393</sup>

### **Welche Privatpersonen bekämpfen Bibliotheksvorlagen oder schlagen Sparmassnahmen an Gemeindeversammlungen vor?**

Privatpersonen, die etwa den geplanten Standort der Bibliothek ablehnen, jedoch die Grundidee einer stärkeren Bibliothek unterstützen, sind von den folgenden Aussagen ausgeschlossen.

Grundsätzliche öffentliche Bibliotheksopposition findet sich durchgehend bei politisch interessierten Männern, welche die betroffene Bibliothek selbst nicht nutzen. Bibliotheksgegner investieren gewöhnlich viel Zeit und Energie in ihre Bibliotheksrecherchen und handeln aus zwei unterschiedlichen Motivationen heraus, die sich aber nicht gegenseitig ausschliessen müssen:

1. Sie wollen sich selbst profilieren und die Aufmerksamkeit der Politiker und der Bevölkerung auf sich ziehen. Schlägt diese Methode fehlt, geben sie auf und ziehen sich zurück.
2. Sie sind über die finanzielle Verfassung ihrer Gemeinde besorgt und suchen nach weiteren möglichen Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben. Durch ihr Vorgehen unterstellen sie dem Gemeinderat, seine finanziellen Hausaufgaben nicht oder nur unbefriedigend gemacht zu haben. Hier kann die Bibliotheksseite darauf hoffen, dass die Gemeinderäte, wie in Reconvilier, prinzipiell ablehnend auf unangekündigte Kritik von aussen reagieren und seine Forderungen somit ablehnen, obwohl sie mit der Idee an sich sympathisieren.

---

<sup>393</sup> Dähler, Stefan: Ludothek Littau steht vor der Schliessung, Luzerner Zeitung, 28.11.2017 und Eine Ludothek für Littau, zentralplus, 01.02.2018.

### **Mit welchen Argumenten lehnen Gegner die Ziele der Bibliotheken ab?**

Grundsätzlich fallen alle Argumente der Bibliotheksgegner in eine von drei Kategorien:

1. Finanzielle Gründe: Die Vorlage ist zu teuer und/oder die Gemeinde ist überschuldet.
2. Spezifische lokale Gründe: Momentan steht kein Gebäude für einen Umzug frei. Man möchte zuerst den Bericht einer Kommission oder den Bau eines neuen Schulhauses abwarten.
3. Grundsätzliche Vorbehalte: Die Bibliothek hat in Zeiten der Digitalisierung keine Zukunft.

Der letzte Punkt wird in der Öffentlichkeit nur selten vertreten, ist in privaten Gesprächen aber deutlich öfter nachzuweisen.

### **Welche Argumente benutzt die Bibliotheksseite?**

Die Argumente der Bibliotheksunterstützer sind vorlagen- und adressatenabhängig und sollen hier nicht nochmals wiederholt werden. Einige Elemente der Argumentation sind jedoch auch themenübergreifend vorhanden. Bibliotheken erhöhen etwa die Standortattraktivität, fördern die Lesekompetenz und die allgemeine Bildung und ermöglichen Kindern und Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Sie bilden ausserdem einen wichtigen Dorftreffpunkt und fördern das Kulturleben. Für viele Einwohner gehören sie „einfach dazu“.

## **10.3 Idealfall und Worst-Case-Szenario**

Grundsätzlich müssen bestimmte Kombinationen von Bedingungen vorliegen, damit ein Bibliotheksanliegen die Zustimmung der Bevölkerung findet, wobei die entsprechenden Elemente je nach Gemeindegrösse und örtlicher politischer Kultur variieren. Dennoch lassen sich mehrere erfolgsfördernde Faktoren feststellen:

### **Idealfall (Abstimmung)**

Die Gemeinde- oder Stadtfinanzen haben sich in letzter Zeit positiv entwickelt. Ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Gesamtbevölkerung zählt bereits zu den Bibliothekskunden oder hat nachweislich behauptet, an einer eigenen Gemeindebibliothek interessiert zu sein. Die Bibliothek und ihre Unterstützer unterhalten gute Beziehungen zu den lokalen Vereinen, Gewerbetreibenden und Schuleinrichtungen. Ein prominenter Bibliotheksvertreter, wie etwa der Leiter des Bibliotheksvereins, kennt alle Lokalpolitiker und wird von ihnen beruflich und persönlich so weit respektiert, dass sie ihm bzw. seinen Anliegen keine Steine in den Weg legen wollen. Auch die Bibliotheksangestellten sind in der Gemeinde persönlich bekannt. Sie sind in ihrer Funktion als BibliotheksmitarbeiterInnen gelegentlich auch ausserhalb ihrer Institution präsent, etwa an Wochenmärkten.

Der bei der Bevölkerung allgemein beliebte Stadt- oder Gemeinderat steht geschlossen hinter der Bibliotheksvorlage und propagiert sie aktiv. Im besten Fall war sie seine Idee. Der Gemeinde- oder Stadtpräsident unterstützt die Bibliothek öffentlich und gehört der SVP an, weswegen sich die SVP-Parteifraktion nicht gegen ihn wenden will. Alle Lokalparteien haben Ja-Parolen herausgegeben, oder sich zumindest nicht gegen die Bibliothek ausgesprochen. Auch die öffentliche Verwaltung erhofft sich etwas von der Annahme der Vorlage.

Die Bibliothek weist schon seit Jahren auf die Dringlichkeit ihres Anliegens hin, wurde aus finanziellen oder organisatorischen Gründen aber bislang immer vertröstet. Die Bibliotheksvorlage steht für sich alleine und ist inhaltlich und organisatorisch nicht an ein kontroverses, kostenintensives anderes Projekt gebunden. Die lokalen Medien berichten von sich aus umfangreich und regelmässig über die Bibliothek und ihre Pläne. Die nächstgelegene Bibliothek ist nur durch einen bedeutsamen zeitlichen Aufwand erreichbar und für die Einwohner angebotsmässig nicht attraktiv genug, um diesen Nachteil zu kompensieren.

Sind diese Bedingungen vorhanden, kann auf einen Abstimmungskampf verzichtet werden, da der Gemeinderat und die Lokalpresse die notwendige Kommunikation übernehmen werden. Die Höhe des angefragten Kredits dürfte wenig Einfluss auf das Endresultat haben.

#### **Worst-Case-Szenario (Abstimmung)**

Da neue Bibliotheken immer bewilligt und ersatzlose Bibliotheksschliessungen immer verhindert wurden, konnten für die beiden Themengebiete keine Worst-Case-Szenarios entworfen werden. Die Ablehnung einer eigenen Gemeindebibliothek in Einsiedeln fand ausserhalb des Untersuchungszeitraums statt und ist Teil der Fallstudie „Einsiedeln“.

**Sparvorlagen:** Die Nutzerzahlen der Bibliothek nehmen seit Jahren ab, was den Politikern auch bewusst ist. Viele Einwohner nutzen bereits die ungleich besser finanzierte Regionalbibliothek. Die Gemeinde oder die Stadt hat über die Jahre einen millionenschweren Schuldenberg angehäuft und entscheidet nun, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Sie kommuniziert gegenüber den Einwohnern überzeugend, dass jetzt alle von der öffentlichen Hand unterstützten Bereiche Opfer erbringen müssen, und keine Ausnahmen gemacht werden dürfen. Die Alternative wäre eine Steuererhöhung, doch diese steht für die traditionell fiskalkonservative Bevölkerung ausser Frage. Die Budgetkürzung ist nicht einschneidend genug, um die weitere Existenz der Bibliothek zu verunmöglichen. Die Bibliotheksseite hat es verpasst, an der Gemeindeversammlung einen Antrag zu stellen, um separat über die Kürzung der Bibliotheksgelder abstimmen zu dürfen. Nun besteht nur noch die Option, das Sparbudget an sich abzulehnen.

**Umzugs- und Bauprojekte:** Die Bibliotheksvorlage ist inhaltlich an ein umstrittenes, millionenschweres Bauprojekt mit Folgen für das Zusammenleben in der Gemeinde gebunden, wie etwa eine Grossüberbauung, die zukünftig als neues Dorfzentrum dienen soll.

Die Gemeinde muss hierfür ältere, vielgenutzte Gebäude abreißen und ersetzen, oder beliebte Flächen überbauen. Der neue Bibliotheksstandort/der Bibliotheksausbau bietet keine für die Bevölkerung sichtbare Verbesserung des Serviceangebots. Auch besteht keine Notlage am alten Standort, bzw. diese wurde der Bevölkerung nicht ausreichend kommuniziert. Die Bevölkerung empfindet die bestehenden Verhältnisse nicht als beengend, und schätzt die zentrale Lage und die heimelige Atmosphäre im alten Gebäude. Der vorgesehene Standort ist weiter vom Stadtzentrum entfernt und die Ästhetik des geplanten Gebäudes polarisiert. Der intensive Strassenverkehr würde den Weg für Schulkinder gefährlich machen. Ausserdem fürchtet die Bevölkerung um die Attraktivität der Altstadt, wenn eine weitere gut besuchte Institution an den Stadt- oder Dorfrand abwandert. Auch die SVP und Teile der bürgerlichen Parteien halten andere Standorte für sinnvoller und kostengünstiger, oder bestreiten die Notwendigkeit des Vorhabens in seiner geplanten Form. Die Bibliothekserweiterung bzw. der Standortwechsel seien „Luxusprojekte“ ohne Dringlichkeit und konkreten Nutzen für die Gemeinde.

### **Idealfall (Petition)**

Die Bevölkerung ärgert sich bereits seit Langem über die einschneidenden Sparmassnahmen ihrer Vertreter und fühlt sich von ihnen im Stich gelassen. Die angedrohte Bibliotheksschliessung/Budgetkürzung bietet nun einen willkommenen Anlass, durch eine Petitionsunterschrift selbst politisch aktiv zu werden. Da das Anliegen der Bibliothek nur ein Ventil für den Frust der Bevölkerung darstellt, beteiligten sich auch Menschen an der Unterschriftenaktion, die vorher keine Beziehung zur Bibliothek pflegten. Durch die vielen Freiwilligen steigt die Anzahl der gesammelten Unterschriften. Oppositionspolitiker und lokale Vereine schalten sich ein und werfen der Regierung vor, am Volk vorbei zu politisieren. Parlament, Stadtrat und die Finanzprüfungskommission besitzen keine gemeinsame Haltung und widersprechen sich öffentlich.

Die Bibliotheksmitarbeitenden pflegen gute persönliche Kontakte zu den lokalen und überregionalen Medien, oder die Zeitungsmitarbeiter berichten von sich aus gerne über Bibliotheksthemen. Durch die Berichterstattung werden bereits im Vorfeld der Unterschriftensammlung auch Leser aus benachbarten Gemeinden auf die angedrohte Schliessung/Budgetkürzung aufmerksam und üben durch Beschwerdebriefe, Telefonanrufe und Leserbriefe Druck auf die Lokalpolitiker aus. Die Gemeinde- oder Stadträte kannten die Besucherzahlen ihrer Bibliothek nicht im Detail und sind von der Heftigkeit der Proteste nun überrascht. Ein Gutachten der Finanzprüfungskommission kommt zum Schluss, dass das Sparpotential einer Bibliotheksschliessung/-Kürzung ohnehin gering wäre und erlaubt den Gemeinde- oder Stadträten so, ihren Beschluss ohne Gesichtsverlust rückgängig zu machen.

Alternativ besitzt die Stadt oder Gemeinde eine beim Volk beliebte Regierung, die keine Erfahrung mit politischen Protesten und öffentlich geäußelter Unzufriedenheit hat, und somit sofort auf die Forderungen der Petitionäre eingeht.

### **Worst-Case-Szenario (Petition)**

Die Bibliothek hat eine klar abgegrenzte Nutzergruppe, wie etwa fremdsprachige Einwohner, kaufmännische Auszubildende oder Lehrpersonen. Die Regierung kann somit argumentieren, dass ihre Schliessung/Budgetkürzung keine Auswirkungen für die breite Allgemeinheit hätte. Die Schliessung bzw. die Gelderkürzungen bieten die Gelegenheit, die Schulden der Gemeinde ohne schmerzhaftes Einschnitte für den „Durchschnittswähler“ abzubauen. Die beteiligten Politiker müssen somit keine Stimmenverluste bei den nächsten Wahlen befürchten. Die Regierung steht geschlossen hinter ihrem Anliegen, bezeugt aber gegenüber den Medien, die Massnahmen zu bedauern und geht auf die Argumente der Gegner ein. Doch letztendlich müssten in diesen schwierigen Zeiten alle Opfer erbringen. Da die Politiker rot-grünen Parteien angehören, kann ihnen niemand vorwerfen, radikale, ideologisch getriebene Sparmassnahmen und „Kahlschläge“ im Kulturbereich anzustreben. Die Bibliotheksbefürworter möchten Konflikte mit ihren gewählten politischen Vertretern vermeiden und akzeptieren diese Begründung ohne Widerstand.

Die breite Bevölkerung kennt die bedrohte Bibliothek nicht aus eigener Erfahrung und hat somit kein Interesse daran, eine Petition für ihren Erhalt zu unterschreiben.

## **10.4 Empfehlungen**

*„I spoke with a library director who felt insulted that the campaign was being run like a product marketing campaign. He said libraries should not have to market themselves because they served a greater public good. He did not recognize that the library is a product. The reality is that how well you market it determines whether or not your referendum succeeds.“<sup>394</sup>*

### **10.4.1 Empfehlungen zur bibliothekarischen Interessenvertretung und Lobbying im Speziellen**

#### **Seien sie politisch engagiert.**

Jede Bibliothek ist in einen gemeinschaftlichen, bildungs- und kulturpolitischen Kontext eingebunden, den sie auf keinen Fall ignorieren darf. In staatlicher Trägerschaft ist sie Bestandteil und ausführender Arm eines politischen Systems (Wimmer, S. 14). Ein gewisses Mass an Lobbyarbeit und öffentlicher Kampagnenführung sollte zwangsläufig zu den Inhalten einer Aufgabenbeschreibung der Bibliotheksleitung gehören (Böttger, S. 41). Auch

---

<sup>394</sup> Schmidt, Shari: Winning Your Library Referendum, in: ILA Reporter June 2005, S. 12.

muss die entsprechende Person mit den Möglichkeiten und Instrumenten der lokalen Politik vertraut sein.

### **Eine Bibliothek kann nicht zu viel kommunizieren.**

Sprechen Sie so viel wie möglich mit den unternehmensexternen, aber auch internen Anspruchsgruppen und bauen Sie durch öffentliche Kommunikation und Lobbyismus langfristige Beziehungen mit weiteren wichtigen Zielgruppen auf. Im Fall der Bibliothek sind dies etwa Journalisten, Verbände, Vereine, Anwohner, Kooperationspartner, das lokale Gewerbe, Politiker und die Verwaltung. Die Bibliothek sollte als kompetenter und seriöser Partner für andere Bildungs- und Kultureinrichtungen wahrgenommen werden.

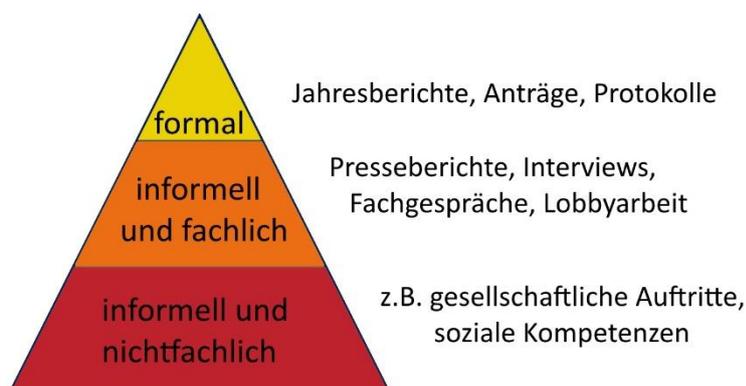


Abbildung 11: Kommunikation der Bibliothek (basierend auf einer ähnlichen Darstellung in Lobbyarbeit für Bibliotheken: politisch denken - strategisch handeln, S. 12)

Die Bibliothek muss Verbündete erobern und bei Laune halten und sollte sie nie für selbstverständlich erachten. Dies schliesst auch die Stimmbevölkerung mit ein (Hauke, S. 35). Politische Kommunikation muss immer ein nachhaltiger, auf Vertrauen basierender Informations- und Dialogprozess sein, um glaubwürdig zu wirken (Buholzer, S. 184). Sie darf nicht nur zu gewissen Anlässen stattfinden, oder wenn die Bibliothek etwas Bestimmtes erreichen will.

### **Bleiben Sie immer wachsam.**

Die intensivste und unerwartetste Gegnerschaft erwächst meistens von politisch interessierten Individuen, weniger von Parteien.

Eine Regierung kann die Streichung der Bibliotheksgelder auch im Jahresbudget „verstecken“ und dieses demokratisch absegnen lassen. Da viele Stimmbürger die Zahlen nicht im Detail durchlesen, ist diese Taktik sehr erfolgversprechend. Während ein Bibliotheksvertreter die Anwesenden einer Gemeindeversammlung auf die plötzlich fehlenden Bibliotheksgelder hinweisen kann, sind Urnengänge weitaus schwieriger zu beeinflussen.

Es ist somit essentiell für Bibliotheksvertreter, die Diskussionen und Beschlüsse der Lokalregierung genau zu verfolgen, um nicht überrascht und vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Gerade wenn die eigene Regierung keine sonderlich gute Beziehung zur Bibliothek pflegt, sollte immer ein Bibliotheksvertreter an den Gemeindeversammlungen anwesend sein. Seien Sie präsent, um Falschaussagen zu widerlegen. Das Fehlen eines Bibliotheksanliegens auf der Traktandenliste ist keine Garantie für einen positiven Ausgang.

### **Niemand hasst Bibliotheken, und darin liegt das Problem.**

Auch wenn die Bibliothek durchaus auch als wichtiges Gemeinschaftszentrum wahrgenommen wird, schwingen alte Vorstellungen von der Bibliothek als „Bücherausleihstelle“ noch immer in den Köpfen vieler SchweizerInnen mit und beeinflussen wohl auch ihr Abstimmungsverhalten. Die Angebotsvielfalt, Aktualität und die vielen Nutzungsmöglichkeiten müssen immer wieder herausgestrichen werden, um dieses Bild zurechtzurücken (Wissen, S. 285).

Apathie, Unwissen und veraltete Vorstellungen bei politischen Vertretern, der allgemeinen Bevölkerung und unter Journalisten sind mindestens so gefährlich für Bibliotheksinteressen wie bekennende Gegner, denn diese können von Bibliotheksvertretern einfacher öffentlich herausgefordert und bekämpft werden: „The amount of misunderstanding about public libraries amounts to opposition.“ (Turner, S. 12)

Wie der Fall Uetikon beweist, ist ein Projekt gefährdet, wenn sich alle Parteien dafür aussprechen, ihre Kampagnenhilfe aber auf einzelne, halbherzige Wortmeldungen beschränken. Die wohlwollende Neutralität, die viele Parteien ihren Bibliotheken entgegenbringen, reicht bei einer kulturkritischen Stimmbevölkerung nicht mehr aus, um eine Abstimmung zu gewinnen.<sup>395</sup>

### **Bibliotheken müssen stärker als Bildungseinrichtungen wahrgenommen werden.**

Gerade in der Deutschschweiz beschreiben sowohl Journalisten als auch PolitikerInnen Bibliotheken beinahe ausschliesslich als Kultureinrichtungen. Fast jeder Stimmbürger akzeptiert die Notwendigkeit öffentlicher Bildung, doch nicht jeder hält staatlich finanzierte Kulturangebote für sinnvoll. Laut repräsentativen Meinungsumfragen in den USA reagiert die Bevölkerung am besten auf Bibliotheksveranstaltungen, die konkrete (digitale) Kompetenzen vermitteln. 80% der Befragten wünschen sich solche praxisrelevanten Weiterbildungsangebote. „Nur“ 57% verlangen mehr Arbeits- und Entspannungsplätze.<sup>396</sup> Die Vermittlung von berufs- und alltagsrelevanten Fähigkeiten ist nur ein mögliches Thema für die Kommunikation mit Zielgruppen, die keine traditionellen Kulturangebote nutzen.

---

<sup>395</sup> In Uetikon entschied eine einzige Ja-Stimme über den Sieg.

<sup>396</sup> Horrigan, John: Libraries 2016, 09.09.2016, im Internet unter: <http://www.pewinternet.org/2016/09/09/libraries-2016/>

### **Pflegen Sie Ihre Beziehungen zu den Medien.**

Pressearbeit ist die einfachste und günstigste Form der Öffentlichkeitsarbeit, also positionieren Sie Ihre Bibliothek so oft wie möglich in den Medien. Kein politischer Akteur kann es sich leisten, die Möglichkeiten von Medieneffekten ganz ausser Acht zu lassen, gleichzeitig wird das Verhalten von Interessenverbänden durch die Medialisierung des Politischen heute stark von der Logik der medialen Berichterstattung bestimmt, da der politische Erfolg eines Anliegens (auch) von seiner Resonanz in den Medien abhängt (Jarren et al. S. 35). Die Öffentlichkeitsarbeit jedes Bibliotheksvertreters muss sich somit an der Logik des Mediensystems orientieren, denn Abstimmungskampagnen sind in erster Linie Medienereignisse. Der Einfluss der medialen Berichterstattung ist besonders hoch, wenn sich die politische Elite bezüglich eines Bibliotheksanliegens uneinig und die Vorlage komplex ist (de Vreese, S. 115).

Auch wenn keine repräsentative quantitative Inhaltsanalyse zur Berichterstattung durchgeführt werden konnte, scheinen Zeitungen und ihre Journalisten ihre LeserInnen grundsätzlich im Sinne der Bibliothek über Abstimmungsvorlagen zu informieren. Obwohl Bibliotheksgegner für eine faire Berichterstattung ebenfalls zu Wort kommen, dominieren gerade bei drohenden Bibliotheksschliessungen eindeutig die Gegenstimmen.

Doch lesen die Wähler überhaupt noch Zeitungen? Junge Stimmbürger informieren sich heute tatsächlich oft über andere Kommunikationskanäle, gehen aber auch seltener zur Urne als die übrigen Altersgruppen. Wählerbefragungen zu den eidgenössischen Wahlen vom Mai 2017 ergaben, dass sich 90% der effektiv abstimmenden Bevölkerung über Zeitungen zu den Anliegen informierten, 84% über die Informationsbüchlein der Regierung, 77% über das Fernsehen und 70% über Flyer oder Abstimmungszeitungen. 66% lasen Leserbriefe oder Leserkommentare im Internet. Radiosendungen und Zeitungsinserate erreichten je etwa 70% der abstimmenden Bevölkerung. Nur für 28% bzw. 33% spielten Facebook- und Twitterbeiträge oder Filme und Videoclips eine Rolle. Zwei Drittel der Abstimmenden informieren sich generell mittels Printmedien über Politik, weitere 17% benutzen Online- und Printmedien zu gleichen Teilen. Dreiviertel der Stimmenden sprachen im privaten oder beruflichen Umfeld mindestens einmal über die Vorlagen.<sup>397</sup> Da 2015 83% der SchweizerInnen mehrmals pro Woche im Netz surfen und rund drei Viertel von ihnen dabei Online-Nachrichten konsumierten (Linder/Mueller, S. 95), kann nur geschlussfolgert werden, dass sie die daraus gewonnenen Informationen nicht als entscheidungsrelevant einstufen, oder dies aus Gründen der sozialen Erwünschtheit nicht angeben.

---

<sup>397</sup> VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 21. Mai 2017, im Internet unter [http://www.voto.swiss/wp-content/uploads/2017/07/VOTO\\_Bericht\\_21.05.2017\\_DE.pdf](http://www.voto.swiss/wp-content/uploads/2017/07/VOTO_Bericht_21.05.2017_DE.pdf), S. 12

### **10.4.2 Empfehlungen zur Planung, Abklärungen und ersten Massnahmen im Vorfeld einer Abstimmung**

#### **Geld öffnet Türen: Nutzen Sie die Gunst der Stunde.**

Da viele Gemeinden ihre Steuereinnahmen zu konservativ budgetieren, werden sie gegen Ende des Jahres häufig positiv überrascht. Die Gemeinde besitzt im besten Fall statt eines Jahresdefizits plötzlich einen ungeplanten, millionenhohen Überschuss. Weist eine Bibliothek schon seit Jahren auf die Notwendigkeit eines Umbaus/Umzugs hin, ist dies die beste Gelegenheit, einmal mehr auf das Anliegen aufmerksam zu machen.

Gleichzeitig existieren Hinweise darauf, dass eine einschneidende Wirtschaftskrise die Bibliotheksnutzung erhöht. Neueinschreibungen erreichten in den USA nach 2008 landesweit Höchstwerte, ebenso wie die Bibliotheksnutzung. 68% der US-Amerikaner besaßen auf dem Höhepunkt der Finanzkrise einen Bibliotheksausweis (Dempsey, 2010, S. 63). Der Anteil erfolgreich an der Urne beantragter Finanzierungsmassnahmen stieg zwischen 2007 und 2011 kontinuierlich von 69% auf 88%.<sup>398</sup>

#### **Informieren Sie sich über die aktuelle Rechtslage bezüglich politischer Kampagnen und Volksabstimmungen.**

Bibliotheksvertreter und -Gegner besaßen im Untersuchungszeitraum sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber, welche Massnahmen im Abstimmungskampf rechtlich zulässig sind. Da die Gegnerschaft stets auf eine Anzeige verzichtete, hatten diese rechtlichen Unsicherheiten keine Folgen, doch sollten sich Bibliotheksfreunde vor ihrer Kampagne dennoch über die Rechtslage informieren. Durch die vergleichsweise strikte Abstimmungskampfregulierung in den USA fanden sich zwei Bibliothekarinnen aus Colorado im Juli 2017 sogar vor Gericht wieder. Der Richter wertete die Verlinkung von bibliotheksfreundlichem Abstimmungsmaterial auf der Facebookseite der Institution als Neutralitätsbruch.<sup>399</sup> In Aarburg stand im selben Jahr gar die Forderung im Raum, ein Abstimmungsergebnis zu einer Bibliotheksrettung für ungültig erklären zu lassen.

#### **Versuchen Sie gar nicht erst, ein Anliegen gegen den Willen des Gemeinde- oder Stadtrats durchzusetzen.**

Dieser Ratschlag ist wohl der wichtigste. Die Stimmbevölkerung folgt in den meisten Fällen den Empfehlungen ihrer Lokalregierung und vertraut ihrem Urteil. Wenn der Gemeinderat ein Bibliotheksprojekt für unnötig, übersteuert oder schlicht für nicht finanzierbar hält, wird sie ihm folgen.

Die Bibliotheksseite ist finanziell und organisatorisch auf die Politik und die Verwaltung angewiesen und kann ohne ihre Hilfe und zumindest stillschweigende Akzeptanz auf lange

---

<sup>398</sup> Die Bewilligung von Neubauten brach allerdings ein.

<sup>399</sup> Cegavske, Carisa: State Finds Librarian Violated Elections Rules by Posting Pro-Library-District Links, News-Review, 26.07.2017.

Frist nicht erfolgreich arbeiten. Empirische Überprüfungen von Entscheidungsprozessen legen nahe, dass die einseitige Determinierung von Volksentscheiden durch die politische Elite aber eher die Ausnahme ist. Mehrheitlich entscheidet sich ein Abstimmungsresultat durch das Zusammenspiel von Bürgerpräferenzen und Politiker-Positionen. Letztere orientieren sich gezwungenermassen an den Werthaltungen, der Gefühlslage, den Interessen und den grundlegenden Einstellungen ihrer Stimmbürger (Longchamp, S. 291).

**Die obige Regel gilt nicht, wenn der Gemeinde- oder Stadtrat eine Bibliotheksschliessung plant.**

Ersatzlose Bibliotheksschliessungen sind bei der Bevölkerung äusserst unbeliebt. Ein Gemeinde- oder Stadtrat, der derartige Pläne ohne eine Volksbefragung durchzusetzen versucht, hat seine Sympathien bei den Stimmbürgern in den meisten Fällen bereits verloren. Die Bibliotheksseite muss in diesen Fällen zum Angriff übergehen. Stehen grosse Teile der Bevölkerung hinter der Bibliothek, obwohl der Gemeinderat die Schliessung angeordnet hat, kann auf populistische Argumente zurückgegriffen werden: Die Bibliotheksbefürworter verkörpern den Willen der Allgemeinheit, die an ihrer Bibliothek hängt und nicht mehr länger bereit ist, die verantwortungslosen Sparmassnahmen ihrer Regierung mitzutragen.

Diese Vorgehensweise wird die Bibliotheksschliessung ebenso sicher verhindern wie den Aufbau positiver Beziehungen mit den betroffenen Gemeinde- oder Stadträten. Um diesen Effekt etwas abzuschwächen, sollte die Kommunikation an der Gemeindeversammlung wütenden Anwesenden überlassen werden, ohne dass die Bibliotheksangestellten selbst zum Wort greifen.

Obwohl die Stimmbevölkerung Bibliotheken zuverlässig vor Schliessungen und Kürzungen bewahrt, sollte es nie dazu kommen, dass nur noch eine Volksabstimmung die Schliessung einer Bibliothek verhindern kann.

Von dieser Regel nicht betroffen sind durch Gemeindefusionen verursachte Schliessungen, da die Bevölkerung diese im Allgemeinen akzeptiert, weil sie weiterhin über eine Gemeindebibliothek verfügen wird.

**Gründen Sie zuerst einen Verein oder einen Freundeskreis, wenn Sie ein Petitionsanliegen wie eine neue Bibliothek durchsetzen wollen.**

Um Anliegen gegenüber den Entscheidungsträgern zu Gehör zu bringen, sollten Bibliotheksunterstützer ihre Bedürfnisse und Interessen nicht individuell, sondern durch Organisationen gebündelt vortragen. Organisierte Interessen sind aus Sicht der politischen Entscheidungsträger eher handhabbar und verhandelbar (Jarren et al., S. 26). Falls es den Bibliotheksmitarbeitern rechtlich nicht erlaubt ist, die Anliegen der Bibliothek im Krisenfall selbst zu vertreten, kann der Freundeskreis oder Verein diese Funktion übernehmen.

Die Existenz eines erfolgreichen, mitgliederstarken Vereins steigert das Image der Institution, da es andere Gemeindeglieder davon überzeugt, dass die Bibliothek es Wert ist, Freizeit und Geld in sie zu investieren. Die breit abgestützte Zusammensetzung des Fördervereins oder Freundeskreises ist von entscheidender Bedeutung. Letztlich können auch die Vorstandsmitglieder von der positiven Ausstrahlung der Bibliothek profitieren und somit selbst Gewinn aus ihrer Unterstützung ziehen (Hauke, S. 32).

### **Gewinnen Sie unerwartete Verbündete.**

Mitarbeiter aus dem Schul- und Bildungsbereich sind in den meisten Gemeinden prädestinierte Bibliotheksunterstützer, doch auch Softwareentwickler, Immobilienverkäufer, Kirchengemeinden, Banken und Kiesabbauer waren bereit, sich zeitlich und finanziell für ein Bibliotheksprojekt einzusetzen. Die Gewinnung einer breiten Unterstützungskoalition ist gerade bei Grossprojekten von entscheidender Bedeutung. Ein 16 Millionen Dollar teures texanisches Bibliotheksrenovations-Begehren besass im November 2017 beispielsweise prominente Helfer wie die „Texas Bicycle Coalition“, den Verein zur Prävention von kardiovaskulären Erkrankungen, die lokale lateinamerikanische Handelskammer und einen öffentlichen Park für den biologischen Gartenbau.<sup>400</sup>

### **Vergessen Sie dabei nie, dass sich 80% der Bevölkerung nie in Ihrer Bibliothek einschreiben werden.**

Eine landesweite Studie aus den USA legt nahe, dass die bibliotheksbezogenen Vorstellungen eines Bürgers über sein Abstimmungsverhalten entscheiden, und nicht seine effektive Bibliotheksnutzung (De Rosa C. & Johnson, S. 196). Die Mitglieder des Männerchors oder des Tauchclubs haben möglicherweise kein Interesse daran, eine Bibliothekskarte zu beantragen, freuen sich aber darüber, ihre Jahresversammlung in den grosszügigen Bibliotheksräumlichkeiten abhalten zu dürfen. Wenn sie positive Erinnerungen mit der Institution und ihren Mitarbeitenden verbinden, beeinflusst das ihr Verhalten an der Urne.

### **Vorsicht bei Kulturvereinen als Alliierten, denn sie sind mitunter Konkurrenten.**

Im Untersuchungszeitraum existieren mehrere Fälle, in denen sich kulturelle Vereinigungen öffentlich auf die Seite der Bibliotheksgegner stellten und die Bibliothek angriffen. Gerade in Zeiten einschneidender Sparmassnahmen sehen diese Organisationen nicht ein, wieso ausgerechnet Bibliotheken von derartigen Forderungen ausgenommen werden sollten, während sie jedes Jahr über weniger Geld verfügen und oftmals ehrenamtlich arbeiten müssen. Dieses Verhalten war bei anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen nicht zu beobachten. Doch auch Sportfans sind sich bewusst, dass mehr Geld für die lokale Bibliothek

---

<sup>400</sup> Dallas, Texas, Library Bond Issue, Proposition E (November 2017). Für eine Übersicht : [https://ballotpedia.org/Dallas,\\_Texas,\\_Library\\_Bond\\_Issue,\\_Proposition\\_E\\_\(November\\_2017\)](https://ballotpedia.org/Dallas,_Texas,_Library_Bond_Issue,_Proposition_E_(November_2017))

weniger Geld für die geplante Schwimmhalle oder die Renovation der Sporthalle bedeutet. Derartige Überzeugungen offenbaren sich vor allem in Leserbriefen.

**Betrachten Sie die SVP und FDP nicht als Gegner.**

Sie riskieren eine selbsterfüllende Prophezeiung, wenn Sie automatisch davon ausgehen, dass diese beiden Parteien Ihr geplantes Projekt ablehnen werden.

Die Unterstützung durch SP und Grüne reicht meistens nicht aus, um eine Abstimmung zu gewinnen. Eine Koalition aller bürgerlicher Parteien gegen ein Urnenanliegen der Linken kommt in 85% aller Fälle zum Erfolg (Linder/Mueller, S. 340). Ein Projekt, das von einer Regierungspartei bekämpft und von einer zweiten nur lauwarm unterstützt wird, gilt bereits als wackelig (Linder/Mueller, S. 339).

Schweizer sind bei Bibliotheksanliegen konservativ: Sie möchten unbedingt erhalten, was sie bereits haben und zeigen eher wenig Eigeninitiative für Neues, wenn es mit hohen Kosten verbunden ist. Die SVP ist in diesem Punkt tatsächlich die Volkspartei, denn sie verhält sich ähnlich. Die Partei sieht plötzliche grosse Mehrausgaben ohne konkreten wirtschaftlichen Nutzen kritisch. Sie können diese Haltung nicht ändern, aber die Folgen davon neutralisieren.

Ob ein SVP-Politiker ein Bibliotheksanliegen selbst aktiv bekämpft oder unterstützt, hängt von der Position seiner Partei in der Regierung, dem Inhalt des Projekts und persönlichen Faktoren ab. Oftmals stört sich die SVP- und FDP-Fraktion auch an einem bestimmten Punkt der Vorlage und ist bereit, konstruktive Kritik anzubringen. Eine konsequente Ablehnung der Gesamtidee ist die Ausnahme, nicht die Norm.

Wenn sich die SVP dafür entscheidet, ein Bibliotheksanliegen aktiv zu bekämpfen, während sich die übrigen Parteien während der Kampagne passiv verhalten, kann dies schnell gefährlich werden, denn die SVP kann bei einem Ausscheren mehr Stimmende gegen die Regierungsmehrheit mobilisieren als linke Parteien (Linder/Mueller, S. 340). Somit ist es umso wichtiger, sie von Anfang an über die Pläne zu informieren.

Ein wohlwollender SVP-Gemeindepräsident ist wertvoller als alle anderen Politiker. Steht der entsprechende Gemeindepräsident hinter einem Bibliotheksvorschlag, verringert das die Chance, dass sich seine Parteifraktion dagegen aussprechen wird, denn innere Streitigkeiten werfen ein schlechtes Licht auf die Partei. In ländlichen, rechtskonservativen Gebieten ist die grösste mögliche Oppositionsfraktion somit ausgeschaltet. Da die SVP kein Freund von staatlich finanzierten Kulturangeboten ist, deutet die aktive Unterstützung eines SVP-Politikers für die Wählerschaft darauf hin, dass es sich um ein notwendiges Projekt handelt, welches die Steuergelder sinnvoll investiert.

Rednerisch begabte und charismatische politische Fürsprecher, die sich und ihre Anliegen gut verkaufen können, zählen auch ohne Parteibindung an die SVP zu den wertvollsten Bibliotheksressourcen.

**Kommunizieren Sie finanzielle Bedürfnisse stets klar, detailliert und offen.**

Sowohl bibliothekskritische Politiker als auch die Bevölkerung haben ein langes Gedächtnis, wenn eine Bibliothek sie bedingt durch Fehlberechnungen um einen Nachkredit bitten muss. Sie werden die Gelder höchstwahrscheinlich trotzdem bewilligen, aber das Bild der Bibliothek und ihrer Vertreter nimmt langfristigen Schaden.

**Betrachten Sie Ihre anstehende Abstimmung/Petition als PR-Chance.**

Abstimmungen und Petitionen eignen sich exzellent dafür, den Bekanntheitsgrad der Bibliothek zu erhöhen, Beziehungen zu Vereinen, Interessengruppen und Politikern zu knüpfen, und neue Kunden zu gewinnen. Diese aus dem Abstimmungskampf erwachsenen positiven Folgen und die gewonnene Erfahrung erhöhen die Siegeschancen für eine mögliche zukünftige Abstimmung.

Davon abgesehen signalisieren Siege an der Urne und erfolgreiche Unterschriftensammlungen, dass bibliothekarische Forderungen ernst genommen werden müssen. Wer als Interessengruppe nicht glaubwürdig macht, ein Referendum gewinnen zu können, darf nicht darauf hoffen, im politischen Entscheidungsprozess überhaupt berücksichtigt zu werden (Linder/Mueller, S. 316).

**Seien Sie beruhigt: Wenn es zu einer Volksabstimmung kommt, hat die Bibliothek in den meisten Fällen bereits gewonnen.**

Die Bibliothek gehört zu den allerletzten Ausgabenposten, bei denen die Bevölkerung Kürzungen vornehmen möchte. An Gemeindeversammlungen stellen BürgerInnen aber mitunter die Frage nach alternativen Einkommens- und Finanzierungsquellen, um keine Steuererhöhungen hinnehmen zu müssen. Von wenigen SVP-Ortsparteien abgesehen hinterfragte keine politische Vereinigung öffentlich die Existenzberechtigung von Bibliotheken und niemand setzte grosse Geldmengen dafür ein, ein Bibliotheksanliegen zu verhindern. Der schlimmstmögliche Fall ist eine Flugblatt- oder Plakatkampagne. Viel gefährlicher als Urnengänge oder Gemeindeversammlungen sind nicht direktdemokratisch legitimierte Sparbeschlüsse des Stadt- und Gemeinderats, welche von Bibliotheksunterstützern erst entdeckt werden, wenn es bereits zu spät ist.

**Doch wiegen Sie sich im Vorfeld nicht in Sicherheit, weil niemand den Wert der Bibliothek öffentlich anzweifelt.**

Die Experteninterviews legen nahe, dass eine gewisse Diskrepanz zwischen öffentlichen und privat geäußerten Vorbehalten und Kritikpunkten besteht. Manche Politiker zweifeln am Sinn und Zweck der Institution Bibliothek im digitalen Zeitalter, kommunizieren diese Überlegungen aber nur von Angesicht zu Angesicht in Gesprächen mit Politikern und

Bibliotheksvertretern. Da diese Zweifel mangelndem Wissen und nicht etwa ideologischer Bibliotheksopposition entspringen, können sie mit Argumenten einfach zerstreut werden. Nur in ganz wenigen Einzelfällen gelangen derartige Ansichten an die Presse.

Die Bevölkerung äussert diesen Kritikpunkt vor allem in Leserbriefen, oder, wie in Feusisberg und Neuchâtel, online. Somit fällt es schwer, abzuschätzen, wie stark sich diese Haltung auf die Abstimmungsergebnisse auswirkte. Aus forschungsökonomischen und praktischen Gründen<sup>401</sup> stellten Social Media Beiträge keine Untersuchungseinheit der vorliegenden Arbeit dar. Allerdings existiert eine US-Studie zur Diskrepanz zwischen bibliotheksbezogenen Onlinekommentaren und den Aussagen in traditionellen Medien im staatskritischen Billings (Montana). So waren die Onlinekommentare in ihrer Tonalität negativer und nicht repräsentativ für die Haltung der Stimmbevölkerung, welche die 16 Millionen Dollar teure neue Bibliothek mit 57% bewilligte (Brent/Hoover, S. 172).

#### **10.4.3 Empfehlungen zur Gestaltung der Vorlage und dem politischen Vorgehen**

##### **Stellen Sie an der Gemeindeversammlung lieber keinen Antrag auf einen Verweis an die Urne.**

Urnengänge wirken sich positiver auf den Bekanntheitsgrad der Bibliothek aus als Gemeindeversammlungen, doch bergen sie neben diesen Chancen auch mehr Risiken. Immerhin zwei an der Gemeindeversammlung noch problemlos genehmigte Bibliotheksprojekte scheiterten später an der Urne. Urnengänge sind nur mit bedeutsamem und langfristigem öffentlichem Engagement zu beeinflussen, während schlecht besuchte Gemeindeversammlungen schon durch die Anwesenheit einiger weniger Bibliotheksfreunde entschieden werden können. Auch können leidenschaftliche Appelle von publikumswirksam agierenden Bibliotheksfreunden die Anwesenden leichter dazu bewegen, im Sinne der Bibliothek zu stimmen.

##### **Abstimmungspakete sind ein Risiko.**

Da Bibliotheken zu den beliebtesten öffentlichen Einrichtungen gehören, verringert eine inhaltliche Verbindung mit anderen Ausgabenposten ihre Zustimmungswerte eher, als dass sie sie erhöht.

##### **Involvieren Sie die Stimmbürger in die Gestaltung, denn für sie sind mitunter andere Kriterien entscheidungsrelevant als für Bibliotheksvertreter.**

Die Gemeindebewohner sind vielleicht am grösseren Medienangebot und den längeren Öffnungszeiten am neuen Bibliotheksstandort interessiert, aber wenn sie dafür mit dem Bus fahren müssen oder sich die eigenen Kinder vor dem starken Verkehr an der Hauptstrasse fürchten, stimmen manche evtl. trotzdem gegen den Umzug. Möglicherweise finden sie auch

---

<sup>401</sup> 2007 spielte die Social Media Nutzung in der Schweiz eine ganz andere Rolle als 2017, was Vergleiche erschwert hätte.

nur die neue Gebäudefassade oder die geplante Inneneinrichtung unattraktiv. Stimmbürger sollten von Anfang an in den Umzug- und Bauprozess involviert werden, wenn Grund zur Annahme besteht, dass sie ansonsten gegen das Vorhaben mobil machen würden. Sagen Sie Ihren zukünftigen Bibliothekskunden nicht, welche Aspekte der Abstimmungsvorlage sie für wichtig zu halten haben (Hall, S. 82).

**Verwandeln Sie laute Opposition dadurch bereits im Vorfeld in stille Opposition.**

Das effektivste Mittel liegt hier darin, potentielle Gegner schon früh in den Prozess mit einzubeziehen und ihnen zuzuhören. Manche Bibliotheksgegner möchten schlicht involviert und angehört werden. Sie werden später trotzdem gegen die Bibliothek stimmen, aber hoffentlich darauf verzichten, auch öffentlich und privat dazu aufzurufen: „You don't need them to love the library; you don't even need them to vote for the library [...]. You just need them to not get in the way or sabotage the campaign.“ (Sweeney/Chrastka, S. 145)

**10.4.4 Empfehlungen zur Kampagnenführung während des Abstimmungskampfs**

**Verzichten Sie nie auf eine Abstimmungskampagne.**

Jede Abstimmungskampagne ist besser als keine Abstimmungskampagne. Laut Aussagen der befragten Bibliotheksvertreter hätte keine der Bibliotheken ihre Abstimmung sicher auch ohne eine Kampagne gewinnen können.

Ideologische Präferenzen und parteipolitische Bindungen haben sich für nationale Wahlen als bedeutend erwiesen, doch bei Volksabstimmungen spielen kurzfristige Kampagnenstrategien und -taktiken eine entscheidende Rolle. Bezüglich der Stimmpräferenzen ist ein höherer Grad an Volatilität und Unsicherheit zu erwarten (de Vreese, S. 107, 108).

Gerade bei umstrittenen Abstimmungsvorlagen gewinnt diejenige Seite, welche mehr Ressourcen mobilisieren kann (Kriesi, 2005, S. 231). Da 80% der Schweizer von der Möglichkeit Gebrauch machen, per Post abzustimmen, sollte die intensivste Phase des Abstimmungskampfs etwa sechs Wochen vor dem Urnengang stattfinden, um die bestmögliche Wirkung zu erzielen (Bernhard, S. 152).

**Legen Sie etwas Geld zur Seite oder sichern Sie sich finanzielle Unterstützer.**

Bei einem umstrittenen Projekt können in Flyer oder Plakate investierte Gelder den kleinen Unterschied zwischen Sieg oder Niederlage ausmachen, denn die demokratische Volksmehrheit umfasst nie die Mehrheit der Wohnbevölkerung (Linder/Mueller, S. 344). Wären nur 50 der 5807 in Wiesendangen wohnhaften Schweizer am Abstimmungstag zu Hause geblieben, hätte die Bibliothek ihre Abstimmung verloren.

Die meisten der untersuchten Bibliotheken verzichteten notgedrungen auf eine professionelle Unterstützung durch Kampagnenagenturen und machten dafür Gebrauch von relativ preiswerten Kampagneninstrumenten, wie etwa Medienarbeit. Teure Abstimmungskam-

pagnen führen zu besseren Resultaten als solche mit geringem finanziellem Einsatz, doch auch einige hundert Franken wirken sich bereits deutlich auf das Endresultat aus. Bedingt durch die stärkere philanthropische Tradition in den USA<sup>402</sup> besteht einer der ersten Schritte jedes Abstimmungskomitees hier darin, wohlhabende Einwohner und ansässige Firmen um die Finanzierung ihrer Kampagne zu bitten. Etwa die Hälfte der Angefragten lässt sich in persönlichen Gesprächen von einer Spende überzeugen (Sweeney/Chrastka, S. 107). Webseiten wie [donorsearch.net](http://donorsearch.net), [opensecrets.org](http://opensecrets.org) und [FollowTheMoney.org](http://FollowTheMoney.org) helfen bei der Suche nach potentiellen Wohltätern und Organisationen, die in der Vergangenheit Geld für Bibliothekskampagnen zur Verfügung gestellt haben.

Wie die untersuchten Abstimmungsbeispiele beweisen, sind auch Schweizer Bibliotheksfreunde dazu in der Lage, grosse Spendensummen zu generieren, doch waren diese Gelder, von dem Beispiel Neuchâtel abgesehen, stets für die Einrichtung einer neuen Bibliothek bestimmt. Ob Schweizer auch politische Kampagnen für Bibliotheken finanziell unterstützen würden, bleibt abzuklären. Erfolgreiche Fundraising-Tätigkeiten würden, wie im Fall der USA, die Unterstützung der Kampagnenführung durch professionelle externe Dienstleister ermöglichen.

**In Abstimmungskämpfen ist diejenige Seite bevorteilt, die ihre Botschaften zuerst verbreitet.**

Der fast immer im Laufe der Kampagne stattfindende Erosionsprozess in der Unterstützung kann gestoppt werden, wenn die Seite der Initianten erfolgreich die Themenführung übernimmt (Longchamp, S. 294).

**Auch der Kontakt mit möglichst vielen potentiellen Wählern ist entscheidend.**

Unter den glaubwürdigsten Quellen zur Meinungsbildung nehmen Freunde, Nachbarn und andere Mitglieder des sozialen Umfelds laut Meinungsumfragen regelmässig Spitzenplätze ein (Rellstab, S. 309). Viele Wähler beschäftigen sich nicht mit den Details einer Abstimmungsvorlage, sondern verlassen sich für die Entscheidungsfindung auf die Signale von Meinungsführern („actor-centric heuristics“), welche dieselben politischen Einstellungen aufweisen und als glaubwürdig eingeschätzt werden (Bernhard, S. 134).

---

<sup>402</sup> Die jährlichen privaten Ausgaben für gemeinnützige Zwecke sind in den USA mit 1200 Dollar pro Kopf bzw. 390 Milliarden Dollar insgesamt deutlich höher als in der Schweiz, wovon 60 Milliarden in Bildungsanliegen und 18.2 Milliarden in Kunst- und Kulturprojekte investiert wurden (<https://givingusa.org/tag/giving-usa-2017/>).

**Das Ziel liegt nicht darin, Gegner zu überzeugen, sondern Befürworter zu mobilisieren.**

Wer die Bibliothek ablehnt, wird seine Meinung auch mit der besten Überzeugungsarbeit nicht ändern. Die versuchte „Bekehrung“ von Andersdenkenden ist für Bibliotheken eine Vergeudung von Zeit und personellen Ressourcen. Konzentrieren Sie alle Anstrengungen auf Bibliotheksfreunde und Unentschlossene. Bekannte permanente Nichtwähler können vernachlässigt werden. Hierzu zählen etwa 20% der Schweizer Bevölkerung. Nichtwähler sind überdurchschnittlich oft weiblich, jünger als die Gesamtbevölkerung, besitzen häufiger einen niedrigen Bildungsabschluss und misstrauen der Regierung (Serdült, S. 81).

**Sprechen Sie nicht mit radikalen Libertären.**

US-amerikanische bibliothekarische Interessengruppen empfehlen aktuell, diese Gruppen nicht anzusprechen, da noch keine erfolgversprechenden Rezepte entdeckt wurden, um ihren Widerstand gegen sämtliche öffentliche Ausgaben zu neutralisieren (Sweeney/Chrastka, S. 142).

**Benutzen Sie für unterschiedliche Adressatengruppen auch unterschiedliche Argumente und passen Sie Ihren Wortschatz an die jeweilige Zielgruppe an.**

FDP-Politiker und Wirtschaftsvertreter benutzen einen anderen Wortschatz als lokale Quartiervereine oder Seniorengruppen.

Die Wirkung von Kampagnenargumenten variiert mit der ideologischen Prädisposition des Empfängers (Wirth/Matthes/Schemer, S. 191). Die Lesekurse für Flüchtlinge, welche Ihre Bibliothek gerade anbietet, werden SVP-Politiker kaum von der Notwendigkeit einer Budgeterhöhung überzeugen. Erfolgversprechender ist ein Hinweis darauf, dass derartige Bildungsangebote die Integrationskosten der Gemeinde senken und die Betroffenen von der Strasse fernhalten. Dass gerade reiche Neuzuzüger gewisse Ansprüche an die Infrastruktur ihres neuen Wohnorts stellen und ein modernes Bibliotheksangebot schätzen, funktioniert in wohlhabenden Niedrigsteuergemeinden, nicht aber in rot-grün dominierten Städten.

**Gerade rechtsbürgerliche Politiker und ihre Wähler schätzen „nützliche“ Bibliotheken.**

Betonen Sie im Umgang mit einem rechtsbürgerlichen Publikum den praktischen wirtschaftlichen Nutzen und die hohe Effizienz der Bibliothek im Umgang mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. Gerade Leseförderungsprogramme sind eine kostengünstige Investition in die Zukunft, da gute Schreib- und Lesefähigkeiten zu den elementarsten Voraussetzungen einer erfolgreichen Berufslaufbahn gehören. Auch locken attraktive Bibliotheken zusätzliche Besucher ins Quartier, was sich positiv auf den Umsatz des lokalen Gewerbes und den Wert der Immobilien auswirkt.

**Betonen Sie in einem linksliberalen Umfeld die Bedeutung der Bibliotheken für den Service Public und die soziale Gerechtigkeit.**

Linke Politiker bekämpfen Bibliotheksforderungen nur, wenn die schlechten Gemeinde- oder Stadtfinanzen sie vermeintlich dazu zwingen oder wenn sie sich mit dem neuen Standort

bzw. seinen Mietkosten nicht anfreunden können. Bibliotheksfreunde sind folglich meist nicht darauf angewiesen, rot-grüne Parteien vom Nutzen dieser öffentlichen Einrichtung zu überzeugen: Bibliotheken bieten Arm wie Reich Zugang zu kostenloser Bildung, ermöglichen Neuankömmlingen und Randständigen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und offerieren Freizeitangebote ohne Konsumzwang. Sie sind Orte des sozialen Austauschs und der Begegnung und diskriminieren nicht aufgrund des Einkommens oder der Herkunft.

**Vermitteln Sie dennoch eine in sich geschlossene, eindeutig formulierte und positive Botschaft.**

Die Bibliothek ist eine essentielle Einrichtung, welche einen sichtbaren, praktischen Mehrwert bietet und die Lebensqualität in der Gemeinde erhält und verbessert. Aus diesem Grund verdient sie die (finanzielle) Unterstützung der Öffentlichkeit. Diese Botschaft muss von allen Beteiligten – den Mitarbeitern, den Vereinsmitgliedern, der Bibliotheksleitung – verinnerlicht und kommuniziert werden.

**Gehören Kinder und ältere Menschen zu Ihren wichtigsten Kundengruppen, sollten Sie das ausnutzen.**

Das Argument, dass Kinder und Jugendliche von der Nutzung öffentlicher Bibliotheken profitieren, hat sich über die Jahre in der Praxis als wirkungsvoll erwiesen und kann jederzeit bedenkenlos verwendet werden (Hall, S. 55). Ältere Menschen gehen am häufigsten zur Urne. Gerade bürgerliche Parteien können es sich nicht leisten, diesen Wählerkreis gegen sich aufzubringen.<sup>403</sup> Obwohl ein Vertreter der Pestalozzibibliotheken argumentierte, dass die geographische Nähe zum Wohnort für Bibliotheksnutzer heute eine geringe Rolle spiele, scheint sich dieses Argument bei Eltern und Senioren (noch) nicht durchgesetzt zu haben. Im Fall einer angedrohten Bibliotheksschliessung sollten Sie wiederholt darauf hinweisen, dass kleinen Kindern und körperlich eingeschränkten Menschen der Weg in die Nachbargemeinde nicht zugemutet werden kann.

**Regeln sind Regeln.**

Politiker und Bibliotheksangehörige in allen Landesregionen weisen beständig und offenbar erfolgreich auf die Empfehlungen und Richtlinien der SAB für Gemeindebibliotheken hin, um ihren Bibliotheksausbau oder Umzug bei der Bevölkerung zu rechtfertigen. Sie verzichten auf den Hinweis, dass diese Empfehlungen für die einzelnen Gemeinden weder rechtlich verbindlich noch gesetzlich durchsetzbar sind. Manche Stimmbürger gehen möglicherweise davon aus, dass die Gemeinde selbst bei einer Ablehnung rechtlich dazu verpflichtet wäre, die entsprechenden Vorgaben umzusetzen.

---

<sup>403</sup> Foppa, Daniel: Die SVP punktete bei den Frauen, Tagesanzeiger, 21.10.2015.

**Nutzen Sie emotionale Apelle.**

Stimmbürger verlassen sich nicht nur auf Argumente, um zu einer Entscheidung zu gelangen. Ist ihre Motivation zur kognitiven Verarbeitung von Informationen gering, oder die Vorlage komplex, werden Emotionen als heuristische Abkürzung benutzt, um dennoch ein Urteil fällen zu können (Wirth et al. S. 222, 223). Rationale Argumente zur Nützlichkeit von Leseförderungs- und Integrationsprogrammen sind wichtig, doch letztendlich berührt die eigene Bibliothek für viele Einwohner auch schwerer fassbare Themen wie lokale Identität, Stolz, Nostalgie, und Zugehörigkeit. Bibliotheken repräsentieren höhere abstrakte Werte wie Fairness, Bildung und sozialen Zusammenhalt. Da sie von der Öffentlichkeit finanziert, genutzt und getragen sind, verkörpern sie demokratische Ideale. Diese Werte sind nicht an eine bestimmte politische Partei gebunden, sondern werden von der Mehrheit der Bevölkerung geteilt.

Auch die Rivalität mit Nachbargemeinden kann dabei helfen, die Bevölkerung von der Notwendigkeit eines Neubaus oder einer Renovation zu überzeugen. Obwohl die untersuchten Fälle keinen handfesten Beweis dafür lieferten, dass sich Gemeinden von den Bauprojekten ihrer Nachbarn beeinflussen liessen, fällt auf, dass gewisse Regionen in kurzer Zeit gehäuft über ähnliche Bibliotheksthemen befanden.<sup>404</sup> Bibliotheksunterstützer in den USA zeigen ihren Stimmbürgern mit Erfolg Fotos von kürzlich renovierten und erweiterten Bibliotheken in Nachbarorten, um an ihren Lokalpatriotismus zu appellieren. Diese Taktik wirkt auch bei Lokalpolitikern (Armstrong, S. 14, Hall S. 71).

**Keine negativen Emotionen: Verkaufen Sie eine positive, begeisterungsfähige Vision für die Zukunft.**

Diese Grundregel gilt auch für Abstimmungskampagnen zu anderen Themengebieten und funktioniert auch in Grossbritannien und den USA. Präsentieren Sie gute Leistungen offensiv, publizieren Sie Ihre guten Besucherzahlen, weisen Sie auf die zahlreichen erfolgreichen Veranstaltungen hin und betonen Sie, welche wunderbaren zukünftigen Serviceangebote durch die Genehmigung eines Kredits möglich werden würden. Persönliche Begeisterung steckt immer an und Erfolge rufen im Sinne eines „Wer hat, dem wird gegeben“ wieder neue Erfolge hervor, während niemand gerne auf ein krankes Pferd bzw. eine schwache Bibliothek setzt (Hauke, S. 28). Ein sinkender Etat und Personalreduzierungen sollten nur in Ausnahmefällen im Vordergrund stehen.

**Fürchten Sie sich nicht vor Fotoaufnahmen und Interviews.**

Neben der Wahrnehmung der Bibliothek bestimmt das Bild ihrer Mitarbeiter das Abstimmungsverhalten eines Wählers. Er unterscheidet hier nicht dazwischen, ob die ihm bekannte

---

<sup>404</sup> Im Bezirk Meilen ergab beispielsweise eine Umfrage der Zürichsee-Zeitung, dass beinahe alle Bibliotheken ihre Räumlichkeiten im Jahr 2012 als beengend wahrnahmen und einen Standortwechsel entweder erhofften, oder bereits planten: Eva Robmann: Bibliotheken wollen ins Zentrum, Zürichsee-Zeitung, 10.04.2012.

Person die Bibliothek leitet, Kindervorlesungen durchführt, Regale einräumt oder „nur“ ehrenamtlich Bücher einfasst. Jeder Bibliotheksunterstützer und Mitarbeiter gibt der Bibliothek ein menschliches Gesicht und beeinflusst ihr Bild in der Bevölkerung. Die Personalisierung eines Konflikts hat für die Medien einen hohen Nachrichtenwert, denn das Lesepublikum schätzt, wenn politische Abläufe und Ergebnisse aus Eigenschaften von Menschen statt aus komplexen Strukturen abgeleitet werden (Jarren et al. S. 36). Print- und Onlinezeitungen benutzen deswegen häufig grosse Fotoaufnahmen von Bibliotheksleiterinnen, meist in Verbindung mit einem Reportage- oder Interviewbeitrag. Das ist eine grossartige Chance, mit wenig Aufwand einen positiven Eindruck bei der Stimmbevölkerung zu hinterlassen, welche nicht zu den Kunden der Bibliothek zählt. Bibliotheksangestellte sind das wichtigste Aushängeschild der Einrichtung und somit öffentliche Personen. Deswegen ist es wichtig, sie in die Kampagne miteinzubeziehen und sie auf eine gemeinsame positive Strategie einzuschwören (Hauke, S. 30).

### **Die Rolle des Internets**

Die allermeisten Bibliotheken verzichteten auf eine Abstimmungskampagne in den sozialen Medien als Kommunikations- und Mobilisierungsmittel. Dieses Vorgehen weitet die Partizipationsrate nicht aus, sondern erreicht in erster Linie Menschen, die ohnehin bereits politisch aktiv sind. Online-Kampagnen eigneten sich jedoch, wie der Fall Neuchâtel beweist, für die Spendensammlung (Speth, S. 17).

### **Praktische Empfehlungen aus den USA**

So manche Abstimmungskampagne scheiterte in den USA an weggeworfenen Büchern. Die öffentliche Entsorgung veralteter Bücher, die sich aber noch in gutem Zustand befinden, stösst bei der Bevölkerung auf wenig Verständnis und wird von der Bibliotheksgegnerschaft als Vergeudung öffentlicher Ressourcen gegeisselt. Plant eine Bibliothek eine Volksabstimmung (und nicht nur dann), sollte die Entsorgung des Altbestandes unbedingt diskret erfolgen. Auch die Bestellung und Verteilung von Informations-, und Werbematerial, wie Kugelschreibern, kann eine Kampagne gefährden, wenn der Verdacht aufkommt, dass diese Materialien durch Steuergelder finanziert wurden (Sweeney/Chrastka, S. 162).

Gleichzeitig gelingt es gerade unkonventionellen, kreativen Kampagnenansätzen, den öffentlichen Diskurs auf den Wert der Bibliotheken statt auf die mit ihnen verbundenen Kosten zu fokussieren.



Abbildung 12: Abstimmungsplakat "Book Burning Party"  
(aus: Hendrickson, Rhonda: Troy PL's Battle for Survival, Marketing Library Services, Vol. 28 No. 4, 2014)

Für die anstehende Abstimmung über eine Bibliotheksschliessung in Michigan rief eine heimlich von Bibliotheksunterstützern organisierte anonyme Kampagne auf Plakaten und Flyern, in Videos, der lokalen Zeitung und auf Facebook und Twitter zu einer „Book Burning Party“ auf, buchte ein Unterhaltungsprogramm für diese und verkaufte Fanartikel auf Ebay.<sup>405</sup> Die lokale Regierung, die Bürger und die Medien empörten sich über diesen Vorschlag, was die Stimmbeteiligung an der Urne stark erhöhte und die Schliessung verhinderte (Sweeney/ Chrastka, S. 172). Eine Bibliothek in Massachusetts schickte ihre Angestellten als temporäre Babysitter zu Eltern nach Hause, damit diese den Abend frei hatten, um an der Gemeindeversammlung für ein Bibliotheksanliegen zu stimmen (Gold, S. 44).

#### **10.4.5 Die Zeit nach der Abstimmung**

**Geben Sie nach einer Niederlage nie auf, ausser es existieren gute Gründe dafür.**

Fast alle untersuchten abgelehnten Bau- und Umzugsvorlagen erreichten ihre Ziele in einem zweiten Anlauf doch noch. Hätten die Bibliotheksfreunde nach ihrer Niederlage aufgegeben, besässe Einsiedeln bis heute keine öffentliche Gemeindebibliothek, die BibliothekarInnen in Spiez und Menzingen würden weiterhin zwischen überfüllten Regalen arbeiten und die Bibliothek in Hildisrieden sässe in einem kleinen Postraum fest.

Dass die Stimmbevölkerung ihre Bibliothek nicht wertschätzt, ist zwar möglich, aber sehr unwahrscheinlich. Vermutlich störte sie sich an bestimmten Elementen der Abstimmungsvorlage, wie den schwer abschätzbaren Kosten oder dem Standort. Vielleicht hatte die Bibliotheksseite die Notwendigkeit der Investitionen auch nicht überzeugend genug kommuniziert. Alle diese Punkte können für eine spätere Abstimmung angepasst werden. In den USA ist es nicht ungewöhnlich, dass Bibliotheksanliegen vor ihrem endgültigen Sieg an

---

<sup>405</sup> Ein Video der Aktion ist auf Youtube und vimeo verfügbar: <https://vimeo.com/35758683>

der Urne zwei bis dreimal abgelehnt werden. Eine Bibliothek in Michigan brauchte gar dreissig Jahre, ehe sie ihre erste Volksabstimmung gewinnen konnte (Dempsey, 2009, S. 71). Eine zu schnelle Neuabstimmung könnte aber den Vorwurf des mangelnden Respekts gegenüber dem Volkswillen nach sich ziehen und die Gegnerschaft noch erhöhen.

### **Potentielle Chancen für die Zukunft**

Seit Obamas erfolgreicher Wahlkampfkampagne nutzen gerade ressourcenschwächere Interessengruppen vermehrt Microtargeting, um Abstimmungen für sich zu entscheiden, wie etwa im Fall des britischen EU-Mitgliedschaftsreferendums 2016 (Shipman, S. 411) oder als Teil der Kampagne „One Million Americans For Libraries“<sup>406</sup>. Microtargeting erlaubt es, potentielle Wähler durch Data Mining ausgehend von ihrem Einkommen, ihren Konsumgewohnheiten und ihren politischen Haltungen auf bestimmte Interessen anzusprechen und mit Informationen zu versorgen (Neumann, S. 117) und führt so zu einer relativ kostengünstigen zielgruppenspezifischen Mobilisierung. Es stellt allerdings bis auf Weiteres aus zeitlichen und rechtlichen Gründen für Schweizer Bibliotheken keine realistische Alternative zu traditionellen Kampagnenmassnahmen dar.

Erfolgversprechend wäre ebenfalls die Förderung einer engeren landesweiten Zusammenarbeit zwischen Bibliotheksbeauftragten, um Bibliotheken bei Abstimmungskämpfen durch geeignete Werkzeuge mit Informationen zu versorgen und ihnen praktische Hilfestellung zu leisten. Denkbar wären nach dem Vorbild der USA etwa Toolkits, Webseminare, die persönliche Hilfe vor Ort, die Bereitstellung von Literaturlisten und Argumentationshilfen oder Weiterbildungsangebote zu den Themen Kampagnenführung, allgemeiner Öffentlichkeitsarbeit, Zeitplanung oder Komitee-Bildung. Noch ist die Schweizer Bibliothekslandschaft stark fragmentiert und die Zusammenarbeit hängt von der Initiative Einzelner ab.

---

<sup>406</sup> <http://action.everylibrary.org/nextstepstooneillion>

## 11 Ausblick für Forschung und Praxis

Die vorliegende Arbeit soll keinesfalls dem Anspruch auf Vollständigkeit der Darstellung bibliothekarischer Interessenvertretungs-Aktivitäten genügen, sondern sie nur exemplarisch anhand von Beispielen illustrieren.

Die Medien leisten bei der erfolgreichen Vermittlung von Bibliotheksanliegen einen wichtigen Beitrag, ihre Berichterstattung konnte jedoch aus Gründen der Komplexität kein expliziter Untersuchungsgegenstand der Arbeit sein. Verursacht durch die Quellenwahl erfolgte die Wahrnehmung und Darstellung der politischen Prozesse durch die Brille der Medien. Journalisten sind häufig eher kulturaffin und vernachlässigten unter Umständen die Sichtweise der Bibliotheksgegner. Auch ist weiterhin unklar, aus welchen Gründen gewisse Bibliotheksanliegen den Weg in die Presse fanden. Unter welchen Voraussetzungen können bibliothekarische Gruppen damit rechnen, dass ihre Interessen von den Zeitungen wahrgenommen werden und Berücksichtigung finden?

Ein weiterer Bereich mit vertieftem Forschungsbedarf betrifft das Tessin sowie die Einstellung und das Verhalten der Stimmbevölkerung. Repräsentative Nachbefragungen aller Volksentscheide auf gesamtschweizerischer Ebene erlauben, die Motivbildung der Bevölkerung zu bestimmen (Longchamp, S. 288), diese Daten stehen für Gemeindeentscheide jedoch nicht zur Verfügung. Somit können sich Bibliotheksvertreter nur auf ihre persönlichen Erfahrungen und anekdotische Erzählungen verlassen, um den Entscheidungsprozess der lokalen Bevölkerung nachzuvollziehen und abzuklären, wieweit sie Informationen, Argumente und Urteilskriterien aus der öffentlichen Abstimmungsdebatte in ihre Meinungsbildung integriert. Für die Zusammenhänge zwischen sozialstrukturellen Merkmalen, politischen Einstellungsmustern und dem Entscheidungsverhalten ist man auf Vermutungen oder auf Analogien aus der Abstimmungsforschung angewiesen, was keine tragfähige Basis sein kann (Schiller/Mittendorf, S. 19). Auch die Übertragung anerkannter Wahltheorien ist ohne eine entsprechende Datengrundlage schwierig.

Die untersuchten Fallbeispiele machen deutlich, dass Bibliothekslobbyismus und direkt-demokratische Interessenvertretung zu eng miteinander verzahnt sind, um beide Themen getrennt voneinander betrachten zu können. Erfolgreiche direktdemokratische Interessenvertretung setzt fast immer auch Lobbyismus-Bemühungen seitens der Bibliothek voraus, Lobbyismus braucht jedoch umgekehrt keine Volksabstimmungen, um seine positive Wirkung zu entfalten. Bibliotheksumzüge, Schliessungen und Erweiterungsprojekte müssen häufig nicht durch eine Volksabstimmung abgesegnet werden. Beispiele für dieses Vorgehen sind etwa die Erweiterung der Pestalozzibibliothek in Neuchâtel (2016)<sup>407</sup> oder die

---

<sup>407</sup> Terol, Santi: Bol d'air en faveur des jeunes lecteurs, L'Express, 07.09.2016.

Schliessung der Ludothek Littau Ende 2017.<sup>408</sup> Um ein repräsentatives Bild der bibliothekarischen Interessenvertretung in der Schweiz zu erhalten, reicht die Konzentration auf Volksabstimmungen und Petitionen folglich nicht aus.

Abgesehen von diesen Themenkomplexen konnte eine Reihe weiterer Themenfelder nicht angemessen aufgegriffen werden, wie etwa der Einfluss der Eigenfinanzierungshöhe einer Bibliothek oder derjenige der Stimmbeteiligung. Die Regierungsposition profitiert von einer hohen Stimmbeteiligung, linke Anliegen von einer geringen (Linder/Mueller, S. 349).

Auch die Vernachlässigung von Kontextfaktoren kann bemängelt werden. Die Studie hat situative Einflüsse nur beiläufig erhoben. Im Laufe der Untersuchung kristallisierte sich aber heraus, dass im Zusammenhang mit der erfolgreichen bibliothekarischen Interessenvertretung vor allem lokalen Einflüssen Beachtung geschenkt werden muss. Da die kulturellen und politischen Differenzen die Gemeinsamkeiten überwiegen, konnte mit den vorliegenden Daten kein Nachweis eines schweizweit gültigen Erfolgsrezepts für Bibliotheksanliegen erbracht werden. Die Schweizer Kantone und Regionen haben sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber, welche Rolle der Staat in der Kultur- und Bildungsförderung spielen sollte, und zweifeln teilweise daran, ob die Existenz einer öffentlich finanzierten Bibliothek überhaupt wünschenswert ist.

Um realistischere Einschätzungen machen zu können, sind weiterführende Studien erforderlich, welche sich näher mit genannten Aspekten beschäftigen.

### **Die Bedeutung direktdemokratischer Massnahmen für die Zukunft**

Im Untersuchungszeitraum durften sich die Schweizer Bibliotheken in den allermeisten Fällen darauf verlassen, von der Bevölkerung Unterstützung zu erfahren. Die Bibliotheksseite konnte folglich darauf verzichten, die Allgemeinheit durch professionell geführte und somit zeit- und geldintensive Abstimmungskampagnen von ihrer Sache zu überzeugen. Ganz offensichtlich gewinnen Bibliotheken ihre Abstimmungen auch ohne die Unterstützung einer kantonalen oder landesweiten Informations- und Vernetzungszentrale wie des BIS. Auch sind die Beziehungen zwischen der Politik und den Bibliotheken mehrheitlich gut und problemfrei.

Dieser Zustand muss jedoch nicht für immer anhalten. Ich würde sogar argumentieren, dass sich der existentielle Wert der direkten Demokratie für Bibliotheken erst in Zeiten einer einschneidenden Wirtschaftskrise zeigt. Als Beleg dienen hier die Erfahrungen des US-Staates mit den höchsten staatlichen Bibliotheksausgaben und Ausleihzahlen.<sup>409</sup> Zwischen

---

<sup>408</sup> Es sind aktuell Bestrebungen im Gange, die Ludothek mit Hilfe der Stadt Luzern weiter zu erhalten [Stand Februar 2018].

<sup>409</sup> Institute of Museum and Library Services: Supplementary Tables Public Libraries Survey Fiscal Year 2015 [https://www.ims.gov/sites/default/files/fy2015\\_pls\\_tables.pdf](https://www.ims.gov/sites/default/files/fy2015_pls_tables.pdf), S. 31.

2007 und 2009 verloren die öffentlichen Bibliotheken Ohios rezessionsbedingt fast 100 Millionen Dollar an staatlicher Unterstützung.<sup>410</sup> Um diese Ausfälle kompensieren zu können, beschlossen die meisten von Ohios 250 Bibliotheken, per Volksabstimmung um zusätzliche Gelder zu bitten. Die Anzahl der durchgeführten Abstimmungen vervierfachte sich 2009. Von 2009 bis 2011 konnten 159 öffentliche Bibliotheken eine solche Volksabstimmung durchführen und 144 davon gewinnen. Bibliotheken in vielen repräsentativen Demokratien können vergleichbare oder bessere Finanzierungs- und Nutzerzahlen vorweisen, doch Budgetkürzungen im Umfang von 100 Millionen Franken wären in diesen Ländern einem Todesurteil für die öffentliche Bibliothekslandschaft gleichgekommen. Die Möglichkeit, die eigenen Anliegen direkt vors Volk zu bringen, ist für schweizerische und US-amerikanische Bibliotheken ein weltweit einmaliges Privileg und ein Sicherheitsnetz, wenn alle Stricke reissen. Diese direktdemokratische Errungenschaft ist nicht hoch genug einzuschätzen. Volksabstimmungen mögen für Schweizer Bibliotheken momentan keine hohe Priorität und nicht selten den Status eines rechtlich vorgeschriebenen „notwendigen Übels“ geniessen, doch Bibliotheksvertreter täten mit Blick auf die Zukunft gut daran, ihre Zeit und Energie nicht nur in traditionelle Lobbyarbeit, sondern auch in direktdemokratische Interessenvertretung zu investieren.

---

<sup>410</sup> Ohio Library Council: Ohio's Public Libraries, im Internet unter <http://www.olc.org/pdf/LibraryFundingHistory.pdf>



## 12 Anhang

### 12.1 Quellen und Sekundärliteratur

#### Quellen

Grossenbacher, Timo/Hintz, Mark/Schmid, Christoph/Wiederkehr, Benjamin: So haben die Schweizer Gemeinden seit 1971 gewählt, 01.06.2015 (von SRF aufbereitete Daten des Bundesamts für Statistik).

Im Internet unter [<https://www.srf.ch/news/schweiz/wahlkampf-so-haben-die-schweizer-gemeinden-seit-1971-gewaehlt>] [Stand 12.03.2018]

Institute of Museum and Library Services: Public Libraries Survey, Fiscal Years 2012, 2014, 2015, 2016.

Im Internet unter [<https://www.ims.gov/research-evaluation/data-collection/public-libraries-survey>] [Stand 12.03.2018]

Initiative and Referendum Institute: Initiative Use (February 2017).

Im Internet unter [[http://www.iandrinstitute.org/docs/IRI%20Initiative%20Use%20\(2017-1\).pdf](http://www.iandrinstitute.org/docs/IRI%20Initiative%20Use%20(2017-1).pdf)] [Stand 12.03.2018]

Library Referenda (jährlich erscheinende Übersicht unter verschiedenen Titeln), verschiedene Autoren. In: Library Journal.

Referenda Roundup (jährlich erscheinende Übersicht unter verschiedenen Titeln), verschiedene Autoren. In: American Libraries Magazine der American Library Association.

U.S. Department of Commerce: Bureau of Economic Analysis: Per Capita Real GDP by State (chained 2009 dollars).

Im Internet unter [[https://www.bea.gov/iTable/index\\_regional.cfm](https://www.bea.gov/iTable/index_regional.cfm)] [Stand 12.03.2018]

#### Sekundärliteratur

Aho, Melissa K./Bennett, Erika (Hrsg.) (2013) : The Machiavellian Librarian. Winning Allies, Combating Budget Cuts, and Influencing Stakeholders, Chandos Publishing, Oxford (Chandos Information Professional Series).

Allen, Bryce (2003): Public Opinion and the Funding of Public Libraries. In: Library Trends Vol. 51, No. 3, Economics of Libraries, S. 414 – 423.

Amdursky, Saul (1995): Anatomy of an Election. In: Library Journal, Vol 120, Nr. 11, S. 46 – 47.

Andersen, Deborah (2003): Selling a Public Good: The Case of Rechartering Public Libraries by Referendum in New York State. In: Public Library Quarterly, Vol. 22(4) 2003, S. 5 – 23.

Armstrong, Annette (2005): Creating an Effective Marketing Campaign. In: ILA Reporter 2005, S. 14 – 15.

Barth, Robert (2011): Sparsamkeit geht vor. Bibliotheken und direkte Demokratie in der Schweiz. In: Buch und Bibliothek 63 (2011) 6, S. 463 – 465.

- Bernhard, Laurent (2012): *Campaign Strategy in Direct Democracy*, Palgrave Macmillan, Basingstoke (Challenges to Democracy in the 21st Century).
- Bernhard, Laurent (2012): *Message Delivery*. In: Kriesi, Hanspeter (Hrsg.) (2012): *Political Communication in Direct Democratic Campaigns. Enlightening or Manipulating?* Palgrave Macmillan, Basingstoke (Challenges to Democracy in the 21st Century), S. 82 – 92.
- Biggers, Daniel R. (2014): *Morality at the Ballot. Direct Democracy and Political Engagement in the United States*, Cambridge University Press, New York.
- Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hrsg) (2014): *Interviews mit Experten. Eine praxisorientierte Einführung*, Springer Verlag, Wiesbaden (Qualitative Sozialforschung).
- Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hrsg) (2009): *Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder*, Springer Verlag, Wiesbaden.
- Böttger, Klaus Peter (2000): *Gegen Windmühlen oder mit dem Strom?* In: Wimmer, Ulla (Hrsg.): *Lobbyarbeit für Bibliotheken: Politisch denken – strategisch handeln*, ehemaliges deutsches Bibliotheksinstitut, Berlin 2000 (dbi-materialien, Nr. 196), S. 41 – 45.
- Bowler, Shaun/Glazer, Amihai (2008): *Direct Democracy's Impact on American Political Institutions*, Palgrave Macmillan, New York.
- Bowler, Shaun/Donovan, Todd/Tolbert, Caroline (Hrsg.) et al. (1998): *Citizens as Legislators. Direct Democracy in the United States*, Ohio State University Press, Columbus (Parliaments and Legislatures Series).
- Brent, Roberts/Hoover, Cheryl L. (2014): *Waging a Successful Library Funding Campaign. A Case Study*. In: *Library Management*, Bradford 35.3, S. 164 – 174.
- Buholzer, René P. (2014): *Politische Kommunikation von Unternehmen in einer Referendumsdemokratie*. In: Scholten, Heike/Kamps, Klaus (Hrsg.) (2014): *Abstimmungskampagnen. Politikvermittlung in der Referendumsdemokratie*, Springer VS, Wiesbaden. S. 183 – 188.
- Cain, Bruce E./Cooper, Ellyce/Ferejohn, Sara/Potter, Corrie (1997): *California Library Referenda. The Determinants of Success and Failure*. In: *The Bottom Line* 10.2, S. 44 – 57.
- Chrastka, John/Findley, Erica (2018): *Breaking Records at the Polls*. In: *Library Journal*, Vol. 143, Issue 3, S. 16 – 20.
- Chrastka, John/Hart, Brian (2017): *Measured Success*. In: *Library Journal*, Vol. 142, Issue 2, S. 25 – 29.
- Craft, Mary Anne (1995): *Private Funds versus Public Funds*. In: *The Bottom Line: Managing Library Finances*, Vol. 8, no. 4, S. 5 – 9.
- Dalton, Russell (2008): *Direct Democracy and Good Governance: Does It Matter?* In: Bowler, Shaun/Glazer, Amihai (2008): *Direct Democracy's Impact on American Political Institutions*, Palgrave Macmillan, New York, S. 149 – 167.
- De Rosa C. & Johnson, J.(2008): *From Awareness to Funding. A Study of Library Support in America. Im Internet unter* [\[https://www.oclc.org/content/dam/oclc/reports/funding/fullreport.pdf\]](https://www.oclc.org/content/dam/oclc/reports/funding/fullreport.pdf) [09.10.2017]

- De Vreese, Claes (2014): Referendumskampagnen in internationaler Perspektive. In: Scholten, Heike/Kamps, Klaus (Hrsg.) (2014): Abstimmungskampagnen. Politikvermittlung in der Referendumsdemokratie, Springer VS, Wiesbaden, S. 107 – 122.
- Dempsey, Beth (2009): Libraries Build the Case for Voter Support (Library Referenda 2008). In: Library Journal, Vol. 134, Issue 5, S. 68 – 71.
- Dempsey, Beth (2010): Voters Step Up (Library Referenda 2009). In: Library Journal, Vol. 135, Issue 5, S. 62 – 66.
- Dempsey, Beth (2012): Voters Keep the Doors Open (Library Referenda 2011). In: Library Journal, Vol. 137, Issue 5, S. 64 – 68.
- Donovan, Todd (2014): Referendums and Initiatives in North America. In: Qvortrup, Matt (Hrsg.) (2014): Referendums Around the World, Palgrave Macmillan, Basingstoke, S. 122 – 161.
- Dora, Cornel (2012): Eine Bibliotheksstrategie für die Schweiz? In: Bibliothek. Forschung und Praxis 36, 1, S. 78 – 86.
- Dora, Cornel (2013): Das neue Bibliotheksgesetz des Kantons St. Gallen. Ein Impuls für die schweizerische Bibliotheksgesetzgebung. In: LIBREAS. Library Ideas 8 (2013) 22. *Im Internet unter* [<https://www.oclc.org/content/dam/oclc/reports/funding/fullreport.pdf>] [09.10.2017]
- Eder, Christina (2010): Direkte Demokratie auf subnationaler Ebene. Eine vergleichende Analyse der unmittelbaren Volksrechte in den deutschen Bundesländern, den Schweizer Kantonen und den US-Bundesstaaten, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden (Studien zur sachunmittelbaren Demokratie, Bd. 8).
- Eichenberger, Reiner/Schelker, Mark (2007): Was macht direkte Demokratie noch besser? Unabhängige Rechnungsprüfungskommissionen. In: Freitag, Markus/Wagschal, Uwe (Hg.) (2007): Direkte Demokratie. Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich, LIT Verlag, Berlin (Policy-Forschung und Vergleichende Regierungslehre, Bd. 3), S. 385 – 418.
- Feld, Lars/Kirchgässner, Gebhard (2002): Direkte Demokratie in der Schweiz. Ergebnisse neuerer empirischer Untersuchungen. In: Schiller, Theo/Mittendorf, Volker (Hrsg.) (2002): Direkte Demokratie. Forschung und Perspektiven, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, S. 88 – 101.
- Findley, Erica/Lasky, Kate (2016): From the Campaign Trail to Your Library: Put Your Library Staff in the Spotlight and Win Library Support, Oregon Library Association, La Grande. In: OLA Quarterly Vol. 22, no 2, S. 17 – 22.
- Freitag, Markus/Wagschal, Uwe (Hg.) (2007): Direkte Demokratie. Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich, LIT Verlag, Berlin (Policy-Forschung und Vergleichende Regierungslehre, Bd. 3).
- Gläser, Jochen/Laudel, Grit (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, Springer VS, Wiesbaden.
- Gold, Anne Marie (2006): By the People (Library Referenda 2005). In: Library Journal 2006, Vol. 131, Issue 5, S. 40 – 44.

- Hager, Lutz (2005): *Wie demokratisch ist direkte Demokratie? Eine Wachstumstheorie der Demokratie*, Springer VS, Wiesbaden (Forschung Politik).
- Hall, Richard (1995): *Winning Library Referenda Campaigns. A How-To-Do-It Manual*, Neal-Schuman Publishers, New York (How-To-Do-It Manuals for Librarians, no. 50).
- Hall, Richard (1995): *Door-to-Door Canvassing and Personal Contact in Library Referenda Campaigns*. In: *The Bottom Line*, Vol. 8, Issue 4, S. 21 – 25.
- Halsey, Richard S. (2003): *Lobbying for Public and School Libraries. A History and Political Playbook*, Scarecrow Press, Lanham.
- Hänggli, Regula (2012): *Key Factors in Frame Building*. In: Kriesi, Hanspeter (Hrsg.) (2012): *Political Communication in Direct Democratic Campaigns. Enlightening or Manipulating?* Palgrave Macmillan, Basingstoke (Challenges to Democracy in the 21st Century), S. 125 – 142.
- Hauke, Petra (Hrsg.) (2015): *Freundeskreise und Fördervereine. Best Practice in öffentlichen Bibliotheken*, Walter de Gruyter, Berlin.
- Hauke, Petra (2015): *Freundeskreise und Fördervereine – Starke Lobbyarbeit für starke Bibliotheken!* In: Hauke, Petra (Hrsg.) (2015): *Freundeskreise und Fördervereine. Best Practice in öffentlichen Bibliotheken*, Walter de Gruyter, Berlin, S. 27 – 39.
- Imhoff, K. R. T. (2006): *Creating Advocates for Public Libraries*. In: *Public Library Quarterly*, 25 (1/2), S. 155 – 170.
- Janse, Guido (2015): *Powerful Players and Potent Partners. Bibliothekarische Freundeskreisarbeit im Ausland an den Beispielen USA und Grossbritannien*. In: Hauke, Petra (Hrsg.) (2015): *Freundeskreise und Fördervereine. Best Practice in öffentlichen Bibliotheken*, Walter de Gruyter, Berlin, S. 57 – 70.
- Jarren, Otfried/Lachenmeier, Dominik/Steiner, Adrian (Hrsg.) (2007): *Entgrenzte Demokratie? Herausforderungen für die politische Interessenvermittlung*, Nomos, Baden-Baden.
- Kaiser, Robert (2014): *Qualitative Experteninterviews. Konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung*, Springer VS, Wiesbaden (Elemente der Politik).
- Kranich, Nancy (2001): *Libraries & Democracy. The Cornerstones of Liberty*, American Library Association, Chicago.
- Kriesi, Hanspeter (2005): *Direct Democratic Choice. The Swiss Experience*, Lexington Books, Oxford.
- Kriesi, Hanspeter (2007): *Die politische Kommunikation sozialer Bewegungen*. In: Jarren, Otfried/Lachenmeier, Dominik/Steiner, Adrian (Hrsg.) (2007): *Entgrenzte Demokratie? Herausforderungen für die politische Interessenvermittlung*, Nomos, Baden-Baden, S. 145 – 161.
- Kriesi, Hanspeter (Hrsg.) (2012): *Political Communication in Direct Democratic Campaigns. Enlightening or Manipulating?* Palgrave Macmillan, Basingstoke (Challenges to Democracy in the 21st Century).
- Langer, Regina (2014): *Innovationslobbying. Eine Analyse am Beispiel der Elektromobilität*, Springer VS, Wiesbaden.

- Linder, Wolf/Mueller, Sean (2017): Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven, Haupt Verlag, Bern.
- Longchamp, Claude (2002): Prädispositionen und Kampagnen bei Schweizer Volksabstimmungen. In: Schiller, Theo/Mittendorf, Volker (Hrsg.) (2002): Direkte Demokratie. Forschung und Perspektiven, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, S. 288 – 303.
- Matsusaka, John (2004): For the Many or the Few? The Initiative, Public Policy, and American Democracy, University of Chicago Press, Chicago (American Politics and Political Economy Series).
- McClure et al. (2006): Politics and Advocacy. The Role of Networking in Selling the Library to Your Community. In: Public Library Quarterly, 25(1/2), S. 137 – 154.
- Moeckli, Silvano (2007): Direkte Demokratie in den Gliedstaaten der USA. In: Freitag, Markus/Wagschal, Uwe (Hg.) (2007): Direkte Demokratie. Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich, LIT Verlag, Berlin, S. 19 – 39.
- Mumenthaler, Rudolf/Schuldt, Karsten (2015): Was macht erfolgreiche Bibliothekspolitik aus? Ein Seminarbericht. In: Informationspraxis 1 (2015), Nr. 1. Im Internet unter [\[http://journals.ub.uni-heidelberg.de/index.php/ip/article/view/16488/13110\]](http://journals.ub.uni-heidelberg.de/index.php/ip/article/view/16488/13110) [Stand 12.03.2018]
- Neumann, Arijana (2013): Grassroots Campaigning und die Wiederentdeckung der Parteimitglieder. In: Speth, Rudolf (2013) (Hrsg.): Grassroots-Campaigning, Springer VS, Wiesbaden, S. 113 – 128.
- Nicholson, Stephen (2008): Direct Democracy and the Public Agenda: Ballot Initiatives and Public Beliefs about Important Problems. In: Bowler, Shaun/Glazer, Amihai (2008): Direct Democracy's Impact on American Political Institutions, Palgrave Macmillan, New York, S. 55 – 68.
- Panagopoulos Costas/Weinschenk, Aarn C. (2016): A Citizen's Guide to U.S. Elections. Empowering Democracy in America, Routledge, New York (Citizen Guides to Politics and Public Affairs).
- Presses de l'enssib (2010): Communiquer! Les bibliothécaires, les décideurs et les journalistes #21, Villeurbanne Cedex (La Boîte à outils).
- Qvortrup, Matt (Hrsg.) (2014): Referendums Around the World. The Continued Growth of Direct Democracy, Palgrave Macmillan, Basingstoke.
- Ratzek, Wolfgang (Hrsg.) (2010): Lobbyarbeit für Information Professionals. Grundlagen-Beispiele-Empfehlungen, Bock+Herchen Verlag, Bad Honnef.
- Rellstab, Urs (2014): Medienarbeit ist Medienarbeit. In: Scholten, Heike/Kamps, Klaus (Hrsg.) (2014): Abstimmungskampagnen. Politikvermittlung in der Referendumsdemokratie, Springer VS, Wiesbaden, S. 303 – 309.
- Scardilli, Brandi (2014): Library Advocacy at the Polls. In: Information Today, Vol. 31, Issue 9. Im Internet unter [\[http://www.infotoday.com/it/nov14/Scardilli--Library-Advocacy-at-the-Polls.shtml\]](http://www.infotoday.com/it/nov14/Scardilli--Library-Advocacy-at-the-Polls.shtml) [Stand 12.03.2018]

- Schaltegger, Christoph/Feld, Lars (2001): On Government Centralization and Fiscal Referendums. Evidence from Switzerland. In: CESifo Working Paper No. 615, December 2001.
- Schemer, Christian/Wirth, Werner/Matthes, Jörg (2012): Value Resonance and Value Framing Effects on Voting Intentions in Direct-Democratic Campaigns. In: *American Behavioral Scientist*, 56(3), S. 334 – 352.  
Im Internet unter [DOI: <https://doi.org/10.1177/0002764211426329>] [Stand 12.03.2018]
- Schiller, Theo/Mittendorf, Volker (Hrsg.) (2002): *Direkte Demokratie. Forschung und Perspektiven*, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Schiller, Theo (2002): *Direkte Demokratie. Eine Einführung*, Campus Verlag, Frankfurt.
- Schiller, Theo (Hrsg.) (2011): *Local Direct Democracy in Europe*, Springer VS, Wiesbaden.
- Schmidt, Shari L. (2005): Winning Your Library Referendum. In: *ILA Reporter*, Juni 2005, Vol. 23, Issue 3, S. 12 – 13.
- Scholten, Heike/Kamps, Klaus (Hrsg.) (2014): *Abstimmungskampagnen. Politikvermittlung in der Referendumsdemokratie*, Springer VS, Wiesbaden.
- Serdült, Uwe (2014): Referendums in Switzerland. In: Qvortrup, Matt (Hrsg.) (2014): *Referendums Around the World*, Palgrave Macmillan, Basingstoke, S. 65 – 121.
- Shipman, Tim (2016): *All Out War. The Full Story of How Brexit Sank Britain's Political Class*, William Collins, London.
- Smith, Daniel/Tolbert, Caroline (2004): *Educated by Initiative. The Effects of Direct Democracy on Citizens and Political Organizations in the American States*, University of Michigan, Ann Arbor.
- Speth, Rudolf/Zimmer, Annette (Hrsg.) (2015): *Lobby Work. Interessenvertretung als Politikgestaltung*, Springer Verlag, Wiesbaden.
- Speth, Rudolf (Hrsg.) (2013): *Grassroots-Campaigning*, Springer VS, Wiesbaden.
- Stielow, Frederick (2001): Reconsidering Arsenals of a Democratic Culture. Balancing Symbol and Practice. In: Kranich, Nancy (Hrsg.) (2001): *Libraries & Democracy. The Cornerstones of Liberty*, American Library Association, Chicago, S. 3 – 14.
- Sweeney, Patrik/Chrastka, John (2017): *Winning Elections and Influencing Politicians for Library Funding*, American Library Association, Chicago.
- Turner, Anne (1997): *Getting Political. An Action Guide for Librarians and Library Supporters*, Neal-Schuman, New York.
- Turner, Anne (2000): *Vote Yes for Libraries. A Guide to Winning Ballot Measure Campaigns for Library Funding*, McFarland & Co., Jefferson, NC.
- Vatter, Adrian (2007): *Direkte Demokratie in der Schweiz. Entwicklungen, Debatten und Wirkungen*. In: Freitag, Markus/Wagschal, Uwe (Hg.) (2007): *Direkte Demokratie. Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich*, LIT Verlag, Berlin, S. 71 – 114.
- Verband der Bibliotheken und der Bibliothekarinnen/Bibliothekare der Schweiz (2000): *Handbuch für eine Lobby der Schweizer Bibliotheken*, Bern.

Voss, Kathrin (2013): Grassroots-Campaigning im Internet. In: Speth, Rudolf (2013) (Hrsg.): Grassroots-Campaigning, Springer VS, Wiesbaden, S. 183 – 200.

Zimmerman, Joseph Francis (1999): The New England Town Meeting. Democracy in Action, Praeger, Westport/London.

## 12.2 Gesamttabelle

### Abstimmungen zu Finanzierungs- und Budgetanpassungen

Ort	Jahr	Anliegen	Erfolg	Stimmenverhältnis	Abstimmungsart
Dulliken, SO	2014	Budgetkürzungen im Umfang von fast 10'000 Fr.	ja	deutlich (30 Anwesende)	Gemeindeversammlung
Freienbach, SZ	2013	Verlängerung des Zusatzkredits an Mediothek, aber um ca. 10% gekürzt (neu 80'000 Fr.)	Eher nein	70.4% (3022 : 1268)	Urnenabstimmung
Konolfingen, BE	2006	Budgetverabschiedung mit Bibliotheks-Budgetkürzung um 20'000 Fr.	ja	wuchtig	Gemeindeversammlung
Richterswil, ZH	2013	Erhöhung des Beitrags an die Gemeindebibliothek von 86'500 Fr. auf neu 121'500 Fr.	ja	keine Probleme (272 Anwesende)	Gemeindeversammlung
Thalwil, ZH	2009	Verdoppelung des jährlichen Zuschusses an die Bibliothek, neu 300'000 Franken	ja	mit grossem Mehr (1.8% anwesend)	Gemeindeversammlung
Aarberg, BE	2009	Neues Bibliotheksreglement mit Kostenerhöhung von 20 Fr. auf 26 Fr. pro Einwohner	ja	einstimmig (160 Anwesende)	Gemeindeversammlung
Bern	2010	Finanzierung der Kornhausbibliotheken für 6 Jahre	ja	90,84%	Urnenabstimmung
Bern	2015	Finanzierung der Kornhausbibliotheken für 6 Jahre	ja	84.9%	Urnenabstimmung
Biel, BE	2015	Leistungsverträge der Stadt mit der Stadtbibliothek 2016-2019, Zahlungen von 1,99 Mio. Franken im Jahr	ja	78.3% (8719 : 2411 )	Urnenabstimmung
Chur, GR	2016	Erhöhung des jährlichen Betriebsbeitrags an die Stiftung Stadtbibliothek	ja	52,3% (5384 : 4920)	Urnenabstimmung
Dürnten, ZH	2011	Bibliotheksverbund mit Rüti, gemeinsame Finanzierung einer Bibliothek an neuem Ort	ja	?	Gemeindeversammlung

Ems, GR	2009	Budgetkürzung um 10'000 Franken	nein	78.6% (910 : 248 )	Urnenabstimmung
Full-Reuenthal, AG	2014	Beitragskürzungen, Ausstieg aus Verbund	ja	Klar (44 : 20), 83 Anwesende	Gemeindeversammlung
Grünigen, ZH	2017	Erhöhung der jährlichen Gemeindebeiträge von 50'000 Franken auf 80'000 Franken	ja	einstimmig, ohne Wortmeldungen, 84 Anwesende	Gemeindeversammlung
Herzogenbuchsee BE	2013	Neuer Leistungsvertrag mit höheren Kosten für Gemeinde (statt 33'000 neu 109'000 Franken)	ja	keine Komplikationen erwähnt (6,5% anwesend)	Gemeindeversammlung
Kaisten, AG	2006	Gemeinde übernimmt Führung und Finanzierung der Bibliothek von einem Verein.	ja	mit überzeugendem Mehr, 113 Anwesende	Gemeindeversammlung
La Chaux-des-Breuleux, JU	2008	Gemeinde soll Bibliobus nicht mehr finanzieren.	nein	deutlich	Gemeindeversammlung
La Chaux-des-Breuleux, JU	2009	Gemeinde soll Bibliobus doch weiter finanzieren.	ja	deutlich	Gemeindeversammlung
Laufen, BL	2014	Kürzung der Zahlungen an die Bibliothek um 36'000 Fr. auf neu 24'000 Fr.	ja	nur 1 Stimme dafür	Gemeindeversammlung
Laufen, BL	2014	Leistungsvereinbarung mit der Stedtlbibliothek	ja	einstimmig (147 Anwesende)	Gemeindeversammlung
Lupfig/Birr, AG	2017	Neue Leistungsvereinbarung und eine Erhöhung des Stellenplans für die Bibliothek, neu 140'000 Fr. Aufwand	ja	?	Gemeindeversammlung
Neuchâtel (Kanton)	2016	Kanton muss Bibliobus weiterhin finanzieren.	ja	62,28%	Urnenabstimmung
Oberdorf, BL	2014	Pensum der Angestellten von 59% auf 54% kürzen	ja	47 nein gegen 40 ja	Gemeindeversammlung
Rüti, ZH	2011	Bibliotheksverbund mit Dürnten	ja	66%	Urnenabstimmung

Sarnen, OW	2013	Neue Leistungsvereinbarung betr. einer schrittweisen Erhöhung des jährlichen Beitrages an die Kantonsbibliothek	ja	keine Gegenanträge (135 Anwesende)	Gemeindeversammlung
Schwarzenburg, BE	2015	Führung der Bibliothek durch einen Verein, Beitragsreduktion auf 40'000 Fr./Jahr	ja	95.5% Nein-Stimmen (549 : 26)	Gemeindeversammlung
Seengen, AG	2011	Erhöhung der Stellenprozente von 55% auf 88%, Mitgliederbeiträge erhöht um 40%	ja	einstimmig (143 Anwesende)	Gemeindeversammlung
Stäfa, ZH	2009	Neue Leistungsvereinbarung mit der Bibliothek	ja	nicht umstritten	Gemeindeversammlung
Tavannes, BE	2015	Subventionszahlung an Bibliothek über vier Jahre	ja	90,9%	Urnenabstimmung
Untereingstringen, ZH	2012	Verlängerung der Öffnungszeiten, Pensumerhöhung von 92% auf 170%	ja	sehr deutlich	Gemeindeversammlung
Weisslingen, ZH	2013	Beitragserhöhung, insbesondere um Bibliothekarinnen zu bezahlen	ja	23 : 5	Gemeindeversammlung
Wila, ZH	2017	Erhöhung der Defizitgarantie an Bibliothek Wila um 4000 Fr. auf neu 58'600 Fr.	ja	86 : 52	Gemeindeversammlung
<b>Anzahl: 32</b>		<b>Erfolge: 29</b>			

### Abstimmungen zu neuen Bibliotheken

Ort	Jahr	Anliegen	Erfolg	Stimmenanteil	Abstimmungsart
Büron + Kanton Luzern	2013	Bau und Unterhalt einer Speicherbibliothek	ja	54,7% (50,78% Stimmbeteiligung)	Urnenabstimmung
Ebnat Kappel, SG	2005	Eigene Gemeindebibliothek	ja	ohne Gegenstimme	Bürgerversammlung

Einsiedeln, SZ	2009	Eigene Gemeindebibliothek durch Übernahme einer privat geführten Bibliothek	ja	75.6% (2813 : 904 )	Urnenabstimmung
Feusisberg, SZ	2011	Etablierung einer Schul- und Gemeindebibliothek, Überweisung an die Urne	Ansichtssache, eher ja	70 : 51 für Rückweisung	Gemeindeversammlung
Feusisberg, SZ	2016	Eigene Gemeindebibliothek, Überweisung dieses Antrags an die Urne	ja	?	Gemeindeversammlung
Feusisberg, SZ	2016	Eigene Gemeindebibliothek, Umzug und Fusion der Schulbibliothek	ja	59,8% (872 : 587), 47% Stimmbeteiligung	Urnenabstimmung
Kaisten, AG	2006	Volks- und Schulbibliothek geführt und finanziert durch die Gemeinde	ja	mit überzeugendem Mehr	Gemeindeversammlung
Lachen, SZ	2010	Eigene Mediothek	ja	57.6% (912 : 672), 35% Stimmbeteiligung	Urnenabstimmung
<b>Anzahl: 8</b>		<b>Erfolge: 8</b>			

### Abstimmungen zu Bibliotheksumzügen

Ort	Jahr	Anliegen	Erfolg	Stimmenverhältnis	Abstimmungsart
Aarberg, BE	2009	Umzug in UBS-Gebäude	ja	einstimmig (160 anwesend)	Gemeindeversammlung
Aesch, ZH	2012	Umzug in umgebautes Gebäude, Kredit für wiederkehrende Mietkosten im Umfang von 30'000 Fr./Jahr	ja	einstimmig (81 anwesend)	Gemeindeversammlung
Buchs, ZH	2015	Neubau Gemeindesaal mit Bibliothek	ja	73%, 1075 : 397	Urnenabstimmung
Bütschwil, SG	2012	Umzug, grössere Räume	ja	einstimmig	Bürgerversammlung

Chur, GR (kantonal)	2015	Ergänzungsneubau für die Mediothek der Kantonsschule im Rahmen von 23,5 Millionen Franken, Umzug in diesen	ja	61.6%, 35% Stimmbeteiligung	Urnenabstimmung
Elgg, ZH	2011	2,225 Millionen für eine neue Bibliothek, Neubau	ja	ohne Gegen- stimme, 53 Anwesende	Gemeindeversammlung
Eschlikon, TG	2014	Umzug, Kauf des dafür vorgesehenen Gebäudes	ja	75%, 44% Stimmbeteiligung	Urnenabstimmung
Gossau, SG	2011	Umzug der Bibliothek	ja	71,6%	Urnenabstimmung
Hildisrieden, LU	2016	Auslagerung der Schulbibliothek in Posträume, 50% weniger Medien, zusätzl. 1 Rückweisungsantrag	nein	87% (130 : 20)	Gemeindeversammlung
Hildisrieden, LU	2017	Umzug der Bibliothek in das freiwerdende Feuerwehrlokal, 420'000 Franken	ja	grosse Mehrheit, 172 Anwesende	Gemeindeversammlung
Hitzkirch, LU	2015	Neues Schulhaus mit integrierter Schul- und Gemeindebibliothek	nein	48,5% Ja-Stimmen	Urnenabstimmung
Hunzenschwil AG	2006	Umzug der Bibliothek in Untergeschoss der Alten Turnhalle, deswegen Umbau der Turnhalle	ja (unklar, ob durch Bibliothek so gewünscht)	?	Gemeindeversammlung
Küssnacht, SZ	2012	Umzug und Neugestaltung der Bibliothek und der Ludothek, dafür Kauf des Gebäudes	ja	56% (2471 : 1966 )	Urnenabstimmung
Landquart, GR	2011	Umzug der Gemeindebibliothek	ja	keine Gegnerschaft	Gemeindeversammlung
Lengnau, AG	2016	Neue Schul- und Gemeindemediothek Lengnau in Neubau der Mehrzweckhalle	ja	73% (1161 : 421) Stimmbeteiligung 50,8%	Urnenabstimmung
Magden, AG	2006	Ausbau eines Dachstocks, dort Zusammenlegung der	ja	einstimmig (85 von	Gemeindeversammlung

		Schul- und Gemeindebibliothek		2309 anwesend)	
Männedorf, ZH	2014	Neues Mehrzweckgebäude, dort neue Schul- und Gemeindebibliothek für 2,7 Millionen Franken	ja	60,5% (Stimmbeteiligung 64,2%)	Urnenabstimmung
Menzingen, ZG	2009	Umzug der Bibliothek in einen Neubau	ja	70% (125 : 53)	Gemeindeversammlung
Neffenbach, ZH	2018	Aufhebung der beiden Bibliotheken, neue Bibliothek in Pavillon in Neubau	findet im Herbst 2018 statt	findet 2018 statt	Urnenabstimmung geplant
Rapperswil-Jona, SG	2011	Umzug und Einrichtung einer neuen Stadtbibliothek in Rapperswil-Jona	ja	mit grossem Mehr	Bürgerversammlung
Rheinfelden, AG	2013	Umzug, dort Kombination der Stadt- und Schulbibliothek	ja	mit grossem Mehr	Gemeindeversammlung
Rüti, ZH	2011	Errichtung einer grösseren Bibliothek an einem neuen Ort	ja	54%	Urnenabstimmung
Sirnach, TG	2017	Planungskredit für Umzug in gekauftes Gebäude, Umbau	ja	mit grossem Mehr, keine Diskussion	Gemeindeversammlung
Sirnach, TG	2018	Ausführungskredit für Umzug in gekauftes Gebäude, Umbau	findet Ende 2018 statt	findet Ende 2018 statt	Gemeindeversammlung
Spiez, BE	2006	Umsiedlung der Bibliothek, Renovierung des vorgesehenen Gebäudes	nein	46.4% (1885 : 1635)	Urnenabstimmung
Spiez, BE	2012	Umsiedlung der Bibliothek in Neubau	ja	63,43% (2604 : 1408)	Urnenabstimmung
Steinhausen, ZG	2013	Bau eines Gemeindesaals mit Bibliothek	ja	54.5% (1973 : 1644)	Urnenabstimmung
Suhr (3 mal), AG	2014	Verlegung Bibliothek in Untergeschoss, dafür Verzicht auf Mehrzweckraum (verschiedene Versionen)	Ansichtssache	146 : 138, sowie 74 : 177 und 232 : 29	Gemeindeversammlung

Trüllikon, ZH	2006	Umzug der Gemeindebibliothek	ja	98% (48 : 1)	Gemeindeversammlung
Turbenthal, ZH	2018	Umzug, Neueinrichtung	findet 2018 statt	findet 2018 statt	Wohl Urnenabstimmung
Uetikon, ZH	2009	Umzug in grössere Lokalität, Bezahlung zukünftiger Mietkosten (Abstimmung über Kauf 2013)	ja	66 : 65	Gemeindeversammlung
Uznach, SG	2012	Umzug, doppelt so grosse neue Bibliothek	ja	91,2% (310 : 30)	Bürgerversammlung
Wädenswil, ZH	2010	Bau einer Stadtbibliothek mit Schulbibliothek	ja	75.40%	Urnenabstimmung
Wallisellen, ZH	2013	Neue Alterssiedlung mit Bibliothek, deswegen Umzug	ja	komfortable Mehrheit	Gemeindeversammlung
Wallisellen, ZH	2013	Neue Alterssiedlung mit Bibliothek, deswegen Umzug	nein	38.7% (1633 : 2592)	Urnenabstimmung
Wetzikon, ZH	2012	Umzug in doppelt so grosse Räumlichkeiten	ja	54,7% (2680 : 2220)	Urnenabstimmung
Wilchingen, SH	2013	Bau eines Multifunktionsraums mit Bibliothek für 125'000 Fr.	ja	deutliche Mehrheit	Gemeindeversammlung
Zollikon, ZH	2006	neues Quartiertreff für 5 Millionen Franken, Umzug Bibliothek	ja	klar	Gemeindeversammlung
<b>Anzahl: 38</b>		<b>Erfolge: 30</b>			

**Abstimmungen zu Bibliothekserweiterungen und Renovationen**

Ort	Jahr	Anliegen	Erfolg	Stimmenverhältnis	Abstimmungsart
Altdorf, UR	2012	Sanierung und Umgestaltung der Bibliothek	nein	47.9% Ja-Stimmen	Urnenabstimmung
Andelfingen, ZH	2009	Innenausbau der Schul- und Gemeindebibliothek Andelfingen	ja	67% (34 : 17)	Gemeindeversammlung
Fehraltorf, ZH	2011	Bibliotheksausbau	ja	66% (167 : 86)	Gemeindeversammlung
Herrliberg, ZH	2011	Renovation und Vergrösserung der Bibliothek, Aula und Küche einer Schulanlage	ja	82.1% (1506 : 328), 46% Stimmbeteiligung	Urnenabstimmung
Menzingen, ZG	2006	Vergrösserung und Umbau der Bibliothek	nein	42% (68 : 49)	Gemeindeversammlung
Menzingen, ZG	2006	Vergrösserung und Umbau der Bibliothek (abgespeckte Version)	nein	49% (58 : 55)	Gemeindeversammlung
Muotathal, SZ	2009	Erweiterung der Schul- und Gemeindebibliothek	ja	65% (954 : 513)	Urnenabstimmung
Rothrist, AG	2013	Erweiterungsbau für 566'000 Franken	ja	8 Gegenstimmen (151 Anwesende)	Gemeindeversammlung
Stäfa, ZH	2009	Neueinrichtung der Bibliothek	ja	nicht umstritten	Gemeindeversammlung
Wiesendangen, ZH	2015	Kredit für Sanierung der Bibliothek	ja	56.5% (1296 : 997)	Urnenabstimmung
Wiesendangen, ZH	2017	Neuer Kredit für Sanierung der Bibliothek	ja	51% (1367 : 1309)	Urnenabstimmung
<b>Anzahl: 11</b>		<b>Erfolge: 8</b>			

**Petitionen**

<b>Ort</b>	<b>Jahr</b>	<b>Anliegen</b>	<b>Erfolg</b>
Allschwil, BL	2007	Eigene Bibliothek	nein
Fenin-Vilars-Saules, NE	2009	Gemeinde soll weiterhin das Bibliobusangebot nutzen können.	ja
Genf	2015	Lesesaal der Bibliothèque de La Cité soll wieder ruhiger werden.	Ausweichort bereitgestellt
Genf	2010	Aufschiebung der Umstrukturierung der Bibliotheken der Uni Genf, Verhandlungen	nein (?)
Illnau-Effretikon, ZH	2014	Rettung der öffentlichen Bibliothek	ja
Köniz, BE	2011	Rettung dreier Quartierbibliotheken	ja
Luzern	2012	Rettung der Bibliothek Ruopigen	ja
Luzern (Kanton)	2013	Rettung der 4 Berufsschulbibliotheken in Emmen, Luzern, Sursee und Willisau	Nein
Mon Repos, VD	2006	Rettung der Gemeindebibliothek	nein, ab 2007 kleiner Leseort als Ersatz sowie Bibliobus
Neuchâtel	2008	Médiathèque de Neuchâtel soll erhalten bleiben.	nein
Neuchâtel	2011	Rettung der Bücher in der Bibliothèque publique et universitaire (BPU) vor Wasser	ja, aber nicht vollständig
Nyon, VD	2005	Längere Öffnungszeiten und Ausbau ab Ende 2006	ja
Oberdorf, BL	2014	Rettung der Gemeindebibliothek	ja

Olten, SO	2016	Rettung der interkulturellen Bibliothek	nein
St. Gallen (Kanton)	2011	Zentral gelegene Publikumsbibliothek, Verbesserung der kantonalen Bibliothekssituation	ja, Rückzug wegen Gesetzesverabschiedung 2013
Trois-Chêne, GE	2014	Eigene Bibliothek	nein
Uster, ZH	2012	Stopp des Leistungsabbaus	ja
Utzenstorf, BE	2012	Schulbibliothek soll wieder allen Einwohnern zur Verfügung stehen.	nein
Wohlen, AG	2012	Mehr Raum für die Gemeindebibliothek	nein (?)
Wollishofen, ZH	2017	Rettung der Quartierbibliothek	ja, aber bislang nur kurzfristig
Zürich	2006	Rettung der Pestalozzi-Bibliothek Heuried	mehrheitlich
Zürich	2014	Rettung der Pestalozzi-Bibliothek Zürich-Seebach	nein
<b>Anzahl: 22</b>		<b>Misserfolge: 9</b>	

### 12.3 Gesprächsprotokoll

Ort	Datum	Gesprächspartner	Dauer	Sonstiges
Bibliothek Landquart und Umgebung	04.09.2017	Bibliotheksleiterin Landquart	14:00 - 15:20 Uhr	Schriftliche Quellen erhalten
Wettingen, Telefongespräch	12.09.2017	Leiter des Vereins Bibliothek Ludothek Spiez	ca. 10 Minuten	
Obere Bahnhofstrasse, Spiez	23.10.2017	Ehemaliger Leiter des Vereins Bibliothek Ludothek Spiez	13:15 - 14:15 Uhr	Schriftliche Quellen erhalten
Bibliothek Schwarzenburg	08.11.2017	Bibliotheksleiterin Gemeindebibliothek Schwarzenburg	09:15 - 12:05 Uhr	Schriftliche Quellen erhalten
Stadthaus Rapperswil- Jona	13.11.2017	Stadtrat / Schulpräsident Rapperswil-Jona	09:05 - 10:15 Uhr	Schriftliche Quellen erhalten
Zürich HB	15.11.2017	Vizepräsident der Stiftung Stadtbibliothek Chur	10:30 - 12:00 Uhr	
Bundesbriefmuseum, Schwyz	20.11.2017	Kulturbeauftragter des Kanton Schwyz, Kantonsrat	14:00 - 15:20 Uhr	Schriftliche Quellen erhalten
Gemeindebibliothek Menzingen	22.11.2017	Bibliotheksleiterin Gemeindebibliothek Menzingen	08:30 - 09:45 Uhr	
Einsiedeln	27.11.2017	Bibliotheksleiterin Mediothek Lachen/frühere Mitarbeiterin Bibliothek Einsiedeln	09:40 - 10:55 Uhr	
Wettingen	28.11.2017	Bibliotheksleiterin Gemeindebibliothek Othmarsingen	13:30 - 15:45 Uhr	

## 12.4 Interviewleitfaden

### 1. Politischer Prozess im Vorfeld

Wieso ist Neubau/Ausbau/Umbau nötig geworden?

Wie viele Jahre oder Monate beschäftigten sich die Bibliotheksunterstützer bereits mit dem Anliegen?

Kam der Vorschlag aus der Reihe der Bibliothek selbst?

Wenn von Bibliothek ausgehend: Was machte sie zuversichtlich, dass die Bibliothek mit dem Ruf nach einem Ausbau/Umbau/Neubau erfolgreich sein würde/könnte?

Wieso wurde das Anliegen gerade zu diesem Zeitpunkt vorgebracht, und nicht früher/später?

Wurde der Wunsch nach einem Umbau/Neubau/Ausbau durch die Bibliothek in der Vergangenheit bereits kommuniziert?

Gab es im Vorfeld Abklärungen, ob ein derartiger Wunsch in der Bevölkerung überhaupt besteht, oder war die Idee eine „Eigeninitiative“ der Bibliothek/Politik?

Zusammenarbeit der Bibliotheken mit anderen Organisationen (z.B. lokalen Vereinen)?

Unterstützten bibliotheksfreundliche Politiker/Einzelpersonen/Meinungsträger den Prozess? Beruf und politische Ausrichtung dieser Personen?

Wie umfangreich und ausschlaggebend war die Unterstützung dieser Personen?

Hatte die Bibliothek Kenntnisse anderer Bibliotheken mit ähnlichen Anliegen (z.B. in der Region)? Hat dies ihr Vorgehen beeinflusst? Haben sie evtl. sogar erfolgreiche Strategien von ihnen übernommen, oder fand ein Austausch statt?

### 2. Abstimmungskampf

Hat sich die Bibliothek selbst am Abstimmungskampf beteiligt (Methoden, Vorgehen, Umfang...)? Fand Werbung in der eigenen Bibliothek statt?

Welche Kommunikationskanäle nutzten die Bibliotheksbefürworter, um Gehör für ihr Anliegen zu finden (Radio, Flyer, Plakate, Social Media...)?

Wurden die lokalen Medien kontaktiert? Zu welchem Zeitpunkt innerhalb des Prozesses? War die Berichterstattung hilfreich, oder eher kritisch gegenüber dem eigenen Anliegen?

Haben die Befürworter die Stimmung in der Bevölkerung während des Abstimmungskampfs untersucht (Alltagsgespräche, Umfragen, Leserbriefmonitoring...)?

Hat der Kontakt mit der Bevölkerung den Abstimmungskampf der Befürworter beeinflusst? Wurden Inputs und Argumente aufgenommen?

Bau

Akteure

Rolle der Bibliothek

Rolle der Befürworter

Waren die Gegner von Anfang an bekannt?

Oder formte sich überraschend Widerstand oder sogar „unheilige Allianzen“?

Was waren die Argumente?

Wie haben sich die Gegner organisiert?

Kontaktierte die Bibliotheksseite ihre Gegner? Kam es zu einem Austausch?

Ging die Bibliothek auf die Argumente der Gegner ein? Wie?

Wenn ja: Haben sich die Befürworter auf die Argumente der Gegner vorbereitet, um sie entkräften zu können? Wie?

Hatten die Befürworter Kenntnisse von anderen Abstimmungen? Wurden Elemente aus diesen Abstimmungskämpfen übernommen (Organisation, Argumentationsweise...)?

### 3. Abstimmungsentscheid (Volksabstimmung/Gemeindeversammlung)

Stimmverhältnis?

Überraschte das Endresultat die Befürworter? Wieso/wieso nicht? Hätten sie ein anderes erwartet?

War die Mobilisierung der Bibliotheksfreunde erfolgreich? Oder haben sich die Gegner überraschend mobilisieren lassen? Gründe?

Haben demographische oder sonstige Gründe, die nicht direkt mit den Bemühungen der Befürworter zu tun haben, das Abstimmungsergebnis beeinflusst?

Wer stimmte wie (falls rekonstruierbar)?

Welchen Einfluss hatte die Höhe der Stimmbeteiligung?

Bei Gemeindeversammlungsabstimmungen: War das Bibliothekspersonal selbst anwesend und griff in die Diskussion ein? Wie verlief die Dynamik der Versammlung?

Unmittelbare Reaktionen der Gegner/Befürworter auf das Resultat (falls noch rekonstruierbar)?

Wandten sich die Bibliotheksbefürworter nach der Abstimmung an die Öffentlichkeit und äusserten sich zum Resultat und dem weiteren Vorgehen?

#### 4. Folgen, Rückblick, zukünftige Erwartungen/Ausblick, Erkenntnisse

Wie gingen die Gegner der Vorlage mit der Niederlage um? Wurden Kompromisse gesucht?

Gehen die Bibliotheksbefürworter davon aus, dass ihre Interventionen das Resultat positiv beeinflusst haben? Hätte das Resultat ohne die eigenen Kampagnenbemühungen anders gelautet?

Was half ihrer Meinung nach am meisten dabei, das gewünschte Resultat zu erhalten? Wo lagen die grössten Gefahren?

Was würden sie anderen Bibliotheken in einer ähnlichen Lage empfehlen?

Wann ist es nach einer Niederlage sinnvoll, einen zweiten Versuch zu wagen?

Sahen die Befürworter die Volksabstimmung/Gemeindeversammlungsabstimmung als nützliches Mittel, die eigenen Interessen durchzusetzen, oder vielmehr als Risiko (z.B. in Gemeinden in denen die Bevölkerung bibliothekskritischer eingestellt ist als die polit. Führung)?

Könnten sie sich vorstellen, weitere Anliegen in Zukunft mit Volksabstimmungen/Gemeindeversammlungen durchsetzen zu wollen?

## Bisher erschienene Schriften

Ergebnisse von Forschungsprojekten erscheinen jeweils in Form von Arbeitsberichten in Reihen.  
Sonstige Publikationen erscheinen in Form von alleinstehenden Schriften.

Derzeit gibt es in den Churer Schriften zur Informationswissenschaft folgende Reihen:  
Reihe Berufsmarktforschung

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 1

Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl

Reihe Berufsmarktforschung – Arbeitsbericht 1:

Josef Herget

Thomas Seeger

Zum Stand der Berufsmarktforschung in der Informationswissenschaft in deutschsprachigen  
Ländern

Chur, 2007 (im Druck)

ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 2

Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl

Reihe Berufsmarktforschung – Arbeitsbericht 2:

Josef Herget

Norbert Lang

Berufsmarktforschung in Archiv, Bibliothek, Dokumentation und in der Informationswirtschaft:

Methodisches Konzept

Chur, 2007 (im Druck)

ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 3

Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl

Reihe Berufsmarktforschung – Arbeitsbericht 3:

Josef Herget

Norbert Lang

Gegenwärtige und zukünftige Arbeitsfelder für Informationsspezialisten in privatwirtschaftlichen  
Unternehmen und öffentlich-rechtlichen Institutionen

Chur, 2004

ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 4

Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl

Sonja Hierl

Die Eignung des Einsatzes von Topic Maps für e-Learning

Vorgehensmodell und Konzeption einer e-Learning-Einheit unter Verwendung von Topic Maps

Chur, 2005

ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 5

Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl

Nina Braschler

Realisierungsmöglichkeiten einer Zertifizierungsstelle für digitale Zertifikate in der Schweiz

Chur, 2005

ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 6

Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl

Reihe Berufsmarktforschung – Arbeitsbericht 4:

Ivo Macek

Urs Naegeli

Postgraduiertenausbildung in der Informationswissenschaft in der Schweiz:

Konzept – Evaluation – Perspektiven

Chur, 2005

ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 7  
Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl  
Caroline Ruosch  
Die Fraktale Bibliothek:  
Diskussion und Umsetzung des Konzepts in der deutschsprachigen Schweiz.  
Chur, 2005  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 8  
Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl  
Esther Bättig  
Information Literacy an Hochschulen  
Entwicklungen in den USA, in Deutschland und der Schweiz  
Chur, 2005  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 9  
Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl  
Franziska Höfliger  
Konzept zur Schaffung einer Integrationsbibliothek in der Pestalozzi-Bibliothek Zürich  
Chur, 2005  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 10  
Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl  
Myriam Kamphues  
Geoinformationen der Schweiz im Internet:  
Beurteilung von Benutzeroberflächen und Abfrageoptionen für Endnutzer  
Chur, 2006  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 11  
Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl  
Luigi Ciullo  
Stand von Records Management in der chemisch-pharmazeutischen Branche  
Chur, 2006  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 12  
Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl  
Martin Braschler, Josef Herget, Joachim Pfister, Peter Schäuble, Markus Steinbach, Jürg Stuker  
Evaluation der Suchfunktion von Schweizer Unternehmens-Websites  
Chur, 2006  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 13  
Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl  
Adina Lieske  
Bibliotheksspezifische Marketingstrategien zur Gewinnung von Nutzergruppen:  
Die Winterthurer Bibliotheken  
Chur, 2007  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 14  
Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl  
Christina Bieber, Josef Herget  
Stand der Digitalisierung im Museumsbereich in der Schweiz  
Internationale Referenzprojekte und Handlungsempfehlungen  
Chur, 2007  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 15  
Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl  
Sabina Löhner  
Kataloganreicherung in Hochschulbibliotheken  
State of the Art Überblick und Aussichten für die Schweiz  
Chur, 2007  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 16  
Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl  
Heidi Stieger  
Fachblogs von und für BibliothekarInnen – Nutzen, Tendenzen  
Mit Fokus auf den deutschsprachigen Raum  
Chur, 2007  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 17  
Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl  
Nadja Kehl  
Aggregation und visuelle Aufbereitung von Unternehmensstrategien mithilfe von Recherche-Codes  
Chur, 2007  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 18  
Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl  
Rafaela Pichler  
Annäherung an die Bildsprache – Ontologien als Hilfsmittel für Bilderschliessung und Bildrecherche  
in Kunstbilddatenbanken  
Chur, 2007  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 19  
Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl  
Jürgen Büchel  
Identifikation von Marktnischen – Die Eignung verschiedener Informationsquellen zur Auffindung  
von Marktnischen  
Chur, 2007  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 20  
Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl  
Andreas Eisenring  
Trends im Bereich der Bibliothekssoftware  
Chur, 2007  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 21  
Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl  
Lilian Brändli  
Gesucht – gefunden? Optimierung der Informationssuche von Studierenden in wissenschaftlichen  
Bibliotheken  
Chur, 2007  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 22  
Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl  
Beatrice Bürgi  
Open Access an Schweizer Hochschulen – Ein praxisorientierter Massnahmenkatalog für  
Hochschulbibliotheken zur Planung und Errichtung von Institutional Repositories  
Chur, 2007  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 23  
Herausgegeben von Josef Herget und Sonja Hierl  
Darja Dimitrijewitsch, Cécile Schneeberger  
Optimierung der Usability des Webauftritts der Stadt- und Universitätsbibliothek Bern  
Chur, 2007  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 24  
Herausgegeben von Nadja Böller, Josef Herget und Sonja Hierl  
Brigitte Brüderlin  
Stakeholder-Beziehungen als Basis einer Angebotsoptimierung  
Chur, 2008  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 25  
Herausgegeben von Robert Barth, Nadja Böller, Sonja Hierl und Hans-Dieter Zimmermann  
Jonas Rebmann  
Web 2.0 im Tourismus, Soziale Webanwendungen im Bereich der Destinationen  
Chur, 2008  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 26  
Herausgegeben von Robert Barth, Nadja Böller, Sonja Hierl und Hans-Dieter Zimmermann  
Isabelle Walther  
Idea Stores, ein erfolgreiches Bibliothekskonzept aus England – auf für die Schweiz?  
Chur, 2008  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 27  
Herausgegeben von Robert Barth, Nadja Böller, Sonja Hierl und Hans-Dieter Zimmermann  
Scherer Auberson Kirsten  
Evaluation von Informationskompetenz: Lässt sich ein Informationskompetenzzuwachs messen?  
Eine systematische Evaluation von Messverfahren  
Chur, 2009 (im Druck)  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 28  
Herausgegeben von Robert Barth, Nadja Böller, Sonja Hierl und Hans-Dieter Zimmermann  
Nadine Wallaschek  
Datensicherung in Bibliotheksverbänden.  
Empfehlungen für die Entwicklung von Sicherheits- und Datensicherungskonzepten in  
Bibliotheksverbänden  
Chur, 2009  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 29  
Herausgegeben von Robert Barth, Nadja Böller, Sonja Hierl und Hans-Dieter Zimmermann  
Laura Tobler  
Recherchestrategien im Internet  
Systematische Vorgehensweisen bei der Suche im Internet, dargestellt anhand ausgewählter  
Fallstudien  
Chur, 2009  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 30  
Herausgegeben von Robert Barth, Nadja Böller, Sonja Hierl und Hans-Dieter Zimmermann  
Bibliotheken und Dokumentationszentren als Unternehmen:  
Antworten von Bibliotheken und Dokumentationszentren auf die Herausforderungen der digitalen  
Gesellschaft  
Chur, 2009  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 31  
Herausgegeben von Robert Barth, Nadja Böller, Sonja Hierl und Hans-Dieter Zimmermann  
Karin Garbely, Marita Kieser  
Mystery Shopping als Bewertungsmethode der Dienstleistungsqualität von wissenschaftlichen  
Bibliotheken  
Chur, 2009  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 32  
Herausgegeben von Robert Barth, Nadja Böller, Sonja Hierl und Hans-Dieter Zimmermann  
Tristan Triponez  
E-Mail Records Management  
Die Aufbewahrung von E-Mails in Schweizer Organisationen als technische, rechtliche und  
organisatorische Herausforderung  
Chur, 2009  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 33  
Herausgegeben von Robert Barth, Nadja Böller, Urs Dahinden, Sonja Hierl  
und Hans-Dieter Zimmermann  
Die Lernende Bibliothek 2009  
Aktuelle Herausforderungen für die Bibliothek und ihre Partner im Prozess des  
wissenschaftlichen Arbeitens  
Chur, 2009  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 34  
Herausgegeben von Robert Barth, Nadja Böller, Sonja Hierl und Hans-Dieter Zimmermann  
Rene Frei  
Die Informationswissenschaft aus Sicht des Radikalen Konstruktivismus  
Chur, 2009  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 35  
Herausgegeben von Robert Barth, Nadja Böller, Sonja Hierl und Hans-Dieter Zimmermann  
Lydia Bauer, Nadja Böller, Sonja Hierl  
DIAMOND Didactical Approach for Multiple Competence Development  
Chur, 2009  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 36  
Herausgegeben von Robert Barth, Nadja Böller, Sonja Hierl und Wolfgang Semar  
Michaela Spiess  
Einsatz von Competitive Intelligence in Schweizer Spitäler  
Chur, 2009  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 37  
Herausgegeben von Robert Barth, Nadja Böller, Sonja Hierl und Wolfgang Semar  
Jasmine Milz  
Informationskompetenz-Vermittlung an Deutschschweizer Fachhochschulen:  
eine quantitative Inhaltsanalyse der Curricula  
Chur, 2010  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 38  
Herausgegeben von Robert Barth, Nadja Böller, Sonja Hierl und Wolfgang Semar  
Corinne Keller  
RFID in Schweizer Bibliotheken – eine Übersicht  
Chur, 2010  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 39  
Herausgegeben von Robert Barth, Nadja Böller, Sonja Hierl und Wolfgang Semar  
Bibliotheksbau in der Schweiz 1985 – 2010  
Planung – Nutzung – Ästhetik  
Herausgegeben von Robert Barth und Iris Kuppelwieser  
Chur, 2010  
ISSN1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 40  
Herausgegeben von Robert Barth, Nadja Böller, Sonja Hierl und Wolfgang Semar  
Stephan Becker  
Klassifikationsraster zur Relevanzanalyse aktueller Themenanfragen an einer  
Mediendokumentationsstelle in der Schweiz  
Chur, 2010  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 41  
Herausgegeben von Robert Barth, Nadja Böller, Sonja Hierl und Wolfgang Semar  
Reihe Berufsmarktforschung – Arbeitsbericht 5:  
Iris Capatt, Urs Dahinden  
Absolventenbefragung 2010  
Bachelorstudiengang Informationswissenschaft und Diplomstudiengang Information und  
Dokumentation der HTW Chur  
Chur, 2010  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 42  
Herausgegeben von Robert Barth, Nadja Böller, Sonja Hierl und Wolfgang Semar  
Saro Adamo Pepe Fischer  
Bestandserhaltung im Film-/Videoarchiv des Schweizer Fernsehens  
Chur, 2010  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 43  
Herausgegeben von Robert Barth, Iris Capatt, Sonja Hierl und Wolfgang Semar  
Patricia Düring  
Ökonomischer Mehrwert von Bibliotheken, aufgezeigt anhand ausgewählter Dienste der Zentral-  
und Hochschulbibliothek Luzern  
Chur, 2011  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 44  
Herausgegeben von Robert Barth, Iris Capatt, Sonja Hierl und Wolfgang Semar  
Pia Baier Benninger  
Model Requirements for the Management of Electronic Records (MoReq2).  
Anleitung zur Umsetzung  
Chur, 2011  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 45  
Herausgegeben von Robert Barth, Iris Capatt, Sonja Hierl und Wolfgang Semar  
Martina Thomi  
Überblick und Bewertung von Musiksuchmaschinen  
Chur, 2011  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 46  
Herausgegeben von Robert Barth, Iris Capatt und Wolfgang Semar  
Regula Trachsler  
Angebote für Senioren in Deutschschweizer Bibliotheken  
Chur, 2011  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 47  
Herausgegeben von Robert Barth, Iris Capatt und Wolfgang Semar  
Wolfgang Semar (Hrsg.)  
Arge Alp Tagung 23.-24. September 2010, Chur  
Informationsgesellschaft und Infrastrukturpolitik im Alpenraum  
Chur, 2011  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 48  
Herausgegeben von Robert Barth, Lydia Bauer, Iris Capatt und Wolfgang Semar  
Heinz Mathys  
Jungs lesen weniger als Mädchen.  
Was können Bibliotheken gemeinsam mit den Schulen tun, um dies zu ändern?  
Chur, 2011  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 49  
Herausgegeben von Robert Barth, Lydia Bauer, Iris Capatt und Wolfgang Semar  
Anina Baumann  
Stärken und Schwächen von Discovery Diensten am Beispiel des EBSCO Discovery Service  
Chur, 2011  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 50  
Herausgegeben von Robert Barth, Lydia Bauer, Iris Capatt und Wolfgang Semar  
Reihe Berufsmarktforschung – Arbeitsbericht 6:  
Iris Capatt, Urs Dahinden  
Absolventenbefragung 2011  
Hochschule für Technik und Wirtschaft HTW Chur Weiterbildungsstudiengänge  
Informationswissenschaft.  
Externer Bericht.  
Chur, 2011  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 51  
Herausgegeben von Robert Barth, Lydia Bauer, Iris Capatt und Wolfgang Semar  
Reihe Berufsmarktforschung – Arbeitsbericht 7:  
Iris Capatt, Urs Dahinden  
Absolventenbefragung 2011  
Hochschule für Technik und Wirtschaft HTW Chur Weiterbildungsstudiengänge Management.  
Externer Bericht.  
Chur, 2011  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 52  
Herausgegeben von Robert Barth, Lydia Bauer, Iris Capatt und Wolfgang Semar  
Salome Arnold  
Auf den Spuren der Barrieren für ein barrierefreies Webdesign  
Chur, 2011  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 53  
Herausgegeben von Robert Barth, Lydia Bauer, Iris Capatt und Wolfgang Semar  
Laura Stadler  
Die Gläserne Decke in Schweizer Bibliotheken  
Chur, 2012  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 54  
Herausgegeben von Robert Barth, Lydia Bauer, Brigitte Lutz und Wolfgang Semar  
Ruth Süess  
Evaluation von Web Monitoring Tools zur softwaregestützten Informationsbeschaffung  
am Beispiel ausgewählter Open Source Web Monitoring Tools  
Chur, 2012  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 55  
Herausgegeben von Robert Barth, Lydia Bauer, Brigitte Lutz und Wolfgang Semar  
Michael Hunziker  
Approval Plans und andere Outsourcing-Formen im Bestandaufbau an den  
Wissenschaftlichen Bibliotheken der Deutschschweiz  
Chur, 2012  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 56  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Urs Dahinden, Michael Aschwanden und Lydia Bauer  
Verpasste Chancen? Altersspezifische digitale Ungleichheiten bei der Nutzung von  
Mobilkommunikation und Internet  
Chur, 2012  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 57  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Grégoire Savary  
Eine Konservierungsstrategie für das Archiv der Siedlungsgenossenschaft Freidorf bei Muttenz.  
Eine Hilfestellung für kleine Archive mit gemischten Beständen  
Chur, 2013  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 58  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Patrick Wermelinger  
Die Georeferenzierung von Katalogdaten mit Hilfe von Linked Open Data  
Chur, 2013  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 59  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Carla Biasini  
E-Books in öffentlichen Bibliotheken der Schweiz – Determinanten der Akzeptanz bei Kunden  
Chur, 2013  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 60  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Nadja Böller  
Modell zur strategischen Analyse von Konzepten zur Förderung der Informationskompetenz durch  
Hochschulbibliotheken – MOSAIK-PRO  
Chur, 2013  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 61  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Nina Santner  
Von der Mediothek zum Recherchezentrum  
Chur, 2013  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 62  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Daniela Denzer  
Gründe für die Nichtnutzung von Bibliotheken bei Pensionierten in der Deutschschweiz  
Chur, 2013  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 63  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Verena Gerber-Menz  
Übernahme von born-digital Fotobeständen und Fotografennachlässen ins Archiv  
Chur, 2014  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 64  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Vanessa Kellenberger  
E-Shop Analytics und Erfolgsoptimierung – Die wichtigsten Kennzahlen  
Chur, 2014  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 65  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Matthias Dudli  
Open Innovation in Bibliotheken – Eine Konzeptstudie der ETH-Bibliothek Zürich  
Chur, 2014  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 66  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Sarah Carbis  
Welche Verbandszeitschrift wünschen sich die Mitglieder des BIS?  
Chur, 2014  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 67  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Yvonne Lingg  
Patientenverfügung als Informations- und Kommunikationsinstrument  
Analyse der Vielfalt sowie Dokumentation der Inhalte und Standardisierungsmöglichkeiten  
Chur, 2014  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 68  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Mara Sophie Hellstern  
Förderung von Engagement in GLAM (Galleries, Libraries, Archives and Museums) durch  
Wikipedians in Residence (WiR)  
Chur, 2014  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 69  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Philipp Trottmann  
Die epochale Trendwende: Der Benutzerrückgang an öffentlichen Bibliotheken der Deutschschweiz  
Chur, 2014  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 70  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Ursula Huber  
10 Jahre Open Access Initiative – Eine Zwischenbilanz für die Schweiz  
Chur, 2014  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 71  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Beat Mattmann  
Die Möglichkeiten von RDA bei der Erschliessung historischer Sondermaterialien  
Chur, 2014  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 72  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Diane Golay  
User-center redesign of the Biotechgate portal: a remote usability testing case study  
Chur, 2015  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 73  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Felicita Isler  
Inklusion von Mitarbeitenden mit einer Beeinträchtigung in Bibliotheken  
Chur, 2015  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 74  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Tamara Müller  
Die Schwierigkeiten bei der Recherche im Archiv(-katalog): Ursachenforschung und  
Vorschläge zur Problembhebung  
Chur, 2015  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 75  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Benjamin Fischer  
Potential von automatischen Videoanalysen im Fussball am Beispiel der Schweizer  
Super League  
Chur, 2015  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 76  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Simon Schultze  
Videospieleturniere in öffentlichen Schweizer Bibliotheken  
Ein Pilotprojekt der St. Galler Stadtbibliothek Katharinen  
Chur, 2015  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 77  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Charlotte Frauchiger  
Barrierefreie E-Books  
Chur, 2016  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 78  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Stefanie Dietiker  
Cognitive Map einer Bibliothek  
Eine Überprüfung der Methodentauglichkeit im Bereich Bibliothekswissenschaft –  
am Beispiel der Kantonsbibliothek Graubünden  
Chur, 2016  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 79  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Sharon Alt  
Konzeption und Evaluation eines Online-Tutorial zur Förderung der  
E-Health-Literacy von Männern im Alter von 50 bis 80 Jahren  
Chur, 2016  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 80  
Herausgegeben von Wolfgang Semar und Brigitte Lutz  
Bettina Wille  
Automatisierung und Digitalisierung in den wissenschaftlichen Bibliotheken der Schweiz  
Ein Oral History Projekt  
Chur, 2016  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 81  
Herausgegeben von Wolfgang Semar  
Michael Mente  
Ansichtskarten sind Ansichtssache – Bilder, Grösse und Metadaten  
Über den Wert topografischer Ansichtskarten in Archivbeständen und  
Einsichten in Fragen ihrer archivischen Erschliessung  
Chur, 2016  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 82  
Herausgegeben von Wolfgang Semar  
Fabian Muster  
Datenstrategiemodell: Ein Referenzmodell zur Entwicklung von Datenstrategien  
Chur, 2016  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 83  
Herausgegeben von Wolfgang Semar  
Sandro Lorenzo  
Bibliotheken und Integration  
Aspekte der interkulturellen Bibliotheksarbeit und deren Einfluss auf die Integration von  
Migranten und Migrantinnen sowie Menschen mit Migrationshintergrund in der Deutschschweiz  
mit einem Fokus auf den deutschsprachigen Teil des Kantons Bern  
Chur, 2016  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 84  
Herausgegeben von Wolfgang Semar  
Johannes Reitze  
Was öffentliche Bibliotheken meinen, wenn sie vom Dritten Ort sprechen  
Chur, 2016  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 85  
Herausgegeben von Wolfgang Semar  
Simone Beeler  
Sonntagsöffnungszeiten in öffentlichen Bibliotheken in der Schweiz  
Chur, 2017  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 86  
Herausgegeben von Wolfgang Semar  
Marco Humbel  
Die Umsetzung von Open Data an Wissenschaftlichen Bibliotheken der Schweiz:  
Eine qualitative Untersuchung  
Chur, 2017  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 87  
Herausgegeben von Wolfgang Semar  
Flurina Huonder  
Medieninhaltsanalyse Big Data:  
Big Data, Datenschutz und Privatsphäre in Schweizer und US-amerikanischen Zeitungen  
Chur, 2017  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 88  
Herausgegeben von Wolfgang Semar  
Marcel Hanselmann  
Makerspaces in öffentlichen Bibliotheken:  
Eine Untersuchung der didaktischen Ziele und eine Evaluation der Technologie littleBits  
Chur, 2017  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 89  
Herausgegeben von Wolfgang Semar  
Franziska Brunner  
Überlieferungsbildung 2.0:  
Eine Untersuchung zum Mehrwert von Partizipation Dritter in staatlichen Archiven  
Chur, 2017  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 90  
Herausgegeben von Wolfgang Semar  
Marcella Haab-Grothof  
„Kleider machen BibliothekarInnen“:  
Der Einfluss von Kleidung des Bibliothekspersonals auf die Kontaktaufnahme von Benutzenden  
Chur, 2017  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 91  
Herausgegeben von Wolfgang Semar  
Sven Lenz  
Customer Engagement Analytics: Clustering User Navigation Behaviour  
Chur, 2017  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 92  
Herausgegeben von Wolfgang Semar  
Isabel Merlo  
Projektmanagement in Schweizer Bibliotheken  
Eine Untersuchung, wie Schweizer Bibliotheken Projekte managen und ein  
Projektmanagementvorschlag für die GGG Stadtbibliothek Basel  
Chur, 2018  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 93  
Herausgegeben von Wolfgang Semar  
Silvana Rüfli  
Die Usability von E-Book-Angeboten wissenschaftlicher Bibliotheken  
Eine Untersuchung am Beispiel der Universitätsbibliotheken  
St. Gallen, Bern und Zürich  
Chur, 2018  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 94  
Herausgegeben von Wolfgang Semar  
Vera Knoll  
Leichte Sprache in amtlichen Publikationen und Webseiten  
Wie ernst nehmen Verwaltungen die Leichte Sprache in der deutschsprachigen Schweiz?  
Chur, 2018  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 95  
Herausgegeben von Wolfgang Semar  
Andrea Traber  
Wie lernen studentische Bibliotheks-Nutzende und was macht für sie den optimalen  
Arbeitsplatz aus?  
Eine Studie der Lernlandschaft der Universitätsbibliothek St. Gallen  
Chur, 2018  
ISSN 1660-945X

Churer Schriften zur Informationswissenschaft – Schrift 96  
Herausgegeben von Wolfgang Semar  
Irina Morell  
„Für das Volk und durch das Volk?“  
Bibliotheken als Gegenstand von Volksabstimmungen und Petitionen  
Chur, 2018  
ISSN 1660-945X

---

## Über die Informationswissenschaft der HTW Chur

Die Informationswissenschaft ist in der Schweiz noch ein relativ junger Lehr- und Forschungsbereich. International weist diese Disziplin aber vor allem im anglo-amerikanischen Bereich eine jahrzehntelange Tradition auf. Die klassischen Bezeichnungen dort sind Information Science, Library Science oder Information Studies. Die Grundfragestellung der Informationswissenschaft liegt in der Betrachtung der Rolle und des Umgangs mit Information in allen ihren Ausprägungen und Medien sowohl in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Informationswissenschaft wird in Chur integriert betrachtet.

Diese Sicht umfasst nicht nur die Teildisziplinen Bibliothekswissenschaft, Archivwissenschaft und Dokumentationswissenschaft. Auch neue Entwicklungen im Bereich Medienwirtschaft, Informations- und Wissensmanagement und Big Data werden gezielt aufgegriffen und im Lehr- und Forschungsprogramm berücksichtigt.

Der Studiengang Informationswissenschaft wird seit 1998 als Vollzeitstudiengang in Chur angeboten und seit 2002 als Teilzeit-Studiengang in Zürich. Seit 2010 rundet der Master of Science in Business Administration das Lehrangebot ab.

Der Arbeitsbereich Informationswissenschaft vereinigt Cluster von Forschungs-, Entwicklungs- und Dienstleistungspotenzialen in unterschiedlichen Kompetenzzentren:

- Information Management & Competitive Intelligence
- Collaborative Knowledge Management
- Information and Data Management
- Records Management
- Library Consulting
- Information Laboratory

Diese Kompetenzzentren werden im **Swiss Institute for Information Research** zusammengefasst.

## IMPRESSUM

### Verlag & Anschrift

#### Arbeitsbereich Informationswissenschaft

HTW - Hochschule für Technik und Wirtschaft  
University of Applied Sciences  
Ringstrasse 37  
CH-7000 Chur

[www.informationswissenschaft.ch](http://www.informationswissenschaft.ch)

[www.htwchur.ch](http://www.htwchur.ch)

**ISSN 1660-945X**

### Institutsleitung

Prof. Dr. Niklaus Stettler

Telefon: +41 81 286 24 61

Email: [niklaus.stettler@htwchur.ch](mailto:niklaus.stettler@htwchur.ch)

### Sekretariat

Telefon : +41 81 286 24 24

Fax : +41 81 286 24 00

Email: [clarita.decurtins@htwchur.ch](mailto:clarita.decurtins@htwchur.ch)

---